

Hans-Günther Thiele (Hrsg.)

**DIE
WEHRMACHTS-
AUSSTELLUNG**

**DOKUMENTATION
EINER KONTROVERSE**

EDITION TEMMEN

Hans-Günther Thiele (Hrsg.)

Die Wehrmachtausstellung

Dokumentation einer Kontroverse

Dokumentation der Fachtagung in Bremen am 26. Februar 1997
und der Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997

EDITION TEMMEN

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Die **Wehrmachtsausstellung**: Dokumentation einer Kontroverse;
Dokumentation der Fachtagung am 26. Februar 1997 und der
Bundestagsdebatten am 13. März und 24. April 1997 / [Hrsg. Hans-Günther
Thiele im Auftr. der Landeszentrale für Politische Bildung Bremen]. –
Bremen: Ed. Temmen, 1997
ISBN 3-86108-700-6

Teilaufgaben für die Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Landeszentralen
für politische Bildung der folgenden Bundesländer: Baden-Württemberg, Berlin,
Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen,
Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

Für die «Thesen» und die «Statements» sind die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Herausgeber und Verlag danken der Bundestagsverwaltung für die freundliche Bereit-
stellung des stenographischen Protokolls der Bundestagsdebatte.

© Edition Temmen
Hohenlohestr. 21 – 28209 Bremen
Tel. 0421-34843-0-Fax 0421-348094
Alle Rechte vorbehalten
Herstellung: Edition Temmen
Printed in Germany
ISBN 3-86108-700-6
Eingescannt mit OCR-Software ABBYY Fine Reader

Inhalt

Fachtagung zur Ausstellung

«Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»

am 26. Februar 1997 im Bremer Rathaus

7–169

Einleitung

Hans-Günther Thiele 7

Begrüßung

Bürgermeister Dr. Henning Scherf15

Die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich (1933-1945)

Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen17

Arbeitsgruppe 1 –

Wird die Ausstellung den Soldaten der Wehrmacht gerecht? 30-101

Thesepapiere30

Prof. Dr. Wolfgang Benz30

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede33

Prof. Dr. Günther Gillessen34

Generalmajor a.D. Dr. Gottfried Greiner35

Hannes Heer41

Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen48

Dr. Walter Manoschek51

Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch55

Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma60

Brigadegeneral a.D. Dr. Günther Roth67

Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer74

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 176

Arbeitsgruppe 2 – Die Armee im demokratischen Rechtsstaat102–152

Thesepapiere102

General a.D. Wolfgang Altenburg102

Oberst Bernhard Gertz105

Senator a.D. Volker Kröning MdB107

Dr. Hans-Ulrich Seidt110

Prof. Dr. Dieter Senghaas116

GenLt a.D. Werner von Scheven119

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 2122

Plenardiskussion153–169

Die Bundestagsdebatte	170-219
163. Sitzung vom 13. März 1997	170
172. Sitzung vom 24. April 1997	209

Anhang

Die Entschliessungsanträge.....	220
Die Referenten der Bremer Fachtagung	224

Fachtagung

zur Ausstellung «Vernichtungskrieg,
Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»
am 26. Februar 1997 im Bremer Rathaus

Einleitung

Sogar der Bundestag hat sich mit der Kontroverse um die sogenannte Wehrmachtsausstellung befasst, und dies gleich zweimal: Am 13. März und am 24. April 1997. Die erste Bundestagsdebatte war allgemein als «aussergewöhnlich und hoch qualifiziert» bewertet worden.¹

Den Anfang damit machte der Abgeordnete Otto Schily, indem er unter anderem an seinen Onkel Fritz Schily erinnerte, einen Oberst der Luftwaffe, der zum Ende des Krieges Kommandeur eines Fliegerhorstes in der Nähe von Ulm war: «Er suchte in Verzweiflung über die Verbrechen des Hitler-Regimes bei einem Tieffliegerbeschuss den Tod.»² Sodann erinnerte Schily an seinen ältesten Bruder Peter Schily, der sich der Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend verweigert habe. Als es ihm nicht gelungen sei, ins Ausland zu fliehen, habe er sich freiwillig an die Front gemeldet und als Pionier im Russlandfeldzug schwere Verletzungen erlitten. Ein erklärter Gegner des Nazi-Regimes sei auch sein Vater gewesen. Doch als Reserveoffizier des Ersten Weltkrieges habe er es als Demütigung empfunden, dass er wegen seiner Mitgliedschaft zur anthroposophischen Gesellschaft nicht zum Wehrdienst eingezogen worden sei. Erst später habe er seine damalige Einstellung als «Verrücktheit» erkannt. Otto Schily fuhr fort: «Der Vater meiner Frau, Jindrich Chajmovic, ein ungewöhnlich mutiger und opferbereiter Mensch, hat als jüdischer Partisan in Russland gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft. – Nun sage ich einen Satz, der in seiner Härte und Klarheit von mir und von uns allen angenommen werden muss: Der einzige von allen vier genannten Personen – der Einzige! –, der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat, war Jindrich Chajmovic. Denn er kämpfte gegen eine Armee, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatzgruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren liess. Er kämpfte, damit nicht weiter Tausende von Frauen, Kindern und Greisen auf brutalste Art umgebracht wurden. Er kämpfte gegen die deutsche Wehrmacht, die sich zum Vollstrecker des Rassenwahns, der Unmenschlichkeit des Hitler-Regimes erniedrigt und damit ihre Ehre verloren hatte.»³

Von ihrer eigenen Familie erzählten in dieser Debatte auch Freimut Duve und Erika Steinbach; mit Alfred Dregger und Otto Graf Lambsdorff sprachen sogar zwei ehemalige Angehörige der Wehrmacht.⁴ Und grosse Beachtung fand schliesslich der Beitrag der Abgeordneten Christa Nickels, die voller Liebe von ihrem Vater berichtete: «Vor einigen Jahren reichten sich unser Bundeskanzler und Präsident Reagan auf einem Friedhof in Bitburg die Hand. Dabei ist mir zum erstenmal aufgefallen, dass mein Vater auf dem einzigen Foto, das es aus dieser Zeit von ihm gibt, eine Uniform trägt, die schwarz ist und auf der Totenköpfe sind. Damals war ich schon für die Grünen im Bundestag und habe es nicht gewagt, meinen Vater zu fragen; denn es fiel mir unendlich schwer. Ich habe es nicht über das Herz gebracht, ich konnte das nicht.»⁵ – Wegen solcher Töne hatte man sich im Bundestag spontan darauf verständigt, über die damals vorliegenden Anträge – es waren vier – nicht kontrovers abzustimmen, sondern den Versuch zu unternehmen, eine gemeinsame Entschliessung zu formulieren. Dieser Versuch ist gescheitert, obwohl Teilnehmer berichteten, dass es «Denkprozesse» und «Annäherungen» gegeben habe.⁶

Ich gehöre nicht zu jenen, die sich über den mangelnden Verständigungswillen der Parteien beklagen. Vielmehr stimme ich Freimut Duve zu, der es für ausreichend hält, «Konsens über den Stil der Diskussion zu schaffen, wenn es einen DisSENS über den Inhalt der Ausstellung gibt».⁷ Im Übrigen teile ich die Meinung von Rupert Scholz, der in der zweiten Bundestagsdebatte zu diesem Thema erklärt hat: «Der Deutsche Bundestag hat individuelle Meinungsfreiheit zu achten und zur öffentlichen Toleranz aufzurufen. Private Initiativen wie jene Ausstellung stehen aber gerade in einem liberalen, in einem pluralistischen Rechtsstaat nicht zur Zensur an, weder im positiven noch im negativen Sinne.»⁸ In unserer weithin korporatistisch gestimmten Gesellschaft muss man vermutlich ausdrücklich darauf hinweisen, dass der Konsens am Ende des Konflikts steht. Es ist ein Zeichen gesellschaftlicher Reife, einen solchen Konflikt klar zu benennen, ihn emotional auszuhalten und rational auszutragen. Die Formen der Auseinandersetzung sind dabei nicht minder wichtig als die Inhalte des Konflikts, denn am Stil des Austrags lässt sich häufig erkennen, ob die Kontrahenten diskussionsfähig sind, d.h. ob sie die Bereitschaft mitbringen, sich durch die Argumente der anderen Seite belehren zu lassen.

Worüber streiten wir angesichts der Wehrmachtsausstellung – und worüber streiten wir nicht?

Unstrittig ist zwischen den Demokraten in diesem Land die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg, und unstrittig sind auch die Verbrechen, die von Deutschen in jener Zeit verübt wurden, darunter die Ermordung der europäischen Juden. Wir streiten auch nicht darüber, dass Teile der Wehrmacht an diesen Verbrechen beteiligt waren, grosse Teile, direkt und indirekt.

Aber wir streiten zum Beispiel darüber, ob die Wehrmacht nach dem heutigen Erkenntnisstand als eine verbrecherische Organisation anzusehen ist und wie man

die Rolle des militärischen Widerstands gegen Hitler zu bewerten hat, ob es nach dem Krieg den Mythos von der «sauberen Wehrmacht» gab und ob die Bundeswehr mit einem Geburtsmakel behaftet ist, weil ihre ersten Offiziere noch den Eid auf Hitler geleistet hatten.

Die Antworten darauf sind vielstimmig. Oft genug fallen sie zwar pauschalierend aus, was angesichts der Emotionen nicht verwundern kann, aber auch nicht geduldet werden darf. Denn solche Argumentationsmuster gehen zwangsläufig zu Lasten der differenzierenden Äußerungen, die der historischen Wirklichkeit am nächsten kommen. Differenzieren heisst nicht egalisieren, erst recht nicht aufrechnen, differenzieren heisst nicht minimalisieren, und differenzieren heisst nicht exkulpieren, sondern vor allem konkretisieren. Die Schuld wird nicht kleiner, wenn wir nach den Ursachen fragen, nach den jeweiligen Umständen, sofern das überhaupt noch möglich ist; ja, im Einzelfall wird oft sogar das Gegenteil eintreten, wenn sich nämlich herausstellen sollte, dass einzelne Akteure sehr wohl Handlungsalternativen besaßen, aber trotzdem das Böse gewählt oder nur das Gute unterlassen haben.

In seiner Rede zur zweiten Eröffnung der Wanderausstellung «Aufstand des Wissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945» hat der Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Kapitän zur See Werner Rahn, an die vom Verband der Historiker Deutschlands im September 1994 in Leipzig beschlossene Resolution zum Umgang mit der Zeitgeschichte vor dem Hintergrund der aktuellen Aufarbeitung der DDR-Geschichte erinnert und gemeint, dass diese auch bei der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit Anwendung finden sollte:

«Es gibt Missbrauch zeithistorischer Informationen im tagespolitischen Kampf. Die Leichtfertigkeit, mit der bisweilen alle Grundsätze der Quellenkritik und der historischen Wahrheitsfindung über Bord geworfen werden, ist geeignet, die politische Kultur des Landes zu beschädigen. Der Beitrag der Geschichtswissenschaft im Umgang mit der jüngsten Vergangenheit kann nicht primär in Anklage und Verteidigung, in Entrüstung oder Nostalgie, auch nicht in eilfertiger Enthüllungshistorie oder in Betroffenheitspflege bestehen. Der Historikerverband empfahl vielmehr die Beachtung folgender Grundsätze beim Umgang der Zeithistorie in der Öffentlichkeit:

1. Quellen sind fast immer von begrenzter Aussagekraft. Wann immer möglich, sind Quellen (wie Aktennotizen, Protokolle usw....) gegen andere Quellen zu halten, [ist] an ihnen zu prüfen und zu relativieren. Wo dies nicht möglich ist, muss auf die begrenzte Aussagekraft von Einzelquellen ausdrücklich aufmerksam gemacht werden.

2. Die Erklärungen und Handlungen von Zeitgenossen sind in ihren Zusammenhängen darzustellen. Dann fragt man nach dem, was eine bestimmte Person sonst noch sagte und tat, bemüht sich um Rekonstruktion ihrer Motive. (...) Wer aus dem Zusammenhang reisst, führt in die Irre.

3. Wer über zurückliegende Zeiten arbeitet, muss die historische Differenz in Rechnung stellen, die auch nach wenigen Jahren bereits ausgeprägt sein kann. Was man heute weiss, als selbstverständlich voraussetzt, (...) konnte man oft damals nicht wissen, (...) Lob und Kritik werden schief und ungerecht, wenn diese Differenz nicht mitgedacht wird.

4. Historische Interpretationen sind von den Ordnungsvorstellungen ihrer Autoren nicht unbeeinflusst»⁹

Für «ein differenziertes und wahrheitsgemässes Bild der deutschen Wehrmacht», das wissenschaftlich zu recherchieren und glaubwürdig zu vermitteln sei,¹⁰ wirbt Ignatz Bubis, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Bei der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Frankfurt sagte er unter anderem: «Diese Ausstellung kann hierzu nur einen Anstoss geben. Sie stellt vor allem ein idealisiertes Bild in Frage. Eine abschliessende Bewertung der deutschen Wehrmacht als Ganzes und eine Beurteilung der individuellen Schuld, die einzelne Wehrmachtsangehörige auf sich geladen haben, kann nicht Aufgabe dieser Ausstellung sein und soll es auch nicht.»¹¹ In derselben Rede berichtete Bubis von Massenerschiessungen in einem Lager für sowjetische Kriegsgefangene, das dem Heer unterstand, und er fügte noch ein anderes persönliches Erlebnis hinzu: «Bis zum Herbst 1942 lebte ich im Ghetto in Deblin. Als Ende September dieses Ghetto geräumt wurde, wurde es durch Soldaten der Luftwaffe umstellt, die auf Flüchtende schossen. Sie haben zwar nicht unmittelbar an der Räumung und den Erschiessungen teilgenommen – das haben der SD, die SS und Polizeieinheiten besorgt –, aber doch dafür gesorgt, dass keiner fliehen sollte. Soldaten der gleichen Einheit waren es, die uns später bei der Zwangsarbeit auf dem Fliegerhorst Brot oder Zigaretten zusteckten, und es waren Offiziere ebendieser Einheit, die dafür sorgten, dass wir auf dem Fliegerhorst beschäftigt wurden, obwohl die SS unsere Auslieferung gegen Ersatz durch andere Zwangsarbeiter anbot. Damit haben sie uns zunächst bis Juli 1944 am Leben gehalten.» Schon bei dieser differenzierten Betrachtung werde deutlich, dass es «die» Wehrmacht «in keiner Hinsicht gab». In Westeuropa sei die Verstrickung von Truppenteilen in die Verbrechen des NS-Regimes und in die gezielte Judenverichtung bei weitem nicht so gross gewesen wie in Ost- und in Südosteuropa.¹²

Die Ausstellung präsentiert einen Ausschnitt, keinen beliebigen, sondern einen räumlich, zeitlich und durch ihren Gegenstand bestimmten Ausschnitt. Sie will zeigen, dass dieser Krieg im Osten und Südosten kein «normaler» Krieg war, sondern dass es ein als Rassenkrieg geplanter Vernichtungskampf war. Das ist nicht unbekannt. Wer es wissen wollte, konnte es wissen. Die wissenschaftliche Forschung hat uns dafür genügend Beweise geliefert. Und es gehörte schon sehr viel Naivität oder Verdrängungsbereitschaft dazu, um anzunehmen, ausgerechnet die Wehrmacht könnte in diesem verbrecherischen Krieg «sauber» geblieben sein.¹³ Ob man deshalb von einem Mythos sprechen kann, mag dahingestellt bleiben. Jan Philipp Reemtsma hat

es meines Erachtens präziser ausgedrückt, als er in diesem Zusammenhang von einem «stillschweigenden Vertrag über das Stillschweigen» sprach: «Es war wie ein Vertrag: schweigt von euren Heldentaten, und wir wollen von euren Verbrechen schweigen. So wurde auch – von innerfamiliären Ausnahmen abgesehen – von den persönlichen Erinnerungen geschwiegen.»¹⁴ Dass auch ein halbes Jahrhundert nach Ende des Krieges die Vorstellungen noch immer diffus sind, offenbart sich in vielen öffentlichen Reaktionen. Der Forschungsstand ist eben eine Sache und die Vermittlung eine andere, und abermals eine andere Sache ist es, zu welchem Zeitpunkt Fakten präsentiert werden. Dabei spielt die soziale Wirklichkeit genauso eine Rolle wie das geistige Klima, denn beides bestimmt den Grad der Aufnahmebereitschaft. Zudem liefern uns die auf Geschichte spezialisierten Disziplinen keine Daten, die sich auch nur annähernd mit jenen exakten Resultaten der Naturwissenschaften messen könnten. Vielmehr sind die Ergebnisse der historischen Forschung immer interpretationsbedürftig; und die grössten Werke, die wir diesem Wissenschaftszweig verdanken, sind solche, die bei aller Detailgenauigkeit die Einzelheiten in einen grösseren Zusammenhang stellen, die auch innere Motive blosslegen und sich nicht scheuen, Widersprüchliches widersprüchlich zu nennen und Zweifel einzugestehen.“

Die Geschichte ist nicht unser Eigentum, wir gehören vielmehr zu ihr. Um sie als eigene Geschichte zu begreifen, sind wir gezwungen, sie wieder und wieder zu erzählen. Aber wir müssen uns dabei stets bewusst machen, dass es selbst bei Beachtung aller wissenschaftlichen Standards unser Bild ist und bleiben wird. Gelingen kann dieses Unterfangen nur, wenn wir uns die Bereitschaft bewahren, offen zu bleiben für Korrekturen. Das macht die Schwierigkeit und die Herausforderung dieser Profession aus.

Und es hilft gar nichts, Augen und Ohren zu verschliessen. Die öffentliche Diskussion findet statt. Wer sich jetzt nicht einmischt, wird vermutlich erleben, dass sich Vorstellungen im allgemeinen Bewusstsein verfestigen, die für lange Zeit bestimmend sein werden für die geistige Verfassung dieser Gesellschaft. Insofern ist die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch ein eminent politischer Vorgang. Dieses Ringen um die Erinnerung gilt der Zukunft.

Bei allen Mängeln, die man der Wehrmachtausstellung ankreiden kann, muss ihr schon jetzt das Verdienst zuerkannt werden, zum richtigen Zeitpunkt eine der wichtigsten Fragen der jüngsten Vergangenheit thematisiert zu haben, die Frage nämlich nach Volk und Führer. Wie sehr uns dieses Problem umtreibt, zeigt nicht zuletzt die Debatte, die sich an dem Buch «Hitlers willige Vollstrecker» von Daniel Goldhagen entzündet hat.¹⁵ Mit der Erörterung der von Angehörigen der Wehrmacht begangenen Verbrechen rückt es uns ganz nahe. Plötzlich geht es nicht mehr nur um fanatische Nazis oder brutale Gewaltverbrecher, von denen sich jeder leicht distanzieren kann, sondern wir fragen uns wie jene Bundestagsabgeordnete der Grünen:

Was hat der Papa getan? War mein Mann auch dabei? Hat der Bruder mitgemacht? War nicht der Onkel damals in jener Gegend?... Mit den 19 Millionen Männern, die während des Zweiten Weltkriegs die Uniform der Wehrmacht trugen, gerät das Volk ins Blickfeld – und das sind wir. Nun haben wir es nicht mehr mit anonymen Opfern und fremden Tätern zu tun, sondern mit unseren Angehörigen, mit Menschen, die wir in ihrer Mehrzahl lieben. Und es ist genau der richtige Zeitpunkt, sich damit noch einmal sehr intensiv zu beschäftigen. Denn zum einen gibt es noch Zeitzeugen, zum anderen aber zwingt uns der Gang der Weltgeschichte dazu. Die deutsche Einheit stellt unsere Identität abermals in Frage, das spürt man in Ostdeutschland übrigens viel stärker als im Westen des Landes. Wenn wir denn ein Volk sind oder doch werden wollen, müssen wir auch zu einer gemeinsamen Geschichte finden und das heisst: wir müssen sie wieder und wieder erzählen.

Die Wehrmachtausstellung hat dazu Denkanstösse gegeben, aber sie hat auch selbst Anstoss erregt. Man muss es den Veranstaltern abnehmen, wenn sie behaupten, sie wollten kein Pauschalurteil fällen und gemeint sei die Wehrmacht als Institution und nicht die Soldaten, weder einzelne noch in ihrer Gesamtheit, aber der Eindruck, den die Ausstellung vermittelt, ist möglicherweise doch ein anderer. Zwar stimme ich Wolfgang Benz zu, der davor gewarnt hat, von diesem Medium «Ausstellung» zu viel zu verlangen,¹⁶ aber ich verstehe Benz nicht so, dass es deshalb unerlaubt wäre, Mängel zu benennen. Er selbst hat Beispiele dafür gegeben. Zu fragen ist etwa: Welche Botschaft transportiert diese Ausstellung, und ist der gewählte Ausschnitt geeignet, Erkenntnisse zu befördern, oder wird der Blick eher verstellt?¹⁷ Die Diskussion darüber ist unerlässlich, denn wir haben nur diese Ausstellung und keine andere, ein Umstand, der ihr ein ausserordentliches Gewicht verleiht. Die Verantwortlichen haben einen Anspruch darauf, dass man sich mit ihnen redlich auseinandersetzt. Die Wahrheit indes haben weder sie noch ihre Kritiker gepachtet, um die müssen wir uns schon selbst bemühen.

Auch in Bremen hat die Ausstellung bereits im Vorfeld zu einem verbalen Schlagabtausch geführt. Die CDU nahm Anstoss daran, dass sie in der Unteren Rathaushalle gezeigt werden sollte, während ihr Koalitionspartner SPD am Veranstaltungsort nicht rütteln liess. Als der Konflikt zu eskalieren drohte, bewährten sich die demokratischen Tugenden der Freien Hansestadt. Zahllose Einzelpersonen, aber auch die Verantwortlichen in Politik, Kirchen, Medien etc. haben den Boden dafür bereitet, dass aus Bremen nicht München wurde. In diesem Zusammenhang sei lediglich General a.D. Wolfgang Altenburg erwähnt. Der Bremer gehört zu den Kritikern der Ausstellung, aber ebenso deutlich hat er jenen widersprochen, die bis heute nicht wahrhaben wollen, dass die Wehrmacht das Instrument eines verbrecherischen Regimes war und dass ihre Führung nicht nur missbraucht worden ist, sondern sich Hitler angeeignet hat. In einem Interview sagte Altenburg: «Es war Hitlers Wehrmacht. Es war nicht die Wehrmacht des deutschen Volkes.»¹⁸

Beigelegt wurde die Koalitionskrise schliesslich durch einen Kompromiss, zu dem unter anderem die Vereinbarung gehörte, Experten am 26. Februar 1997 zu einer Fachtagung im Bremer Rathaus zu versammeln. Dieses Symposium, das zusammen mit den beiden Bundestagsdebatten in diesem Buch dokumentiert wird, war die Probe aufs Exempel. Ihr Verlauf hat bestätigt, dass es vernünftig war, einen dialogischen Ansatz zu wählen und die Kontrahenten an einen Tisch zu bringen. Der durchaus skeptische Journalist Am Strohmeier hat dazu in den «Bremer Nachrichten» festgestellt: «Bei der Debatte im Rathaus sind die Ansichten äusserst hart aufeinandergeprallt, aber-und das ist wohl das Wichtigste-man hat sich gegenseitig ausgehalten.»¹⁹ Das war nicht selbstverständlich und ist auch kein bleibender Besitz. Geduld und Toleranz muss man üben und üben. Und die Massstäbe für diese Auseinandersetzung gewinnen wir nicht aus uns selbst, sie sind uns vielmehr vorgegeben. Im Streit um die Darstellungsformen dieser Ausstellung über unbestreitbare Verbrechen müssen wir vor allem vor den Opfern bestehen. «Sie haben das Recht zu wissen», hat Wolfgang Eichwede gesagt, «wir die Pflicht. Schweigen wäre ein abermaliges tot-schweigen.»²⁰ Und darüber sollte es wahrlich keinen Streit mehr geben.

Bremen, im Mai 1997

Hans-Günther Thiele

- ¹ Weser-Kurier, Nr. 96 vom 25. April 1997, S. 2: Rolle der Wehrmacht bleibt umstritten.
- ² Vgl. Otto Schily. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 163. Sitzung, Plenarprotokoll 13/163, S. 14713-14715, hier insbes. S. 14714
- ³ Vgl. ebenda
- ⁴ Jan Philipp Reemtsma hat dazu in einem Interview mit Matthias Arning und Axel Vornbäumen bemerkt: «Im Bundestag ist genau das passiert, was man psychologisch erwarten durfte. Man wirft in eine kleine Gruppe ein private Emotionen betreffendes Thema, dann geht es ein wenig hin und her, und dann kommt die Familiengeschichte, man fängt an zu erzählen. Im Bundestag ist eine klassische Gruppendynamik abgelaufen.» Vgl. Jan Philipp Reemtsma, Frankfurter Rundschau, Nr. 86 vom 14. April 1997, S. 7: Die Skala des Scheusslichen ist nach unten offen.
- ⁵ Vgl. Christa Nickels. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 163. Sitzung, Plenarprotokoll 13/163, S. 14719-14720, hier insbes. S. 14719
- ⁶ Frankfurter Rundschau, Nr. 89 vom 17. April 1997, S. 1: Bundestag über Rolle der Wehrmacht uneins. Kaum noch Chancen für eine gemeinsame Erklärung.
- ⁷ Ebenda
- ⁸ Vgl. Rupert Scholz. Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 172. Sitzung, Plenarprotokoll 13/172, S. 15527-15529, hier insbes. S. 15528
- ⁹ Vgl. Werner Rahn: Aufstand des Gewissens. Der militärische Widerstand gegen Hitler und das NS-Regime 1933-1945. Einführung bei der Eröffnung in Bremen am 22. April 1997. Manuskript, S. 5 f.-Siehe auch Weser-Kurier, Nr. 94 vom 23. April 1997, S. 3: Widerstand inmitten des Vernichtungskriegs. Forscher bemühen sich um kritische Würdigung der militärischen Opposition gegen Hitler.

- ¹⁰ Vgl. Ignatz Bubis: Entmenschlichte Zeit. Über die Verbrechen der Wehrmacht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 86 vom 14. April 1997, S. 38
- ¹¹ Ebenda
- ¹² Ebenda
- ¹³ Die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, Jutta Limbach, hat dazu in ihrer Rede zur Eröffnung der sogenannten Wehrmachtsausstellung in Karlsruhe unter anderem bemerkt: «Offenbar haben selbst der Abstand mehrerer Jahrzehnte und die Zunahme unseres Wissens über die nationalsozialistische Schreckensherrschaft nicht zum Abschied von einer Illusion geführt. Gemeint ist der Irrglaube, man könne im Dienste eines menschenverachtenden totalitären Regimes einen fairen, d.h. die Haager Landkriegsordnung respektierenden Krieg führen.» Vgl. Prof. Dr. Jutta Limbach: Rede zur Eröffnung der Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944». Pressemitteilung vom 10. Januar 1997, S. 2
- ¹⁴ Siehe Jan Philipp Reemtsmas Thesenpapier in diesem Band.
- ¹⁵ Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker: ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin 1996
- ¹⁶ Siehe den Redebeitrag von Wolfgang Benz im Schlussteil der Diskussion der Arbeitsgruppe 1 in diesem Band.
- ¹⁷ Marion Gräfin Dönhoff zum Beispiel ist der Meinung: «Alles, was in der Ausstellung dargestellt wird, beruht auf Wahrheit. Es war tatsächlich ein Vernichtungskrieg: Juden wurden zu Partisanen gestempelt, Zigeuner zu Kriminellen, Kinder zu angeblichen Kundschaftern, sie alle waren Freiwild und wurden liquidiert, nicht nur von SS-Kommandos, sondern auch von der Wehrmacht. Aber die geschilderte Wahrheit ist eine Teilwahrheit, die durch Generalisierung zur Lüge wird. Es sind diese Pauschalurteile, die den Prozess des Erkennens und der Reue verhindern. Dabei geht es den Veranstaltern doch gerade darum, Einsicht und Scham bei den Beschauern zu erzeugen. Aber Übertreibungen und das Weglassen alles dessen, was in die zu beweisende Theorie nicht hineinpasst, müssen skeptisch stimmen und verkehren die ursprüngliche Absicht in ihr Gegenteil.» Hier zitiert nach einem Auszug aus dem Manuskript der Rede Gräfin Dönhoffs beim Neujahrsempfang des Bremer Senats am 17. Januar 1997, S. 2
- ¹⁸ Vgl. Wolfgang Altenburg. In: Weser-Kurier, Nr. 276 vom 23. November 1996, S. 3: Waren praktisch alle Verbrecher? «Nein, die Masse war es nicht». Ex-General Wolfgang Altenburg in WK-Interview: Gefahr liegt in der Wucht der Fotos.
- ¹⁹ Vgl. Am Strohmeyer: Chance nicht verspielt? In: Bremer Nachrichten, Nr. 49 vom 27. Februar 1997, S. 2
- ²⁰ Siehe die «Einleitenden Überlegungen» von Wolfgang Eichwede zu Beginn der Diskussion in der Arbeitsgruppe 1 in diesem Band.

Hinweis: Mit Ausnahme der «Thesen» basieren alle nachfolgenden Texte auf dem gesprochenen Wort. Die Mitschriften der Diskussionen in den Arbeitsgruppen so wie im Plenum wurden vom Herausgeber zum Teil gekürzt. Alle *kursiv* gesetzten Passagen sind zusammenfassende oder überleitende Bemerkungen des Herausgebers, alle gewöhnlich gesetzten Passagen sind Zitate der jeweiligen Diskussionsteilnehmer.

Begrüßung

Bürgermeister Dr. Henning Scherf

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle sehr herzlich hier in der Oberen Rathaushalle. Am liebsten würde ich zunächst noch etwas über die Halle erzählen und erst dann auf den Anlass unseres heutigen Zusammenseins zu sprechen kommen. Erlauben Sie mir das?

Sie befinden sich hier im Herzen der Stadtrepublik Bremen. Diese Halle steht seit 1410 und in dieser Halle hat über die Jahrhunderte der Rat der Stadt Bremen versucht, alle auftauchenden Probleme zu bearbeiten und zu bewältigen. Das ist eigentlich die Agora, wie die Griechen sagen, der politische Marktplatz dieser Stadt, dieser alten Republik. Und als ich mir heute morgen überlegt habe, was von den vielen rechtspolitischen Ermahnungen, die hier in Latein um uns herum stehen, für diese Tagung besonders einschlägig ist, habe ich gedacht, ich könnte Ihre Aufmerksamkeit auf diese vier Bilder lenken. Vielleicht machen Sie das einen Augenblick mit. Diese Bilder hängen seit 1612 da an der Wand. Sie sind vom Rat in Auftrag gegeben worden, um – zusammen mit den Texten, die darunter stehen – die hier Versammelten zusammenzuhalten. Auf einem heisst es «Sine respectu». Eine Ermahnung an alle, dass wir uns hier ohne falschen Respekt, wirklich als Personen, als gleichwertige Menschen wahrnehmen. Dann «Manet altera rerum». Ich übersetze das so: Höret immer auch erstmal den anderen, bevor Ihr urteilt. Habt die Geduld mit dem jeweilig anderen. Dann «Clementia rigorem temperet»: Wahret die Barmherzigkeit, habt Nachsicht mit dem anderen. Habt Verständnis für den anderen. Und das letzte: «Pro meritis»: Achtet auf die tatsächlichen Verdienste. Beurteilt die Leute nach dem, was sie tun und nicht nach dem, was sie sein wollen.

Ich habe den Eindruck, das sind für alle von uns passende, beziehungsreiche Ermahnungen für den Umgang miteinander, die wir heute bei dieser wichtigen Tagung beherzigen sollten. Sie wissen, dass wir von viel Presse begleitet werden. Das liegt daran, dass die Kontroverse in München so schrill geworden ist in den letzten Tagen. Ich hoffe für uns alle, dass wir es mit den vielen Gästen und mit den vielen Referenten und Podiumsteilnehmern zu einer sachlichen Debatte kommen lassen können.

Ich danke Ihnen allen sehr, dass Sie sich bereit erklärt haben, hier mitzumachen, das ist nicht ganz selbstverständlich. Ich finde es sehr respektheischend und aner kennenswert und danke Ihnen herzlich dafür, dass Sie alle – auch wenn Einzelne unter Ihnen in der bisherigen Auseinandersetzung womöglich bereits Kränkungen

erfahren haben – diese Debatte, die wir heute hier im Rathaus beginnen wollen, begleiten.

Ich wünsche Ihnen und uns, dass wir einander am heutigen Tag mit unseren unterschiedlichen Auffassungen aushalten. Und dass es uns gelingt, ein Beispiel dafür zu setzen, dass es hier in Deutschland Menschen gibt, die solch unterschiedliche Auffassungen auch vor der grossen Öffentlichkeit austragen und aushalten – Menschen, die sich den Verbrechen, die während des Zweiten Weltkriegs, insbesondere in der Zeit von 1941 bis 1944 im Ostfeldzug der deutschen Wehrmacht, begangen worden sind, stellen; sie nicht verdrängen, sondern sich mit ihnen auseinandersetzen.

Das wäre die richtige Vorarbeit dafür, dass demnächst, ausgelöst durch die Nato-Erweiterung, wieder deutsche uniformierte Soldaten in osteuropäischen Ländern auftreten können. Denn sie wollen natürlich, dass sie als Verteidiger des Rechtsstaats und der Menschenrechte und als Menschen, die andere schützen wollen, wahrgenommen werden. Ich wünsche Ihnen, uns und der uns begleitenden Öffentlichkeit, dass wir diese alten republikanischen Grundsätze, die die Ratsherren nicht nur hier, sondern auch an viele andere Wände immer wieder neu haben schreiben lassen, lebendig halten. Vielleicht können wir dazu einladen, die nötige Aufarbeitung nachdenklich, ohne Vorverurteilung und ohne Pauschalisierungen zu betreiben.

Ich wünsche uns allen einen nachdenklichen und einen ertragreichen Tag. Die Regie heute morgen führt Herr Halle. Sie kennen Herrn Halle alle; er ist ein bekannter Journalist, in dieses Thema eingearbeitet und er hat mir versprochen, jetzt «direktemang» zu übernehmen. Herzlichen Dank.

Die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich (1933-1945)

Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zunächst möchte ich mich ganz herzlich bedanken für die freundliche Einladung, heute Vormittag den Einführungsvortrag halten zu dürfen.

Ein Thema, das nicht nur historisch von grossem Interesse ist, sondern, wie wir alle wissen, auch politisch. Mich hat dieses Thema jahrzehntelang beschäftigt. Einmal, und das möchte ich gleich zu Beginn meiner Ausführungen bemerken, als ehemaliger Leutnant der deutschen Wehrmacht, der fünf Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen ist, und der sich immer die quälende Frage vorgelegt hat, warum das alles möglich war. Was ist denn überhaupt geschehen, und wie konnten wir so weit kommen, wie das im Jahre 1945 der Fall gewesen ist? Und ich hatte dann das Glück, 1953 einen hervorragenden Professor kennenzulernen, Percy Ernst Schramm, den ehemaligen Kriegstagebuchführer des OKW, mit dem ich zusammen mit den Studien zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges begann. Seit Mitte der Fünfziger Jahre habe ich mich mit dieser Thematik, dann vor allem als Wissenschaftler, befasst. Damit habe ich schon angedeutet, dass es sich hier um drei wesentliche Aspekte handelt, die ich in skizzenhafter Form vortragen möchte. Sie werden Verständnis haben, dass diese schwierige, diffuse Komplexität «Wehrmacht» im Dritten Reich bis '45 nicht in sechzig Minuten abgehandelt werden kann. Daher verstehe ich meine Ausführungen auch mehr als Reflexionen und Bemerkungen mit Konsequenzen. Das werden wir im Anschluss heute Mittag und Nachmittag diskutieren.

Die drei Skizzen beziehen sich auf folgende Bereiche: Zunächst einmal möchte ich insbesondere mit Blick auf die junge Generation etwas von dem zu verdeutlichen versuchen, was ich die Lebens- und Leidensgeschichte meiner Generation in der Wehrmacht nennen möchte. Das Erleben als subjektiver Faktor, das ja eine entscheidende Rolle gespielt hat. Zum zweiten kommt es darauf an, aus der Perspektive des Wissenschaftlers zusammenzufassen, was wir einigermaßen gesichert im Jahre 1997 im Hinblick auf die Rolle der Wehrmacht-Selbstverständnis, Irrtümer, Versagen und Schuld – aussagen können. Und schliesslich drittens – das hängt mit der Ausstellung zusammen, die ja im Mittelpunkt unserer Auseinandersetzungen steht – möchte ich aus meiner Sicht zu der Frage Stellung nehmen: Was lässt sich einigermaßen abgestützt durch entsprechende Quellen zum Verhalten von Wehrmacht, von Teilen der Wehrmacht im Russlandfeldzug 1941 bis 1944 aussagen?

Bevor ich auf diese drei Skizzen zu sprechen komme, möchte ich noch einige Vorbemerkungen machen. Auch das bezieht sich insbesondere auf die jüngere Zuhörerschaft. Das, was wir heute wissen, war nicht das Wissen in den Jahren 1933 bis 1945. Bekanntlich ist die Geschichte des Nationalsozialismus und damit auch die Geschichte der Wehrmacht eine Geschichte seiner Unterschätzung gewesen. Viele haben sich Illusionen gemacht. Es ist im Jahre 1997 viel einfacher, bestimmte Wertungen vorzunehmen, denn wir wissen, wie die Geschichte verlaufen ist. Ich halte das für einen der fundamentalen Fehler von vielen Vertretern der Massenmedien, immer schon in dem Wissen um das Ende von '45 diese Periode zu interpretieren. Die Jahre von 1933 bis 1941 – die Jahre, die für die Wehrmacht entscheidend geworden sind – können im Selbstverständnis dieser Soldaten nur vor dem Hintergrund der Erfahrungen, die man bis dahin gemacht hatte, verstanden werden. Und ein Weiteres: Für uns in der Bundesrepublik Deutschland ist es selbstverständlich, dass wir durch die Medien «überfüttert» werden mit Informationen. Wir kennen ein Pro und Contra; wir können uns offen aussprechen. Aber für das Verhalten von Menschen in einem totalitären System und in einem totalen Krieg gelten andere Gesetzmässigkeiten, die sich viele heute gar nicht mehr vorstellen können. Wir besaßen damals aus verständlichen Gründen nur ein selektives Wissen, so wie es die Propaganda wollte. Von der Partei linie abweichende Aussagen zu machen, war nicht nur für uns, sondern auch für unsere Familien gefährlich. Diese spezifische Atmosphäre in einem totalitären System zu schildern und dieser gerecht zu werden, darauf kommt es an.

Wie können sich Menschen in einer solchen Ausnahmesituation wirklich verhalten? In diesem Zusammenhang müssen wir immer wieder Fragezeichen setzen und vorsichtig mit unserem Urteil sein. Wie hätten andere sich verhalten, wenn sie in der gleichen Erziehung gross geworden wären und in der gleichen Entscheidungssituation hätten handeln müssen? Heute ist es leicht zu sagen, warum habt ihr euch so verhalten? Und noch ein Letztes zu dem totalen Krieg. Auch das vergisst man häufig. Wer diesen Krieg erlebt und durchlitten hat, weiss, welches die Bedingungsfaktoren eines totalen Krieges gewesen sind. Für uns Soldaten war entscheidend: Wie kann ich überleben? Hinzu kamen Angst und Sorgen um die Heimat und die Familie. Alle anderen Faktoren waren fast sekundär. Und wie man sich in einem totalen Krieg verhält, gebunden an den Eid, gebunden an bestimmte Prinzipien von Befehl und Gehorsam, das kann wahrscheinlich nur derjenige hinreichend bewerten, der sich selbst in einer solchen Situation befunden hat. Ich sage das bewusst am Anfang meiner Skizzen, weil dies zum Verständnis dieser Epoche gehört. Das Eingebundensein, die Zusammenhänge, die man sehen muss. Ich werde gleich noch die Einseitigkeiten der Interpretation auf vielen Seiten andeuten müssen, d.h. sowohl bei den Ehemaligen – und damit beziehe ich mich mit ein – als auch bei jenen, die allzu leicht kritisieren, was richtig oder falsch gemacht worden ist. Ich

stelle an den Anfang die Erkenntnis für uns Ehemalige: Es geht hier gar nicht im letzten um das, was wir damals subjektiv empfunden oder erlebt haben, sondern um das, was wir heute objektiv feststellen können. Dabei muss die Einsicht von Clausewitz bedacht werden-und das vergessen viele ehemalige Veteranen-, dass man den Krieg nur im Zusammenhang von Politik und Kriegsführung versteht. Das heisst, wenn wir das politische Element bei unserer Bewertung ausklammern, verstehen wir überhaupt nicht, warum der Krieg geführt wurde.

Für mich war bemerkenswert, als ich vor zwei Jahren einen Band über Russland und Deutschland herausbrachte und einen ehemaligen Bataillonskommandeur, der in Stalingrad gekämpft hatte, gebeten hatte, seine Erfahrungen von damals in dem Sammelband zusammenzufassen. Er hat alles sehr eindrucksvoll beschrieben. Dann bat ich ihn jedoch, am Schluss noch einige Bemerkungen hinzuzufügen: welches seien denn die Lehren von Stalingrad für ihn gewesen, einst und heute. Er antwortete, dass der «Glaube an den Führer» verloren gegangen sei. Das ist richtig. Ich bat ihn, aber doch noch zu der Frage Stellung zu nehmen, ob er sich Gedanken darüber gemacht hätte, warum wir überhaupt in Stalingrad unsere Panzer eingesetzt hätten? Welches seien denn die politischen Intentionen in diesem Kriege gewesen? Würden diese ausgeklammert, könne der Gesamtzusammenhang gar nicht begriffen und bewertet werden. Clausewitz hat einst klargestellt: Wer den Krieg von der Politik löse, d.h. von seinem «Erzeuger», verstehe überhaupt nichts. Stets gelte es, die Wechselwirkung von Politik und Kriegsführung zu beachten.

Subjektive Befindlichkeiten

Aber nun zu den drei eingangs genannten Skizzen. Zunächst einmal subjektiv Lebens-, Täter- und Leidensgeschichte. Auch hierzu nur Anmerkungen. Man muss versuchen, sich in die Epoche des Imperialismus und Militarismus mit ihren Bedingungsfaktoren hineinzusetzen, man muss das Selbstverständnis einer soldatischen Generation nach einem verlorenen Krieg begreifen, d.h. eine Frontkämpfergeneration, die wie die gesamte deutsche Bevölkerung tief enttäuscht war von den Bedingungen des Versailler Vertrages. Zudem: nur noch ein Berufsheer, ohne die Fähigkeit, Deutschland schützen zu können. Unverständnis für demokratische Spielregeln, eine Staat-im-Staat-Politik. Und dennoch immer das unbändige Bestreben, eines Tages wieder Deutschland als Grossmacht zu sehen und dafür unablässig zu wirken. Der «Platz an der Sonne»! Mit den demokratischen Spielregeln konnte die Reichswehr nichts anfangen; sie stand dieser Politik abwartend gegenüber und hoffte auf eine grosse neue Epoche. Für die damalige soldatische Generation war der 21. März 1933 ein besonderes Ereignis. Der «Tag von Potsdam», an dem der Vertreter des alten Preussentums in der Gestalt des greisen Feldmarschalls von Hindenburg dem neuen Führer der nationalen Revolution, Adolf Hitler, die Hand reichte. Es

schien so zu einem Bündnis zwischen dem alten traditionellen Preussentum und Soldatentum und den Vertretern der neuen nationalen, nationalsozialistischen Bewegung gekommen zu sein mit dem Ziel, wieder ein grosses, starkes, kräftiges, abwehrbereites Deutschland zu schaffen. Dieser Tag hat einen tiefen Eindruck auf die soldatische Generation gemacht, aber ebenso auf konservative Kreise in Deutschland. Und so haben die Soldaten weithin in dem Glauben gelebt, jetzt sei die Zeit wieder gekommen, um Deutschland wehrhaft zu machen, aufzurüsten, eine Armee aufzubauen, die in der Lage war, Deutschland im Ernstfall zu schützen. Die Reichswehrführung war bereit und willens, die Truppen in das neue System zu integrieren. Der Reichswehrminister von Blomberg hat am 2. August 1934 (nach dem Röhmputsch) alles daran gesetzt, die Reichswehr auf Adolf Hitler mit der Formel zum «unbedingten Gehorsam» zu vereidigen. Das bedeutete natürlich eine ungemein starke personale Bindung, die bis zu Ende des Krieges nicht ihre Wirkung verlor. Es waren wahrscheinlich nur wenige, die damals ein unsicheres Gefühl hatten, ob dies nun wirklich der grosse Moment war, auf den die Soldaten gewartet hatten. Faktum ist, dass der Eid auf Hitler eben vieles entschieden hat im Hinblick auf das Verhalten deutscher Soldaten, die gewohnt waren zu gehorchen, die diszipliniert waren, diszipliniert wurden und die diesen Eid überwiegend sehr ernst genommen haben. Es war ja auch ein Eid, der von vielen eher akzeptiert wurde als etwa der Eid auf die Reichsverfassung von Weimar. Früher waren die Soldaten auf den Monarchen, d.h. auf den Oberbefehlshaber, vereidigt. Darunter konnte man sich etwas vorstellen, jetzt auch bei Adolf Hitler. Freilich war man sich nicht im Klaren, wie dieser sich verhalten würde. Aber Hitler schien ja auch nach der Niederschlagung des sogenannten Röhmputsches bereit zu sein, dieser Wehrmacht, als einzigem «Waffenträger der Nation», einen entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzuräumen.

Der Waffenträger und die Partei, das waren die beiden Säulen, auf denen der Staat aufbaute, und natürlich die Reichswehrführung. Die Soldaten haben einem Staate sehr viel positiver gegenübergestanden, der autoritäre Strukturen schaffte, der Disziplin und Gehorsam verlangte, der vor allen Dingen die sogenannten preussischen Tugenden und militärischen Traditionen wiederbelebte und sie zum Massstab für Staat, Partei und Gesellschaft setzte. Aber fraglos hatten viele im In- und Ausland Schwierigkeiten mit der zutreffenden Einschätzung Adolf Hitlers. 1933 hatten die meisten Deutschen keineswegs die Vorstellung, in den Krieg ziehen zu müssen, von Terror und Holocaust ganz zu schweigen, sondern es war die Sehnsucht nach nationaler Grösse dieses verwundeten Deutschen Reiches, das sich eben als Besiegtes empfand, wenn auch zu unrecht; Wiedergutmachung, Revision des Versailler Vertrages und Aufrüstung haben sehr nachhaltig eine Rolle gespielt und vor allen Dingen sich verhängnisvoll ausgewirkt für das Verhalten der politischen Eliten, vor allen Dingen auch der Reichswehr- und Wehrmachtsführung. Wie schon angedeutet, Hitler-Geschichte ist eine Geschichte der Unterschätzung. Die Politik

der Nationalsozialisten, in erster Linie Hitlers, war von '33 an eine Politik der ununterbrochenen Erfolge: allgemeine Wehrpflicht '35, Olympiade 1936, grosse Begeisterung in Deutschland und vor allem der Höhepunkt im März 1938, als Hitler in Österreich einmarschieren liess, dort jubelnd empfangen wurde. Wenn man im Jahre 1938 nach unserem Selbstverständnis freie Wahlen hätte durchführen können, die überwältigende Mehrheit hätte für Hitler gestimmt. «Ein Volk, ein Reich, ein Führer» lautete die allseits begrüßte Parole. Bis 1940 war es eine kaum vorstellbare NS-Erfolgsgeschichte, die dazu führte, dass nach dem militärischen Triumph im Westen sogar spätere Widerstandskämpfer in ihre Tagebücher notierten: Ein Mann solcher Erfolge müsste ein «Mann Gottes» sein. Hitler hatte alles erreicht, und am 22. Juni 1940 nach dem Westfeldzug bescheinigt ihm dies ein Mann, der in Holland lebte. Dessen Telegramm lautete: Jetzt nach diesem grossartigen Siege müssen wir den Choral anstimmen «Nun danket alle Gott». Gez. Wilhelm i.R.

Der ehemalige Oberbefehlshaber des Gefreiten Adolf Hitler bestätigt dem Führer der nationalen Revolution und Oberbefehlshaber der Wehrmacht, der '38 auch die Wehrmachtsführung entmachtet und selbst unmittelbar den Oberbefehl übernommen hatte, dass er vollendet hatte, was ihm – dem Kaiser – in vierjährigem Kampfe nicht möglich gewesen war: der grosse Sieg im Westen. Natürlich gab es bereits in dieser Zeit Terrormassnahmen und Konzentrationslager, aber das Furchtbare, das bekenne ich persönlich für uns, war ja, dass wir diese Erscheinungen kompensiert haben. Die Entschuldigung oder das Alibi lautete: Es ist nicht schön, aber vielleicht handelt es sich um Leute, die die neue Zeit nicht begreifen, diese müssen eben umlernen, so werden sie in Lager geschickt. Mit den Juden war das ein besonderes Problem. Die Judenbekämpfung setzte mit einem klaren Markstein ein: den Nürnberger Gesetzen (1935). Hierbei enthüllte sich das grosse Versagen der Deutschen, ebenso bei den Spitzen der Wehrmacht, dass diese ohne nennenswerte Proteste und Kritik akzeptiert wurden. Einen latenten Antisemitismus gab es in Deutschland schon früher; ich will jetzt nicht auf die Goldhagen-Thesen eingehen, aber unbestreitbar blieb, dass man das nicht als so aufwühlend empfand. Entscheidend war für die meisten Deutschen bis zum Sommer 1940 der schier unaufhaltsame Aufstieg des Reiches. Hitler stand auf dem Zenit seiner Macht. Er hatte seine Gegner in schnellen Feldzügen niedergeworfen, er hatte eine Armee, die stark geworden war, von 100.000 Mann im Jahre 1933 auf eine Million im Jahre 1939 ausgeweitet. Und diese Wehrmacht hatte bewiesen, wie sie zu kämpfen vermochte. In «Blitzfeldzügen» hatte sie ihre Gegner geschlagen, die im Ersten Weltkrieg nicht hatten besiegt werden können. Man muss sich diesen Rausch, diese Effekte noch vor Augen halten, um zu erkennen, dass es äusserst schwierig war, in Opposition zu dem NS-Regime zu gehen. Es gab zwar bereits erste geplante oppositionelle Aktionen im Jahre '38, als es um die Tschechoslowakei ging. Es bestand die Absicht, Hitler festzunehmen, wenn er den Befehl gegeben hätte, gegen die Tschechoslowakei mi-

litärisch vorzugehen, aber dann gingen die Engländer und Franzosen mit ihrer Appeasement-Politik auf Hitler positiv ein und damit war jedem oppositionellen Verhalten der Boden entzogen worden.

1940 herrschte in Deutschland eine ungemein grosse Begeisterung. Als der Krieg 1939 ausbrach, war es nicht so wie bei der Juli- und Juni-Begeisterung 1914, als die deutschen Soldaten voller Siegeshoffnung in den Kampf gezogen waren, sondern es war eine tiefe Besorgnis nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges spürbar, ob die Deutschen das leisten könnten. Und dann kamen drei Feldzüge, blitzschnell läuft alles über die Bühne, und Hitler steht an der Spitze und hat Europa, so scheint es, im Griff. Und der Mann, den man von militärischer Seite zunächst sehr skeptisch beurteilte, hatte gezeigt, dass er nicht nur politische Fähigkeiten besass, die man im Ausland honorierte – man nahm ihn ernst als Verhandlungspartner, als Führer des neuen Deutschen Reiches. Die Wehrmachtsführung musste erkennen, dass ihr Oberbefehlshaber auch bestimmte militärische Fähigkeiten besass. Er hatte Geistesblitze und Ideen, die immer wieder die Generalität überraschten und die erkennen liessen, dass er sich tief in diese Materie hineingearbeitet hatte. Die Militärs glaubten also, dieser Mann würde in der Lage sein, weiter siegreiche Kriege zu führen.

Das eigentliche Drama begann im Jahre 1940/1941 – auch für die damalige Soldaten-Generation, die das Instrument der NS-Kriegsführung war. Die Wehrmachtsführung war zunächst zurückhaltend mit ihren operativen Planungen, aber dann angesichts der Erfolge bereit und entschlossen weiterzukämpfen. Ja, sie war sogar überzeugt, siegestrunken, man würde jetzt gegen die ganze Welt antreten können. Die Pläne aus den Jahren 1940/1941 wurden immer uferloser. Das war die Konsequenz dessen, was Hitler einst gesagt hatte: Man muss das Schwert schmieden («Mein Kampf»), um es richtig zugunsten der Stärke des eigenen Reiches einsetzen zu können. Jetzt ging es um die Sowjetunion.

Hitler befahl, einen «Präventivkrieg» gegen die Sowjetunion zu führen, gegen den Bolschewismus, den sogenannten Weltfeind Nummer 1. Die Wehrmachtsführung war der Meinung, das Heer würde diesen Feldzug in kürzester Zeit siegreich beenden können. Im Jahre '41 zeigte sich, als die Deutschen auch den Amerikanern den Krieg erklärten, dass die deutsche Führung jedes Augenmass für das Machbare verloren hatte. 1941 standen fast 75% aller personellen und materiellen Reserven der Welt gegen Deutschland und seine Verbündeten. Und Fachleute hatten darauf hingewiesen, dass der Krieg für Hitler verloren sei, wenn er jetzt nicht innerhalb des nächsten Jahres gewonnen werden könnte, da Amerika in der Lage sei, das gesamte Potential zugunsten der Gegner in die Waagschale zu werfen. Genau das trat ein. Von allen Seiten setzte im Jahre 1942/43 der Sturm auf die «Festung Europa» ein. Die Wehrmacht wurde von einer gewissenlosen politischen Führung restlos überfordert. Freilich, die engsten militärischen Berater Hitlers hatten auch nicht mehr den Willen und die Entschlossenheit, dagegen anzugehen, abgesehen von einigen

wenigen Mutigen, die versucht haben, in der Opposition das Rad der Geschichte noch einmal zurückzudrehen. Für mich war, bei meinen ganzen Studien seit den 60er Jahren immer ein Dokument besonders erschütternd – und ein Zeugnis für das Fehlverhalten höchster Offiziere: der Vortrag des General Jodi vom OKW im Herbst 1943 in München. Unmissverständlich schilderte er darin die schwierige Lage des Reiches. An 15.000 Kilometer Front müssten sich die Deutschen verteidigen, es sei unwahrscheinlich, was da geleistet worden sei. Am Schluss seiner Ausführungen fragte er, warum die Deutschen dennoch darauf hoffen könnten, als Sieger das Schlachtfeld verlassen zu können. Hatte er neue Waffen, Divisionen oder Partner in Aussicht? Nein, Deutschland werde siegen, so General Jodi, weil an der Spitze Deutschlands zum ersten Mal ein politisches und militärisches Genie stehe. Deutschland werde siegen, weil Deutschland siegen müsse. Das war die Bankrotterklärung einer verantwortlichen militärischen Führung, die anstelle einer nüchternen Beurteilung der militärischen Lage den fanatischen Glauben an den Sieg einer totalitären Ideologie setzte.

Objektive Befindlichkeiten

Bei der zweiten Skizze geht es um einige wesentliche Erkenntnisse aus dem Jahre 1997. Wobei ich hinzufügen möchte, ich spreche nur für mich, da ich einer von zahlreichen Wissenschaftlern in Deutschland bin, die sich mit diesen Fragen beschäftigt haben. Ich bin mir im Klaren darüber, dass es unterschiedliche Meinungen zu den hier erörterten Fragen und Komplexen gibt. Inzwischen ist uns klar, was sich de facto in diesem Dritten Reich abgespielt hat und wie auch dieses Instrument Wehrmacht schrittweise manipuliert, indoktriniert, tragisch verstrickt worden ist und schliesslich Teile davon schuldig geworden sind. Adolf Hitler und seinesgleichen gingen von Anfang an von einem ideologisch weitgespannten Programm aus. Dazu liegen unendlich viele Zeugnisse vor. Im Mittelpunkt ihrer Vorstellungen standen drei grosse Ziele, die sich nachhaltig auf den Einsatz der Wehrmacht ausgewirkt haben und auswirken mussten: die Erkämpfung von Lebensraum im Osten (der Krieg als permanentes Lebensgesetz). Zudem, der Aufbau eines Grossgermanischen Reiches Deutscher Nationen konnte und sollte nur mit Waffengewalt erreicht werden. Das heisst, Hitler brauchte eine starke Wehrmacht. Und drittens, auch das stand von Anfang an fest, hinter Lebensraum, hinter dem Krieg als Gesetz der Bewegung, stand der Grundgedanke einer ideologischen Flurbereinigung; die Vernichtung der anderen, feindlichen Rasse. Und hier komme ich gleich schon auf das entscheidende Problem der Erkenntnis. Dieser Krieg, der dann '39 zunächst partiell, nämlich gegen Polen geführt wurde, in Norwegen, im Westen und auf dem Balkan, mündete 1941 in den Kampf gegen den Bolschewismus. Dies war von Anfang an die ideologische Zielsetzung. Bei der «Pax Germanica» ging es eben darum, zu verdeutli-

chen, dass, wenn man eine rassische Neuordnung dieses Kontinents nach den Prinzipien des Nationalsozialismus verwirklichen wollte, dafür der sogenannte Rassenfeind systematisch liquidiert werden musste. Das wissen wir heute, und es zeigt sich, dass dieses Ziel auch schon in den Jahren der Taktik von '33 bis '39 verfolgt wurde. Joseph Goebbels, der Reichspropagandaminister, hat am 5. April 1940 vor einem kleinen ausgewählten Kreis eine hochinteressante Rede gehalten. Er erklärte dabei, dass die Nationalsozialisten immer ihre Ziele gehabt hätten, aber sie hätten sie natürlich dem deutschen Volke nicht bekannt gegeben. Hätten sie das getan, also schon von Anfang an '33 von der grossen «Pax Germanica» gesprochen, hätten die Deutschen gar nicht mitgezogen. Sondern die NS-Führung hätte – und vieles spricht für die Richtigkeit dieser These- sukzessive Schritt für Schritt je nach der Bewusstseinslage der Deutschen, die Ziele partiell enthüllt. «1940 sprechen wir von Europa», bedeutete er. Jeder könne sich darüber Gedanken machen. «Was wir wollen in diesem Europa, werden wir zeigen, wenn wir die Macht haben, das heisst, wenn wir Europa unterworfen haben.» Und so geschieht es dann 1942, solange das NS-Regime in diesem Krieg noch die Initiative besass.

Hier zeigte sich also die ungemeine Zielstrebigkeit einer politischen Führung, die auf einen Krieg ausgerichtet war zur Hegemonialstellung Deutschlands und zugleich zur physischen Vernichtung der «Rassenfeinde». Dies ist der eigentliche grosse Höhepunkt, mit dem ich vorhin abgeschlossen habe, das Jahr 1940. Es schien so, als ob Hitler wirklich mit dem Schwert alles würde verwirklichen können, was er sich vorgenommen hatte. Die Frage war, nachdem England nicht nachgab, wie man den letzten noch übriggebliebenen Gegner niederwerfen konnte. Wieder war es eine Frage der militärischen Führung. Hitler schien der Augenblick gekommen zu sein, seine langfristigen Ziele in die Tat umzusetzen, da das Volk hinter ihm stand nach den Erfolgen; die Wehrmacht hatte sich als siegreich erwiesen. Die Gegner konnten dieser offenbar keinen Widerstand mehr entgegensetzen. Wahrscheinlich war es nur eine Frage von Monaten, um auch den letzten, den bolschewistischen Gegner in die Knie zu zwingen. Die deutsche Führung rechnete damals mit einem Feldzug von 3-5 Monaten bis zur Archangelsk-Astrachan-Linie. Im Sommer 1940 stand also Hitler vor dieser Alternative und er sagte sich, ich glaube, die einfachste, sinnvollste, zweckmässigste Lösung wird es sein, wenn ich England nicht direkt, sondern indirekt angreife, also etwa die napoleonische Lösung wähle: Ich schlage England, indem ich den letzten möglichen Festlandsdegen, nämlich die Sowjetunion, niederwerfe. Das hatte zahlreiche Vorteile. Die Sowjetunion niedergeworfen bedeutete, endlich den Lebensraum etablieren zu können, den man von Anfang an im Visier hatte. Russland besiegt bedeutete: England musste den Kampf einstellen. Russland besiegt hiess, dass man den Weltfeind Nummer 1, den Bolschewismus, vernichten konnte, Deutschland als «Retter des Abendlandes». Russland besiegt bedeutete, dass man jetzt an die Vernichtung des «Rassenfeindes» denken konnte, der im Wege

stand bei dem Kampf um die rassistische Neugestaltung des europäischen Kontinents. Und Russland besiegt bedeutete, Deutschland hatte einen Wirtschaftsraum, der ausreichte, um autark weiterkämpfen zu können. Amerika würde keine Chance mehr haben, in diesen Krieg einzugreifen. Im Übrigen ist in diesem Zusammenhang unmissverständlich klarzustellen, ungeachtet der zahlreichen, neueren, revisionistischen Versuche zur Exkulpation: Der deutsche Angriff am 22. Juni '41, der seit dem Sommer '40 geplant wurde, war ein Eroberungs- und Vernichtungskrieg und kein Präventivschlag. Allerdings wissen wir bis heute nicht genau, was Stalin politisch de facto im Jahre '41 gewollt hat. Man kann jedoch politische Entscheidungen, so wie es bestimmte Revisionisten getan haben, nicht primär mit militärischen Dokumenten bewerten. Hierbei ist es unwichtig, ob wir heute nachweisen können, dass Stalin tatsächlich die Absicht gehabt hatte, Deutschland anzugreifen: Entscheidend ist die Frage, was die deutsche politische militärische Führung für Vorstellungen von Stalins Intention gehabt hat. Und da nahm die deutsche Führung an, dass «der Russe uns nicht den Liebesdienst eines Angriffes» machen würde. Das war für Hitler auch eine sekundäre Sache. Für den Charakter des Krieges gegen die Sowjetunion ist das Kriegstagebuch von Generaloberst Halder die beste Quelle. Am 30. März 1941 notierte der Chef des deutschen Generalstabes eine Besprechung der Generalität in der Reichskanzlei, bei der Hitler unmissverständlich den qualitativen Umschlag des Krieges bekanntgab. Unter anderem führte es aus: Wir müssten die Träger der bolschewistischen Ideologie bis zur dritten Generation liquidieren, denn nur wenn wir die Enkelsöhne auch ausradieren, um es einmal in seiner Sprache zu formulieren, hätten wir Gewissheit, dass nicht eines Tages die Rächer erscheinen und den Krieg wieder gegen uns eröffnen würden. Hier müsste also tabula rasa gemacht werden.

Die Frage des Verhaltens der Wehrmacht des Heeres im Russlandfeldzug

Lassen Sie mich an den Anfang eine These stellen. Was die Millionen deutscher Soldaten, die in Russland gekämpft haben-von '41 bis '44-von den Verbrechen, die von Deutschen oder im Namen Deutschlands verübt worden sind, gewusst haben, was sie mitbewirkt haben – Millionen, ich spreche nicht von Tausenden, Millionen –, können wir wissenschaftlich gar nicht mehr adäquat nachweisen. Wir können deshalb auch keine These aufstellen, also alle wussten es, das war ein ideologischer Vernichtungskrieg, sondern wir können eigentlich immer nur als Wissenschaftler den Versuch machen, anhand des uns zur Verfügung stehenden Materials, einschliesslich der Aussagen in den Memoiren, zu klären, wie unterschiedlich das Verhalten gewesen ist. Und damit im Zusammenhang steht natürlich auch meine These, im Gegensatz zu dem, was vielleicht allzu überspitzt formuliert worden ist in dieser Ausstellung: Man kann auf der einen Seite mit aller Klarheit sagen, viel mehr Ein-

heiten des deutschen Heeres, zum Teil auch der Luftwaffe und der Kriegsmarine, aber vor allen Dingen des Heeres, viel mehr Einheiten, viel mehr Teile des Heeres haben sich schuldig gemacht. Wir wissen, dass viele aktiver eingegriffen haben in die Vernichtungsaktionen, direkt oder indirekt. Also von der «sauberen Wehrmacht» zu sprechen, ist genauso falsch, wie von der «verbrecherischen Wehrmacht». Zumal die überwältigende Mehrheit der Soldaten ganz andere Erfahrungen gemacht hatte und mit Verbrechen nicht konfrontiert war. Viele von uns Jüngeren, ich bin erst '45 Offizier geworden, haben, ich will das einmal als persönliches Beispiel anführen, in der Gefangenschaft im Jahre 1945 von Vertretern ehemaliger Kommunisten, die von Moskau in unser Lager nach Foczani in Rumänien kamen, zum ersten Mal etwas von den Verbrechen gehört. Ich sehe noch die Situation vor mir, wie wir alle in den Baracken sitzen und die Kommunisten auslachen, dass sie jetzt noch in der Gefangenschaft versuchen, uns mit ihren Propagandathesen zu überzeugen. Ich habe später leider erkennen müssen, dass das, was uns die Kommunisten dargelegt haben im Jahre '45, noch harmlos war gegenüber dem, was wirklich passiert war.

Also die These muss lauten: Teile des deutschen Heeres und der Wehrmacht haben weitaus mehr direkt oder indirekt an Verbrechen des Nationalsozialismus mitgewirkt, als es von ehemaligen Memoirenschreibern, von Veteranen, also von uns, geschweige denn von den Tätern, zugegeben worden ist. Wir sollten endlich den Mut haben, das Versagen zuzugeben. Freilich gab es auch Soldaten, die nicht nur tragisch verstrickt waren, sondern die auch Widerstand geleistet haben. Es gab andere, die nicht fähig und willens waren, sich gegen den Strom zu stellen, um Schlimmeres zu verhüten und um zu zeigen, dass für den deutschen Soldaten diese Art der Vernichtung etwas wider die Tradition war. Denn Gegner, wenn sie die Hände hoben, nahm man gefangen und metzelte sie nicht nieder, geschweige denn Kinder, Frauen und so weiter. Das brauche ich im Einzelnen nicht weiter auszuführen.

Aber etwas anderes ist wichtig. Wenn ich auf der einen Seite sage, wir können die These vertreten, dass nur bestimmte Teile des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine direkt oder indirekt an den Vernichtungsaktionen beteiligt waren, ob nun politisiert oder ob als Konsequenz dieses barbarischen Kampfes, so ist nicht immer klar zu unterscheiden gewesen, was davon die Konsequenz des Partisanenkrieges war oder Ausfluss des ideologischen Programms. Festzuhalten bleibt in jedem Fall, dass Teile des Heeres an den Morden mitgewirkt haben und nicht nur die SS-Sonderkommandos, d.h. die Einsatzkommandos.

Tragisch, und ich bekenne mich hier selbst mitverantwortlich, ist indessen die andere Perspektive. Vielleicht werden Ältere von Ihnen einmal die eindrucksvollen Memoiren des General von Senger und Etterlin gelesen haben. Ein deutscher General, der als einer der ganz wenigen in seinen Memoiren bekannte, dass die Soldaten tapfer für den Sieg hätten kämpfen, aber angesichts der deutschen Barbarei gleichzeitig für die Niederlage hätten beten müssen.

Dies war eine tiefe Einsicht, die bei Soldaten zu finden war, die von ganz bestimmten auch soldatischen moralischen Prinzipien stark geprägt waren. Viele von ihnen haben in einem verzweifelten Coup versucht, Hitler zu beseitigen. Denken Sie an den 20. Juli 1944. Das ist die andere Seite des Verhaltens der Wehrmacht in Russland. Denn die Argumente, die die Militäropposition immer wieder anführte (vgl. Henning von Tresckow und Graf von Stauffenberg) betrafen die Frage des Unrechts und des Verbrechen der Massenmorde an den Juden. Dies hat eine entscheidende Rolle bei der Motivation gespielt. Nur müssen wir leider bekennen, es waren sehr wenige, die den Mut, die Kraft und die Entschlossenheit aufgebracht haben, in dieser einzigartigen Situation zu handeln, um das NS-System zu beseitigen.

Neben dieser Einsicht von der partiellen Verantwortung von Teilen des deutschen Heeres ist etwas, was mich ebenso bedrückt hat und was ich in den Diskussionen mit den Veteranen immer versucht habe zu diskutieren. Lassen Sie es mich an einem Beispiel verdeutlichen. Im Jahre 1996 erschien eine der zahlreichen Divisionsgeschichten, hervorragend gemacht, eine grossartige Dokumentation von tapferen Offizieren, ich bin überzeugt davon, dass das im alten preussischen guten Geiste geschehen ist, was da abgelaufen ist. Aber in der Einführung schreibt der Herausgeber: «Wir vorne an der Front haben unsere Pflicht ehrenvoll tapfer erfüllt. Nämlich, den Kampf gegen den Gegner zu führen, so wie es uns als Soldaten befohlen war. Aber hinter uns wüteten die Kolonnen Hitlers, dafür tragen wir keine Verantwortung.» Ich weiss nicht, ob den Autoren dabei klargeworden ist, dass die Soldaten vor und die SS hinter der Front denselben Krieg geführt haben. Es war – leider – fast eine Art Arbeitsteilung – der eine hatte die Aufgabe, die militärischen Gegner niederzuhalten, das waren wir Soldaten, oder sogar zu versuchen ihn zu schlagen, und der andere hatte den Auftrag, zum Teil unterstützt von einzelnen Einheiten des Heeres, den ideologischen Gegner zu vernichten. Wir haben nicht zwei verschiedene Kriege geführt! Wenn wir also den Gesamtzusammenhang von Politik und Kriegsführung ernstnehmen, müssen wir bekennen – ich beziehe mich da mit ein – dass wir letzten Endes historisch gesehen Mittäter gewesen sind. Mittäter nicht an den Verbrechen als solchen, denn dafür kann man nur denjenigen zur Rechenschaft ziehen, der aktiv oder in anderer Weise mitgewirkt hat. Diese historische Mittäterverantwortung gilt es schweren Herzens – aus heutiger Sicht – einzusehen, weil wir als Angehörige der Wehrmacht diesen Krieg für Hitler und nicht etwa für Deutschland oder für unsere Heimat, wie wir das geglaubt haben, geführt haben. Und noch tragischer, das ist mir eigentlich jetzt erst in den letzten Jahren mehr und mehr deutlich geworden vor dem Hintergrund des neuen Materials: Die Mitverantwortung, die wir sehen müssen, im Kontext der Wechselwirkung von Politik und Kriegsführung, liegt auch darin: Hätten wir vorne an der Front nicht so hervorragend gekämpft oder wären unsere Fronten schneller zusammengebrochen, dann hätten die Mordakteure gar nicht das tun können, was sie getan haben. Mit anderen Worten: Ob wir wollten

oder nicht, wir haben die SS-Sonderkommandos abgeschirmt. Hier zeigt sich also jene unabdingbare Wechselwirkung des Rollenspiels: auf der einen Seite des Militärs und auf der anderen Seite der Sonderkommandos, zum Teil direkt oder indirekt auch unterstützt von Soldaten.

Wenn man aber nun auf das einzelne Verhalten zu sprechen kommt, im Zusammenhang mit dem Verhalten von Wehrmachtsangehörigen im Russlandfeldzug, möchte ich einen Appell an die Aussteller richten. Es geht jetzt gar nicht so sehr darum, vielleicht bei einer sorgfältigen Analyse herauszufinden, dass das eine oder andere Zeugnis, also eine Fotografie, gefälscht gewesen ist, das mag sein, ich kenne die Kritik. Gefälscht insofern, als man vielleicht '45 russische Soldaten in russischen Mänteln deutsche Käppis aufgesetzt hat, um sie dann als deutsche Soldaten auszugeben. Das ist gar nicht das Entscheidende. Es ist klar, dass von den mannigfachen Mordaktionen nicht überall das notwendige Filmmaterial zur Verfügung steht. Wichtiger ist etwas anderes: dass, wenn man berechtigter-, notwendigerweise, wie das in dieser Ausstellung geschieht, den Finger auf die Wunde legt, d.h. auf Mordaktionen, die eben auch von Teilen des deutschen Heeres direkt oder indirekt mitbewirkt worden sind, man zugleich den Gesamtzusammenhang a) sehen und würdigen und b) auch klarstellen muss, dass es auch ein anderes Verhalten gab. Ich greife nur jenen berühmt-berüchtigten verbrecherischen Befehl vom 6. Juni 1941, den sogenannten Kommissarbefehl, heraus, der in dieser Ausstellung belegt wird. Aber wahrscheinlich ist dem einen oder anderen der Aussteller gar nicht aufgefallen, dass, wenn es in einem Kriegstagebuch heisst, Meldung nach oben: ein Kommissar erschossen, ein Kommissar erschossen, ein Kommissar erschossen, dass natürlich auch hier zum Teil Falschmeldungen oder nur Zweckmeldungen abgegeben worden sind, – das ist die eine These – um zu bestätigen, man habe entsprechend dem Befehl gehandelt. Wir haben Zeugnisse von Einheiten, in denen die Kommissare nicht erschossen worden sind, in denen aber versucht wurde abzufedern. Also das differenzierte Verhalten gerade gegenüber verbrecherischen Befehlen wäre zu konstatieren. Warum wird in dieser Dokumentation nicht die Ausführung Hitlers vom 18. Oktober 1942 zitiert? Da kritisiert Adolf Hitler in einem engsten Gespräch mit seinem Adjutanten: Er wisse ja, dass man den Kommissarbefehl gar nicht oder nur ganz schwach befolgt habe. Dies belegt das unterschiedliche Verhalten der Offiziere. Es war also nicht so eindeutig, wie es die Ausstellung suggerieren will. Und so wird man auch bei anderen Fällen immer wiederum sehr sorgfältig überprüfen müssen: Wie haben sich die einzelnen Soldaten, die einzelnen Offiziere und die einzelnen Einheiten de facto verhalten, so weit das überhaupt heute noch rekonstruierbar ist.

Wenn man versucht, die Brücke zu schlagen zur Gegenwart, und ich habe das in meinen Thesen, die ich Ihnen nachher zur Verfügung stellen möchte, formuliert, dann ist folgendes herauszuarbeiten: Die Wehrmacht war das Instrument der NS-Kriegsführung zur Verwirklichung des rassistischen Vernichtungskrieges und zur Er-

oberung von Lebensraum mit all den Begleiterscheinungen, die uns heute bekannt sind. Sie kann als Institution niemals ein Teil der Tradition von Streitkräften sein in einem demokratischen Staat. Das ist der fundamentale Unterschied, der nach 1945 deutlich geworden ist: Wir haben gelernt, dass es nur darum geht, Streitkräfte aufzubauen, die den Frieden sichern, die ausgehen von moralischen Prinzipien der Menschenwürde, des Rechtes, all das, was auch im Wesentlichen von den Widerstandskämpfern angestrebt wurde. Die Bundeswehr hat bewiesen, dass sie diesen Friedenssicherungsauftrag ernst meint. Das schliesst nicht aus, ich sage das ganz bewusst, dass wir angesichts dessen, was Millionen von Soldaten geleistet haben, sofern sie nicht Mittäter oder Täter im juristischen Sinne gewesen sind, vor dieser Leistung Respekt haben müssen. Denn diese Menschen haben meist guten Glaubens gekämpft in der Vorstellung, ihre Heimat und ihr Vaterland zu schützen. Diesen Respekt sollten wir immer wiederum klar formulieren vor den Opfern. Allerdings, hier muss ich sofort wieder den Bogen spannen, dass wir angesichts des Gesamtzusammenhanges von Politik und Kriegsführung auch im historischen Sinne Mittäter gewesen sind.

Auf der einen Seite also die Erkenntnis, dass wir die Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich, insbesondere im Zweiten Weltkrieg und insbesondere natürlich im Russlandfeldzug, nur dann einigermaßen zutreffend bewerten können, wenn wir das Verhalten der Soldaten im Zusammenhang von Politik und Kriegsführung würdigen. Auf der anderen Seite müssen aber auch die Aussteller beherzigen, was mit der Aufarbeitung von Geschichte gemeint ist, und zwar Geschichte verstanden in dem Sinne einer geistigen Form, in der eine Kultur über ihre Vergangenheit Rechenschaft abgibt. Rechenschaft ablegen heisst: Soll und Haben kritisch zu bilanzieren. Das ist ja doch unsere entscheidende Aufgabe, und wenn wir das tun, dann sollten wir das Böse beim Namen nennen, das Bessere nicht verschweigen, und den Menschen ihre Ehre geben. So, glaube ich, müsste man versuchen, die Geschichte der Wehrmacht, insbesondere im Russlandfeldzug, zu analysieren und zu bewerten. Ich hoffe, dass ich hierzu einen kleinen bescheidenen Beitrag geleistet habe. Ich bedanke mich.

Arbeitsgruppe 1

Wird die Ausstellung den Soldaten der Wehrmacht gerecht?

Thesenpapiere

Prof. Dr. Wolfgang Benz

Als sich in den frühen Morgenstunden des 22. Juni 1941 drei Heeresgruppen der Deutschen Wehrmacht – 153 Divisionen – gegen die Sowjetunion in Marsch setzten, war dies ein Überfall auf ein Land, mit dem ein Nichtangriffspakt existierte. Dem «Unternehmen Barbarossa» war keine Kriegserklärung vorausgegangen, die deutsche Führung hatte nicht einmal einen Vorwand gesucht oder – wie im Krieg gegen Polen – Legenden konstruiert oder einen Anlass inszeniert. Der Überfall endete vier Jahre später, im Mai 1945, zwar mit der vollständigen Niederlage des Aggressors, mit der bedingungslosen militärischen Kapitulation der Wehrmacht und der politischen des Deutschen Reiches, aber für die überfallene Sowjetunion war der «Grosse Vaterländische Krieg» eine Katastrophe von schwer vorstellbarem Ausmass. Viele Millionen Tote enthält die sowjetische Bilanz des Zweiten Weltkrieges, Opfer waren Zivilisten ebenso wie Soldaten der Roten Armee. Die Zerstörung und Verwüstung auf sowjetischem Territorium warfen die Länder der Sowjetunion um Jahrzehnte zurück und behindern ihre Entwicklung bis heute.

Im kollektiven Bewusstsein der Deutschen sind die Leiden der sowjetischen Menschen und die Schrecken des Krieges auf sowjetischem Boden immer noch nicht – mindestens nicht in ihrem Ausmass – präsent. Für die Jüngeren mögen die Ereignisse zu weit zurückliegen, für die Angehörigen der mittleren Generation ist die Wahrnehmung bestimmt durch die Bilder der unbarmherzigen sowjetischen Besatzungsmacht, die sich durch Raubbau an den Ressourcen der Ostzone zu entschädigen suchte, ihr dann, in Gestalt der DDR, das sowjetische politische, ökonomische und ideologische System aufzwang. Die Kriegsgeneration schwieg oder drängte die schrecklichen Bilder und Erfahrungen aus ihrem Gedächtnis. Deck-Erinnerungen an die deutschen Kriegsgefangenen, die in der Sowjetunion zurückgehalten wurden, an die Grausamkeiten der Roten Armee bei der Besetzung Deutschlands, an das Schicksal der Flüchtlinge und der Vertriebenen dienten dazu, die deutschen Grausamkeiten und Verbrechen zu verdrängen.

In der Erinnerung der meisten Zeitgenossen wurde so aus dem Überfall auf die Sowjetunion ein Krieg, den man als schicksalhaft oder notwendig empfand, und mit dieser Empfindung waren die eigene Mitwirkung und das eigene Verhalten ohne weitere Reflexion zu rechtfertigen. Und aus dem kollektiven Gedächtnis verschwunden sind folgerichtig die Befehle der deutschen Führung, die geltende Gesetze der Kriegsführung ausser Kraft setzten und den Kampf gegen die Sowjetunion zum Vernichtungs- und Ausrottungskrieg machten.

Unter dem Eindruck nationalsozialistischer Propaganda waren die Deutschen in ihrer Mehrheit – das gilt für die Wehrmacht wie für die Zivilbevölkerung – überzeugt davon, für eine gute Sache zu kämpfen. Nicht in der Begeisterung des Jahres 1914, aber im Bewusstsein notwendiger Pflichterfüllung, um den Bolschewismus als Weltanschauung in die Knie zu zwingen. Kolonialistische Überzeugungen, das überlegene Bewusstsein als Kulturbringer, die gegenüber minderwertigen Völkern Recht setzen dürfen, waren verbreitet. Beispiele für die Kreuzzugsmentalität finden sich in Feldpostbriefen, und zwar auch bei einfachen Soldaten und Unteroffizieren. Man muss nicht auf die Minderheit fanatischer Nationalsozialisten im Offizierskorps rekurrieren, um die folgenden Beispiele zu finden. Ein Unteroffizier schrieb im Sommer 1941 nach Hause, jetzt habe «die Judenheit uns auf der ganzen Linie», von den «Plutokraten bis zu den Bolschewiken den Krieg erklärt». Alles, was «judenhörig» sei, stehe gegen uns. Ein Gefreiter schrieb Anfang Juli 1941, «nach diesem gotteslästerlichen Land» habe er schon immer gerne ziehen wollen. In anderen Briefen war von «Bestien», von «russischen Horden» die Rede, und ein Unteroffizier resümierte im Oktober 1941: «Nun sind auch wir im letzten grossen Kampf vor Moskau mit dabei. Hoffentlich gelingt es, die bolschewistische Hauptstadt noch vor Einbruch der grossen Kälte zu bezwingen. Der Krieg hier in Russland ist ein ganz anderer als sonst mit einem Staat. Das sind keine Menschen mehr, sondern wilde Horden und Bestien, die durch den Bolschewismus in den letzten 20 Jahren so gezüchtet wurden. Ein Mitleid mit diesen Menschen darf man nicht aufkommen lassen, denn sie sind alle sehr feige und hinterlistig.»

Zu den später notwendigen Rechtfertigungsstrategien gehörte die Überzeugung, für das Vaterland in einer gerechten Sache zu kämpfen (daraus erklären sich die quälenden Diskussionen im militärischen Widerstand um die Valenz der Eidesleistung auf Hitler und das späte, zögerliche und zahlenmässig geringe Engagement von Wehrmachtsoffizieren im Widerstand). Diese Strategie wurde, gestützt auf Konstrukte der nationalsozialistischen Propaganda, unterfüttert von der Behauptung, Deutschland sei der Sowjetunion durch einen Präventivkrieg zugekommen. Die Geschichtsforschung hat nicht den geringsten Beweis für die Präventivkriegsthese gefunden, und alle entsprechenden Annahmen, die zeitgenössische Propaganda wie neuere Publikationen zum Thema, sind auf Spekulation gegründete Behauptungen aus ideologischer Absicht. Eine andere Rechtfertigung besteht in der

seit 1945 bis heute geäußerten Illusion, es sei möglich und nötig gewesen, nach einer Teilkapitulation im Westen Arm in Arm mit den Westmächten wieder gegen Stalin zu marschieren, den Kampf gegen die Sowjetunion fortzusetzen. Beide Rechtfertigungsstrategien stehen der Einsicht in die Natur des Krieges gegen die Sowjetunion entgegen, sollen sie verhindern. Die Ausstellung leistet bei der notwendigen Desillusionierung einen wichtigen Beitrag.

Die Wehrmacht war in die Verbrechen des NS-Staats durch aktive Beteiligung und passive Duldung verstrickt. Die Tatsachen, von der seriösen Geschichtsforschung wie dem Institut für Zeitgeschichte oder dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt dokumentiert und interpretiert, müssen zur Kenntnis genommen werden und können nicht als «Diffamierung» aller Wehrmachtangehörigen abgewiesen und abgetan werden. Zu diesen Tatsachen gehören der Kommissarbefehl, das Mitwissen und die indirekte Mitwirkung am Massaker von Babi Jar, bei dem 33.771 Juden vom Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C innerhalb von zwei Tagen Ende September 1941 ermordet wurden. Die Morde fallen nicht der Wehrmacht zur Last, aber in der vorausgehenden Meldung nach Berlin hatte es geheissen: «Exekution von mindestens 50.000 Juden vorgesehen. Wehrmacht begrüßt Massnahmen und erbittet radikales Vorgehen.» Und Pioniere der Wehrmacht sprengten nach den Morden die Schlucht von Babi Jar. Das Schicksal von mehr als 3 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Gewahrsam der Wehrmacht den Tod fanden, gehört ebenso zur Geschichte der Wehrmacht wie der Partisanenkrieg in Serbien, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Dokumentation der Verbrechen der Wehrmacht macht nicht alle Wehrmachtangehörigen zu Verbrechern und die Wehrmacht zur verbrecherischen Organisation. Zum Wesen des nationalsozialistischen Regimes gehört die enge Verstrickung aller staatlichen und parteilichen, der zivilisierten und der terroristischen Organisationen. Die Aufspaltung in Gut und Böse, in eine verbrecherische SS und eine ritterliche Wehrmacht entspricht nicht der komplexen historischen Realität. Das muss unter Abschied von selbstrechtfertigenden Legenden anerkannt und nachvollzogen werden, insbesondere von den Angehörigen der Generation, die in der Wehrmacht kämpfte.

Die Bundeswehr steht als demokratische Armee nicht in der Tradition der Deutschen Wehrmacht. Mit ihrem Konzept der Inneren Führung und ihrer ausgezeichneten demokratischen Legitimation, mit ihren über vierzigjährigen Traditionen hat sie weder Ursache noch Anlass, an der Verdrängung der düsteren Tatsachen der Geschichte von Hitlers Wehrmacht teilzunehmen.

Prof. Dr. Wolfgang Eichwede

1.) Aus der Geschichte kann nicht ohne Schmerzen gelernt werden. Das, was geschah, hat in seinen Dimensionen ebenso unvorstellbare wie unheilbare Wunden geschlagen. Die Erinnerung daran kann gar nicht anders, als weh tun. Je mehr ich mich meinem Land verbunden fühle, um so stärker werde ich unter den schlimmen Seiten seiner Geschichte leiden. Heute tritt die Generation, die im Kriege war, ab, die Enkel wachsen in die politische Verantwortung hinein. Bedarf es eines solch weiten Bogens von mehr als einem halben Jahrhundert, um auch schreckliche, erschütternde Wirklichkeiten als Teil der geschichtlichen Wahrheit zu erkennen? Mögen Aspekte der Ausstellung kontrovers sein – der öffentliche Meinungsstreit, den sie angestossen hat, wird auf das Bewusstsein dieser Gesellschaft einwirken.

2.) Massstab unserer Diskussion ist die Würde der Opfer. Vor ihnen haben wir – die Deutschen damals und die Deutschen heute – uns zu verantworten. Die Fragen an die Wehrmacht begründen sich in dem Schicksal der Opfer. Wie sie – von niemandem bestritten – Exaktheit und Differenzierung verlangen, erlauben sie keine Strategie der verschweigenden Rechtfertigung.

3.) Die Erörterung und Abwägung historischer Schuld begreife ich auch als Frage an mich: Was hätte ich getan, wäre ich Soldat gewesen? Hätte ich die Kraft gehabt, mich den Normen des nationalsozialistischen Deutschland zu entziehen und der Ethik des Widerstandes zu folgen? So sehr ich mir eine eindeutige Antwort wünsche, weiss ich doch, dass es vermessen wäre, aus der Sicherheit der Bundesrepublik auf ein Verhalten unter den Bedingungen der Diktatur und des Krieges zu schliessen. Als Konsequenz bleibt die Unabdingbarkeit einer Wahrheitssuche, um die Strukturen freizulegen, die in die Handlungsmuster nach 1933 und 1939 führten.

4.) Zygmunt Baumanns Werk «Die Dialektik der Ordnung» bringt den Holocaust in den Kontext der Moderne, die mit dem eisigen Diktat der «Sachzwänge» zur Enthumanisierung der Gesellschaften beigetragen habe. Indem Hitler die Nation durch das «Blut» pseudobiologisch definierte und eine Politik der «rassischen Hygiene» oder der «natürlichen Auslese» betrieb, tötete er das Empfinden menschlicher Moral gegenüber «anderen». Aus der Totalität des Krieges folgte die Notwendigkeit der totalen Niederlage: Nur sie konnte den Wesenskern des Nationalsozialismus treffen.

5.) In der Niederlage von 1945 verändern sich tatsächlich die Entwicklungsmuster Deutschlands. Die Bundesrepublik hat diese Chance in ihrer Öffnung nach innen wie nach aussen genutzt – und wurde dabei aufgebaut zu grossen Teilen von jener Generation, die Soldat gewesen war. Krieg und Vernichtung, Demokratie und Wirtschaftswunder sind oftmals Bestandteile einer Biographie, in der sich tiefe Einbrüche und Verdrängungen ebenso vollziehen wie Lernprozesse. Gesellschaften ler-

nen nicht auf einmal, sondern in Schüben, auch in Irrungen und Korrekturen. Das, was in frühen Jahrzehnten versäumt wurde, holt uns heute ein.

6.) In der neu aufbrechenden Diskussion über den Krieg und unsere Verantwortung wird auch über die demokratische «Leistungsfähigkeit» der Bundesrepublik verhandelt. Schweigen wäre ein abermaliges tot-schweigen. Die «Ehre der Soldaten»,

Prof. Dr. Günther Gillessen

Das Thesenpapier von Günther Gillessen ist identisch mit seinem Statement zu Beginn der Diskussion in der Arbeitsgruppe. Daher wird auf einen gesonderten Abdruck an dieser Stelle verzichtet und auf den Abschnitt «Diskussion» verwiesen.

Generalmajor a.D. Dr. Gottfried Greiner

Die *Wanderausstellung «Verbrechen der Wehrmacht»* mit Katalog [sowie die Filialausstellung «Soldaten sind Mörder» in Heidelberg vom 6.4. bis 8.5.1996] suggerieren

- den insgesamt verbrecherischen Charakter der Wehrmacht – im Gegensatz zur Entscheidung des Militärtribunals in Nürnberg
- bewusste Beteiligung bzw. Mittäterschaft der Soldaten der Wehrmacht an den Massnahmen des von Hitler initiierten «Vernichtungskrieges» in Russland und auf dem Balkan
- das Negativerscheinungsbild der Soldaten der Wehrmacht als brutale, marodierende Soldateska

Für etwaige Ausnahmen wird die Beweislast umgekehrt.

Merkmale überzeugender wissenschaftlicher Arbeit mit dem Ziel der Wahrheitsfindung, «wie es wirklich gewesen ist», (Leopold von Ranke) sind nicht erkennbar. Beweis:

- ausgeprägte Einseitigkeit, Verzicht auf jegliche Differenzierung
- Ausserachtlassung des unverzichtbaren Systemzusammenhangs, keine Gesamtschau, Ergebnis: vorgefasste Meinung
- Diffamierung der Soldaten der Wehrmacht durch Pauschalisierung: «Die Wehrmacht mordet in grossem Stil», «Lust am Krieg» (Katalog S. 69, 119)
- gezielte Gleichstellung der Wehrmacht mit den Einsatzgruppen des SD
- zweckbestimmte Auswertung des Quellenmaterials
- verschleiende Erläuterungen, Mangel an wissenschaftlicher Präzision

Angesichts dieser Defizite stellt sich die Frage nach Zielsetzung und Zweck der Ausstellung: Offensichtlich handelt es sich um eine emotional bestimmte Abrechnung mit der Vergangenheit aus Anlass des 50. Jahrestages des Kriegsendes, zugleich als Reaktion auf den Zusammenbruch des Kommunismus:

Bezeichnend ist die *Verächtlichmachung* des 1813 gestifteten ‚Eisernen Kreuzes‘ (Verwendung als Stellwand); Argumentation und Sprache der überholten sowjetischen Kriegspropaganda.

Folgerung: *Die Ausstellungen «Verbrechen der Wehrmacht» usw. werden den Soldaten der Wehrmacht weder methodisch noch inhaltlich gerecht.* «Man kann nicht 19 Millionen Soldaten der Wehrmacht zu Verbrechern machen» (General de Maizière), ebensowenig wie man das deutsche Volk der damaligen Zeit kriminalisieren könnte.

Bevor auf einige Komplexe näher eingegangen wird, erscheint vorweg eine *Bemerkung grundsätzlicher Natur* angebracht: Sofern während des Zweiten Weltkrieges von Soldaten, gleich welchen Dienstgrades, Kriegsverbrechen zweifelsfrei begangen worden sind, keine Beschönigung, sondern klare Verurteilung – im Interesse der anständig kämpfenden Soldaten! – Gleichermassen Ablehnung des Gedankens der Aufrechnung, welche nur im Bereich des Vermögensrechtes die Schuld tilgt; Bezugnahmen auf das Verhalten der anderen Seite sind im Rahmen einer Gesamt-schau durchaus zulässig, ohne dass hieraus eine Rechtfertigung für eigenes Fehlverhalten entstünde.

Inhaltliche Stellungnahme:

Wehrmacht: Zweifelsfrei Waffenträger und Kriegsinstrument des legal zustandegewonnenen ‚Dritten Reiches‘ jedoch *keine* ‚Nazi-Armee‘. Traditionelle Bindung an Befehl und Gehorsam! In der Diktatur ständiger Kampf der militärischen Führung, vor allem des Heeres, um die Bewahrung der Eigenständigkeit. Selbst während der gesamten Dienstzeit (1940-1945) keine nationalsozialistische Indoktrination erlebt. Genährt vom zunehmenden Misstrauen gegenüber den konservativen Auffassungen in der Wehrmacht, insbesondere gegenüber den «reaktionären» Generalen des Heeres und des Generalstabs («Geist von Zossen»), fortschreitende Versuche des Regimes, Einfluss zu gewinnen, z.B. durch die Einrichtung des NSFO im Jahre 1943 (in der Praxis zumeist wirkungslos). Aufschlussreich die Tagebuchnotizen von Goebbels, z.B. «Gute Freunde besitzen wir unter ihr (d.h. der alten Wehrmacht- bzw. Reichswehrgeneralität) nur sehr wenige.» (s. 2./10.Mai 1943). *Nach dem 20. Juli 1944 klare Absicht des Regimes, «endlich» die nationalsozialistische, gläubige Volksarmee zu errichten*, auf die ‚man‘ sich voll verlassen kann.

Oberstes Führungsprinzip im «Dritten Reich»: Divide et Impera! Hierdurch beabsichtigtes Chaos der Zuständigkeiten. Staatsmacht in den besetzten Gebieten Russlands *nicht* bei den Kommandobehörden des Heeres bzw. Militärbefehlshabern mit den bekannten negativen Auswirkungen. Entgegen den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung Einrichtung der sog. Reichskommissariate unter Leitung von Parteifunktionären. Zuständigkeitsbereich der «Militärregierung» auf Operationsgebiet und rückwärtiges Heeresgebiet begrenzt. (Dazu s. «Partisanenkrieg»)

Russlandfeldzug: Grosses Vertrauen in die militärische Führung. Überzeugung, dass aus dem Feldzug Napoleons 1812 die richtigen Lehren gezogen worden sind. Fester Zusammenhalt in der Fronttruppe. Straffe Disziplin und Beachtung der Kriegsbüräuche (HLKO).

Die in der ersten Phase oftmals selbst erlebte freundliche *Begrüssung durch die Bevölkerung* wurde als Beweis für die Richtigkeit des Feldzuges verstanden. Beeindruckend das grosse Vertrauen gegenüber den «Befreiern». Im Sommer 1942 be-

klemmende Begegnung mit Parteifunktionären («Goldfasanen») des Reichskommissariats Ukraine in Kiew. Beginnende Sorgen, Gerüchte, jedoch keine Fakten. In dieser Zeit mitgehörte Bemerkung: «Die roten Kommissare sind gegangen, die braunen sind gekommen; es hat sich nichts geändert». Zwei Tage danach bei Kursk in Stellung. Als Folge solcher Erkenntnisse und Erfahrungen weit verbreitete Stimmung unter den ‚Feldgrauen‘: «Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Krieg zu Ende zu führen. Dann räumen wir mit den ‚Braunen‘ auf.» (ResLaz München, Oktober 1942)

Zum Verhalten der deutschen Truppe im besetzten Gebiet die aufschlussreiche Tagebucheintragung des Leutnants Pawlow der 183. sowjetischen Schützendivision, s. Anlage 1.

Der Vorwurf «Vernichtungsgedanke der Wehrmacht» ist absurd und trotz der Härte der Kämpfe in jeder Hinsicht abwegig.

Der *Erlass des Kommissarbefehls* bildet ein bedrückendes Kapitel. Eindeutiger Verstoss gegen die Bestimmungen der HLKO. Bedenken hoher Befehlshaber haben nicht durchgeschlagen. Vorsichtshalber schriftliche Verteilung nur bis Armee-Ebene. Im Allgemeinen der Truppe nicht bekanntgegeben (selbst erst 1959 an der Schule Innere Führung der Bundeswehr auf Grund eines Referatsauftrags von Professor Jacobsen den rechtswidrigen Inhalt kennengelernt). Erlass wegen der an sich vorausschbaren negativen Auswirkungen auf Grund der Vorstellungen von hohen Kommandobehörden des Heeres de facto ausser Kraft gesetzt, (s. Denkschrift des KG XXXIX AK vom 17.9.1941 in: Jacobsen, Hans-Adolf: 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 1959, S. 438)

Die Hintergründe des ‚Partisanenkrieges‘ werden in der Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht» nicht aufgezeigt. Sowjetische / kommunistische Form des alles rechtfertigenden «Volkskrieges» Umfassende Darstellung hätte allerdings eingehen auf die von Anfang an heimtückische Kampfweise der Sowjets erfordert. Dies aber ist von den Veranstaltern aus naheliegenden Gründen nicht beabsichtigt.

Wehrmacht auf Partisanenkrieg weder psychologisch noch taktisch vorbereitet. Nach völkerrechtlichem Gewohnheitsrecht wurden die Partisanen als Freischärler, d.h. als Nicht-Kombattanten betrachtet. «Zu allen Zeiten war es bei Kriegführenden üblich, Freischärler (da ausserhalb des Kriegsrechts stehend) mit dem Tode zu bestrafen» (s. ‚Geisel- und Partisanentötungen im Zweiten Weltkrieg – Hinweise zur rechtlichen Beurteilung‘, hrsg. von der zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg, 1968). Gemäss HLKO waren Freischärler wie Spione zu behandeln, (s. Anlage 2)

Konzeption der deutschen Gegenmassnahmen hat sich ausgehend von anfänglicher Machtlosigkeit und auch Nervosität gegenüber dem unsichtbaren Feind auf Grund der in der Praxis gewonnenen Erfahrungen mit Blick auf die Bevölkerung zu einsichtigerem und damit wirkungsvollerem Vorgehen entwickelt. Ein schwieriges

Problem bildete die unklare Grenzziehung zwischen ‚Rotarmist‘ und «Freischärler‘. Rotarmisten waren als Kombattanten zu behandeln. Entscheidung bei den Kommandeuren vor Ort. Durch Kommandobehörden des Heeres strengstes Verbot von Willkürhandlungen (s. Hesse, Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941-1944, Göttingen 1969)

Bei der Partisanenbekämpfung Problem der Kompetenz- und Zuständigkeitsaufteilung im besetzten Feindgebiet. Verantwortung der Militärbefehlshaber auf das eingeengte Operations- und rückwärtige Heeresgebiet bezogen. Ab Sommer 1942 Zentralisierung der Bandenbekämpfung bei der SS. «Angehörige der Partei, besonders die SS verrichteten die Aufgaben des Partisanenkampfes viel härter und besser als die Soldaten der Wehrmacht.» (Äusserung von Göring, s. ‚NS-Verbrechen und Partisanenkampf, UdSSR 1941-1944‘, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Februar 1969) Goebbels registriert am 28. April 1943: «Die Generalfeldmarschälle Manstein und Kleist haben in dem Gebiet, das durch unseren Rückzug jetzt wieder unter Militärverwaltung gekommen ist, eine etwas humanere Behandlungsweise der Bevölkerung eingeführt. Es gab also doch Unterschiede!

Einsatzgruppen des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD hatten unter Vorwand der Bandenbekämpfung während des Russlandfeldzugs im Auftrag des Führers geheime Sonderaufgaben zur «Vorbereitung der politischen Verwaltung» (d.h. in Wirklichkeit von Vernichtungsaktionen) durchzuführen. Ausschliessliche Zuständigkeit und Verantwortung des «Reichsführers SS». Keine Einwirkungsmöglichkeiten der Heeresführung (Hoffnung auf Staatsstreich!). Einsatzgruppen zur Versorgung den Heeresgruppen zugeordnet; insoweit Wehrmacht verstrickt.

Die Einbeziehung der «Männer des 20. Juli» (z.B. GM von Tresckow) in die diffamierende Darstellung (s. Katalog) ist eine Ungeheuerlichkeit. Hinweis auf die in jedem Jahr stattfindende Gedenkstunde im Bendlerblock.

Wir erleben eine eigenartige Entwicklung: Während in Deutschland die Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht» leider auch emotional für Gesprächsstoff und Auseinandersetzung sorgt, werden sowjetische Kriegsverbrecherurteile im Wege der Rehabilitierung aufgehoben (z.B. Pannwitz). Nach Jahren des Verschweigens ist auf polnisches Drängen die sowjetische Verantwortung für die Liquidierung polnischer Offiziere in Katyn offiziell klargestellt. In vielfältiger Hinsicht muss die Geschichte neu geschrieben werden. Von diesem Prozess nimmt die Ausstellung, ihre Förderer eingeschlossen, keine Notiz!

Während die Ausstellung Gräben aufreiss, finden deutsche sowie russische, ukrainische usw. Veteranen trotz aller Bitternis Kontakt und begründen freundschaftliche Beziehungen. Wo ist der Beitrag der für die Ausstellung Verantwortlichen?

Der Soldat der Wehrmacht wird von den ehemaligen Gegnern anerkannt und voll respektiert (Zuerkennung der «Platzziffer 1 «!). Es wäre eine Beleidigung der alliierten und der befreundeten Armeen, wenn ihnen, wie durch die Ausstellung de

facto geschehen, unterstellt würde, sie hätten über die Jahre hinweg mit Kriminellen bzw. potentiell Kriminellen mit dem Ziel der Verteidigung des Westens kooperiert.

Im Gegensatz zu den Pauschalurteilen mit Agitprop-Charakter sind für die insoweit abgehärteten Soldaten der Wehrmacht, die ihre Pflicht anständig und ehrenhaft erfüllt haben, auch in Verantwortung für die toten Kameraden, allein und ausschliesslich die Wertungen von wirklich herausragenden Persönlichkeiten wie Graf von Galen, Adenauer oder vom französischen Staatspräsidenten Mitterand (Berlin 8.5.1995) massgebend.

Es bleibt die Frage: Was bezweckt die Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht», da es ihr offensichtlich nicht um die Wahrheitsfindung geht? Die Antwort gibt u.a. eine fingierte Information der Bundeswehr[^] vorgefunden in der kongenialen Ausstellung «Soldaten sind Mörder»: «Wir sind wieder da», bezugnehmend auf den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in Ex-Jugoslawien, (siehe Anlage 3)

Ein mit Sicherheit unbeabsichtigtes Ergebnis zeichnet sich m.E. ab: Viele werden sich letztlich doch aufgefordert fühlen, die Frage zu stellen, wie es denn wirklich war. Dann kann die Ausstellung vergessen werden.

Anlage 1

Meier-Weicker, Aufzeichnungen eines Generalstabsoffiziers 1939-1945, Freiburg i.Br. 1982, S. 161:

Dmitrowo, 6.4.1942: «... Während unseres Rückzuges schreibt Pawlow über seine Eindrücke im Dorf J.: ‚...so viel ich auch frug, ich fand keine Spuren von Schandtaten, die in unseren Zeitungen so saftig wiedergegeben werden‘. In einer späteren Phase des Rückzuges schreibt Pawlow: ‚Ich unterhielt mich mit den Einwohnern und wunderte mich. Es schien mir, als ob viele sich ganz gleichgültig zur Rückkehr ihrer eigenen russischen Truppen verhielten. Wir rückten durch befreites Land vor. In einigen Dörfern begrüsst uns die Frauen mit Freudentränen. Aber mancherorts war das Gespräch seltsam. Die Leute erzählten z.B., dass die Deutschen keineswegs Schandtaten verübt und sich gut zur Bevölkerung gestellt hätten. Unter ihnen gibt es viele hervorragende Leute.»

Anlage 2

Auszug aus: NS-Verbrechen und Partisanenkampf-UdSSR 1941-1945, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Februar 1969, S. 7:

«Den sowjetischen und kommunistischen Darstellungen liegt die dortige Rechtsauffassung zugrunde, dass der verbotene Angriffskrieg alle damit zusammenhängenden Handlungen und Massnahmen zu strafbaren Delikten werden lässt. So gilt nach dieser Ansicht beispielsweise «ein Kompanieschuster, weil er durch seine Arbeiten die Aggressionstruppen ausrüstete, oderein Musiker, weil er den faschistischen Kampfgeist anstachelte, bereits als Kriegsverbrecher». Diese Pauschaldeutung aller von Deut-

schen während des Krieges in Russland begangenen Handlungen schliesst bereits eine Unterscheidung zwischen Kriegshandlungen und Kriegsverbrechen aus, aber erst recht eine solche zwischen Kriegsverbrechen und NS-Verbrechen...»

Vgl. Maurach: Die Kriegsverbrecherprozesse gegen deutsche Gefangene in der Sowjetunion, Hamburg 1950.

Anlage 3

Fingierte «Information der Bundeswehr

«Ja, tapfer –

Schon einmal haben wir es geschafft, uns Jugoslawien gefügig zu machen. Am 7.4.1941 haben wir in einem Blitzkrieg gegen Jugoslawien grosse Teile Belgrads im Zuge des Unternehmens «Strafgericht» zerstört.

In dieser Tradition setzen wir unsere Beteiligung an den AWACS-Flügen über Bosnien und dem NATO-Auftrag «Zwingt die Serben in die Knie» (Klaus Kinkel).

Die Völkergemeinschaft weiss, wie wichtig Deutschland der Frieden ist. Wir haben dies auch schon zweimal in diesem Jahrhundert unter Beweis gestellt.

Tapferkeit ist auch heute noch – wie schon vor 50 Jahren – eine Tugend unserer Soldaten. Wir sind wieder da.»

Hannes Heer

Wehrmacht und Judenmord

Ende August 1941 notierte der in nationalkonservativen Kreisen der Zwischenkriegszeit hochgeschätzte Jochen Klepper, damals Angehöriger einer Nachschubkolonne der Wehrmacht in der Ukraine, in seinem Tagebuch: «Ich habe wunderbare Gespräche mit meinen Kameraden, menschlich und tief. Einen Punkt nur gibt's, da komme ich nicht weiter: Alle um mich herum sind völlig überzeugt, die Juden müssen weg.»¹ Ein überlebender Jude aus Berditschew, Ukraine, hat in seinem Bericht an den Herausgeber des «Schwarzbuches», Wassili Grosman, die folgende Szene vom 7. Juli 1941 beschrieben: «Zur Stadt Berditschew drangen deutsche Panzertruppen durch ... Die Soldaten auf den Fahrzeugen riefen ‚Jude kaputt‘,² winkten und lachten; sie wussten, dass der grösste Teil der jüdischen Bevölkerung in der Stadt verblieben war.» Im Minsker Prozess 1946 antwortete der im Russlandfeldzug eingesetzte General Gottfried von Erdmannsdorf auf die Frage, ob es in den Monaten vor oder nach dem Überfall auf die Sowjetunion Befehle zur Vernichtung der Juden gegeben habe: Das sei nicht nötig gewesen, weil man ohnehin wusste, dass sie ausgerottet werden würden.³ «Es war eine allgemeine Redensart in Deutschland, dass jeder Jude sein Todesurteil ohne genaues Datum schon in der Tasche trägt.»

Diese zufällig sortierten Stimmen lassen sich nicht hochrechnen auf Prozentzahlen einer vorhandenen Mentalität. Sie sind folglich wissenschaftlich irrelevant. Aber sie lassen doch vielleicht das Ungeheuerliche besser verstehen, das ich im Folgenden in 5 Punkten skizzieren werde, den Judenmord der Wehrmacht.

1. Anders als bei Kriegsgefangenen und Partisanen gab es für die Wehrmacht bezüglich des Schicksals der Juden keine expliziten Vernichtungsbefehle.⁴

Das bedeutete nicht, dass über die Stossrichtung des Feldzuges Unklarheit bestanden hätte: Hitler forderte am 3. März in einer grundlegenden Weisung ans Oberkommando der Wehrmacht (OKW) die Beseitigung der «jüdisch-bolschewistischen Intelligenz»; Franz Halder, der Generalstabschef des Heeres, begründete den Verzicht auf Kriegsgerichtsverfahren gegen verdächtige Zivilisten damit, dass hinter jedem Zivilisten ein potentieller «Träger der jüdisch-bolschewistischen Weltanschauung» lauere, und die Abteilung Wehrmachtspropaganda bereitete die Truppe darauf vor, dass nicht die Völker der Sowjetunion, sondern «die jüdisch-bolschewistische Sowjetregierung» der Feind Deutschlands sei.⁵ Diese Einstellung, die an Deutlichkeit nicht zu wünschen übrig liess, wurde sofort in Befehle und Anweisungen übersetzt. Am 2.5.1941 etwa erliess der Befehlshaber der Panzergruppe 4, Generaloberst Hoepner, einen Grundsatzbefehl zur zukünftigen Kampfführung im Osten: «Der

Krieg gegen Russland ist ein wesentlicher Abschnitt im Daseinskampf des deutschen Volkes. Es ist der alte Kampf der Germanen gegen das Slawentum, die Verteidigung europäischer Kultur gegen moskowitzisch-asiatische Überschwemmung, die Abwehr des jüdischen Bolschewismus.»⁶ Und die «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland» benennen als Gegner: «Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jedes aktiven oder passiven Widerstandes.»⁷

Die Truppe wusste also vorab, dass sie an der Vernichtung der Juden zumindest beteiligt war, und erfuhr mit dem ersten Tag des Krieges gegen die Sowjetunion in der Praxis, wer die Hauptverantwortung für den Judenmord trug – die Einsatzgruppen. Insofern konnten sich die Abmachungen zwischen der Wehrmacht und Himmlers Killerkommandos auf technische Details beschränken, Details, die aber die enge Zusammenarbeit beider Formationen beweisen. Am 28.4.1941 fasste das OKH diese Kooperation so zusammen: Die Einsatz- und Sonderkommandos des SD führten ihre Aufgaben zwar in eigener Verantwortung durch, waren dabei aber jeweils bestimmten Armeen bzw. Divisionen zugeordnet. Diesen waren sie «hinsichtlich Marsch, Versorgung und Unterbringung unterstellt», bei ihnen hatten sie feste Verbindungsleute abzustellen, die verpflichtet waren, die zuständigen militärischen Befehlshaber über alle geplanten Operationen zu informieren. «Die Beauftragten (des SD- H.H.) sind auf ständige enge Zusammenarbeit mit dem Ic (des jeweiligen Wehrmachtstabes – H.H.) angewiesen».⁸ Was diese dürren Anweisungen in der Praxis bedeuteten, sollten der Marsch von Reichenau 6. Armee durch die Ukraine 1941 zeigen. Die Ausstellung dokumentiert diesen beispiellosen Blutmarsch in einem ihrer Kapitel. Es ist nur ein Beispiel für viele. Sie alle zeigen: Die Einsatzgruppen operierten nicht frei, sondern im Rahmen der militärischen Strukturen und in Abhängigkeit von den militärischen Operationen. Daraus ergab sich beim Vormarsch eine Synchronizität des Handelns, die man nur als Waffenbrüderschaft bezeichnen kann. Die arbeitsteilig oder gemeinsam durchgeführten Aktionen von Wehrmacht und Einsatzgruppen liessen sich dabei jederzeit in eine auf Ausrottung und Dezimierung abzielende und für beide Formationen verbindliche Besatzungspolitik einordnen. Schätzt man die Zahl der von der kämpfenden Truppe mitverantwortenden jüdischen Opfer, so wird man mit einer Grössenordnung von 500.000 auszugehen haben. Die Opfer der Selektionen unter den Kriegsgefangenen sind darin nicht enthalten.

2. Für die rückwärtigen Gebiete lässt sich – hinsichtlich der Beteiligung der Wehrmacht am Judenmord – eine vor dem Feldzug erfolgte Planung und ein genau definierter Aufgabenkatalog feststellen. In dessen Zentrum standen die Registrierung der Juden und die Errichtung der Ghettos in den Städten bzw. grösseren Ortschaften.⁹

Die Errichtung der Ghettos wurde von den Befehlshabern der rückwärtigen Heeresgebiete bzw. den Feld- und Ortskommandanten in gleichlautenden Anwei-

sungen verfügt. Sie beinhaltete u.a. die Enteignung der Juden, den Zwang zum Tragen eines Judensterns, die Umsiedlung in ein umzäuntes oder ummauertes jüdisches Wohngebiet, die Unterwerfung unter die permanente Arbeitspflicht. Diese Massnahme war Teil einer umfassenderen rassistischen «Sicherstellungspolitik», die von der Abteilung VII der Militärverwaltung unter dem Stichwort «Sondermassnahmen gegen Juden» durchgeführt wurde. Sie wurde, wie die Rechenschaftsberichte zeigen, reibungslos, d.h. ohne Bedenken von Seiten der Militärs und ohne Widerstand von Seiten der Opfer durchgeführt.

Beispiele solcher Berichte: «Infolge Unterbringung der Juden in einem besonderen Stadtgebiet treten die Juden kaum in Erscheinung.» – «In Nikolajew und Cherson wurden die Juden durch den SD evakuiert. Die beabsichtigte Einrichtung von Ghettos konnte daher unterbleiben.» – «Die Judenfrage kann, soweit wenigstens die Stadt Dnjepropetrowsk in Frage kommt, im Wesentlichen als gelöst angesehen werden.»¹⁰

Nachdem «die Judenfrage» in den grossen Städten durch die Ghettoisierung vorläufig «gelöst» war, übernahm es die Wehrmacht, auch in den ländlichen Gebieten für Ordnung zu sorgen. In einem speziellen, als «Säuberung des flachen Landes» deklarierten Programm wurden Juden gesammelt und an Ort und Stelle erschossen.¹¹ Vorbereitet und ermöglicht wurde dieser Massmord, dem allein in Weissrussland 50.000 bis 70.000 Menschen zum Opfer fielen, durch eine vorab geplante und mit dem Überfall einsetzende Propagandakampagne. Sie bestand im Kern darin, den Juden mit dem Partisan gleichzusetzen, um auf diese Weise seine Verfolgung und Vernichtung in den ländlichen Gebieten als militärische Abwehrmassnahme zu definieren.

Einige dieser Berichte, die meist von den Ic-Offizieren verfasst wurden und in den Anlagen zu den Kriegstagebüchern erhalten geblieben sind, seien als Beleg für hunderte ähnliche zitiert: 8. Juli 1941: «Aufgrund der Feststellung, dass überall dort, wo Juden leben, die Säuberung des Raumes auf Schwierigkeiten stösst – denn die Juden unterstützen die Bildung von Partisanengruppen und die Beunruhigung des Raumes durch versprengte russische Soldaten –, wird mit sofortiger Wirkung die Evakuierung sämtlicher Dörfer nördlich Bialowiza von allen männlichen Juden angeordnet.»

22. Juli 1941: «[In] grossen Massen, die in die mehrere Tausend gehen, sind der Aufwiegelung verdächtige Juden erschossen worden. Das Judentum ist infolgedessen eingeschüchtert und willig bei der Arbeit.» – 18. August: «Von grösster Wichtigkeit ist es schliesslich, den Einfluss der Juden [...] zu beseitigen und diese Elemente mit den radikalsten Mitteln auszuschalten, da gerade sie es sind [...], die die Verbindung zur roten Armee und dem bekämpften Bantenum aufrechterhalten.» – 3. September: «Verbindungen der Partisanenabteilungen untereinander werden vor allem durch Juden aufrechterhalten.» – 10. September: «Die jüdische Schicht, die in den

Städten den grössten Teil der Bevölkerung stellt, ist die treibende Kraft der sich mancherorts anbahnenden Widerstandsbewegung.» – 19. Oktober: «Die Juden als die geistigen Führer und Träger des Bolschewismus und der kommunistischen Idee sind unsere Todfeinde. Sie sind zu vernichten. Immer und überall, wo Meldungen über Sabotageakte, Aufhetzung der Bevölkerung, Widerstand usw. zu Aktionen zwangen, wurden Juden als die Urheber und Hintermänner festgestellt, zum grössten Teil auch als die Täter selbst.»¹² Diese Einstellung wurde in eine griffige Formel gefasst: «Wo der Jude ist, ist der Partisan und wo der Partisan ist, ist auch der Jude.»

Sie hatte zur Folge, dass beim Durchkämmen der eroberten Gebiete Juden als besonders gefährliche Feindgruppe galten und ihre Exekution und Gefangennahme eigens vermerkt wurde, und dass bei Sabotageakten oder Überfällen Juden generell als Täter galten und erschossen wurden. Diese Massnahmen wurden im Zeitraum September bis einschliesslich November 1941 zu dem oben genannten flächendekenden Programm «Säuberung des flachen Landes» weiterentwickelt.

Aussagen ehemaliger Wehrmachtsangehöriger in deutschen Nachkriegsprozessen zeigen, wie diese Grossaktionen abliefen: «Von Krupka führten wir mehrere sogenannte Razzien durch, und zwar hatten wir die Aufgabe (meistens nachts), umliegende Ortschaften abzusperren und zu durchkämmen. Es wurden dort die ansässigen Juden (Männer, Frauen und Kinder) gefangengenommen und in dem Ort gesammelt. [...] Es wurde so verfahren, dass zu diesen Aktionen Teile der 12. Komp, abwechselnd eingesetzt wurden. Nachdem die Juden in den Ortschaften gesammelt waren, wurde eine Stelle ausgesucht und sie wurden dann dort erschossen. [...] Es wurden auch zum Teil russische Nichtjuden mitgenommen, die die jeweiligen Gräber zuschaukeln mussten. Die Russen nahmen dann von Fall zu Fall hierfür dann übriggebliebene Habseligkeiten der Juden mit. [...] Es kam auch vor, dass wir nur eines Juden habhaft werden konnten und wir dann so lange warteten, bis einige Leute mehr zusammen waren.» – «Die Kompanie führte kleinere Aktionen im Umkreis von Slonim durch. Wir wurden mit LKWs hingefahren, z.T. sind wir auch marschiert. [...] Als wir bei solchen Anlässen die Juden aus den Häusern holten, hatten wir immer die Anweisung von G. bekommen, den Juden vorzumachen, dass sie in Sammel- oder Internierungslager kommen und ihr Gepäck mitnehmen sollen.» – «Unsere zurückkehrenden Kameraden erzählten, dass sie in der weiteren Umgebung des Klosters in kleineren Dörfern einige jüdische Familien, und zwar Männer, Frauen und Kinder erschossen mussten. [...] Einer dieser Kompanieangehörigen [...] sagte wörtlich: ‚Judenhirn, das schmeckt gut.‘ Er sagte weiter, sie hätten jetzt gerade Juden erschossen, dabei sei ihm das Gehirn dieser Juden direkt in das Gesicht gespritzt.»¹³ Die Einsätze waren keine Exzesse fanatischer Offiziere, sondern folgten den Befehlen des vorgesetzten Kommandos. Der Vertreter des «Wehrmachtsbefehlshabers Ostland» in Weissrussland, Generalmajor von Bechtoldshaim, etwa ordnete im Oktober 1941 für seine 707. Infanterie-Division an: «Wie in

vorstehenden Befehlen angeordnet, müssen die Juden vom flachen Land verschwinden.» Dass mit Verschwinden nicht bloss Vertreiben gemeint war, machte ein Befehl vom 16. Oktober klar, der seinen Einheiten zur Pflicht machte, «dafür zu sorgen, dass die Juden restlos aus den Dörfern entfernt werden. Es bestätigt sich immer wieder, dass diese die einzigen Stützen sind, die die Partisanen finden, um sich jetzt noch und über den Winter halten zu können. Ihre Vernichtung ist daher rücksichtslos durchzuführen.» Und drei Tage später: «Die Juden [...] sind unsere Todfeinde. Diese Feinde sind aber keine Menschen mehr im europäischen Kultursinn, sondern von Jugend auf zu Verbrechern erzogen und als Verbrecher geschulte Bestien. Bestien aber müssen vernichtet werden.»¹⁴

3. Hitlers Entscheidung vom Spätsommer 1941, alle im Herrschaftsbereich des NS-Regimes lebenden Juden zu ermorden, führte im Oktober/November zu den ersten grossen Massakern in den osteuropäischen Ghettos. Während sie in den Grossghettos zunächst nur zu einer Dezimierung der sog. «Nichtarbeitsfähigen» führte, wurden die kleineren Ghettos in den ländlichen Gebieten meistens «aufgelöst», wobei kleine Facharbeiterkontingente in die Werkstätten und Betriebe der Wehrmacht, der OT, des SD oder der Zivilverwaltung überstellt wurden. Während die Assistenz der Wehrmacht sich bei den Grossghettos auf das Verfassen der Aufrufe zum Sammeln, das Absperren, die Ausleihe von LKWs und Sprengkommandos beschränkte, traten bei den Massnahmen gegen die kleineren Ghettos Einheiten der Sicherungsddivisionen meist als alleinverantwortliche Exekutoren auf. Als Auftraggeber fungierten dabei entweder Dienststellen der Zivilverwaltung oder der Einsatzgruppen. Sie machten ihre personelle oder organisatorische Schwäche geltend und baten die Wehrmacht um Amtshilfe. Diese wurde, wegen der Aussicht auf Facharbeiter, um Wachpersonal einzusperren oder um die vermeintlich letzten Basen der Partisanenbewegung vor dem Winter noch zu zerstören, offensichtlich überall gewährt.

So ermordete das im Auftrag einer Wehrmachtsdivision operierende Reservepolizeibataillon 11 in der Zeit vom 14. bis 28. Oktober 1941 in der Gegend von Minsk ca. 10.000 Juden.¹⁵ Einheiten der auftraggebenden 707. Infanterie-Division setzten nach dem Abzug des Polizeibataillons deren «Arbeit» fort: Am 30. Oktober «räumte» die 8. Kompanie das Ghetto von Nieswiecz und ermordete 4.500 Juden, am 2. November fielen derselben Einheit eine unbekannte Anzahl Juden in Lachowicze zum Opfer, am 9. November feierten die Soldaten der 8. Kompanie den nationalen Ehrentag mit dem Abschlachten aller 1.800 Juden von Mir, in Slonim unterstützte die 6. Kompanie aktiv die von SD und Polizei am 13. und 14. November durchgeführte Ermordung von 9.000 Juden, die 7. Kompanie war am 8. Dezember bei der Ermordung von 3.000 Juden in Novogradok behilflich.¹⁶ Als Opfer der direkten oder indirekten, nur logistischen Einwirkung der Wehrmacht, kann man im Bereich Weissruthenien / rückwärtiges Heeresgebiet Mitte von 100.000-150.000 Opfern ausgehen.

4. Die strategische Bedeutung der Gleichung Jude gleich Partisan erwies sich erst eigentlich ab Frühjahr 1942. Ab diesem Zeitpunkt war die Wehrmacht gezwungen, in Kombination mit SS- und Polizeiverbänden, einen systematischen Partisanenkrieg zu führen.¹⁷ Dieser diente jetzt erstmals der Abwehr einer realen militärischen Bedrohung, orientierte sich aber gleichzeitig verstärkt an den Zielsetzungen des Vernichtungskrieges, also an der Ausrottung der Juden und der Dezimierung der sowjetischen Bevölkerung. Das Modell Pripjetsümpfe, bei dem im Sommer 1941 unter Wehrmachtsbefehl stehende SS-Verbände 13.000 Juden als Plünderer und Partisanen erschossen hatten, wurde jetzt allgemeinverbindlich. Zahlen von 3.000-10.000 ermordeter Juden wurden bei einzelnen Partisanen-Grossaktionen im Mittelabschnitt üblich. Bei diesen Opfern handelte es sich entweder um sogenannte «Waldbanden», das waren Gruppen von geflüchteten Juden, die meist unbewaffnet zwischen den Partisanenbrigaden und der deutschen Front zu überleben versuchten, oder um Insassen von übriggebliebenen Ghettos, die als sogenannte «Restghettos» zu Beginn oder am Ende einer Partisanenaktion zerstört wurden.

Als Beispiele solcher Aktionen können die Unternehmen «Hamburg» und «Hornung» dienen, die Ende 1942 bzw. Anfang 1943 durchgeführt wurden. «Mein zweites Unternehmen ‚Hamburg‘ ist im Grossen beendet. Das bisherige Ergebnis ist: Feindtote: Banditen: 1.674, Bandenverdächtige: 1.520, Juden: 2.958, Zigeuner: 30. Insgesamt: 6.172. Leider sind 7 deutsche Wachtmeister gefallen, 10 verwundet und 7 Mann der Hilfsvölker verwundet ...» – «Aus dem Unternehmen ‚Homung‘ hat sich bisher folgendes ergeben-Feindverluste: Banditen: 2.219, Bandenverdächtige: 7.378, Gefangene: 65, erseh. Juden: 3.300, eigene Verluste: – Deutsche: 2 Tote, 12 Verwundete, Fremdvölker: 27 Tote, 26 Verwundete ...»¹⁸ Legt man nur die grossen, weil dokumentierten Unternehmen dieser Art zugrunde, kommt man im Bereich Weissruthenien / rückwärtiges Heeresgebiet Mitte auf 50.000-80.000 Opfer.

Fasst man alle diese Tatsachen zusammen, so ergibt sich folgendes Fazit:

1. Die Beteiligung der Wehrmacht am Holocaust erfolgte auf allen Ebenen der militärischen Befehlsgewalt-von den Befehlshabern des rückwärtigen Heeresgebietes und des zivil verwalteten «Ostlandes» bis zu den Truppenführern. Fälle von Widerstand oder Befehlsverweigerung hat es nicht gegeben.
2. Die «Erfassung» und Ghettoisierung der Juden war planmässig vorbereitet. Sie erfolgte – wie die späteren Massnahmen der physischen Vernichtung – in zeitlicher Abstimmung zu den Etappen der «Endlösung» und in konkreter Absprache mit den übrigen Organen der Besatzung.
3. Das Vernichtungsprogramm der Wehrmacht war in Zielsetzung und Begründung rassistisch. Wie die Gleichsetzung von Jude und Partisan zeigt, standen militärische Überlegungen nicht in Konkurrenz zum Rassismus, sondern waren sein inhärenter Teil.

4. Die Mentalität der Wehrmachtsführung entsprach dem Bewusstsein der Truppe. Das persönliche Engagement bei der «Judenjagd» – sei es in freiwilliger Kooperation mit den Einsatzgruppen oder als wehnnachtseigene Aktion – verrät in vielen Fällen ein spontanes Einverständnis mit dem Judenmord.
5. Von «antijüdischen Tendenzen» im Ostheer oder von «Verstrickung» der Wehrmacht in den Holocaust lässt sich auf Grund dieser Tatsache nicht mehr sprechen. Es waren nicht alle Wehrmachtsangehörige, die am Judenmord beteiligt waren, aber es waren –wie Jan Philipp Reemtsma es ausgedrückt hat– zu viele.

¹ Hannes Heer, Bittere Pflicht, Der Rassenkrieg der Wehrmacht und seine Voraussetzungen, in: Walter Manoschek (Hg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg, Wien 1996, S. 125 f. (im Folgenden zitiert als: Bittere Pflicht)

Wassili Grossmann/Ilja Ehrenburg (Hg.), Das Schwarzbuch, Der Genozid an den sowjetischen Juden, Reinbek 1994, S. 60

² Bittere Pflicht, a.a.O., S. 123

³ Diese Befehle sind abgedruckt im Dokumentenanhang des von Gerd R. Ueberschär und Wolfram Wette herausgegebenen Sammelbandes: Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion, Frankfurt am Mai 1991, S. 239 ff. (im Folgenden zitiert als: Überfall)

⁴ Hans Adolf Jacobsen (Hg.), Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht, Bd. 1, Frankfurt am Main 1961, S. 341; zitiert bei Jürgen Förster, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 4, Stuttgart 1983, S. 428 und 442.)

⁵ Überfall, a.a.O., S. 251

⁶ Überfall, a.a.O., S. 258

* Überfall, a.a.O., S. 249 f.

⁹ Vgl. für das folgende: Hannes Heer, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Hannes Heer/ Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 57-77; (im Folgenden zitiert als: Killing Fields). Der Band ist jetzt bei 2001 erhältlich.

¹⁰ OSOBI Archiv Moskau, Feldkommandantur Perwomaisk 9.9.1941, 1275-3-661; Feldkommandantur Nikolajew 5.10.1941, 1275-3-662; Feldkommandantur Dnjeppropetrowsk 9.10.1941, 1275-3-666

¹¹ Vgl. für das folgende: Killing Fields, a.a.O., S. 61 ff.

¹² Bundesarchiv Militärarchiv RH 26-221-10, S. 87; Wirtschaftsinspektion Mitte, 22.7.1941, LG Mainz 3 ks 1/67, Dokumentenband IV; 350. IR, 18.8.1941, BA-MA RH 26-211/21; SS-Kavallerie-Brigade, 3.9.1941, BA-MA RH 22-224; Wehrmachtbefehlshaber Ostland/ Kommandant Weissruthenien, 10.9.1941, Belorussisches Staatsarchiv Minsk, 651-1-1; ers., 19.10.1941, BSA Minsk 651-1-1

¹³ LG Köln Ks 1/63 Sonderband K Strafsache Schönemann; 53 f.; LG Hamburg, 147 Js 29/67 Strafsache Erren, S. 3063 f.; Strafsache Erren a.a.O., S. 33

¹⁴ BSA Minsk 651-1-1, S. 25; BSA Minsk 378-1-698, S. 32, S. 12; BSA Minsk 651-1-1, S. 19 f.

¹⁵ Killing Fields, a.a.O., S. 69 f.

¹⁶ Vgl. Killing Fields, a.a.O., S. 71

¹⁷ Vgl. für das folgende meinen Beitrag zum Partisanenkrieg: Die Logik des Vernichtungskrieges, Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Vernichtungskrieg, a.a.O., S. 118 ff.

¹⁸ zitiert nach: Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Katalog. Hamburg 1996, S. 148

Prof. Dr. Hans-Adolf Jacobsen

Zur Rolle der deutschen Wehrmacht im Russlandfeldzug 1941-1944

Soweit wir uns heute im Lichte seriöser zeitgeschichtlicher Forschung ein Urteil erlauben können, ist festzuhalten:

1. Was die Millionen deutscher Soldaten während des Russlandfeldzuges de facto erlebt, gewusst bzw. mitbewirkt haben, soweit es die zahllosen Verbrechen anbetrifft, die von Deutschen und im Namen Deutschlands verübt worden sind, lässt sich heute kaum noch mit Gewissheit sagen. Fraglos waren jedoch Teile der deutschen Wehrmacht (vornehmlich des Heeres) weitaus mehr an NS-Verbrechen direkt oder indirekt beteiligt, als es von Memoirenschreibern und in Aussagen von Veteranen nach 1945 zugegeben worden ist – ganz zu schweigen von den Tätern. Es gab darüber hinaus viele Mitwisser und solche, die die Mordtaten stillschweigend zur Kenntnis genommen haben, ohne einzuschreiten oder zu versuchen, das Schlimmste zu verhüten. In diesem Zusammenhang aber von der Wehrmacht als Ganzem zu sprechen, dürfte eine kaum zulässige Verallgemeinerung sein. Die in jüngster Zeit häufig recht apodiktisch formulierten Pauschalurteile sind weder quellenkritisch hinreichend belegt, noch den Realitäten des totalen, ideologischen Krieges angemessen, zumal bei diesen die mannigfachen Zeugnisse von Humanitas, soldatischer «verdammter Pflichterfüllung» und militärischer Opposition gegen das NS-Unrechtssystem nur unzureichend berücksichtigt werden.

2. Allerdings dürfte ein anderes generelles Urteil nicht mehr zu bestreiten sein, dem sich bisher viele Ehemalige – bewusst oder unbewusst, z.T. verdrängt – entzogen haben. Die deutsche Wehrmacht war eines der ausschlaggebenden Instrumente der NS-Kriegsführung, d.h. einer wahnwitzigen Doktrin und Politik, deren Ziele es waren, Lebensraum zu erkämpfen, die »Rassenfeinde« zu vernichten und eine totalitäre Herrschaft in Europa zu errichten. Während sie selbst vorwiegend militärische Aufgaben zur Ausschaltung der feindlichen Streitkräfte übernahm, und ihre militärische Führung (OKW/OKH) die ideologischen Weisungen Hitlers in Befehlsform fasste, waren es vor allem die Sondereinheiten Himmlers, die mittels Terror und Mord den revolutionär-rassistischen Auftrag im Hinterland erfüllten. Aber – und dies gilt es mit allem Nachdruck zu unterstreichen – beide haben, gewissermaßen arbeitsteilig, den gleichen Krieg mit den gleichen Zielen, wenn auch an verschiedenen Fronten und mit den ihnen befohlenen Mitteln geführt. Sie alle sind in unterschiedlicher Weise und abgestuft entsprechend der hierarchischen Ordnung in der Truppe für das Geschehen von einst mitverantwortlich. Die meisten Soldaten,

im militärischen Gehorsam diszipliniert, durch den Eid an Hitler gebunden und seit 1941 durch ein erbarmungsloses Ringen physisch und psychisch bis zum Äussersten herausgefordert, waren indoktriniert, manipuliert und tragisch verstrickt. Soweit sie an Verbrechen mitgewirkt oder diese geduldet und entsprechende Befehle erteilt haben, waren sie schuldig geworden. Desgleichen in hohem Masse diejenigen, die für das Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener Verantwortung tragen. Auf jeden Fall waren sie allesamt nicht nur Opfer einer gewissenlosen politischen Führung, sondern auch im historischen Sinne Mittäter. Denn es war erster Linie ihrem Kampfgeist, ihren Leistungen und bestimmten pseudolegitimierten Unterstützungsmassnahmen bei den Vernichtungsaktionen von SS und Polizei zu verdanken, dass die NS-Machthaber die «rassische Neuordnung» des Kontinents mit all jenen Schreckenstaten des Inhumanen einleiten konnten, die Deutschland mit einer schweren historischen Hypothek belastet haben.

Vielleicht hat damals nur eine Minderheit das fast beispiellos zu nennende Dilemma der Wehrmacht erkannt oder erkennen können, dass nämlich die Soldaten unter den damaligen Bedingungen meinten, mutig für den Sieg kämpfen zu müssen, während sie gleichzeitig für die Niederlage zu beten hatten. Tief bewegende Zeugnisse in Briefen aus dem Felde und Tagebucheintragungen haben dies bewiesen. Wir sollten ehrlich sein und uns endlich zur ganzen Wahrheit durchringen – ohne Wenn und Aber. Dies kann freilich nur demjenigen gelingen, der dabei sowohl die unlösbare Wechselwirkung von Politik und Kriegsführung im Sinne von Clausewitz berücksichtigt als auch willens ist, das Böse beim Namen zu nennen, das Bessere nicht zu verschweigen und den Menschen ihre Ehre zu geben.

3. Für die Gegenwart aber gilt es, die richtigen Konsequenzen aus alledem zu ziehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat dies in den Jahrzehnten ihres Bestehens mit beachtlichem Erfolg getan, unter anderem durch die überzeugende Friedenspolitik im Geiste demokratischer Werte und den Aufbau von Streitkräften, die sich nur einer solchen Aufgabe verpflichtet fühlen. Die deutsche Wehrmacht im Dritten Reich indessen kann aus den oben genannten Gründen kein Teil der Tradition für die Bundeswehr sein. Das heisst nicht, jenen Millionen von Soldaten des 2. Weltkrieges den erforderlichen Respekt zu versagen, die einen schweren Leidensweg beschreiten mussten und die glaubten, diesen aufrecht und tapfer gemeistert zu haben.

4. Werdas ebenso vielschichtige wie mannigfache Verhalten der deutschen Wehrmacht im Russlandfeldzug von 1941-1944, einschliesslich des Holocaust, zu dokumentieren und zu bewerten versucht, wird um der historischen Gerechtigkeit willen fähig sein müssen, zu differenzieren, Belegbares von Unbelegtem zu unterscheiden und zuzugeben, dass auch seine Aussage nur ein Teil der Wahrheit ist.

Die in Bremen vorgesehene, z.T. umstrittene Ausstellung kann ohne Frage einen Beitrag zum weiteren Bewusstseinswandel in der deutschen Bevölkerung leisten und

vor allem der jüngeren Generation etwas von der Barbarei des Krieges vor Augen führen, soweit es die deutsche Seite angeht. Nur bedarf es dabei einer abgewogenen Kommentierung mit dezidierten Schlussfolgerungen und der Aufklärung über die Möglichkeiten und Grenzen absoluter Verhaltensweisen von Soldaten in einem totalitären System und im totalen Krieg. Sicherlich wären die verantwortlichen Aussteller gut beraten gewesen, wenn sie ihre massiven Urteile nicht so häufig einseitig oder überspitzt formuliert und zudem in den Gesamtzusammenhang der Epoche adäquat eingeordnet hätten. Das hier erörterte äusserst subtile Problem mit all seinen Facetten so zu behandeln, wie dies in Bildern und Texten, zudem in der sie begleitenden Literatur, geschehen ist, bedeutet letzten Endes: angesichts unserer Erkenntnislage an so manchen Stellen Fragezeichen setzen oder Korrekturen anbringen zu müssen. So gesehen könnte ein ebenso offener wie kritischer Dialog einem vertieften Verständnis für das Vergangene in seiner Zeitgebundenheit und zugleich unserem steten Bemühen nach Wahrheitsfindung dienen.

Dr. Walter Manoschek

Partisanenbekämpfung

«Partisanenbekämpfung» ist ein Begriff, der während des Zweiten Weltkrieges oftmals als Code zur Verschleierung von Wehrmachtsverbrechen benutzt wurde. Nach Kriegsende diente die Formel vom «Partisanenkampf» als exkulpierende Deckerinnerung für eine Kriegsführung, die sich im Osten und Südosten nicht nur gegen den militärischen Gegner richtete, sondern als Feindgruppe auch die Zivilbevölkerung miteinschloss.

1. Mit der Planung des Überfalls auf die Sowjetunion begann auch die Ausarbeitung der Handlungsanweisungen für Kriegsführung und Besatzungspolitik. Hitler hatte bereits im März 1941 zweihundert Generäle und Stabsoffiziere der für den Ostkrieg vorgesehenen Verbände darüber informiert, dass dieser Krieg jenseits aller kriegs- und völkerrechtlichen Regeln als «Kampf zweier Weltanschauungen gegeneinander» geführt werden würde.¹ Die ersten Ergebnisse waren der berühmte «Kommissarbefehl» und der «Gerichtsbarkeitserlass». Der Radius der Gewaltmassnahmen war also nicht Folge eskalierender Kriegshandlungen, sondern wurde von OKW-Chef Keitel bereits im Frühjahr 1941 fixiert und ab Sommer 1941 systematisch ausgedehnt. Unter Bruch aller internationaler Konventionen wurde im «Gerichtsbarkeitserlass»² vom 13. Mai 1941 im Raum «Barbarossa» die Zivilbevölkerung aus der Zuständigkeit der Kriegsgerichte herausgenommen. Gerichtsherr war die Truppe selbst: Sie sollte «sich gegen jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung schonungslos zur Wehr» setzen. Freischärler waren im Kampf oder auf der Flucht sofort zu erschiessen; als Freischärler wurden auch Unbewaffnete definiert («Hetzer», «Flugblattverteiler», «Brandstifter») oder Zivilisten, bei denen nur der Verdacht auf solche Handlungen bestand. Für Handlungen von Wehrmachtangehörigen gegen feindliche Zivilisten bestand – auch wenn die Tat ein militärisches Verbrechen war – kein Verfolgungszwang; kriegsgerichtliche Verfahren kamen nur dann zur Anwendung, «wenn es die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert». Die Kriegserklärung gegen die Zivilbevölkerung erreichte mit dem OKW-Befehl vom 16. Dezember 1942 ihren Höhepunkt: «Die Truppe ist daher berechtigt und verpflichtet, in diesem Kampf ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder jedes Mittel anzuwenden, wenn es nur zum Erfolg führt... Kein in der Bandenbekämpfung eingesetzter Deutscher darf wegen seines Verhaltens im Kampf gegen die Banden und ihre Mitläufer disziplinarisch oder kriegsgerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden.»³

2. Die von der Wehrmachtsführung angeordnete Entgrenzung des Krieges von allen kriegsrechtlichen Normen schlug sich in einer masslos gesteigerten Gewalt gegen die Zivilbevölkerung vor Ort nieder.

Im rückwärtigen Heeresgebiet von Weissrussland wurden in den ersten 9 Monaten des Feldzuges – zu einem Zeitpunkt, als die Partisanenbewegung über den Aufbau noch nicht hinausgekommen war – 63.257 «Partisanen» getötet. Die geringe Zahl der deutschen Verluste – 638 Tote und 1.355 Verwundete – beweist, dass die meisten dieser «Partisanen» Zivilisten gewesen und nicht im Kampf gefallen waren; nicht anders verhielt es sich im zivil verwalteten Teil Weissrusslands: dort waren bis November 1941 von 10.940 Gefangenen 10.431 erschossen worden.⁴ In der Ukraine unterschied das AOK 6 zwischen «eentlichen Partisanen» und «herumstreichenden Elementen» – ihr Schicksal war dennoch identisch: «Neben den eentlichen Partisanen wurden auch die vielen ohne Ausweis im Lande herumstreichenden Elemente beseitigt, hinter denen sich die Agenten und der Nachrichtendienst der Partisanen verbergen. Im Zuge dieser Aktion sind im Armeebereich mehrere Tausend öffentlich erhängt und erschossen worden.»⁵ In Serbien erschossen Wehrmachtsseinheiten im Zuge der Partisanenbekämpfung im Herbst 1941 zwischen 20.000 und 30.000 Zivilisten – die eigenen Verluste betragen 160 Tote und 278 Verwundete.⁶ Allein diese Todesbilanzen an drei verschiedenen Kriegsschauplätzen aus dem Jahre 1941 verdeutlichen, dass es sich dabei weder um militärische Partisanenbekämpfung im genuinen Sinn noch um Übergriffe einzelner Wehrmachtsseinheiten handelte. Die Feindgruppen wurden nicht militärisch, sondern politisch-ideologisch, d.h. rassistisch, definiert. Bereits in den «Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland» wurden am Tag des Überfalls auf die Sowjetunion den Soldaten des Ostheeres die zivilen Gegnergruppen bekanntgegeben: «Der Bolschewismus ist der Todfeind des nationalsozialistischen deutschen Volkes. Dieser zersetzenden Weltanschauung und ihren Trägern gilt Deutschlands Kampf. Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses und energisches Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure, Juden und restlose Beseitigung jeden aktiven und passiven Widerstandes. Besonders die asiatischen Soldaten sind undurchsichtig, unberechenbar, hinterhältig und gefühllos.»⁷ Je nach Bedarf konnte die Bevölkerung willkürlich mit einem dieser Begriffe belegt werden: Für die 20. Infanterie-Division etwa galten Männer, die sich nicht zur Zwangsarbeit rekrutieren liessen, als «Saboteure» und wurden erschossen.⁸ Entlang dieser Skala formulierten Wehrmachtsbefehlshaber und Divisionskommandeure auch ihre Richtlinien für die «Herstellung von Ruhe und Ordnung»: Der Wehrmachtsbefehlshaber Ostland, Generalleutnant Walter Braeder, listete auf: «Die Ruhe und Ordnung gefährden: a) versprengte oder mit Absicht in den Wäldern und an einsamen Plätzen zurückgelassene oder abgesetzte bolschewistische Soldaten und Agenten (Partisanen); b) kommunistische und sonstige radikale Elemente; c) Juden und judenfreundliche Kreise»;⁹ «Die

Juden sind deshalb ohne jede Ausnahme mit dem Begriff Partisan identisch»¹⁰ lautete eine der Formeln; noch präziser definierte das AOK 17 im September 1941 partisanenverdächtige Personengruppen: «Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters»¹¹ Die symbiotische Gleichsetzung von Jude = Partisan produzierte entsprechende Opferzahlen:

- Rückwärtiges Armeegebiet der Heeresgruppe Süd durch Korriick 553 bis Sommer 1942: 20.000 ermordete Juden bei «Säuberungen»;¹²
- Einheiten des «Kommandanten in Weissruthenien» bis Dezember 1941: 20.000
- Militärbesatzung Serbien im Herbst 1941: Ermordung aller erwachsenen männlichen Juden (etwa 6.000), als «Geiseln» für Partisanenüberfälle. Die Exekutionkommandos der Wehrmacht fertigten über die Judenerschiessungen detaillierte Berichte an.¹³ Die Internierung der am Leben gebliebenen jüdischen Frauen und Kinder in einem KZ bei Belgrad begründete das AOK 12 mit der Behauptung, sie wären alle «nachweislich Träger des Nachrichtendienstes der Aufständischen»¹⁴ gewesen – wenige Monate später wurden sie vom SD in einem umgebauten Lastkraftwagen ver-
gast. Ob Vorwand oder rassistische Überzeugung: Die potentielle Ausdehnung des Begriffs «Partisan» und «Partisanenverdächtige» auf alle Zivilisten – mit Ausnahme aktiver Kollaborateure – bot die Möglichkeit, auch bar jeder militärischen Logik und Rationalität die rassistischen Ziele des Vernichtungskrieges im Osten umzusetzen.

¹ Aufzeichnungen von Generaloberst Halder, zit. nach Gerd R. Ueberschär/Wolfram Wette (Hg.), Der deutsche Überfall auf die Sowjetunion. «Unternehmen Barbarossa» 1941, Frankfurt/Main 1991, S.249

² Bundesarchiv-Militärarchiv (BA-MA), RW 4/v. 577, Erlass über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet «Barbarossa» und über besondere Massnahmen der Truppe, Chef des OKW, Wilhelm Keitel, 13.5.1941.

³ OKW Bandenbekämpfung, 16.12.1942, zit. nach Norbert Müller (Hg.), Deutsche Besatzungspolitik in der UdSSR, Köln 1980, S. 139 f

⁴ Vgl. Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 109

⁵ Bernd Boll/Hans Safrian, Die 6. Armee. Unterwegs nach Stalingrad. 1941 bis 1942, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, S. 92

⁶ Walter Manoschek, «Serbien ist judenfrei». Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Bd. 38, 2. Auflage, München 1995, S. 166

⁷ Zit. nach Jürgen Förster, Zum Russlandbild der Militärs 1941-1945, in: Hans Erich Volkmann (Hg.), Das Russlandbild im Dritten Reich, Köln-Weimar-Wien 1994, S. 147

⁸ Rolf-Dieter Müller, Menschenjagd. Die Rekrutierung von Zwangsarbeitern in der besetzten Sowjetunion, in: Hannes Heer/ Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 93

- ⁹ Zit. nach Hannes Heer, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust in: Hannes Heer/Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 66
- ¹⁰ BA-MA, RH 26-403-2, S. 69; BA-M A RH 26-339-5; Lagebericht 5.11.1941; BA-M A, RH 26-707-15, S. 4
- ¹¹ Zit. nach Raul Hilberg, Wehrmacht und Judenvernichtung, in: Walter Manoschek (Hg.), Die Wehrmacht im Rassenkrieg. Der Vernichtungskrieg hinter der Front, Wien 1996, S. 28
- ¹² Theo J. Schulte, Kortück 582, in: Hannes Heer/ Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 331
- ¹³ Hannes Heer, Killing Fields. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Hannes Heer/ Klaus Naumann (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Hamburg 1995, S. 65
- ¹⁴ Walter Manoschek, «Serbien ist judenfrei». Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, Schriftenreihe des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Bd. 38, 2. Auflage, München 1995, S. 85, 88-89, 100-101
Walter Manoschek, Serbien. Partisanenkrieg 1941, in: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944, Ausstellungskatalog, Hamburg 1996, S. 58

Prof. Dr. med. Ernst Rebentisch

1. Die Wehrmacht war der Waffenträger und damit das bedeutendste Machtinstrument des – von den Nationalsozialisten regierten – Deutschen Reiches. Wie in jedem wehrhaften Staat unterstanden die Soldaten besonderen Militärgesetzen. Ergänzt wurden diese durch die auf deutscher Soldatentradition beruhenden Grundsätze der Ehre, Treue, Tapferkeit und Disziplin. Trotz aller Indoktrinationsabsichten fand das nationalsozialistische Gedankengut – vor allem im Heer – nur bei relativ wenigen Zustimmung. Das Offizierkorps blieb weitgehend konservativ zurückhaltend. Dies war auch einer der Gründe für Hitlers permanentes Misstrauen gegenüber Generälen und Generalstabsoffizieren. Als weitere Beispiele für die Distanz zum Nationalsozialismus nenne ich:

- Die Wehrmacht nahm zahlreiche Persönlichkeiten auf, die sich zunehmender Pressuren durch die Partei und ihre Organisationen zu entziehen trachteten.
- Die Heranbildung junger Offiziere, wie ich sie selbst in den Jahren 1937-1939 erlebte, war frei von nationalsozialistischer Schulung und Einflussnahme.
- Trotz der Rassengesetze wurde eine grössere Anzahl nichtarischer Deutscher eingestellt und z.T. zu Offizieren ernannt.
- An den während des Krieges angebotenen weltanschaulichen Schulungskursen drückte man sich gern vorbei.
- Vor allem in den Kampftruppen ist das Konzept der NS-Führungsoffiziere als gescheitert zu beurteilen.

2. Die Soldaten der Wehrmacht haben im Krieg ihren Auftrag zuverlässig ausgeführt und durch ihre Leistungen hohes Ansehen, selbst bei den einstigen Gegnern, erworben. Die Truppe hat trotz zahlenmässiger, vielfach auch waffentechnischer und logistischer Unterlegenheit schwerste Belastungen durchgestanden und war von dem Gedanken getragen, allein ihrem Vaterland zu dienen. Es kann nicht deutlich genug herausgestellt werden, dass neunzig Prozent dieser Soldaten Wehrpflichtige waren, die wie auch viele andere Soldaten keineswegs mit Begeisterung in den Krieg gezogen waren.

3. Hitler hat ohne jeden Zweifel und unabhängig von anderen Kriegszielen die Wehrmacht zu seinem Weltanschauungskrieg gegen die Sowjetunion missbraucht. Sein in Erinnerung an blutige Bürgerkriege und weltrevolutionäre Absichten der Sowjets im In- und Ausland auf viel Verständnis stossender Aufruf zum «Kreuzzug gegen den Bolschewismus» blieb nicht ohne Wirkung auf die Soldaten.

Zweifellos gab es eine Reihe hochrangiger Generale, die manche Befehle Hitlers noch zusätzlich verschärften, aber die Truppe hatte im Kampf andere Sorgen.

Der berüchtigte Befehl, Politikommissare nach ihrer Gefangennahme sofort zu erschießen, wurde nachgewiesenermaßen nur vereinzelt befolgt, überwiegend jedoch abgelehnt und von vielen Truppenführern gar nicht erst bekanntgegeben.

Einige weitere, nur mündlich weiterzugebende Befehle, die von einigen Kriegstheoretikern als Freibriefe zum Verüben von Rache- und Gewalttaten ausgelegt werden, haben die Truppe gar nicht erreicht.

4. Das Nürnberger Tribunal hat die Wehrmacht von der Anklage freigesprochen, eine verbrecherische Organisation gewesen zu sein. Die Siegermächte haben jedoch die eines Kriegsverbrechens beschuldigten deutschen und auf deutscher Seite kämpfenden ausländischen Soldaten aller Dienstgrade vor Gericht gestellt und hart bestraft. Dass es dabei, vor allem in der Sowjetunion, zu Fehlurteilen gekommen ist, belegen die bisher schon über 5.000 Nichtigkeitsurteile des russischen Militär-Generalstaatsanwaltes.

5. In der Wehrmacht gab es wie in jeder militärischen und zivilen Gesellschaft einen gewissen Prozentsatz verbrecherischer Elemente. Wie ein gegen solche Täter gerichteter Befehl des Oberbefehlshabers der 6. Armee vom 11. Sept. 1941 zeigt, muss manches Verbrechen derartigen Leuten angelastet werden. Sie wurden, sobald ihre Untat bekannt wurde, von den Kriegserichtern in ordentlichen Verfahren abgeurteilt. Ich habe 1940 in Frankreich als Gerichtsoffizier meiner Abteilung in einem solchen Fall die ganze Härte des Urteils erlebt. Die für die Disziplin der Truppe bedeutsame Gerichtsbarkeit blieb bis zur Auflösung der Verbände nach dem 8. Mai 1945 voll in Funktion.

6. Geht man von der dokumentarisch belegten Feststellung aus, dass vorwiegend im rückwärtigen Kriegsgebiet und im Kampf gegen Partisanen ganze Truppenteile und einzelne Soldaten, die den kriminell Veranlagten nicht zuzurechnen sind, Verbrechen an der Zivilbevölkerung und sowjetischen Soldaten begangen oder befohlen haben, so gebietet die Suche nach der historischen Wahrheit, den Grund für diese Untaten zu ermitteln.

Dazu ist zu klären:

- Welchen Auftrag hatte die Truppe?
- Wer war der verantwortliche Führer?
- In welcher Lage befand sich die Truppe?
- Geschah die Tat absichtlich, versehentlich oder in Notwehr?
- Wurde die Tat spontan verübt oder befohlen?
- War es ein Einzeltäter?

Eine solche detaillierte Untersuchung ist m.W. weder vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr noch andernorts angestellt worden. Nur klipp und klare Beweise sind ein echter Beitrag zur Gerechtigkeit.

So schrieb auch Oberst i.G. Roland G. Foerster in der Einführung zu dem Sammelband «Unternehmen Barbarossa» des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes

der Bundeswehr abschliessend: «Als Historiker würde sich unglaublich machen, wer die schweren Verbrechen verschweigt, die von Angehörigen der Wehrmacht in der Sowjetunion begangen wurden. Es gilt jedoch, mit Vorsicht und Takt differenzierend abzuwägen und zu urteilen.»

5. Gerade dieses sorgfältige Abwägen scheint einzelnen deutschen Historikern ein Fremdwort zu sein. So schrieb einer, dem bereits in zwei Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes – unwidersprochen – leichtfertiger Umgang mit Zahlen und Kriegstagebucheintragungen vorgehalten wurde, in einer Expertise vom Januar 1996 u.a.:

«Zwar verdienen Einsatzbereitschaft, Leiden und Pflichterfüllung der einzelnen Soldaten Achtung und Respekt, aber Tatsache ist, dass sie alle, welcher Waffengattung sie auch angehört haben, Opfer und Mittäter zugleich waren.»

Wie andere Kenner der Tatsachen halte ich diese Behauptung für sachlich falsch und infam. Sie beinhaltet eine unglaubliche Diffamierung der Millionen gefallener, gestorbener und noch lebender Soldaten der Wehrmacht.

6. Jeder anständige Soldat wird sich für eine gründliche und wahrhaftige Untersuchung der im Krieg verübten Verbrechen einsetzen, denn nur so lässt sich eindeutig klären, dass Millionen ehemaliger Soldaten nichts damit zu tun haben. Nicht minder sollten die höchsten militärischen und staatlichen Stellen im staatlichen Interesse auf einer abschliessenden, jederzeit nachvollziehbaren Untersuchung der Geschehnisse bis hin zur Nennung von Namen und zur Darlegung der Strafen bestehen. Ich habe bereits vor zwei Jahren den damals amtierenden Generalinspekteur der Bundeswehr dringend darum gebeten, weil andernfalls die heutige Bundeswehr, ihre ehemaligen, gegenwärtigen und auch zukünftigen Soldaten unausweichlich in die Auseinandersetzungen einbezogen würden.

Selbst in einem Rechtsstaat hat der Verbrecher das Recht, dass ihm vor der Verurteilung die Tat nachgewiesen wird, andernfalls ist er freizusprechen. Solange dies den 19 Millionen ehemaliger deutscher Soldaten verwehrt wird, die befehlstreu und opferbereit ihre Pflicht für das Vaterland getan haben, darf sich niemand wunden, wenn sich die noch Überlebenden gegen pauschale Diffamierungen zur Wehr setzen.

Sehr zu bedauern und keinesfalls den alten Soldaten anzulasten ist, dass sich zum Schaden der Sache inzwischen rechtsradikale Kräfte in die Auseinandersetzungen eingemischt haben. Niemand kann und darf sich mit ihnen identifizieren, denn sie erschweren die Herbeiführung einer gerechten Lösung bis zum Unerträglichen. Sie folgen Irrlehren und haben ebensowenig eine Vorstellung von dem, was Soldaten im Kriege erwartet, wie die anderen kriegsunerfahrenen Kritiker am Soldatentum.

Es ist in diesem Staat, der ja immer wieder die Notwendigkeit des Militärs und der Wehrpflicht betont, schon sehr aufschlussreich, wie sich viele Politiker und vor allem «Festredner» bei den jeweiligen Eröffnungsveranstaltungen um eine eindeutige Aussage herumdrücken, dass sich diese Ausstellung ausschliesslich mit der nur

geringen Zahl von Kriegsverbrechern in der Wehrmacht befasst. Auch die Mehrzahl der Medien betreibt in ihrer bedenklichen Sensationslust immer noch das beliebte Spiel der Pauschalisierung nach dem Motto «Alle Soldaten sind Verbrecher»!

Sie alle werden den Kopf einziehen, wenn zum ersten Mal in Bosnien aus dem Hinterhalt auf deutsche Soldaten geschossen wird und Gefallene oder Verwundete zu beklagen sind.

7. Abschliessend komme ich in Kenntnis der Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» und des sie begleitenden Buches zu folgenden Feststellungen:

Man könnte über diese Ausstellung kommentarlos hinweggehen, wenn sie nicht unter dem Vorwand der Aufklärung politische Ziele verfolgte, die sich gegen die Wehrfähigkeit und -bereitschaft Deutschlands richten.

Die Ausstellung beabsichtigt wider besseres Wissen eine pauschale Diffamierung aller Soldaten der Wehrmacht, wie es allein schon in ihrem Titel ganz klar zum Ausdruck kommt. Gestützt auf Kreise, die einen anderen Staat wollen, und auf manche Intellektuelle bedienen sich die Aussteller der seit vielen Jahren von einer Gruppe im Militärgeschichtlichen Forschungsamt und einigen Historikern gesammelten Fakten und ergänzen sie durch angeblich neue Erkenntnisse aus sowjetischen und serbischen Archiven.

Bewusst verschweigen die Veranstalter jedoch, dass und wie hart diese Kriegsverbrechen bereits vor Jahrzehnten von den Siegermächten und zum Teil auch von deutschen Gerichten geahndet worden sind.

Die das Begleitbuch einleitende Behauptung des Herrn Heer, Millionen deutscher und österreichischer Soldaten seien nicht erst nachträglich über die Greuelthaten von Himmlers Einsatztruppen informiert worden, ist eine Lüge. Keiner meiner Kameraden in den Kampftruppen wusste dies, und der gewiss integre Sozialdemokrat Georg Leber hat mir zuletzt im Januar 1997 bestätigt, dass er erstmals im November 1944 von Morden an Juden gehört habe.

Nicht minder infam und zielgerichtet ist die Behauptung, dass die Wehrmacht an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war und versucht habe, die «Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen». Der Gegenbeweis findet sich in den Kriegstagebüchern und sonstigen Dokumenten im Militärarchiv und in anderen Archiven.

Der Gipfel ist der Brückenschlag zu dem in der Bundesrepublik erlassenen Gesetz über Orden und Ehrenzeichen, mit dem die Entfernung des Hakenkreuzes angeordnet wurde. Hier zeigt sich ganz deutlich das eigentliche Ziel dieser Aussteller. Wenn der für die Vermietung der Rathausgalerie in München verantwortliche Kulturreferent des Magistrats sich vor Eröffnung der Ausstellung öffentlich für die Echtheit der Fotos verbürgt, ist dies schön. Vielleicht hat er recht, aber weiss er, wie und

wo sie hergestellt oder retouchiert sind? Es ist auch keineswegs klar, ob die gezeigten Texte und die Fotos immer zu dem gleichen Ereignis gehören.

Bei der Durchsicht des Begleitbuches fallen auf:

- die zur Vertiefung des Eindrucks wiederholte Darstellung von Fotos
- die zu den Texten fehlenden Quellenangaben und
- die in angeblichen Dokumenten enthaltenen, im militärischen Schriftverkehr ungebrauchlichen Formulierungen, z.B. auf S. 25 links oben unter einem in Belgrad gefertigten Dokument die Unterschrift «Oberst und Kommandant von Kaiserberg» (kein Offizier unterschrieb so) oder auf Seite 46 die Bezeichnung «Feldeinheit» statt «Feldposteinheit».

Schliesslich hat es auch im LV. Armeekorps nie einen II b-Intendantur-Offizier gegeben.

Gewiss ist das in dieser Ausstellung gezeigte Material aufrüttelnd und erschütternd, aber es dient nicht dem Ziel einer objektiven Wahrheitssuche, sondern will alte Wunden wieder aufreissen und die heutige Generation einseitig und falsch indoktrinieren.

Die ehemaligen Soldaten wissen, dass im 2. Weltkrieg von allen Seiten schreckliche und unentschuld bare Untaten verübt worden sind. Es diene niemandem, die deutschen Verbrechen gegen die der Gegner aufrechnen zu wollen. Es muss aber nochmals nachdrücklich festgestellt werden, dass an den deutschen Kriegsverbrechen nur ein kleiner Prozentsatz der Soldaten der Wehrmacht beteiligt war und es niemals geduldet wird, dass alle Soldaten pauschal als Täter oder auch nur Mittäter angeschuldigt werden.

Zusammenfassend kann ich die für ein geordnetes Staatswesen verantwortlichen Politiker, die ernsthaften Historiker und nicht minder die Vertreter der Medien nur bitten, im Interesse unseres Landes, seiner Bundeswehr und seiner Wehrpflichtigen alles zu tun, dass Wahrheit und Gerechtigkeit höher eingestuft werden als Polemik mit destruktivem Hintergrund.

Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma

Krieg ist ein Gesellschaftszustand

Ehre, Endorphine, Staub, Heldentum, Routine – Krieg: ist für die, die ihn führen, für die, die ihn erdulden, für die, die ihn erleben – es lässt sich nicht auf einen Begriff bringen – Katastrophe oder Bewährungsprobe, Leid, Abenteuer, Blut, Metall, Kot, Feuer, Verwundung, Verwesung, Triumph, Alkohol, Urin, Schmerz, Tod, Mord – für den Sozialwissenschaftler ist Krieg ein Gesellschaftszustand. Wie für den zivilen ist für den kriegesischen Zustand einer Gesellschaft von Belang, was in ihr als Verbrechen gilt, welche Grenzen sie zwischen erlaubtem und unerlaubtem Verhalten zieht-auf dem Papier, auf das solche Regeln geschrieben werden, und tatsächlich.

Wenn in einer Gesellschaft das-wie man sagt →Verbrechen überhandnimmt», fragt man sich, was da schiefgegangen sei. Man versucht zu verstehen, was eine Eskalation in jene Richtung möglich gemacht haben mag, in der wir Abscheulichkeiten sehen müssen, vor denen wir lieber die Augen verschliessen. Hierbei handelt es sich nicht um einen empirischen Befund («Der Normalzustand ist ohne Verbrechen» [denn er ist es nicht] / «Das Verbrechen ist die Ausnahme» [das muss es nicht sein]), sondern um eine hermeneutische Anweisung: «Verstehe den vom Verbrechen abgegrenzten Zustand als Regel, das Verbrechen als erklärungsbedürftige Ausnahme, und versuche, es aus Funktionsdefiziten des Normalzustandes zu erklären.»

Angesichts unseres Jahrhunderts wird man feststellen, dass man mit dieser hermeneutischen Regel in Schwierigkeiten gerät. Der «totale Krieg», wie er von Ludendorff erst in der Praxis, dann in der Theorie angestrebt, von Ernst Jünger in seiner Phantasie von der «totalen Mobilmachung» herbeigewünscht und im «Kaukasischen Tagebuch» mit Entsetzen erblickt wurde, wie er, nachdem von Hitlers Wehrmacht längst praktiziert, von Goebbels schliesslich ausgerufen worden war, ist darum «total», weil er das Vorhaben, eine Grenze zwischen erlaubt und unerlaubt zu ziehen, aufhebt.

Der Krieg der deutschen Wehrmacht im – pauschal gesprochen – «Osten» ist kein Krieg einer Armee gegen eine andere Armee gewesen, sondern er sollte der Krieg gegen eine Bevölkerung sein, von der ein Teil – die Juden – ausgerottet, der andere dezimiert und versklavt werden sollte. Kriegsverbrechen waren in diesem Kriege nicht Grenzüberschreitungen, die erklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Kriegs selbst. Der Terminus «Kriegsverbrechen» ist aus einer Ordnung entliehen, die von Deutschland ausser Kraft gesetzt worden war, als dieser Krieg begann. Darum heisst diese Ausstellung-und das Buch, auf dem sie beruht-«Vernichtungskrieg». Und nur im Untertitel «Verbrechen der Wehrmacht».

Doch dieser Untertitel macht die Brisanz dieser Ausstellung in diesem Land aus. Warum ist die Wehrmacht der Bevölkerungsteil, dessen Rolle in den Jahren 1933 bis 1945 zu diskutieren nach wie vor so schwierig ist? Warum wurde diese Ausstellung, die zwar die erste ihrer Art ist, aber Material verwendet, das Historikern nicht unbekannt ist, die belegt, was andere zuvor, und manche, wenige, ähnlich entschieden vorgetragen haben, schon vor ihrer Eröffnung in Hamburg im Frühjahr 1995 als derartige Erschütterung eines Selbstbildes wahrgenommen?

Ich denke, es liegt daran, dass man sich angesichts der nationalsozialistischen Vergangenheit mit der Frage herumzuschlagen gewöhnt hatte, wie «ganz normale Menschen» (in der Regel Männer, aber nicht nur) «so was» tun konnten. Man hatte sich auf das Problem konzentriert, wie und wo die Normalität die Grenze zur Barbarei überschreiten konnte. Und man hatte dabei die Frage vermieden, wo und wie die Barbarei zur Normalität, zuweilen zur Norm werden konnte.

Sie ist es aber geworden. Und das zeigt die Ausstellung. Von der Kriegsplanung, die «zig Millionen» Hungertote vorsieht, weshalb man hier nicht von Folgen eines Kriegs, der sich «aus dem Lande» ernähren muss, sprechen kann, sondern vom Hungertod als Kriegsziel, bis zum Verfasser eines Feldpostbriefes, der sich darüber freut, dass man vom Erschiessen zum Totschlagen mit Spaten übergegangen sei.

Es hat die Nürnberger Ärzteprozesse gegeben. Mitscherlich und Mielke sind wegen ihres Berichtes «Medizin ohne Menschlichkeit» geächtet worden – doch nur auf Zeit. Die Rede von den «furchtbaren Juristen» ist akzeptiert. Die Deutsche Bank – noch vor wenigen Jahren war die Veröffentlichung des Berichtes der US-Militärverwaltung über ihre NS-Aktivitäten ein Skandal – öffnet ihre Archive; andere Unternehmen, Daimler-Benz, VW, wären zu nennen. Aber «die Wehrmacht» ist nicht nur eine Institution – obwohl es sie ja gar nicht mehr gibt –, sondern in wesentlich diffuserer Weise als ein Betrieb, eine Standesorganisation, eine Terroreinheit Teil der Bevölkerung. «Verbrechen der Wehrmacht» sind von der Formulierung her potentielle Verbrechen des Jedermann, Verbrecher von jedermanns Mann, Vater, Bruder, Onkel, Grossvater.

Zu zeigen, wie wenig scharf gezogen diese Grenze zwischen Normalität und Verbrechen war, und wie weit verbreitet die freudige und freiwillige Beteiligung am Massenmord – denn die Ahndung der hier und dort vorgekommenen und der in einzelnen Fällen sehr entschiedenen Verweigerung verbrecherischer Befehle hat es ja allenfalls in Ausnahmefällen gegeben –, ist diese Ausstellung da. Sie behauptet nicht, dass jeder Wehrmachtangehörige jene Grenze überschritten habe, die die Haager Landkriegsordnung zog, oder sich in jener Grenzenlosigkeit wohlgeföhlt hat, die das Konzept des totalen Kriegs eröffnete.

Krieg ist ein Gesellschaftszustand, der fort dauert, der hineinwirkt in die Gesellschaft, auch wenn diese nach aussen hin an keiner Front mehr kämpft. Soldaten kommen nach Hause. Im Falle Deutschlands kamen sie auf der Flucht, nach der

Kapitulation, bald – oder erst nach Jahren – aus der Kriegsgefangenschaft. Alle als Geschlagene, viele verwundet, manche als Invaliden, alle mit Erinnerungen. Erinnerungen, die kaum einer hören wollte, und die auf den Umkreis des erweiterten Stammtisches, der Heftchenliteratur, Militarialäden und, immer mal wieder, die eine oder andere Illustriertenserie und wenige Generalsmemoiren beschränkt bleiben mussten – Subkultur mit Konsalik. Versuche, eine Veteranenkultur aufzubauen wie nach dem Ersten Weltkrieg, scheiterten, anders als etwa in Österreich. Es war wie ein Vertrag: Schweigt von euren Heldentaten und wir wollen von euren Verbrechen schweigen. So wurde auch von innerfamiliären Ausnahmen abgesehen von den persönlichen Erinnerungen geschwiegen.

Gestützt wurde dieser stillschweigende Vertrag über das Stillschweigen durch den Umstand, dass der Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht im Hauptkriegsverbrecherprozess in Nürnberg 1946 nicht verurteilt worden sind. Bis heute wird dieser Umstand als Freispruch gehandelt. Tatsächlich führt das Urteil aus: «... dass Einzelprozesse gegen diese Offiziere den hier verfolgten Zweck besser erreichen würden», zudem seien weder der Generalstab noch das OKW eine ‚Gruppe‘ im Sinne der im Artikel 9 des Status gebrauchten Bezeichnungen»-sie seien nichts weiter als «eine Ansammlung von Militärs, eine Anzahl von Personen, die eben gerade in einem gegebenen Zeitpunkt hohe militärische Stellungen einnehmen.» Wer Mitglied einer «Gruppe» oder «Organisation», verbrecherisch oder nicht, werde, müsse beim Eintritt in diese das Bewusstsein gehabt haben, «irgendwo beizutreten». Das sei weder beim OKW noch beim Generalstab der Fall gewesen. Dort sei man eben gewissermassen gelandet. Unabhängig von dieser juristischen Würdigung des *Status einer Gruppe* heisst es weiter: «Obwohl der Gerichtshof der Meinung ist, dass die im Artikel 9 enthaltene Bezeichnung ‚Gruppe‘ etwas mehr bezeichnen muss als diese Sammlung von Offizieren, hat er viele Zeugenaussagen über die Teilnahme dieser Offiziere an der Planung und Führung des Angriffskrieges und an der Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört. Diese Aussagen sind mit Bezug auf viele dieser Offiziere klar und überzeugend. Sie sind in grossem Masse verantwortlich gewesen für die Leiden und Nöte, die über Millionen Männer, Frauen und Kinder gekommen sind. Sie sind der Schandfleck für das ehrenhafte Waffenhandwerk geworden. Ohne ihre militärische Führung wären die Angriffsgelüste Hitlers und seiner Nazi-Kumpanen akademisch und ohne Folgen geblieben. Wenn die Offiziere auch nicht eine Gruppe nach dem Wortlaut des Statuts bilden, so waren sie doch sicher eine rücksichtslose militärische Kaste. (...) Viele dieser Männer haben mit dem Soldateneid des Gehorsams gegenüber militärischen Befehlen ihren Spott getrieben. Wenn es ihrer Verteidigung zweckdienlich ist, so sagen sie, sie hätten gehorchen müssen; hält man ihnen Hitlers brutale Verbrechen vor, deren allgemeine Kenntnis ihnen nachweisbar wurde, so sagen sie, sie hätten Gehorsam verweigert. Die Wahrheit ist, dass sie an all diesen Verbrechen

teilgenommen haben oder in schweigender Zustimmung verharrten, wenn vor ihren Augen grösser angelegte und empörendere Verbrechen begangen wurden, als die Welt je zu sehen das Unglück hatte. (...) Wo es der Sachverhalt rechtfertigt, sollen diese Leute vor Gericht gestellt werden.»

Es hat einige, sehr wenige Prozesse gegeben. Die Rolle der Wehrmacht blieb – nicht, was einen kleinen Kreis von Fachhistorikern, sehr wohl aber was eine weite Öffentlichkeit anging – ein halbes Jahrhundert lang unthematisiert.

Wer diesen Umstand zu Recht moralisch verurteilt, sollte sich übrigens gleichzeitig fragen, ob dieses kollektive Schweigen nur negative Folgen gehabt hat. Tatsachen sind eine unordentlichere Angelegenheit als es die Moral ist. Es kann etwas, das man zu Recht aus moralischen Gründen kritisiert, Folgen haben, die man nachträglich für gut halten kann. Vielleicht war ein öffentliches Schweigen über die Verbrechen der Wehrmacht die einzige Möglichkeit des Gemeinwesens, von der Etablierung eines Feiertages um gewonnene Schlachten des Ostfeldzuges verschont zu bleiben. Aber auch wenn man das Ergebnis akzeptieren mag, rechtfertigt doch dieses Akzeptieren nichts. Es verführt auch dazu, falsch zu verallgemeinern und die zu übersehen, die heute Briefe an das Hamburger Institut für Sozialforschung schreiben und fragen: Warum erst jetzt? Das sind die, die nach 1945 erzählen wollten, was wirklich geschehen war, und auf taube Ohren stiessen. Auf einem der Video-Bänder, die Sie in dieser Ausstellung sehen können, werden Sie die Geschichte des Wehrmachtsphotographen Gerhard Gronefeld hören, für dessen Fotos nach dem Krieg sich kaum einer interessierte, und die erst jetzt die Aufmerksamkeit auf sich ziehen, die sie verdienen.

Aber Sie haben auch die Stimmen der vielen anderen gehört, die sagen, diese Ausstellung verfälsche, verallgemeinere unzulässig – oder auch nur: das möge es da und dort gegeben haben, aber gesehen habe man solches nicht, allenfalls gehört oder nicht einmal das. In dem Film «Jenseits des Krieges» von Ruth Beckermann, in dem Wiener Besucher dieser Ausstellung zu Worte kommen, gibt es einen ehemaligen Soldaten der Ostfront, der sich vor der Kamera mit einem anderen über das, was man gesehen habe oder habe sehen können, streitet. «Alles», sagt dieser Mann, «was hier zu sehen ist, habe ich auch gesehen. Und meine Kameraden haben es auch gesehen. Aber als wir wieder zu Hause waren, da habe ich darüber sprechen wollen, aber es hat geheissen: «Worüber redest du? Dergleichen haben wir nicht gesehen!» Er habe das nicht verstehen können, seine Kameraden hätten doch dasselbe gesehen wie er, er könne das bis heute nicht verstehen und nun erlebe er in dieser Ausstellung dasselbe noch einmal: wieder behaupte einer, von nichts gewusst zu haben.

Natürlich gibt es Lügner, man soll nicht vorschnell psychologisieren. Aber sie sind vielleicht doch nicht ganz so zahlreich, wie man nach Betrachtung der Bilder und Lektüre der Texte in dieser Ausstellung meinen sollte. In der Autobiographie

des Philosophen Paul Feyerabend findet sich folgende Passage: «Dann begann der Rückzug. Unterwegs sprengten wir alle Häuser, die wir fanden. (...) Zivilisten habe ich nur zweimal zu Gesicht bekommen. Einmal sah ich, wie ein riesiger Infanterist etwa zweihundert Meter von mir Zivilisten, Männer und Frauen in einen Keller drängte und dann eine Handgranate hinterherwarf. ‚Warum macht er das?‘, fragte ein Soldat, der neben mir stand. Später erlebte ich, wie ein kleiner, gemein aussehender Kerl einen Zivilisten mit einem Kopfschuss umbrachte. Diese Ereignisse schockierten mich nicht, dafür waren sie viel zu seltsam. Aber ich habe sie behalten, und wenn ich heute daran denke, schaudert es mich.»

«Diese Ereignisse schockierten mich nicht, dafür waren sie viel zu seltsam. Aber ... heute» – Feyerabend schreibt seine Memoiren angesichts des nahen Todes als letztes Lebensresümee – «schaudert es mich».

Da war – auf irgendeiner der Pressekonferenzen zu dieser Ausstellung – vor ein- einhalb Jahren etwa – der ehemalige Soldat, *der seinen* Krieg als eine Idylle schilderte: Diese kleine Stadt in der Ukraine, die Familie, bei der er wohnte. Zwar habe er Kleidung und Pferde requirieren müssen und mit einer Art von Gutscheinen bezahlt, um deren Wertlosigkeit er wusste – doch gegen Plünderungen sei er stets eingeschritten. Dann Front, dann habe er wieder zurückkehren dürfen in die kleine Stadt, und wie herzlich habe die Familie ihn wieder aufgenommen! Zwar habe die Frau viel geweint – der Mann sei inzwischen erschossen worden (vom SD erschossen worden), weil er Jude war –, aber er, der Wehrmachtsoffizier, sei so herzlich aufgenommen worden. Ich will nichts von dem in Zweifel ziehen, was der Mann erzählt. Ich bemerke, dass der Mord an dem Mann, der und dessen Familie ihn beherbergt haben, ihm die Erinnerung an Idylle nicht trübt. Ich höre aus der Art des Vortrags, dass das Material der Ausstellung (das er akzeptiert, nur sagt, *sezTi* Krieg sei anders gewesen) sein Erinnern nicht zu einem Ritt-über-den-Bodensee-Gefühl macht. Und dann setzen eben doch meine Zweifel ein. Was hatte alles geschehen können, sichtbar sein, und ihm sein Gefühl eines schönen Krieges mit idyllischer Etappe nicht zerstören können? Die Tränen einer Frau, die die Gastgeberin für einen Landsmann der Mörder ihres Mannes hatte spielen müssen, hatten die Idylle nicht gestört.

Krieg ist ein Gesellschaftszustand. Er spielt sich aber in allen Schichten der kriegführenden Gesellschaft ab – an der Front, in der Etappe, zu Hause, wo die Feldpostbriefe ankommen, wo die Rüstungsindustrie arbeitet, wo die Bilder des Krieges kursieren. Krieg ist ein Gesellschaftszustand, der fort dauert, der hinein- wirkt in die Gesellschaft, auch wenn diese nach aussen hin an keiner Front mehr kämpft. Krieg formiert und deformiert Gesellschaften. Und wenn ein Krieg die traditionellen Grenzen zwischen erlaubt und unerlaubt derartig radikal ausser Kraft setzt wie dieser Krieg es getan hat, braucht es eine Kraft von aussen, sie wieder zu ziehen und zu garantieren, und es braucht Zeit, bis die internen gesellschaftlichen Regelsysteme, die über diese Grenzen wachen, wieder einigermassen funktionieren.

Neue Normen, Erinnerungen, Schweigen-wie wird ein Selbstbild daraus? «Keiner», sagt der Mann in Ruth Beckermanns Film, «hat nach 1945 zugegeben, etwas gesehen zu haben!» Da ist der Mann der vielen Leserbriefe, der irgendwann in das Hamburger Institut für Sozialforschung kommt und mich sprechen will: Es gehe um die Kinder von Bejala Zerkow. Das waren jüdische Kinder gewesen, deren Eltern vom SD ermordet worden waren, aber es war dunkel geworden über dem Töten, und so hatte man sie eingesperrt ohne Nahrung und Wasser. Die Wehrmacht war in die Stadt eingerückt, man hatte das Weinen der Kinder gehört, man beriet, was zu tun sei. Stabsoffizier Groscurth will das Leben der Kinder retten.

Am Ende aber steht der Befehl General Reichenaus, Aktionen, die einmal begonnen seien, müssten zu Ende geführt werden. Die Kinder werden erschossen. «Nein», sagt der Mann, der in das Institut gekommen ist und der, wie er sagt, in Kürze seinen 80. Geburtstag feiern wird, «das ist nicht wahr. Ich habe die Kinder gerettet.» Er habe sie weinen gehört, Meldung gemacht, mit sechs Soldaten die 2 Bewacher des SD gezwungen, die Kinder freizulassen. Er habe den Bürgermeister von Bejala Zerkow aufgefordert, adoptionswillige Familien zu finden. Sie seien gefunden worden und die Kinder übergeben.

Es wird ein langes Gespräch. Denn es gibt Zeugen, die den Mord an den Kindern gesehen haben. Er kennt einen der Zeugen, einen Geistlichen, der die Truppe begleitet hat («Ein vertrauenswürdiger Mann!»). Und schliesslich: Man hat am Ort des Mordes – Jahrzehnte später–die Überreste der toten Kinder gefunden.

Der Mann bedankt sich für das Gespräch: «Ich gehe informierter weg als ich gekommen bin.» Mehr sagt er nicht. – Später finden wir seine Zeugenaussage in den Akten eines Prozesses über den Mord an den Kindern von Bejala Zerkow aus den 60er Jahren. Seine Aussage: Er habe die Kinder weinen hören und Meldung gemacht. Was aus den Kindern geworden sei, wisse er nicht. – An anderen Orten aber hat es das gegeben: Kinder, die durch einen Zufall am Leben geblieben waren, wurden Familien übergeben. Diese Fälle sind zur Sprache gebracht worden, um zu zeigen, dass auch in den Zonen extremer Barbarei Räume der Entscheidungsfreiheit existierten und genutzt wurden – so oder so.

Unser Besucher hat irgendwann nicht mehr wissen wollen, was er wusste. Seine Erinnerungen passten sich seinen Wünschen an. Er fing an, Briefe zu schreiben und gegen die Legende vom Kindermord in Bejala Zerkow zu streiten. Kurz vor seinem 80. Geburtstag wollte er die Wahrheit hören und kam dorthin, wo er zumindest ahnte, dass dort die Dokumente sein würden, die ihm die eigene Lebenslegende zerstören könnten. Das war es, was er wollte. Am Ende war ihm die Wahrheit wichtiger als das geschönte Bild der eigenen Vergangenheit.

Er hatte die *Erinnerung* an das Weinen der Kinder und das *Wissen* darum, dass es durch den Mord beantwortet worden war, nicht zu einem Bild der eigenen Vergangenheit machen können. Der Wunsch nach einer Revision der Moral des totalen

Kriegs war gross genug, um die Wahrheit zu entstellen, nicht gross genug, um sie zu ertragen. – Nach über einem halben Jahrhundert war das anders geworden. Er konnte die Wahrheit ertragen. Für ihn war der Krieg zu Ende. Nicht für den, der immer wieder die Idylle in der Ukraine beschwört, denn jedesmal, wenn er das tut, muss er es unberührt tun von der Erinnerung an den begangenen Mord und an das Weinen der Frau.

Der Krieg ist vorbei für jenen ehemaligen Soldaten aus Ruth Beckermans Film, der heute noch nicht begreift, wie seine Kameraden leugnen konnten, was sie sahen – hatte er sie doch gesehen, wie sie es sahen.

Für diese und für den, mit dem er in der Ausstellung diskutierte, aber geht der Krieg weiter, denn seine Massstäbe bestimmen noch heute ihr Sensorium. Moral ist unter anderem eine kognitive Fähigkeit. Damals haben sie nicht gesehen, was sich doch vor ihren Augen abspielte, weil es für sie gemäss der Moral des totalen Kriegs kein Verbrechen war. So unterschieden sie es nicht von allem anderen um sie herum. Tote in Schützengräben, Artillerieeinschläge auf Marktplätzen, Zivilisten in Häusern, in die man Handgranaten wirft, erhängte Kinder-Krieg eben.

Nur die Wiedererlangung eines moralischen Differenzierungsvermögens kann in der Erinnerung Ordnung schaffen, und schliesslich – vielleicht auch ohne den Umweg über Idyllen und Selbstlegenden – zur Wahrheit führen, die darin besteht, die Tatsachen zu akzeptieren und sich damit abzufinden.

Krieg ist ein Gesellschaftszustand. Die Ausstellung zeigt den Zustand der deutschen Gesellschaft vor etwas mehr als 50 Jahren. – Die Reaktionen auf die Ausstellung zeigen den Zustand unserer Gesellschaft, die Sektoren, in denen er seine deformierende Kraft eingebüsst hat und die Massstäbe der Zivilisiertheit aus eigener Kraft wieder adjustiert und stabil gehalten werden. – Und die Bereiche, in denen immer noch die Markierungen der Deformation durch die Barbarei kenntlich sind. Die Bereiche, in denen der Krieg fort dauert.

(Rede zur Eröffnung der Wehrmachtausstellung in München am 24. Februar 1997)

Brigadegeneral a.D. Dr. Günther Roth

Präliminarie

Zu den vielfältigen und konträren Kommentaren, die sich mit der Methode und der Art und Weise beschäftigen, wie die Ausstellung aufgebaut ist, und sich damit für oder gegen die Ausstellungsmacher aussprechen, wird hier nicht im Einzelnen Stellung bezogen¹. Dem Tenor der Kritiker, durch die Ausstellung würde *«...eine ganze Generation verunglimpft und ein moralischer Feldzug gegen das deutsche Volk geführt»*, wird die Frage hinzugefügt, inwieweit die Ausstellung dem *«notwendigen Erinnern»* gerecht wird, ob sie Antworten auf die Frage erschliesst, *«wie es dazu kommen konnte»*, und ob es von vorneherein in der Absicht der Verantwortlichen für die Ausstellung lag, mit allen Mitteln die *«Legende von der sauberen Wehrmacht»* zu widerlegen.

Die Verantwortlichen für die Ausstellung weisen daraufhin, dass im Begleitkatalog und auf einer Schautafel festgestellt wird: *«Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten treffen.»* Die Gegenseite kontert mit dem Hinweis, dass es an anderer Stelle heisst, *«dass die Wehrmacht an allen Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war.»*

Diese Behauptung wird vor allen Dingen von den noch lebenden Soldaten der deutschen Wehrmacht bestritten. Aus ihrer Sicht ist es offensichtlich, dass die etwa 18 Millionen in der deutschen Wehrmacht – weitgehend auf Grund der Wehrpflicht – gedient habenden Soldaten pauschal und in toto mit dem verbrecherischen NS-System identifiziert und damit in ihrer persönlichen Ehre gekränkt werden, denn sie wissen, dass sie niemals an einer völkerrechtswidrigen Aktion beteiligt gewesen waren.

Es wird inzwischen von niemandem bestritten, dass auch Soldaten und Truppenteile der Wehrmacht rechtswidrig-verbrecherische Befehle, die sich gegen die Zivilbevölkerung oder gegen die Angehörigen der Roten Armee auf dem Ostkriegsschauplatz und dem Balkan richteten, ausgeführt haben. Es ist aber schliesslich nicht zu bestreiten, dass die deutsche Wehrmacht, wie jede andere Armee eines anderen Staates, ein Mittel der Politik war. Als militärisches Instrument war sie durch den Primat der Politik gezwungen, der Staatsführung zu gehorchen, als diese militärische Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Absichten als unabdingbar notwendig erklärte.

1. Die Überschrift der Ausstellung

1.1 Der apodiktisch-suggestive Titel bezeichnet nicht den angestrebten Erkenntnishorizont; er soll ganz offensichtlich eine noch unbewiesene Intention als feststehende Tatsache suggerieren. Dieses Vorgehen schränkt von vornherein die Wissenschaftlichkeit der Ausstellung ein: Denn die Methodologie einer nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten aufgebauten Darstellung eines historischen Geschehens erfordert, sich jeder Präformation des Ergebnisses zu enthalten.

Eine wissenschaftliche Abhandlung in Form einer dokumentarischen Bild- und Textausstellung muss *«nach einem unendlichen, die Tätigkeit des praktischen Lebens nach einem endlichen Ziel streben»*.²

Wer also in das Gebiet der Wissenschaft eintritt, darf gar keine vorgefasste Intention haben.

Der gewählte Titel der Ausstellung beschreibt nicht eine noch offene wissenschaftliche Frage, sondern beinhaltet bereits das Urteil. Dieses Pauschalurteil hätte vermieden werden können, wenn der Titel gelautet hätte: *«Verbrechen in der deutschen Wehrmacht»*.

1.2 Die Ausstellungsmethodik verstösst eklatant gegen Grundsätze der Wissenschaft, da sie sich weitgehend nicht der Methoden versichert, um eine quellenkritische, reflexiv-vergleichende *Analyse* der Vergangenheit vorzunehmen.

Die Ausstellung kann deshalb ihren *aufklärerischen* Zweck nicht erreichen, weil sie nicht das dialektische Prinzip von These und Antithese anwendet, woraus *«die Kraft zur Synthesis»*³ erst erwächst.

Durch diese Mängel wird nicht zu einem – durch kritische *geistige Auseinandersetzung* – gewonnenen *Urteil* beigetragen, sondern eher pauschal und kollektiv *Schuld* zugewiesen.

2. Der zeitkritische Kontext

2.1 Geschichte – und damit ihre Darstellung wurde als *«die geistige Form bezeichnet, in der sich eine Kultur von ihrer Vergangenheit Rechenschaft gibt»*.⁴ Diese Auffassung bedeutet, das vergangene Geschehen in die damalige Zeit einzuordnen und bei der gegenwärtigen Bewertung keine *«zeitfremden Moralbegriffe einzumischen»*.⁵

Diese elementare Grundauffassung hätte es aber erfordert, die historischen Wirkungskräfte, die konkurrierenden Interessen und unterschiedlichen Weltbilder als *«Weichensteller und Lokomotiven»* menschlichen Handelns *in das jeweils grössere Ganze einzuordnen*.

Die Ausstellung erfüllt diese Forderung in keiner Weise: Die Bildtafeln sind nicht durch entsprechende interdisziplinäre Textpassagen dem Zeitgeschehen zugeordnet. Die Betrachter – vor allem die der nachgeborenen Generationen, die sich nicht in die damalige Zeit und die damals herrschenden Wirkungskräfte hineinversetzen können, werden durch eng aufgestellte, überdimensional hohe Schauwände mit Fotos von Gefangenen, Deportierten, Erschossenen und Gehenkten geradezu gefangengenommen, ja erdrückt. Durch diese schrecklichen Bilder werden zunächst nur *Emotionen* aufgeladen, welche die kritische geistige Auseinandersetzung unmöglich machen.

Erneut bleibt der aufklärerische Effekt auf der Strecke, weil die Fotos vornehmlich den Einzelfall dokumentieren, aber den Zusammenhang nicht erklären. So bleibt dem Betrachter oft auch der Zugang verschlossen, ob es sich beispielsweise um gehenkte Juden handelt, die den rasseideologischen verbrecherischen Fixierungen des NS-Regimes durch die SS zum Opfer fielen, um gefangengenommene und exekutierte Partisanen oder ob es sich um Geiselnahmen handelt, deren Hinrichtung mit den Genfer und Haager Konventionen im Einklang standen.

2.2 Diese Art geschichtlicher Darstellung gibt auch keine Antwort auf die Frage, ob die Aussteller Verbrechen der Wehrmacht oder Wehrmachtangehörige als Verbrecher zeigen wollen.

Solange diese Unterscheidung nicht durch den Betrachter der Fotowände – auch ohne Benutzung des Katalogs – möglich ist und er nicht eindeutig durch die Textbeschreibungen zwischen einem Angehörigen der Wehrmacht und der SS unterscheiden kann, wird sein Urteil einseitig auf die Absicht der Ausstellungsmacher fokussiert, die Wehrmacht als verbrecherische Organisation zu entlarven. Dadurch wird die Ausstellung zu einem Beispiel abzulehnender *Tendenzhistorie*.

3. Vernichtungskrieg und Wehrmacht

3.1 Von der von der seriösen Historiographie als gesichert geltenden Feststellung ausgehend, dass Adolf Hitler den Zweiten Weltkrieg «vom Zaun gebrochen hat» und dass «Hitler-Deutschland» die geschichtliche Verantwortung für diesen trägt, wird dem Besucher weder der Zweck einer Armee als *Mittel* eines jeden Staates noch der für das Militär geltende *Primat der Politik* als eine Grundvoraussetzung der objektiven Beurteilung der Wehrmacht als *Instrument* in den Händen der politischen Leitung aufgezeigt.

Dem Betrachter wird nicht verdeutlicht, dass das hierarchische Prinzip, die «raison d'état» alle Streitkräfte und deren militärische Führung sowie Eidbindung zum Gehorsam verpflichtete – und der Krieg von vielen aus einer überkommenen jahrhundertalten Anschauung als «legitimes Mittel der Politik» betrachtet wurde. Die

Ausstellung genügt nicht einem grundsätzlich anzunehmenden Bildungsziel, wenn verschwiegen wird, dass die Wehrmacht als Institution des Staates dem politischen Willen zu gehorchen hatte – und die überwiegende Mehrzahl aller Soldaten am 1. September 1939 beim Angriff auf Polen und am 22. Juni 1941 bei Beginn des Unternehmens «Barbarossa» nichts von den verbrecherischen, rasseideologischen Zielen der Hitlerschen Programmatik ahnte. Zu diesem Kontext gehört auch, dass die durch den Krieg endgültig vollzogene Revision des Versailler Vertrages von 1919 und der z.T. problematischen Politik der europäischen Siegermächte gegenüber dem Deutschen Reich in den Augen vieler Deutscher als legitim betrachtet worden war. In diese Betrachtungsweise gehört auch, dass – unter Zugrundelegung moralisch-völkerrechtlicher Kriterien der Kriegsführung – die Aufgabe jeder Armee darin besteht, den Gegner niederzuwerfen, wehrlos zu machen und seine «Streitkräfte zu vernichten».

Zu den notwendigen Differenzierungen hätte gehört, eindeutig zwischen den von der Politik der Wehrmacht gestellten strategisch-operativen Aufgaben und den Befehlen zu unterscheiden, die im Sinne des Natur- und Völkerrechtes Verbrechen darstellten. Auch hier muss der Betrachter in der Lage sein, zwischen Wehrmichtsangehörigen und der SS und anderen NS-Gruppierungen klar zu unterscheiden und die für die Befehle verantwortlichen Kommandobehörden identifizieren zu können.

3.2 Wenn auch davon auszugehen ist, dass jeder damals erwachsene Deutsche und jeder Wehrmichtsangehörige in einer gewissen Weise mitverantwortlich ist für das, was damals geschah, weil das deutsche Volk, wie jedes Volk, für seine Geschichte Verantwortung trägt, so muss zwischen den Mitwissern, Mittätern, Mitläufern, «feigen Zuschauern und eifrigen Komplizen» und denen unterschieden werden, die in der Überzeugung oder dem Glauben, ihre Pflicht für das Vaterland tun zu müssen, handelten und sich keiner Verbrechen schuldig machten.

Die Ausstellung dämonisiert. Erinnern heisst aber, Verständnis zu suchen. Denn die totalitären Systeme haben *moralische Entscheidungen derartig schwermacht*, dass durchschnittliche Kraft für die Durchsetzung einer «höheren sittlichen Norm» nicht ausreichte.

Solange die Problematik des inneren Totalitarismus im Dritten Reich und damit die Methoden der Gestapo und mithin die immensen Gefahren für Leib und Leben derer, die Widerstand leisteten oder hätten leisten sollen, nicht umfassend dargelegt werden, verfehlt die Ausstellung ihren pädagogischen Sinn, vor allem zum *Verstehen* der Vergangenheit und den damaligen Verstrickungen beizutragen. Das bedeutet aber nicht, alles Geschehene unkritisch zu verzeihen. Persönliche Schuld bleibt Schuld.

Für die hohen Befehlshaber der Wehrmacht, die von Hitler über seine nicht nur machtpolitischen sondern auch ideologischen Ziele in verschiedenen Ansprachen nicht im Unklaren gelassen worden waren,⁶ kann – mit Blick auf das, was in ihrem

Befehlsbereich durch die Einsatzgruppen der SS geschah – nicht die Entschuldigung gelten, dass die Verbrechen durch die SS, also nicht durch die Wehrmacht, durchgeführt wurden. Die moralische Schuld kann nicht durch eine Einstellung gemindert werden, bei dem Hinweis auf völkerrechtswidrige Exekutionen mit der Entscheidung zu reagieren: «Ziehen Sie die Vorhänge zu».⁷

Die Macher der Ausstellung hätten sich ein Verdienst erwerben können, hätten sie das Phänomen problematisiert, wie es dazu kommen konnte, dass das soldatische Ethos eines Ernst Moritz Arndt⁸ seine formative Kraft auf Teile des hohen Militärs eingebüsst hatte und noch Gehorsam geleistet wurde, als das verbrecherische Tun Hitlers und seiner Vasallen klar ersichtlich und zudem der Krieg längst verloren war, aber über allem das Damoklesschwert der «bedingungslosen Kapitulation»⁹ der Alliierten schwebte.

4. Der Primat der Politik: Hitler als «Führer» und Reichskanzler des Deutschen Reiches und als der Oberbefehlshaber der Wehrmacht (1938) und des Heeres (1941)

Es ist ein Phänomen ganz besonderer Art, dass das hohe deutsche Militär Hitler noch Gefolgschaft und Gehorsam leistete, als es längst keine Sieg- und Remischance mehr gab, Hitler sich als operativer Dilettant und gleichzeitig als ein «Staatsmann und Feldherr» erwiesen hatte, für den die überkommenen abendländischen Rechtsnormen keine Gültigkeit hatten.

Noch im Ersten Weltkrieg hatten der Generaloberst Ludendorff und der Feldmarschall von Hindenburg der Politik den Primat – verfassungswidrig – streitig gemacht. Unter Hitler vollzieht sich eine völlige Umkehrung. Es entsteht die «historisch einzigartige Situation, dass es die Soldaten sind, die sich gegen den blinden Militarismus der zivilen Staatsführung zu wehren haben».¹⁰

Es wäre eine wichtige Aufgabe des Begleitkatalogs gewesen, dieser Frage, aber auch der grundsätzlichen Problematik nachzugehen, dass Adolf Hitler sowohl die zivile Staatsgewalt als auch den militärischen Oberbefehl innehatte und sich zudem auf eine eigene NS-Gewaltorganisation der SS, Gestapo und NS-Polizeigruppierungen abstützte.

Wenn auch inzwischen deutlich zutage getreten ist, dass grosse Teile der hohen Generalität nicht die innere Substanz aufbrachten, das totalitäre und menschenverachtende Regime Hitlers zu beenden, so erfordert eine faire Geschichtsbetrachtung, wenigstens das Dilemma anzureissen, in der sich das deutsche Militär auf Grund eines über Jahrhunderte geprägten Verhältnisses zum deutschen Obrigkeitsstaat entwickelt hatte. Der «Tyannenmord» lag für die meisten ausserhalb ihres soldatischen Ethos, obwohl er in der damaligen Ausnahmesituation als ultima ratio letztlich ge-

boten war. Von dieser Problematik hätte der differenzierende Bogen zu den übrigen Offizieren und Soldaten geschlagen werden müssen, die keine Alternative zu dem Gehorsamsprinzip hatten.

Die Wehrmachtsangehörigen, die zu Exekutionen befohlen worden sind, hatten oft gar nicht die Möglichkeit, zwischen Unrecht und Recht von Erschiessung oder Deportation zu unterscheiden.

Von den Ausstellungsmachern wäre zu verlangen gewesen, unmissverständlich auf die Konsequenzen einer Befehlsverweigerung hinzuweisen. Sie hiessen Tod, Verfolgung und Sippenhaft für die Angehörigen im Konzentrationslager.

In diesem Zusammenhang wird der Widerstand der Offiziere um Generaloberst Ludwig Beck, Generalmajor Henning von Tresckow und Oberst Freiherr von Stauffenberg ebenso wenig in seiner Tiefe und Bedeutung gewürdigt wie die weitreichenden Gehorsamsverweigerungen von Generalen des Heeres und der Waffen-SS.¹¹

Den Ausstellungsmachern gelingt es, tiefe Betroffenheit und Erschütterung bei einer grossen Zahl der Besucher zu erzeugen und die Wehrmacht in ihrer Gesamtheit kollektiv des Verbrechens schuldig zu sprechen. Das müssen die Millionen von Soldaten, die nzcÄZ an völkerrechtswidrigen Handlungen beteiligt waren, als *Diffamierung und Ehrabschneidung* empfinden.

Die Ausstellung trägt daher nur begrenzt zum *Verstehen* unserer Geschichte und zu einem *objektiven* Urteil bei. Sie sät vielmehr zwischen den Generationen Argwohn und Unversöhnlichkeit.

Als Häme besonders impertinenter Art müssen die ehemaligen Soldaten die Anordnung der Ausstellung, die die Wehrmacht als «verbrecherische Organisation» darzustellen sucht, in der Form des Eisernen Kreuzes empfinden.

¹ Hier werden auszugsweise Autoren und Leserzuschriften aufgeführt, die sich für oder gegen die Ausstellung aussprechen:

Günther Gillissen, Zeugnisse eines vagabundierenden Schuldempfindens. Wenig Wissenschaft, viel Collage und Pamphlet, in: FAZ – Feuilleton – vom 6. Februar 1996, S. 33

Gerhard Kaiser, Aufklärung oder Denunziation? In: Rheinischer Merkur, Mai 1996 Raul Hilberg, Feige Zuschauer, eifrige Komplizen. Die Wehrmacht und der Holocaust, in: Die Zeit – Themen der Zeit – vom 3. Mai 1996, S. 44

Leserzuschriften in der Badischen Zeitung zur Ausstellung «Vernichtungskrieg...», die in Freiburg/Marienbad Anfang Februar 1996 gezeigt wurde und heftige Reaktionen auslöste. Christian Uhde, Notwendiges Erinnern, in: Süddeutsche Zeitung-Feuilleton – vom 24. Februar 1997, S. 11

² Peter Paret, Clausewitz und der Staat. Der Mensch, seine Theorien und seine Zeit. Bonn 1993, S. 205

Carl von Clausewitz, «Historisch-politische Aufzeichnungen», Politische Schriften und Briefe, S. 53

⁴ Johann Huizinga, zit. in: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. von Karl-Dietrich Bracher, Stuttgart/Wiesbaden 1981 bis 1985, Bd. 1, S. 7

- ⁵ Gerhard Ritter, *Geschichte als Bildungsmacht*, Stuttgart 1947, S. 12
Hitler hat die militärische Führung u.a. über seine Kriegszielpolitik persönlich orientiert am 3. Februar 1933, am 5. November 1937 (Hossbach-Protokoll), am 23. Mai, 22. August und 23. November 1939 und schliesslich in seiner Geheimrede im März 1941 vor rund 250 in der Reichskanzlei versammelten hohen Offizieren, in der er den neuen Charakter des Vernichtungskrieges unmissverständlich schilderte.
- ⁶ Sebastian Haffner/Wolfgang Venohr, *Preussische Profile*. Königstein/Ts. 1980, S. 11
- ⁷ Gustav-Adolf Caspar, *Tradition in deutschen Streitkräften bis 1945*. Herford und Bonn 1986, Beitrag: Hans-Martin Ottmer: «Das preussische Heer in den Freiheitskriegen», S. 121 ff Ernst Moritz Arndt schreibt in seinem «Soldatenkatechismus»: «*Sie meinen, wenn Sie zur Fahne eines Königs geschworen haben, müssen Sie blind alles tun, was er Ihnen gebietet; Sie achten sich also nicht als Menschen, die einen freien Willen erhalten haben, sondern als dumme Tiere, die sich treiben lassen. Nimmer gehorchen, was nicht Gottes Gebote, Gott in unser Gewissen gepflanzt hat.*»
- ⁹ Horst Boog, *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 6, Stuttgart 1990, *Der globale Krieg*, Beitrag: Horst Boog: «Die Anti-Hitler-Koalition», S. 74 ff
- ¹⁰ Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, 4. Band: *Die Herrschaft des deutschen Militarismus und die Katastrophe von 1918*, München 1968, Vorwort, S. 7 f
- ¹¹ Horst Boog *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*, Bd. 4, *Der Angriff auf die Sowjetunion*, Stuttgart 1983, Beitrag: Ernst Klink, *Der Krieg gegen die Sowjetunion bis zur Jahreswende 1941/42*, S. 600 ff. und Wolfgang Venohr, *Leserzuschrift*, «Weithin Unbekanntes von SS-Generälen» in: FAZ vom 28. August 1996

Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer

1. Die öffentlichen Kontroversen um die «Wehrmachtausstellung» und mehr noch um das Buch von Daniel Goldhagen haben wieder einmal verdeutlicht, wie gross die Diskrepanz zwischen Methoden und Ergebnissen der Geschichtswissenschaft und dem öffentlichen Geschichtsbewusstsein ist, das in der Regel zu einfachen Antworten und einem affektiven Umgang mit Geschichte neigt und die Ergebnisse der Geschichtswissenschaft, selbst wenn diese sich um eine stärker narrative Vermittlung bemüht, kaum zur Kenntnis nimmt.

2. In einer solchen Situation hat eine historische Ausstellung eine besondere Chance und Verpflichtung. Sie kann den Zugang zur Geschichte in ihrer Ereignishaftigkeit und Konkretion auf eine sehr viel eindringlichere Weise vermitteln als das Buch, aber sie steht immer vor dem Dilemma, dass sie fast immer nur Bilder der Geschichte vermitteln kann, nicht aber Einsichten in die Prozesshaftigkeit und Vielschichtigkeit von Geschichte und in soziale wie politische Strukturen und Interdependenzen von Gesellschaften und Staaten. Diese strukturellen Probleme und Mängel des Mediums Ausstellung können zu einer Verzerrung der Darstellung führen und tragen dazu bei, den selbstgewählten Auftrag der historisch-politischen Aufklärung, der die Differenzierung wesenhaft ist, zu verfehlen. Diese simplifizierende Wirkung einer Ausstellung wird zusätzlich verstärkt, wenn sie von vornherein mit pauschalisierenden Aussagen auf eine suggestive Weise verbunden wird.

Dieser Vorwurf ist der «Wehrmachtausstellung» bereits vielfach gemacht worden und dies mit guten Gründen. Sie präsentiert Einzelaktionen, deren Faktizität nicht zu bestreiten ist, in ihrer Grausamkeit und unterstellt, diese stünden für die ganze Wehrmacht. Dabei wird das quantitative Ausmass der Mitwirkung von Wehrmachteinheiten bei den ideologischen Massenverbrechen vermutlich nie zu eruieren sein. Entscheidend ist, dass in einer Ausstellung vor allem die Bilder die Botschaft vermitteln. Die zahlreichen «Erinnerungsfotos», die in der Ausstellung gezeigt werden, belegen Einzelaktionen, erhalten aber durch ihre schockierende Wirkung und durch ihre vermeintliche Objektivität, die jedoch erst quellenkritisch zu untersuchen und zu belegen wäre, eine Verselbständigung und Wucht der Aussage, die dem historischen Erklären entgegenwirkt. Hinzu kommt, dass das bloss Nebeneinanderstellen von Einzelaktionen den Entwicklungs- und Zeitfaktor übergeht, der für die Erklärung der Verstrickung in die Massenverbrechen aber wichtig ist.

3. Durch eine solche Darstellungstechnik verzichtet die Ausstellung auf eine Erörterung der schwierigen Frage, wie «ganz normale Männer» (Browning) zu Helfern

und Tätern im Vernichtungskrieg werden konnten; sie verzichtet damit auf eine exemplarische Erörterung der Art und Weise bzw. der Etappen, in denen sich Mentalitäten bzw. ideologische Grundentscheidungen und Befehle in politisch-militärisches Handeln umsetzen. Damit verzichtet die Ausstellung auf die Chance, subjektive Erinnerung (und auch Erinnerungsblockaden) in einen Dialog mit allgemeinen Aussagen und Erklärungen zu bringen und damit jenen Weg einzuschlagen, der zu einer «behutsamen Differenzierung zwischen dem Verstehen und Verurteilen einer schockierenden Vergangenheit» (Habermas) führt und der auch einen Dialog der Generationen über diese bedrängende Vergangenheit ermöglicht, die nicht vergehen will. Denn auch für die Wehrmacht als gesellschaftliche Grossgruppe gilt wie für andere Gruppen auch, dass es in ihr die ganze Vielfalt von Verhaltensmustern von Brutalität über Gleichgültigkeit bis zu Menschlichkeit und Ritterlichkeit gegeben hat, dass die Haltung der Soldaten und die Rolle der Wehrmacht in der NS-Zeit auf keine einfache Formel zu bringen sind, weder als pauschale Entlastung noch als generelle Verurteilung.

4. Die Ausstellung und der Begleitband behaupten, dass sie über die lange Zeit kontrovers diskutierten, in der Geschichtswissenschaft jedoch relativ einhellig akzeptierten Ergebnisse der Geschichtsforschung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes hinausgingen und im Sinne einer noch zu schreibenden Gesellschaftsgeschichte des Krieges eine Mentalität auch der Mannschaftsgrade der Wehrmacht nachweisen könne, die derjenigen der SS durchaus entspräche. Für eine derartige Behauptung, die wiederum das Gebot der Differenzierung missachtet, fehlen jedoch hinreichende massenhafte empirische Belege, und vor allem verlangt auch eine Mentalitätsgeschichte die Beachtung des prozesshaften Charakters von Wahrnehmungen und Einstellungen.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 1

Wolfgang Eichwede: Verantwortung und Geschichte. Einleitende Überlegungen

Wart' auf mich, ich komm' zurück,
aber warte sehr.

Warte, wenn der Regen fällt,
grau und trüb und schwer.

Warte, wenn der Schneesturm tobt,
wenn der Sommer glüht.

Warte, wenn die andern längst,
längst des Wartens müd.

Warte, wenn vom fernen Ort
dich kein Brief erreicht.

Warte – bis auf Erden nichts
deinem Warten gleicht.

Wart' auf mich, ich komm' zurück,
ja, zum Trotz dem Tod,
der mich hundert-, tausendfach
Tag und Nacht bedroht.

Für die Freiheit meines Lands,
rings umdröhnt, umblitzt,
kämpfend fühl' ich, wie im Kampf
mich dein Warten schützt.

Was am Leben mich erhält,
weisst nur du und ich:

Dass du, so wie niemand sonst,
warten kannst auf mich.

Die Angehörigen von siebenundzwanzig bis achtundzwanzig Millionen Menschen in der Sowjetunion warteten umsonst. Auf deutscher Seite waren es dreieinhalb oder vier Millionen Soldaten, die nicht zurückkamen. Das sind Dimensionen des Todes, die nicht verarbeitet werden können. An sie richten sich unsere Fragen. Konstantin Simonows Gedicht, schon 1941 geschrieben, wurde zu einer Volksweise in Russland. Niemand vermag zu zählen, wieviele Male die Zeilen verzweifelt geflüstert und sehnsüchtig erlebt, gebetet – und geweint wurden.

Ausstellungen und Diskussionen wie diese tun weh und müssen weh tun. Wie können sie nicht weh tun, da sie doch an so viel Schmerz erinnern? Wie können sie nicht Wunden aufbrechen lassen, da sie doch so schreckliche Wunden dokumentieren? Heute sind es Photographien, die verletzen, damals waren es Taten. Die Geschichte eines Landes, das so viel Leid über andere und über sich selbst gebracht hat, wird immer auch mit Leidenschaft aufgearbeitet werden. Je enger ich mich ihr verbunden fühle, um so tiefer wird meine Erschütterung, um so grösser meine Trauer sein.

Fünfzig Jahre nach dem Ersten Weltkrieg provozierte Fritz Fischers Buch «Griff nach der Weltmacht» unser historisches Gedächtnis. Fünfzig Jahre nach der Ermordung anderer Völker stehen wir abermals in einer öffentlichen Kontroverse, die uns zu begreifen zwingt, dass es nicht wenige waren, die die Verbrechen organisierten. Offenbar bedarf es eines halben Jahrhunderts und zweier Generationen, um sich von Legenden zu trennen und der Gewalt der eigenen Geschichte in ihren ganzen Dimensionen zu stellen.

Zwei Fragen sind es, die mich hierbei umtreiben. Ihre Aufgabe ist nicht, abzurechnen, wohl aber, den historischen und moralischen Ort unseres Disputs anzudeuten.

Da ist zunächst und vor allem die Frage nach den Opfern. Nach denen, die ermordet, gedemütigt und gepeinigt wurden. Nach den Opfern in den Ländern, die von uns – ich sage jetzt nicht von der Wehrmacht allein –, sondern von meinem Land angegriffen worden sind. Die Opfer in Deutschland vergesse ich nicht. Vor ihnen allen muss die Diskussion, die wir hier und heute führen, bestehen können. Ich kenne eine der ganz wenigen Frauen, nun in hohem Alter, die Babi Jar überlebt hat. Dort wurden am 29. und 30. September 1941 die Kiewer Juden erschossen – dreissigtausend – und in die Schlucht gestürzt. Rahil, dem kleinen Mädchen, gelang es, sich unter den Leichenbergen ihrer Eltern und Geschwister zu verstecken und dann hervorzukriechen. Bei unserer ersten Begegnung 1981 fragte sie mich mit leiser, bebender Stimme: «Wer hat das von euch gemacht? Wer war verantwortlich, wer hat geschossen und das Schiessen ermöglicht? Wir müssen das wissen, um mit euch leben zu können, aber ihr selbst müsst das wissen, um überhaupt leben zu können.» Die Wehrmacht hat in Babi Jar den Mordkommandos Amtshilfe geleistet. Über unserer Diskussion liegen die Worte der greisen Jüdin wie ein Vermächtnis. Wir werden uns von ihnen nicht lösen können.

Und die zweite Frage ist die Frage an mich selbst. Ich bin 1942 geboren. Was hätte ich getan, hätte ich in der Generation meiner Eltern gelebt? Hätte ich getan, was ich mir wünsche, getan zu haben? Hätte ich aus den Normen der Unmenschlichkeit ausbrechen können? Hätte ich die Kraft gehabt, den Weg jener zu gehen, denen heute, ohne Gefahr für mich und im Schutze des Rechtes, meine höchste Achtung gehört? Wer ist so vermessen, darauf für die eigene Person eine von Zweifeln freie, sichere Antwort zu geben? Ich scheue mich nicht einzugestehen, dass

mich diese Frage zutiefst beunruhigt, ja verfolgt und auch daran hindert, pauschal über eine ganze Generation zu urteilen, ohne bange in mich hineinzuhorchen. Um jedoch in den Dilemmata nicht einfach hängen zu bleiben, sondern – im Gegenteil – mich meiner selbst und uns unserer Massstäbe von Humanität zu vergewissern, haben wir keine Alternative, als aufzuklären ohne jedes Tabu und zu lernen um jeden Preis. Wenn wir uns darauf verständigen können und kein anderes Kriterium als das der unbedingten Wahrheitssuche anerkennen, dann hat die Kontroverse, die vor uns liegt, ihren Sinn. Was vor dem Holocaust in Deutschland geschah, muss danach befragt werden, was ihn möglich gemacht hat. Und was immer nach ihm geschieht, wird daran gemessen werden, ob wir bereit sind, uns diesem Verbrechen der eigenen Nation zu stellen und sie, das heisst: uns zu ändern. Wobei ich mit keinem Wort den Eindruck aufkommen lassen möchte, als seien wir Deutsche unter der Last der Schuld gleichsam Opfer. Wir waren in einer unüberschaubaren Zahl Täter – oder haben doch Täter ermöglicht und geduldet.

In seinem grossen Buch «Die Dialektik der Ordnung» widerspricht der britisch-polnische Soziologe Zygmunt Bauman der gängigen These, dass die Mordmaschinerie des Nationalsozialismus vormodernen, ungezügelten Vernichtungstrieben entsprungen sei. Vielmehr müsse in dem Holocaust ein «legitimer Bewohner im Haus der Moderne» vermutet werden. Erst das uneingeschränkte Diktat von Sachrationalität, erst ihre eisigen Zwänge haben eine Zivilisation hervorgebracht, die sich bis auf den Grund enthumanisieren konnte. So sei eine «Gesellschaftsform» ohne moralisches Gerüst entstanden, nicht «in der Lage..., den Holocaust zu verhindern». Wenn aber Auschwitz eine der abgründigen Möglichkeiten der Moderne überhaupt ist, wenn, wie der Brite sagt, «jeder von uns es tun könnte», dann stellt sich die Frage nach Deutschland in nochmals schärferer Form: Warum haben wir getan, was andere Völker auch hätten tun können, aber eben nicht getan haben? Warum wurde nur in unserer Lande zur schrecklichen Realität, was (nach Bauman) überall hätte möglich sein können? Warum haben gerade bei uns jene «Sicherungen» versagt, die anderen Nationen in diesem Jahrhundert erlaubt haben, Zivilität zu bewahren oder gar zu fördern? Die Frage greift weit über die Wehrmacht hinaus, um sie in die Verantwortung der deutschen Geschichte insgesamt einzufügen.

Herr Jacobsen hat viele Gründe genannt und in ihre Zusammenhänge gebracht. Mit der Überhöhung und schliesslich Verabsolutierung der eigenen Nation ging ihre «Biologisierung» einher. Die Menschenrechte wurden durch den schrecklichen Ruf nach rassistischer Hygiene und «Reinheit» des Volkes ausser Landes gejagt. Im Namen einer «natürlichen Auslese» (welch ein Irrsinn!) werden das Blut zum Kriterium der Nation, die Gewalt zur Norm und der Krieg zum Ziel. Völkisch definiert lud sich die Werteskala des nationalsozialistischen Deutschland pseudobiologisch auf, um sich in ihrer Entmenschlichung einen quasi objektivierten Anstrich zu geben. Viele unserer damals jungen Eltern erinnern bis heute positiv das Gemeinschaftsgefühl

«nach innen». Indem sie aber die Ausgrenzung und Diskriminierung der «anderen» hinnahmen, akzeptierten oder gar selbst betrieben, loschen sie in sich die Verantwortung dafür aus, deren Tötung als Verbrechen zu begreifen. Die Nation wurde zur Hülle für «moralische Indifferenz» und mordende Kälte. In der verheerenden Logik von Krieg und Terror fehlte es nicht an Rationalisierungen, warum man mitmachte oder sich nicht entziehen konnte, warum man hinschaute, aber nicht aufschrie, warum man wegschaute, wissend warum, aber sich doch nicht erinnert. Nach den Worten Helmuth von Moltkes hatten allzuvielen Deutsche «das Bild des Menschen» in ihren «Herzen» verloren.

In der Totalität des Krieges aber lag noch eine andere, unabdingbare Dialektik: die Totalität der Niederlage. Nur in der unwiderruflichen Zerschlagung konnte das höllische System, das auf die todbringenden Wahnvorstellungen kriegerischer Selektion und biologischer Überlegenheit gesetzt hatte, in seinem Wesenskern getroffen werden. Jedes Ende der faschistischen Herrschaft ohne ihre bedingungslose Zertrümmerung hätte für das Deutschland danach zur schweren Hypothek werden können. Der Weg von jenen, die noch 1943 dem totalen Krieg zugejubelt hatten, bis zu den Menschenschatten «draussen vor der Tür», von den BdM-»Mädels» zu den Trümmerfrauen konnte nicht anders als durch Abgründe führen. Hatte das Land nach 1945 überhaupt eine Chance, an seiner Befreiung zu arbeiten, dann nur aus der totalen Niederlage heraus, nachdem der Widerstand aus eigener Kraft zu schwach geblieben war.

Die Bundesrepublik hat diese Chance, wie ich glaube, genutzt. Wir-die Deutschen – haben uns gewandelt. Und das nicht nur, weil wir heute die Kinder und Enkel der damals handelnden Generation sind. Vielmehr hat die Geschichte der Bundesrepublik die nationalen Muster Deutschlands in oft sehr widerspruchsvollen, auch stockenden, aber immer wieder lernenden Entwicklungsschritten gründlich umgeschrieben. Während wir uns nach innen pluralisiert haben, gelang die Öffnung nach Europa. Dabei leistete jene Generation, die im Kriege war, ihn mitgetragen hat und in ihm, wie Herr Jacobsen bekannte, vielfach schuldig geworden ist, eine bis heute fortwirkende Aufbauarbeit. Soldat Hitlers und, mit Hilfe der Alliierten, Begründer der Nachkriegsdemokratie: das sind bizarre Kontrapunktionen, die auf tiefe Brüche in ungezählten Biographien, auf Verdrängungen und Lernprozesse verweisen. Auch die Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik hat ihre Defizite und kennt ihre Irrungen. Gesellschaften verändern sich nicht auf einmal, sie lernen (wenn sie lernen) in Schüben und selten in gerader Linie. Was lange Zeit verschwiegen worden ist, holt uns heute ein. Haben wir erst jetzt die Kraft zur vollen Wahrheit? Haben wir sie überhaupt?

Die Diskussion, die wir zu führen haben, reicht in die Tiefen unserer Geschichte und vieler Einzelner von uns. Sie ist aber auch ein Seismograph dafür, wie solide das ist, was in den vergangenen Jahrzehnten an Achtung vor menschlichen Schicksalen

aufgebaut worden ist. Wenn wir uns nicht der Verantwortung für das, was im Kriege geschehen ist, stellen, wenn wir aufhören würden, so unbestechlich und ernsthaft, wie wir nur können, uns selbst zu befragen und die Wege in den Holocaust zu ergründen, dann würden wir die Republik beschädigen, auf die wir uns alle berufen. Lassen Sie mich mit einer persönlichen Bemerkung schliessen: Niemand darf andere vorverurteilen. Aber die Opfer haben das Recht zu wissen. Und wir die Pflicht. Schweigen wäre ein abermaliges tot-schweigen. Leitlinie unserer Diskussion kann für mich nicht die «Ehre der Soldaten» sein. Leitlinie ist einzig und allein die Würde der Opfer. Die «Ehre von Soldaten» definiert sich in der Würde der Opfer.

Nach Henning Scherf und Hans-Adolf Jacobsen hat damit auch der dritte im Bunde einen Ton angeschlagen, der die Fachtagung wesentlich bestimmt. Diese Tonlage ermöglicht leidenschaftliche Stellungnahmen, aber erkennbar ist ganz überwiegend ein verbendes Bemühen, die unteilbare Geschichte gemeinsam anzunehmen, was ja nicht ausschliesst, dass man miteinander und häufig genug mit sich selbst ringt.

Nachfolgend werden die einführenden Statements von Jan Philipp Reemtsma und Günther Gillessen dokumentiert, weil sie von grundlegender Bedeutung für die anschließende Diskussion sind.

Statement Jan Philipp Reemtsma

Ich werde zunächst einmal, und darum bin ich hier ursprünglich gebeten worden, den theoretischen Zusammenhang beschreiben, in dem diese Ausstellung in den Arbeiten des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das ich leite, steht. Denn eine Institution wie das Institut für Sozialforschung ist normalerweise keine Einrichtung, die Ausstellungen macht und auf die Reise schickt, sondern in einem solchen Institut werden Forschungsberichte erstellt und veröffentlicht. Und so ruht diese Ausstellung ja auf einem von Hannes Heer herausgegebenen Band «Vernichtungskrieg». Das ist das eigentliche Arbeitsergebnis des Instituts, und auf diesem Buch ruht dann die Ausstellung als publikumswirksame – wie sich gezeigt hat – Aussenseite dieser Forschung. Wir haben die Ausstellung 1995 eröffnet, und wir haben dieses Datum '95 als ein Doppeldatum begriffen. 50 Jahre nach '45 und fünf Jahre vor Ende des Jahrhunderts. Wir stehen am Ende eines Jahrhunderts und blicken darauf zurück, und wir tun es in signifikant anderer Weise, als es jemand getan hätte am Ende des 19. Jahrhunderts. Wenn einer am Ende des 19. Jahrhunderts zurückblickte, der hätte sich vielleicht mit einem anderen, der das auch tut, gestritten um allerlei politische Bewertungen der napoleonischen Zeit, des Kolonialismus und ähnliches. Aber er hätte kaum etwas gesagt wie, dass er im Grunde dieses Jahrhundert nicht verstehe. Rückblicke auf unser Jahrhundert aber sind sehr häufig von diesem Gestus getragen, dem Gestus des Rätsels und des Unverständnisses, was in

diesem Jahrhundert geschehen ist, wie es geschehen konnte. Denn dieses Jahrhundert ist neben allem, was es auch gewesen ist-Jahrhundert der Migration, Jahrhundert des technischen Fortschritts usw. –, ein Jahrhundert ungeheurer Destruktivität gewesen. Wir stehen am Ende dieses Jahrhunderts und müssen feststellen, dass mit einem Selbstbild, was unsere Moderne geprägt hat, etwas geschehen ist. Wenn ich sagen würde, es ist erschüttert worden, wäre das zuwenig, wenn ich sagen würde, es ist zerstört worden, wäre das sicher falsch, weil wir an den moralischen Werten dieses Selbstbildnisses ja festhalten wollen. Gleichzeitig ist soviel geschehen, dass man im Grunde meinen sollte, es müsste zerstört worden sein. Das macht unsere Ratlosigkeit aus.

Welches Bild ist das? Es ist sehr grob und einfach gesprochen die Vorstellung, dass Gewalt – ich spreche nicht nur von kriegerischer Gewalt, aber auch – an sich selbst ein Problem ist. Dieses war vor Beginn der Moderne nicht der Fall. Da war ein Problem, gegen wen man Gewalt ausübt, wann man das tut, wie man das tut. Aber dass Gewalt an sich ein Problem ist, ist eine moderne Sichtweise. Dass macht unsere Probleme etwa mit der Lektüre Machiavellis aus. Ich spare ihnen aus Zeitgründen einen literaturgeschichtlichen Diskurs, wie sich dieses Bild der Moderne nuanciert und verfestigt hat. Das können Sie sehr gut an den Stücken Shakespeares ablesen und analysieren. Shakespeare steht mit einem Bein noch in der Renaissance und mit dem anderen in unserer Zeit.

Geboren wird unser Selbstbild in den Krisen des 17. Jahrhunderts, für Mitteleuropa vor allen Dingen des Dreissigjährigen Krieges. Am Ende steht Thomas Hobbes, der Begründer der modernen politischen Philosophie, und an ihm können Sie sehen, dass das ganze politische Denken um die Frage der Gewalt und der Gewaltein-dämmung kreist. Welche Form nimmt diese Idee von Gewalt als Problem an? Die Form der Vorstellung, Gewalt lasse sich oder müsse sich auf Zonen begrenzen lassen: im Krieg, auf das Schlachtfeld. Friedrich der Grosse sagt: «Das Volk soll vom Krieg nichts merken.» Nun gut, natürlich merkt es etwas von Requirierungen, natürlich merkt es etwas von Rekrutierungen. Aber die Abgrenzung ist klar. Der Krieg soll einen Ort haben und nicht die ganze Gesellschaft und die ganze Bevölkerung überziehen, «verheeren». Das gilt auch für andere Sektoren der Gewalt. Innenpolitische Gewalt etwa soll auf den Strafvollzug beschränkt bleiben, im Strafvollzug eingeschränkt. Es gibt eine zeitliche Dimension. Man beginnt zu sprechen vom «finsternen Mittelalter» wenn man Zeiten meint, die noch ganz kurz zurücklagen und mit dem Mittelalter gar nichts zu tun hatten. Man richtet eine zeitliche Schranke auf gegen die Grausamkeiten der Vergangenheit und gewöhnt sich an, von Gewalt zu sprechen, als etwas, was *noch* da ist, aber überwunden wird. Es beginnt dort die Redeweise, Gewalt immer damit zu verbinden mit diesem einschränkenden Vokabularien des «Noch», des «Leider Unumgänglichen», das nicht vermieden werden konnte oder gerade noch vermieden werden konnte. Diese Sprechweise ist für unse-

re Moderne typisch. Und es gibt eine damit verbundene Praxis. Die Zeit der aus dem Lande lebenden Söldnerheere wird abgelöst durch die Zeit der Kabinettskriege. Im zivilen Bereich wurde die Todesstrafe in ihrer Grausamkeit Schritt für Schritt eingeschränkt. Dasselbe galt für die Folter, die zunächst eingeschränkt und dann in immer weiteren Teile Europas abgeschafft wurde. Beschränken wir uns auf den Krieg.

Die erste grosse Krise, in die die Idee der Kabinettskriege gerät, sind die Massenheere der Französischen Revolution und ist die Niederschlagung der oppositionellen Aufständischen in der Vendee. Es folgen die Volksheere Napoleons, aber auch dort muss man sehen, dass es trotz dieser Massenheere nie zu einer Ausdehnung des Krieges wie im Dreissigjährigen Krieges kam. Es kommt die Abrüstung Europas nach dem Wiener Kongress, und es kommt dann die Remilitarisierung Europas, auf die etwa John Keegan hingewiesen hat. 1914 ist ganz Europa bis an die Zähne bewaffnet. Gleichzeitig ist mit dieser Bewaffnung verbunden die Demokratisierung Europas. Die Gewalt und die Demokratie durchdringen einander. Das Tragen der Waffe wird zur Eintrittskarte in die politische Arena. Der Erste Weltkrieg, Sie alle wissen das, bringt eine tiefe Erschütterung des europäischen Selbstbildes mit sich. Die Frage, wie konnte das geschehen, wird zum ersten Mal gestellt, und im Ersten Weltkrieg wird die Idee des totalen Krieges geboren unter Ludendorff. Das heisst, eines Krieges, der die gesamte Gesellschaft umgreift, jeden zu einem Teilnehmer des Krieges macht und die ganze gegnerische Bevölkerung zum Objekt des Krieges. Als Idee später dann von verschiedenen Autoren weiter theoretisiert, wird dann die Idee dieses totalen Krieges im Krieg der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg und im Krieg der Wehrmacht gegen den Osten Tatsache. Dort sind von vornherein die Beschränkungen kriegerischer Gewalt aufgehoben. So lauten die Befehle, so ist das Selbstverständnis dieses Krieges seitens der politischen wie militärischen Führung. Kein Kampf eines Heeres gegen ein anderes Heer, der möglicherweise hier und da aus den Fugen gerät, sondern es ist ein Vernichtungskrieg. Ein Krieg gegen eine ganze Bevölkerung, deren einer Teil ausgerottet werden soll, die Juden, deren anderer Teil dezimiert und der Rest versklavt. Die Realität dieser Grenzüberschreitung des Krieges ist der Widerruf des Selbstverständnisses der Moderne. Und das demonstriert diese Ausstellung. Das könnte man an sehr vielen Details demonstrieren. Ich habe mal eine Rede Görings und eine Rede Churchills verglichen, die in der Grundintention zunächst einmal eine ganz ähnliche rhetorische Botschaft hatten. Das war das, was man in den USA heutzutage «hate speech» nennt, also ein Auditorium soll in Rage versetzt werden. Aber diese Reden hatten einen ganz unterschiedlichen Kulminationspunkt. Die Rede Görings endete damit, dass man Deutschland vorhalte, barbarisch zu sein und seinen Krieg barbarisch zu führen, und er sagte: «Das ist richtig. Und darauf sind wir stolz. Das ist das, was wir neu in die Welt gebracht haben.» Und die Rede Churchills endete damit zu sagen: «Gleichgültig,

wie barbarisch unser Gegner ist, er wird uns nie dazu bringen, so barbarisch zu sein wie er selbst.»

Es geht nicht darum, für wie realitätshaltig Sie die jeweiligen Reden halten mögen. Es geht nicht darum, was Sie jetzt im Einzelnen zu bestimmten Aspekten britischer Kriegsführung meinen wollen, darum geht es nicht, sondern es geht darum, womit der jeweilige Redner meinte, das Selbstverständnis seines Auditoriums am besten zu treffen, und wie er meinte, das eigene Selbstverständnis vor seinen Hörem, vor sich selbst und der Welt am besten demonstrieren zu können. Darum geht es.

Warum ist diese Ausstellung so sehr als eine Provokation empfunden worden? Nun, dieses hängt mit der Demokratisierung der Gewalt zusammen. Wir haben es in den modernen Massenheeren nicht mit Heeren zu tun wie im 17. und 18. Jahrhundert, sondern eben mit Volksheeren. Heere, in die jedermann als Staatsbürger hineingestellt wird. Das Volk ist in diesen Kriegen nicht mehr nur Opfer des Krieges, sondern auch Täter. Die sogenannte Aufarbeitung des Nationalsozialismus nach '45 ist, wie Sie alle wissen, in erster Linie segmentweise vollzogen worden. Man hat sich mit einzelnen Bevölkerungsgruppen beschäftigt: mit der Rolle der Industrie, mit der Rolle der Ärzte, mit der Rolle der Juristen, mit der Rolle der Banken. Die Zwangsarbeit ist thematisiert worden. Wenn man über die Wehrmacht spricht, spricht man aber über die Volksgemeinschaft. Die Wehrmacht ist die Schnittstelle von Volk und Regime, und damit berührt man emotionell empfindlichsten Grund, denn man spricht über das, was zwar nicht jeder getan hat, aber potentiell der Jedermann getan haben könnte. Der Jedermann, der der Grossvater ist, der Vater, der Onkel, der Bruder. Das Thema der deutschen Volksgemeinschaft und der diesbezüglichen Realität ist in den letzten zwei Jahren auf ganz unterschiedliche Weise thematisiert worden und hat auf ganz unterschiedliche Weise sehr viel Öffentlichkeit an sich gezogen, was zeigt, dass die Zeit reif dafür ist, es zu tun. Die Tagebücher Klempers haben einen grossen, völlig unerwarteten Publikumserfolg gehabt. Sie zeigen das ganz normale Dresden. Das Buch von Daniel Goldhagen hat eine riesige öffentliche Aufmerksamkeit und einen riesigen Erfolg. Auch hier wird das Thema des Jedermann in den Vordergrund gestellt. Und wir haben die Wehrmachtsausstellung. Nach 1945 ist der grosse und erfolgreiche Versuch gemacht worden, in Deutschland die Zivilisationsform der Moderne wieder einzuführen. Zunächst von aussen, anders ging es nicht, dann aus eigener Anstrengung. Was bedeutet das, wie sind die Erinnerungen, die Wahrheiten der Vergangenheit mit diesem neuen Selbstbild zusammenzubringen? Wie ist das geschehen, wie ist das gemacht worden? Das ist eine der grossen, noch nicht zureichend beantworteten Fragen der Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik. Eines wissen wir, ein Teil dieser Anstrengungen war das lange, ein halbes Jahrhundert währende öffentliche – ich spreche nicht von der historischen Fachdiskussion – öffentliche Schweigen über die Rolle der Wehrmacht. Ich denke, man kann das etwa als eine Art von Vertrag verstehen. Wir sprechen nicht von den

Verbrechen, und wir schweigen auch von den Heldentaten. Das ist in Österreich anders gewesen. In Österreich hat es eine Etablierung einer sehr aktiven Veteranenkultur gegeben. In Deutschland, in der Bundesrepublik ist versucht worden nach 1945, ähnlich wie nach dem Ersten Weltkrieg, eine solche Veteranenkultur zu etablieren, und das ist gescheitert.

Ich möchte mit einer einzigen Art von Anekdote schliessen. Es hat über diese Ausstellung einen Film gegeben, ein Film von Ruth Beckermann, «Jenseits des Krieges», der gemacht worden ist, als diese Ausstellung in Österreich zu sehen war. Dieser Film nimmt die Ausstellungsbesucher auf und lässt sie zu Worte kommen, unter anderem miteinander streiten. Am Ende dieses Filmes sieht man zwei ehemalige Soldaten, die an der Ostfront gekämpft haben. Einer geht herum und sagt: «Ich weiss nichts davon, was hier zu sehen ist. Ich weiss nicht, ob das stimmt oder nicht stimmt, ich habe nichts davon gesehen.» «Wie kannst du sagen, du hast es nicht gesehen? Ich war doch auch dort, und ich hab's gesehen.» Und er wendet sich dann an die Kamera und sagt: «Ich verstehe das nicht. 1945 bin ich mit meinen Kameraden zurückgekommen. Wir wussten alle, was wir gesehen haben, und dann wollte ich, als wir wieder zu Hause waren, als wir wieder in Wien waren, darüber reden. Und die sagten: ‚Wovon sprichst du?‘ Ich habe sie nicht verstanden. Sie hatten es gesehen wie ich. Das waren meine Klassenkameraden, wir sind gemeinsam eingezogen worden. Und jetzt erlebe ich das wieder. Ich geh' in diese Ausstellung und sage: ‚Ja, so war das‘, und bekomme zur Antwort: ‚Ich hab's nicht gesehen‘«.

Das ist ein interessantes psychologisches Problem, das man genauer untersuchen müsste. Eine kleine vorläufige Antwort: Moral ist neben allem, was sie sonst auch ist, ein kognitives Instrument. Ein Instrument zur Differenzierung. Wer etwas für ein Verbrechen hält, wird es unterscheiden von anderem, was er zu sehen bekommt. Dieser eine Soldat hat wahrscheinlich bereits als er in diesem Krieg stand, das für verbrecherisch gehalten, was nach 1945 in der öffentlichen Meinung als verbrecherisch angesehen wurde. Das war bei seinen Kameraden, mit denen er gesprochen hatte, nicht der Fall. Für die war es das undifferenzierte Einerlei des Krieges. Sie haben diese Unterschiede nicht gemacht. Sie würden diese Unterschiede jetzt sicher machen, aber rückblickend in ihrer Erinnerung nicht. Das ist die einzige Erklärung, die ich mir für dieses Aufeinandertreffen der beiden Veteranen machen kann.

Statement Prof. Dr. Günther Gillessen

Kritische Bemerkungen zur Ausstellung «Die Verbrechen der Wehrmacht»

Vorbemerkungen

Um über die Ausstellung sprechen zu können, ist nötig, wenigstens ein paar Worte über den Platz der Wehrmacht im Dritten Reich zu sagen.

1. Die Wehrmacht war nicht identisch mit der Verschwörung vom 20 Juli 1944 gegen Hitler. Die Wehrmacht war aber auch nicht die «zweite Säule» des Hitler-Staates, wie die Veranstalter der Ausstellung dies sagen, als Zitat aus einer Rede Hitlers bald nach dem sogenannten Röhm-Putsch von 1934. Doch darf man dabei nicht den taktischen Zweck in dieser Behauptung Hitlers übersehen. Die Wehrmacht bedeutete für ihn auch Gefahr. Die Wehrmacht war Teil des Staates. Sie wurde das Instrumentarium für Hitlers Machtpolitik und Kriegspolitik. Sie wurde damit tief in Hitlers Politik eingeflochten – aber blieb dennoch, bis zum 20. Juli 1944, als etwas Eigentümliches und anderes, gleichsam als feldgrauer Strang im braunen Geflecht bis zum 20. Juli 1944 deutlich als etwas anderes erkennbar. So hatten in der Wehrmacht weder die Partei noch die Gestapo etwas zu suchen. Das Gebot der Kameradschaft deckte die politischen Differenzen. Vielen Biographien ist zu entnehmen, dass die Zeitgenossen die Wehrmacht für einen der wenigen Orte hielten, an dem der Einzelne sich dem Zugriff der Partei entziehen konnte. Freilich, sie war seit 1936 eine Wehrpflichtarmee, eine Armee, die von da an jedes Jahr um das Doppelte vermehrt wurde und bis 1939 um das Drei- bis Vierfache aufgebläht wurde. Politische Gesinnungen, die es im Volk gab, drangen nun, mit Verzögerung, auch in die Wehrmacht ein. Unter der raschen Vermehrung litt die sorgfältige Ausbildung und Erziehung der jungen Offiziere.

Hitlers tiefes Misstrauen gegen das höhere Offizierkorps, namentlich des Heeres, ist bekannt. Nicht ohne Grund vermied er im Kriege, nach dem Abgang des Generals von Brauchitsch einen neuen Oberbefehlshaber des Heeres zu ernennen, sondern unterstellte sich das Heer direkt. Darin spiegelte sich nicht nur der Argwohn Hitlers gegenüber einer potentiell konkurrierenden Macht im Staat, sondern auch seine Wahrnehmung, dass er es bei vielen Offizieren, namentlich den Berufssoldaten, mit ihm widerstrebenden Gesinnungen zu tun hatte, mit älteren Standesbegriffen, anderen Normen von Moral und Ehre, auch anderen politischen Vorstellungen vom Zweck des militärischen Instruments für die Sicherheit von Staat und Heimatland.

2. Gleichwohl gilt festzuhalten: Die Wehrmacht hat politisch versagt. Dieser Vorwurf richtet sich an ein Offizierkorps, das sich entsprechend seiner Erziehung in Kaiserreich und Weimarer Republik überwiegend als «unpolitisch» verstand, ohne

wahrzunehmen, dass auch dies etwas Politisches bedeutete. Sich selbst als «unpolitisch» zu begreifen, war die Versimpelung der grundsätzlichen Pflicht des Soldaten, der Regierung zu gehorchen und, wie wir heute sagen, den Primat der Politik anzuerkennen. Die Richtigkeit dieser militärischen Hauptregel hing jedoch davon ab, dass die Regierung sich grundsätzlich den Normen guter Regierung verpflichtet fühlte, modern gesprochen den Normen des Rechtsstaates. Die Verkürzung dieses Zusammenhangs und damit die Trennung des Militärischen von der Politik – die es nach Clausewitz nicht geben durfte – erschwerte den Offizieren die Erkenntnis, dass sie sich im «Dritten Reich» in einer Lage befanden, in denen es als Pflicht verantwortungsbewusster Offiziere hätte erscheinen müssen, der politischen Führung in den Arm zu fallen, zum Beispiel am 30. Juni 1934, beim sogenannten Röhms-Putsch, oder 1937/38, als Hitler den Befehlshabern seine Kriegspläne offenbarte.

3. Man muss der militärischen Führung, und das betrifft nun das Thema der Ausstellung, den weiteren Vorwurf machen, dass sie sich im Februar 1941, als der Feldzug gegen die Sowjetunion geplant wurde, vom Reichsführer SS, Himmler, aus der Verantwortung für das rückwärtige Besatzungsgebiet verdrängen liess. Sie liess dies zu, obwohl sie im Polenfeldzug mit Erschrecken wahrgenommen hatte, was die SS-Verbände hinter der Front anrichteten. Dieser Rückzug gegenüber Himmler bedeutete, der Zivilbevölkerung der Sowjetunion den ihr nach den Regeln des Kriegsvölkerrechts zustehenden Schutz zu verweigern.

Das Heer wollte im Russlandfeldzug mit SD und SS, den Einsatzgruppen und Polizeibataillonen hinter der Front möglichst nichts zu tun haben und sich auf die Führung der Operationen beschränken. Dies schuf eine Rahmenbedingung dafür, dass Himmlers Mordverbände hinter der Front nahezu ungehindert ihre Massenverbrechen begehen konnten.

Wer der Wehrmacht und insbesondere der Heeresführung diesen Vorwurf macht, muss freilich wissen, dass Himmler nicht einfach die Unterstützung Hitlers hatte, sondern dass er dessen eigentlichen Willen zum Rassen-Vernichtungskrieg im Osten vollzog. Also hätte die Verhinderung der sogenannten «verbrecherischen Befehle» (Kommissarbefehl und Militärgerichtserlass für den Russlandfeldzug) die Entschlossenheit, die Mittel und die übrigen innenpolitischen Voraussetzungen für den Sturz Hitlers erfordert. Vor der Aufgabe, den Oberverbrecher zu stürzen, haben indessen nicht nur die Wehrmacht, sondern haben zuvor auch alle anderen Gruppen und Institutionen im Lande, hat die ganze Nation versagt. Sie darf die Schuld für dieses politische und moralische Versagen jetzt nicht auf einen Teil, die Wehrmacht, abwälzen. Die Wehrmacht ist nicht allein dafür verantwortlich zu machen, dass sie Hitlers Krieg führte und effektiv die Ausbreitung und Dauer seiner Herrschaft bis zur vollständigen Eroberung des Landes militärisch deckte.

4. Es genügt gewiss nicht zur Entschuldigung, aber es rät doch zur Vorsicht im Urteil über ihre Schwierigkeiten, anders zu handeln als sie handelte, wenn man eine

weitere allgemeine Beobachtung anstellt: In diesem Jahrhundert hat auch keine andere Nation in Europa geschafft, sich aus eigener Kraft von einer modernen, totalitären, mit allen Mitteln der exekutiven Gewalt, der ideologischen Verführung und des Terrors der Geheimpolizei operierenden Diktatur zu befreien, solange die jeweiligen Inhaber im Vollbesitz ihrer Machtmittel waren. Auch die sogenannten friedlichen Revolutionen von 1989 hatten ihre Chance erst, nachdem jahrzehntelang dauernde Fäulnisprozesse das Gehäuse der Macht endlich morsch genug für letzte Stösse gemacht hatten.

Nun zur Ausstellung selbst

1. Auf eine genaue Bestimmung der Verwicklung der Wehrmacht in den NS-Staat lässt sich die Ausstellung nicht ein. Die Eigentümlichkeiten sowohl ihrer Sonderstellung als auch ihrer Eingebundenheit in den totalitären Staat wird nicht behandelt. Daraus entsteht für den unvorbereiteten Betrachter der Eindruck, als habe die Wehrmacht frei agieren können und sich gern und willig an den massenhaften Kriegsverbrechen im Osten beteiligt. Die Veranstalter unterliessen, dem Betrachter der Ausstellung zu zeigen, wie es sich 1941 auf dem Vormarsch, von 1943 an auf dem Rückzug mit den Befehls- und Verantwortungsbereichen hinter der Front verhielt. Es ist nicht zu erkennen, wo die Befugnisse der Heeresführung aufhörten und die von Himmlers Einsatzgruppen-Führern begannen und wie sich diese Verhältnisse zwischen den Kommandobehörden OKW, OKH, SS und SD veränderten. Und es wird auch nicht gezeigt, in welchem Verhältnis sich Verbände der Wehrmacht in verschiedenen Graden zwischen Unterstützung und direkter, aktiver Teilnahme an den Mordaktionen gegen die jüdische Bevölkerung beteiligten.

Die Wehrmacht war mit Teilen ihrer Organisation tiefer in die Verbrechen verwickelt, als die meisten ihrer Angehörigen bemerken konnten. Es lag nicht nur an der Grösse der Organisation, der im Laufe der Kriegsjahre 18 oder 19 Millionen Männer angehörten. Es liegt auch daran, dass das Regime seine Verbrechen so weit wie möglich zu verheimlichen suchte und Wissen darüber gefährliches Wissen war. Dies bedeutet umgekehrt, dass das Regime erwartete, dass seine Verbrechen, wenn klar zu beobachten oder im Klartext beschrieben, weder in den Streitkräften noch im Volk gebilligt worden wären.

2. Um so mehr hätte es bei der historischen Behandlung in einer Bild-Ausstellung darauf ankommen müssen, die Verwicklung von Teilen der Wehrmacht, vor allem die höheren Befehlshaber und Teile der Sicherungsdivisionen im rückwärtigen Gebiet, in ihrer Komplexität herauszuarbeiten. Es fehlt ihr aber an Problembewusstsein. Sie hat keine Probleme mit ihrer einfachen Botschaft: Nicht nur die SS, auch die Wehrmacht war eine verbrecherische Organisation.

Die Ausstellung zeigt Fotos, die unzweifelhaft schwere Verbrechen abbilden. Sie zeigt ferner Fotos, die solche Kriegsverbrechen vermuten lassen; und sie zeigt

Fotos, bei denen ein kriegsverbrecherischer Zusammenhang eher zweifelhaft ist, jedoch in den Bildunterschriften behauptet wird.

3. Vielen der Schrecken und Entsetzen erregenden Bilder fehlen Hinweise auf Ort und Datum. Angaben wie «bei Charkow» oder «in der UdSSR oder Polen» beweisen nicht mehr, als dass es Entsetzliches zu sehen gab. Aber es ist nicht möglich, das Ereignis zu lokalisieren und dem Tathergang nachzuforschen: wann, wo und durch wen und warum und in welchem Umfang. Ohne diese einfachen Daten von Ort und Zeitpunkt des Geschehens ist es nicht möglich festzustellen, wer verantwortlich war, welche Verbände beteiligt waren. Oftmals sind die Uniformabzeichen nicht zu erkennen. Es gibt eine Reihe von Bildern, bei denen mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, dass es sich nicht um Soldaten der Wehrmacht handelte, sondern um Angehörige eines der Himmler unterstellten Verbände. Die Henkerei übertrug er oftmals auch Verbänden aus den baltischen Staaten in feldgrauen SS-Uniformen.

Wenn die Veranstalter sagen, mit der Forschung nach Mitteilung über Zeit und Ort der Aufnahmen verlange man von ihnen etwas, was sie nicht leisten können, dann muss man ihnen entgegenhalten, dass ihre uneingeschränkte Behauptung des verbrecherischen Charakters der Wehrmacht nicht auf Fotos ohne Ort und Zeit gestützt werden kann. Die Bilder erregen Entsetzen, aber sie schaffen keine Klarheit, weil die Grenzen der Bildaussage nicht bestimmt werden.

Eines der dargestellten Massaker allerdings wird, wie es sich gehört, mit Ort und Datum genau angegeben: Orscha am 19. und 20. Oktober 1941. Mit diesen Angaben ist es möglich festzustellen, wer es verübt hat. Es war ein Einsatzkommando des SD, nicht die Wehrmacht. Dass dieses Bild in einer Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht gezeigt wird, täuscht den Betrachter.

4. Die meisten Fotos, sagen uns die Veranstalter, kommen aus den Taschen gefallener Wehrmachtsangehöriger, die die Rote Armee gesammelt habe, um sie für Kriegsverbrecherprozesse nutzen zu können. Ich nehme an, dass diese Mitteilungen stimmen und dass es sich um echte, unmanipulierte Fotos handelt. Aber für eine historisch-kritische Bewertung kann die bloße Behauptung der Echtheit nicht genügen. Die Ausstellung gibt an keiner Stelle zu erkennen, ob sich die Veranstalter die Mühe anspruchsvoller quellenkritischer Untersuchung des ihnen angebotenen Bildmaterials gemacht haben.

5. Daran schliessen sich weitere quellenkritische Fragen an: Dass ein bestimmtes Photo in der Tasche eines bestimmten Soldaten eines bestimmbaren Truppenteils der Wehrmacht gefunden worden ist, beweist nicht, dass dieser Soldat der Fotograf war oder dem Verband angehörte, der für das abgebildete Geschehen verantwortlich war. Himmler hatte sogar strikt verboten, die Massenerschiessungen von Juden zu fotografieren. Heute kann niemand einem solchen Photo mehr ansehen, warum es dennoch aufgenommen worden war. War der Fotograf an der Tat beteiligt oder le-

diglich Augenzeuge? Was beweist das Bild dann: den Voyeurismus eines Wehrmachtsoldaten, gefühllose Neugier, Zustimmung oder das Entsetzen in den Augen hinter der Kamera? Wir können es nicht unterscheiden.

In einigen Fällen ist die Mitleidslosigkeit des Augenzeugen offenkundig. Einige der Briefe sagen es deutlich. Auf Fotos sehen wir Soldaten, die einen Gehängten lachend am Ärmel zupfen. In einigen Fällen tragen die Hingerichteten Schilder, die den Grund der Hinrichtung nennen, zum Beispiel Plünderung. Wir erfahren nichts Näheres. Uns scheint nur, dass die Hinrichtung als Strafe für Plünderung, selbst in einem schweren Fall, allzu hart war. Bei anderen Bildern von Hingerichteten wissen wir überhaupt nichts über die Tat, die ihnen zur Last gelegt wurde. Waren es Partisanen?

6. Der Begriff des Partisanenkrieges ist tückisch, und Partisanen sind es auch. Unter dem Vorwand des «Partisanenkrieges» oder der «Säuberung» des rückwärtigen Gebietes von «Banditen» und «kriminellen Elementen» haben die «Einsatzkommandos» der SS und des SD im ersten Jahre des Russlandkrieges mehrere hunderttausend Juden, Männer, Frauen und Kinder erschossen. Bestimmte Einheiten der Wehrmacht, vor allem Teile der Sicherungsdivisionen, mussten Himmlers SS-Verbänden dabei unterstützende Dienste leisten, vorwiegend bei der Absperrung. Sie wurden dabei tiefer und tiefer in diese Massenverbrechen hineingezogen.

Aber es gab im Osten nicht nur vorgetäuschten Partisanenkrieg, sondern auch einen wirklichen. Partisanen kämpfen nicht nach der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen. Partisanen machen keine Gefangenen, weil sie sie nicht bewachen können. Eine Armee, die erlebt, wie Kameraden hinterrücks überfallen, umgebracht und verstümmelt werden, ist gegenüber einem solchen Gegner am Rande ihrer Disziplin. Jede Armee wird, wenn von Partisanen herausgefordert, Partisanen mit Härte bekämpfen. Sie wird Repressalien ergreifen, sie wird Standgerichte einsetzen und Urteile öffentlich, zur Abschreckung der Bevölkerung im besetzten Gebiet, vollstrecken.

Wir aber können den Fotos der Ausstellung nicht entnehmen, ob es sich bei dieser oder jener Abbildung um eine mit dem *ius in bello* gerade noch zu vereinbarende Massnahme handelt oder um ein Kriegsverbrechen. Wir bräuchten die Fakten des Falles. Die Veranstalter der Ausstellung aber lassen sich auf die Problematik des Partisanenkrieges als eines wirklichen Problems für eine reguläre Armee überhaupt nicht ein. Sie ignorieren die Unmöglichkeit für jede Armee, Partisanen zu ignorieren.

7. Hinzu kommen nun ganz grobe, offensichtlich beliebige oder falsche Interpretationen. Ein Bild zeigt ein brennendes Dorf. Die Legende dazu lautet: Strategie der toten Erde. Aber man sieht nur ein brennendes Dorf. Man weiss nicht, ob es durch Beschuss oder Brandstiftung in Brand geraten ist, man weiss nicht, von welcher Seite es dazu gekommen ist. Man sieht im Vordergrund ein feuerbereites Kampffahrzeug, offensichtlich im Gefecht. Aber der Titel suggeriert, die Wehrmacht habe

es darauf angelegt, der russischen Bevölkerung die Ernährunggrundlage wegzunehmen. Wir wissen es nicht.

Geradezu lächerlich falsch und willkürlich ist ein Photo mit einer primitiven Feldwalze, die als Gerät der Vernichtung der Ernte bezeichnet wird. Was soll man von «Historikern» halten, die nicht mehr einfache Bauemgerätschaften erkennen, wie sie vor gar nicht so langer Zeit auch von deutschen Pferden über frisch eingesäte deutsche Getreidefelder gezogen wurden? Ein Zug bespannter Panjewagen mit einer russischen Bauemfamilie obenauf, offensichtlich auf der Flucht, ist für die Veranstalter das Bild einer «Deportation». Feldgendarmarie, die die Ausweise von Zivilpersonen prüft, soll hier Mittäterschaft bei Mord und Völkermord belegen. Was man sieht, ist lediglich eine Personenkontrolle. Keine Besatzungsmacht würde in einer kritischen Situation auf dieses Mittel verzichten. Warum haben sie es an so vielen Stellen an Genauigkeit, an Differenzierung, ja sogar an einfacher Erkundung fehlen lassen?

Schlussfolgerung

Die Ausstellung vermeidet – entweder in falschem Eifer oder aus schierer Inkompetenz-alles, was dem Betrachter helfen könnte, das grausige Geschehen, das ihm vorgeführt wird, in seine historische Umgebung zu setzen. Die Wehrmacht ist gleichsam aus allen Bezügen herausgeschält. Der Krieg selbst und der Gegner kommen überhaupt nicht vor. Nirgends wird eine kritische Würdigung versucht. Um so heftiger bemerkt man die Absicht, die Wehrmacht zu dämonisieren.

Die Veranstalter arbeiten mit einer bekannten rhetorischen Figur. Sie behaupten, es gebe eine Legende, die Legende von der «sauberen Wehrmacht», und hier, so rühmen sie sich, werde sie entlarvt.

Aber wo gibt es die Legende? Die Legende von der «sauberen Wehrmacht» gibt es nicht, jedenfalls nicht in der monumentalen Form, die die Veranstalter für den Zweck brauchen, um ihr mit grosser Geste die Maske vom Gesicht zu reissen. Auf der anderen Seite gibt es die Erinnerungen von Millionen meist einfacher Soldaten an ihre eigenen Erlebnisse im Krieg, aus beschränkter Sicht, die meist nur wenig über die eigenen Kompanie hinausreichte. Diese Soldaten sehen sich hier, vor einem Publikum, das ein halbes Jahrhundert später meist nur unzureichende Vorkenntnisse mitbringt, in einen Verbrechenszusammenhang gestellt, in dem sie sich nicht wiedererkennen. Dass sie sich misshandelt fühlen und sich darüber aufregen, empfinden aber die Veranstalter anscheinend nicht als beschämend, sondern als Bestätigung ihrer Ansicht, dass die «Legende» existiere und zerstört werden müsse. Sie scheinen überzeugt davon zu sein, dass es ihr Auftrag sei, der «Verdrängung» mit emanzipatorischer «Aufklärung» entgegenzutreten – schonungslos und also verständnislos.

Die Veranstalter erheben Anspruch auf wissenschaftliche Forschung. Er wird nicht eingelöst. An welchen Stellen und in welcher Weise die Wehrmacht in die

Verbrechen verwickelt war, ist der Forschung seit langem bekannt. Ich verweise dabei besonders auf die Gesamtdarstellung von Helmuth Krausnick, der man gewiss nicht den Vorwurf der Apologie machen kann. Die Veranstalter bleiben mit ihrer Ausstellung weit hinter dem bisher erreichten Stand der Forschung und der damit möglich gewordenen Differenzierung des Urteils zurück. Wissenschaftlich ist die Ausstellung ohne Wert. Sie sagt nichts Neues. Was die Veranstalter stattdessen präsentieren, ist pamphletistische Collage. Die Ausstellung sucht nicht die Vergangenheit, sondern die Provokation und den politischen Eklat. Das erreicht sie leider auch.

Hannes Heer widerspricht *Günther Gillessen vehement*: (...) Erstens: Ich halte es für falsch und gefährlich zu behaupten, der Vernichtungskrieg sei das Problem unserer Grosseltern und Eltern. Es ist unser Problem. Individuell kommt jeder von irgendwo her und geht irgendwo hin, und auch ein Kollektiv kommt von irgendwo her, geht irgendwo hin und ist geprägt von dem, wo es herkommt.

Zweitens: Die Wehrmacht ist nicht «etwas dazwischen». Einem Wissenschaftler läuft bei so einer Formulierung ein Schauer über den Rücken. Ich verweise auf die klassischen Werke von Klaus-Jürgen Müller über die Wehrmacht '33 bis '39 und auf den Klassiker von Manfred Messerschmidt, «Wehrmacht im NS-Staat. Zeit der Indoktrination». Dort wird sehr genau gezeigt, und das ist der Wissensstand, dass die Wehrmacht nicht etwas «dazwischen» war, sondern dass sie etwas sehr Eindeutiges war.

Drittens: Es ist einfach falsch, Herr Gillessen, dass die rückwärtigen Gebiete der SS übereignet worden wären. (...)

Nächster Punkt, vierter Punkt: Ich glaube, man muss das mal sehr deutlich sagen oder daran erinnern, was der Kern unseres Handwerks ist. Historiker arbeiten mit dem, was die Geschichte übriglässt. Jemand, der über das dritte vorchristliche Jahrhundert forscht, muss sich der übriggebliebenen Münzen bedienen, und es hilft überhaupt nichts, dass er flucht, dass der Kopf des Kaisers nicht mehr zu sehen ist oder dass die Inschrift nicht mehr genau nachzuvollziehen ist. Er muss mit dem Material arbeiten. Und die Fotos, die Landser geschossen haben, sind bestimmt nicht gemacht worden, um in unserer Ausstellung plaziert zu werden oder um Historikern als historisches Material zu dienen. Sie sind gemacht worden auf dem Vormarsch; und die den Krieg mitgemacht haben, wissen das genauso gut, wenn ich sage, sie sind gemacht worden auf dem Rückmarsch. Sie sind auch in den Pausen des Krieges gemacht worden, aber sie sind nicht als historische Dokumente gezeichnet worden. Deshalb zu verlangen, die Fotos müssten analysiert werden: Wer hat sie gemacht? Wann sind sie gemacht worden? Was ist auf ihnen dargestellt? Das heisst, Geschichte unmöglich machen. Wenn Sie das wollen, kann man diese Forderung erheben. *Im Übrigen müsste darauf hingewiesen werden, dass man nicht von den Bildern ausgegangen sei, sondern von den Texten.* Die Basis der Ausstellung sind

Dokumente, in denen Wehrmachtseinheiten genannt werden mit der Nummer, in denen Kommandeure oder Kommandanten genannt werden, Orts- und Feldkommandanten, in denen Orte, Zeiten genannt werden, Zahlen von Opfern, Befehle zitiert werden. Und die Fotos werden denen zugeeignet. Und es gibt in der Ausstellung keine illustrierenden Fotos. Es gibt sie im Eisernen Kreuz. Das ist aber nicht der Hauptteil der Ausstellung. In den historischen vier Kapiteln gibt es kein Foto, das nicht im nachgewiesenen Zusammenhang steht mit dem Text, der den Hauptteil bildet.

Schliesslich, was die Quellenkritik anlangt, fünfter Punkt: Man könne nicht erkenne, ob nun hier ein Verbrechen vorgelegen habe – es geht um die erhängten Partisanen-, es gehe aus den Bildern nicht hervor, was da im Einzelnen abgelaufen sei. Wenn man die verbrecherischen Befehle kennt, die den Rahmen dieses Krieges vorab definiert haben, dann weiss man, dass es keine genauen Zuschreibungen gab. Kein Kompanieführer musste genau begründen, warum er ein Dorf abbrennt oder warum er Partisanen erschiessen lässt. Im Kriegsgerichtsbarkeitserlass, dem berüchtigten Barbarossa-Erlass heisst es: «Der Freischälerei Verdächtige, Unterstützer von Freischärlern, verdächtige Personen, Saboteure, Hetzer...», der Katalog wird erweitert, «Heranwachsende, die Kundschafter sind, Berittene, Frauen, die Flintenweiber sind...» Also, Sie sehen, das ist eine Masse, da gibt es überhaupt keine Zuschreibungen mehr. Formelle Verfahren fanden statt, oder es wurden Befehle vorgelesen, wenn es darum ging, der Bevölkerung eine Propagandaaktion damit zu verbinden. (...)

Günther Roth: (...) Die dargelegte und auch hier erwähnte Komplexität überfordert von vornherein. Sie muss eine Ausstellung überfordern, weil sie jenes Geschehen in das historische Ganze unmöglich einordnen kann. Das kann nicht gelingen. (...)

Wenn man Geschichte begreifbar machen und das Urteil stärken wolle, damit wir und die nachfolgenden Generationen nicht noch einmal von Ähnlichem überwältigt werden, müsse man zeitfremde Begrifflichkeiten vermeiden. In der Ausstellung werde sehr viel Richtiges dargestellt. Kein seriöser Historiker bestreite, dass die deutsche Wehrmacht, die deutsche Wehrmachtsführung, in vielen Bereichen in diese Problematik verstrickt (war) und schuldhaft gehandelt hat. Das steht ja fest. Aber es darf wiederum auch nicht zu einer pauschalen Verunglimpfung des Soldaten führen, der von sich ja genau weiss, dass er bezogen auf diese zwölf Millionen Soldaten keine persönliche Schuld auf sich geladen hat. Denn Schuld ist eben persönlich. Und das ist ein Problem der Methodik, der Didaktik einer jeden Ausstellung und damit auch der Anlage dieser Ausstellung.

Hans-Ulrich Thamer: (...) das Problem der öffentlichen Auseinandersetzung um diese Ausstellung liegt mehr in der Frage der Vermittlung von den Dingen als in den Tatsachen selbst, die hier angesprochen worden sind, und natürlich primär auch in der Vermittlung über die visuelle Art, d.h. über die Fotos. (...)

Es gebe eine Fülle von Einzeldokumenten. Aber das Problem der Ausstellung bestehe darin, dass sie die einzelnen Tatsachen, die unbestritten seien, nicht in einen

grösseren Zusammenhang rücke und vor allen Dingen nicht imstande sei, den Prozesscharakter des Systems, d.h. dass Dinge im Jahre 1940 anders zu bewerten sind als im Jahre 1941 oder '43, so zu vermitteln, dass also auch dem Besucher oder dem Leser des Kataloges klar wird, welche Wahrnehmung Zeitgenossen, Beteiligte davon haben konnten. Denn die wissen natürlich zu dem Zeitpunkt noch nicht, wie die Sache weitergeht, das ist das eine Problem. Das zweite Problem liege im System begründet. Eines der Merkmale des NS-Regimes sei die zunehmende Auflösung von politisch-institutionellen Kompetenzen und deren klaren Abgrenzungen gewesen. Wir können für das Jahr 1934 das sehr viel deutlicher bestimmen als für das Jahr 1938, und im Krieg verändert sich die Verfassungs- oder Herrschaftsstruktur dieses Systems noch einmal, und zwar pausenlos in dem Sinne einer zunehmenden Politikunfähigkeit und Destruktivität auf der anderen Seite, so dass also auch die Bewertung der Rolle der Wehrmacht immer davon abhängig zu machen ist, zu welchem Zeitpunkt wir diese ansetzen; und da spielt natürlich der Russlandfeldzug dann eine ganz zentrale Rolle. (...)

Nur, was hat man davon, wenn man, und das ist meine Kritik an der Ausstellung, wenn man hier nur mit (...) einer Flut des Entsetzens konfrontiert wird und diese Erklärungshilfen eben nicht bekommt? Wenn Sie mir das noch erlauben zu sagen, meinen didaktischen Teil dazu, weil das für mich das Wichtigste ist: Diese Botschaft ist primär über Bilder vermittelt worden, und Bilder sind in der heutigen Wahrnehmung natürlich eines der wichtigsten Elemente, Geschichtsbewusstsein zu vermitteln. Das ist nun mal so, und die quellenkritischen Probleme hat Herr Gillissen schon angesprochen. (...) Herr Heer hat das so abgebogen – man muss, auch wenn man sich als Historiker mit Bildern beschäftigt, die Gesetze der Quellenkritik einigermassen einhalten, also im Sinne einer historischen Bildkunde. Das ist bei Fotos sehr schwer, gebe ich Ihnen sofort zu. Sie haben einen noch subjektiveren Charakter, die Gefahr des Ausschnitthaften, des Manipulativen ist noch sehr viel grösser, sie sind für den Moment geschossen usw.; alles dies muss ich berücksichtigen. Ich muss aber eben auch wissen, dass sie ein hohes Mass an Verselbständigung haben und dass sie mit der Schockhaftigkeit, indem solche Fotos hier wahrgenommen werden, zwar den Anstoss zum Nachdenken geben können, aber dann eben tatsächlich diese Hilfestellungen über didaktische Vermittlung brauchen, und das vermisse ich hier. Sie sind hier nicht weitergekommen, als das sozusagen sehr suggestiv auszubreiten. Sie haben natürlich die Dokumente dazu gebracht. Ich weiss jetzt nicht, wie die Wahrnehmung der einzelnen Ausstellungsbesucher ist. Ich kann mir vorstellen, dass sie sehr viel lesen, aber das hat nur begrenzte Aufnahmefähigkeit. Das Problem einer Visualisierung von Geschichte ist immer, dass diese Bilder die Dominanz behalten, und dass man mit diesen Bildern sehr sorgfältig umgehen muss, und dass sie dazu führen sollten, zumindestens diesen Dialog zwischen subjektiver Wahrnehmung, die in solchen Fotos sich ja auch niederschlägt, und den Erkenntnissen der Ge-

Schichtwissenschaft einigermaßen aufzunehmen. *Das vermissen Sie, sagt Thamer. Es bleibe dabei, einen Schockeffekt herzustellen und deshalb werde das, was Sie selbst als Gesellschaftsgeschichte fordern, hier eben doch nur sehr bedingt eingelöst. (...)*

Hannes Heer: (...) das können Sie nicht wissen, ich sag's als Information, (wir haben) 150 Interviews durchführen lassen mit ehemaligen Wehrmachtssoldaten von einer Forschergruppe zu dem, was sie damals gedacht haben und wie sie heute damit umgegangen sind. Der schon von Herrn Reemtsma genannte Film «Jenseits des Krieges», der zwei Stunden 140 ehemalige Wehrmachtssoldaten versammelt, ist vom Institut finanziert worden. *Es sei also versucht worden, diese Lücke zu schließen. Mehr kann man nicht erwarten.*

Gottfried Greiner: Das Thema dieser Arbeitsgruppe lautet: Wird die Ausstellung den Soldaten, die Ausstellung «Verbrechen der Wehrmacht», den Soldaten der Wehrmacht gerecht? Die Antwort eines Wehrmachtssoldaten zu Beginn des Russlandfeldzuges, eines Gefreiten lautet: Nein! Und zwar deswegen, weil diese Ausstellung nicht differenziert. (...) Die Hochrechnung, die angesetzt wird, ausgehend von Beispielen, die ich selber als Jurist nicht nachprüfen konnte, diese Hochrechnung führt eben zu dem, was zu Spannungen führt; zu einer Pauschalisierung und Diffamierung der Soldaten der Wehrmacht. Als Angehöriger der Wehrmacht hier muss ich sagen: Nach dem Kriege ist deutlich geworden, dass Verbrechen, Verstöße gegen die Haager Landkriegsordnung und und und begangen worden sind, sehr zum Bedauern, zum Entsetzen von Wehrmachtssoldaten. (...)

Greiner erwähnt, er sei Gefreiter im Infanterieregiment 61 gewesen und somit in der Tradition des Königlich-Bayrischen Infanterieleitregiments ausgebildet worden. Eine Nazarmee sei das nicht gewesen. Zu Beginn des Russlandfeldzuges habe man großes Vertrauen in die Führung gesetzt. Und als ein «ganz eigenartiges Phänomen der damaligen Zeit» bezeichnet er den Umstand, dass die Truppe die NSDAP verabscheue habe, Hitler aber lange Zeit davon ausgenommen worden sei. Die Truppe sei gekennzeichnet gewesen durch festen Zusammenhalt und strenge Disziplin. Seine erste beklemmende Begegnung mit NS-Parteifunktionären habe er als Leutnant in der Ukraine gehabt. Eine Deutsch-Russin habe ihm damals gesagt: «Die roten Kommissare sind gegangen, die braunen sind gekommen. Es hat sich nichts geändert.» Und später, im Lazarett, habe ihm ein Ritterkreuzträger, Bataillonskommandeur in München, anvertraut: «Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den Krieg zu Ende zu führen, und dann räumen wir mit den Braunen auf»

Als absurd bezeichnet Greiner die Behauptung, die Kriegsmoral habe sich in eine Vernichtungsmoral verwandelt. Ihnen zum Beispiel sei der sogenannte Kommissarbefehl nicht bekannt gegeben worden. Was dieser Befehl bedeutet habe, sei ihm erst nach dem Krieg bewusst geworden. – Zum Kampf gegen Partisanen bemerkt der ehemalige Offizier, es habe sich bei den Partisanen um eine Organisation gehandelt, die sich auf Nichtkombattanten gestützt habe. Nach der Haager Landkriegs-

Ordnung seien Nichtkombattanten Freischärler und unterlägen nicht dem Kriegsrecht. Man müsse in diesem Zusammenhang auch das sowjetische Verhalten berücksichtigen.

Jan Philipp Reemtsma: Wir haben hier einen Zettel vorgefunden: Keine akademischen Vorträge mehr; hören sie Volksstimme und Kriegsteilnehmer.

Frauenstimme: Gut.

Jan Philipp Reemtsma: Ich zitiere den ehemaligen Offizier der Wehrmacht, Herrn Claus von Bismarck, der in Hamburg diese Ausstellung eröffnet hat und sagt: «Alles, was diese Ausstellung zeigt, ist wahr. Ich weiss es aus eigener Anschauung und aus eigenen Recherchen nach 1945.» – *Es gebe eine Legende über diese Ausstellung, sagt Reemtsma, nämlich die Legende von der Photoausstellung.* Tatsächlich ist diese Ausstellung eine Textausstellung, die Photomaterial heranzieht, um bestimmte Dinge, die dokumentiert werden, zu illustrieren und zu veranschaulichen. Als die Ausstellung eröffnet wurde, wurde uns von Museumspädagogen vorgehalten, eine Ausstellung mit so viel Text würde überhaupt keine Besucher auf sich ziehen. Tatsächlich haben wir festgestellt, das Besucher dieser Ausstellung teilweise sehr viel Stunden darin verbringen mit Lesen.

Die zweite Vorhaltung, die uns gemacht wurde, diese Bilder seien zu klein und im Übrigen könnten die doch keinen emotionell mehr bewegen, derlei Grausamkeiten sei man doch mittlerweile gewöhnt. Tatsächlich ist es nicht die Grausamkeit der einzelnen Fotos, die, denke ich, den Besucher bewegt, sondern das, was sie bedeuten. Wenn Sie die Ausstellung kennen, hätten Sie zum Beispiel gesehen, dass dort ein grosses Photo ist, das die Bewirtung deutscher Soldaten durch Frauen in der Ukraine darstellt, die dort willkommen geheissen werden. Diese Bilder sind Blicke, die Teilnehmer des Krieges auf das Geschehen getan haben, und diese Blicke werden wiedergegeben. Wo diese Blicke getan wurden, wird erwähnt, so genau es ermittelbar ist. In vielen Fällen ist es nur ungefähr ermittelbar, in vielen Fällen sehr genau.

Dass wir nichts über den Zweck dieser Fotos wüssten, ist falsch. Herr Gillessen, Sie haben die Ausstellung gesehen, Sie wissen das. Einige dieser Fotos sind gemacht worden, weil Wehrmachtangehörige belegen wollten, was dort geschah. In einem der Videos, die man begleitend sehen kann, spricht der Fotograf Gronefeld über sein eigenes Leben und über das Schicksal der Fotos; der, entsetzt durch eine Massenhinrichtung in Serbien, hatte begonnen heimlich zu fotografieren und diese Fotos aufzubewahren für einen Zeitpunkt nach dem Kriege. Bei anderen Fotos wissen wir es tatsächlich nicht. Sie sind gemacht worden, sie sind aufbewahrt worden, und wir können nur dokumentieren, wie der Blick dieser Soldaten auf das Geschehen gewesen ist. Im Begleitband gibt es eine Diskussion darüber, wie solche Bilder zu bewerten sind. Und bei einigen Fotos wissen wir ebenfalls ganz genau, wozu sie gemacht worden sind: Sie sind Trophäen. Wir wissen es deshalb ganz genau, weil sie Aufschriften tragen, und diese Aufschriften, Herr Gillessen, Sie wissen es, sind

in der Ausstellung nachzulesen. Es sind zynische Aufschriften, die die Genugtuung über das zeigen, was dort zu sehen ist. Diese Differenzierung sollte jedenfalls bei jemandem, der die Ausstellung gesehen hat und den Ausstellungsmachern Undifferenziertheit vorwirft, doch einzuklagen sein.

Günther Gillessen: Herr Reemtsma, ich habe differenziert, ich habe nicht von allen Bildern gesprochen. Ich habe von einigen gesprochen.

Eine sehr konkrete Frage wirft Wolfgang Eichwede auf. Unter Berufung auf einen russischen Historiker, der sich auf deutsche Quellen stützt, berichtet er, dass es aus dem Kriege in der früheren Sowjetunion eine ausserordentlich grosse Zahl gemeinsamer Kinder gibt. Es sei die Rede von weit mehr als einer Million. Er habe das nicht nachgeprüft und könne das auch nicht beurteilen, aber offenbar handele es sich um eine sehr grosse Zahl. Diese Kinder sind, ich formuliere das mal so, vielleicht «Gelegenheitskinder». Es sind auch Liebeskinder dabei, aber eine offensichtlich sehr grosse Zahl sind auch Kinder, die durch Gewalt und durch Zwischenzonen zur Gewalt entstanden sein mögen. (...) Die Mütter werden häufig nicht darüber geredet haben, konnten es nicht, konnten es insbesondere in der Zeit danach nicht. Wir wissen aber um das Schicksal auch von vielen Kindern in der Nachkriegszeit. Wir wissen davon, dass weite Gebiete von Stalin gewissermassen in der Nachkriegszeit ein Funktionsverbot bekommen haben wegen Kollaboration mit dem Feind. Aber wir wissen auch von vielen Zeugnissen der Vergewaltigung. An diesem Feld werde deutlich, um welche Bandbreite es gehe, wenn man über das Verhalten der Armee diskutiere. (...)

Walter Manoschek versucht die These zu erhärten, dass die Wehrmacht unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung rassenideologische Ziele verfolgt und durchgeführt habe, am eindeutigsten oder am klarsten in Serbien. In Serbien habe die Wehrmacht im Herbst 1941 unter dem Vorwand von Geislerschiessungen wegen Partisanenüberfällen (...) sämtliche männlichen Juden Serbiens erschossen. Es waren etwa 6.000 (...), Exekutionskommandos der Wehrmacht haben das durchgeführt, allen war klar, dass die Juden, die hier erschossen wurden, absolut nichts zu tun hatten mit den Partisanenüberfällen. (...) Hier war keine Einsatzgruppe, keine SS daran beteiligt.

(...) Dass der Krieg nicht von der Politik zu lösen ist, (...) das wird nirgends deutlicher als in den Vorbereitungen zum Überfall auf die Sowjetunion. (...) Der Kommissarbefehl, der Gerichtsbarkeitserlass, zwei der verbrecherischen Befehle, die im Vorfeld des Überfalls auf die Sowjetunion formuliert worden sind, sind klarer Ausdruck dafür. Hier ging es um den Krieg jenseits – das hat Hitler klar formuliert vor 200 hohen Wehrmachtsoffizieren, die im Osten eingesetzt werden sollten –, hier geht es darum, einen Krieg jenseits von allen kriegs- und völkerrechtlichen Regeln zu führen. Das heisst, all das, was auch hier unter Partisanenkampf ab Sommer 1941 passiert, ist also nicht die Folge von eskalierenden Kriegshandlungen,

(...) das ist eine geplante Kriegsführung jenseits von allen Kriegsregeln; und die Frage stellt sich nicht, ob die eine oder die andere Aktion gerade noch mit der Haager Landkriegsordnung in Deckung gebracht werden kann oder nicht. (...)

Gerichtsbarkeitserlass bedeutet, dass die Zivilbevölkerung aus der Zuständigkeit der Kriegsgerichte herausgenommen wurde. Was heisst das? Das heisst, die Truppe war der Gerichtsherr selbst. Und die Truppe sollte sich, ich zitiere: «gegen jede Bedrohung durch die feindliche Zivilbevölkerung schonungslos zur Wehr setzen.» Freischärler waren im Kampf oder auf der Flucht sofort zu erschiessen. Und jetzt: Wer waren Freischärler? Freischärler waren auch Unbewaffnete, auch Unbewaffnete wurden zu Freischärlern definiert. «Hetzer», «Flugblattverteiler», «Brandstifter» oder Zivilisten, bei denen nur der Verdacht auf solche Handlungen bestand. Das heisst, dieser Gerichtsbarkeitserlass war ein Freibrief jenseits von allen Kriegsregeln gegen die Zivilbevölkerung vorzugehen, da auch formuliert war, dass (auch für) Taten, die von der Truppe begangen wurden und die auch ein militärisches Verbrechen gewesen sind, (...) kein Verfolgungszwang bestand. Kriegsgerichtliche Verfahren kamen nur dann zur Anwendung, wenn, ich zitiere, «es die aufrechte Haltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert». Das heisst, hier wurde die Truppe geschützt, hier wurde die Disziplin der Truppe geschützt – und nicht die Zivilbevölkerung.

Allein dieser Befehl (...) von der obersten Führung in Berlin schlug sich also in masslos gesteigerter Gewalt gegenüber der Zivilbevölkerung vor Ort nieder. Ich erwähne nur einige Beispiele. Im rückwärtigen Heeresgebiet von Weissrussland etwa wurden in den ersten neun Monaten, also 1941 bis Beginn '42, zu einem Zeitpunkt – und das ist wichtig –, als die Partisanenbewegung über den Aufbau überhaupt noch nicht hinausgekommen war, über 63.000 Partisanen getötet. Die geringe Zahl der deutschen Verluste, sie lagen bei 638 Toten und 1.355 Verwundeten, beweist, dass die meisten dieser Partisanen Zivilisten gewesen sind und nicht im Kampf gefallen waren. (...) Das heisst, wir haben es hier zum Teil mit einem Deckbegriff zu tun; wir haben es nach 1945 mit dem Begriff Partisanenbekämpfung auch mit einer Deckerinnerung zu tun. Hier wird alles reingepackt, was sozusagen ausserhalb des Normalkrieges geführt wurde und als Partisanenkampf bezeichnet. *Unter dem Code-Wort «Partisanenkampf» sei Judenvernichtung betrieben worden. In Serbien habe man den Begriff «Jude ist gleich Partisan» geprägt.* (...)

Ernst Rebenitsch: Ich bin ja wohl am Tisch der Älteste, denn ich habe den Krieg vom ersten bis zum letzten Tag als Kampftruppenoffizier erlebt. Deshalb glaube ich einige Meinungen sagen zu können. Ich weise aufs Schärfe zurück den Anwurf der Täterschaft und Mittäterschaft als Kampftruppenoffizier. Ich stelle mich damit vor die Wehrpflichtigen. Wir haben 90 Prozent Wehrpflichtige im Dienst gehabt. Wollen Sie – wollen wir die alle als Täter und Mittäter bezeichnen? Das ist ein strafrechtlicher Begriff, der hier überhaupt nicht zulässig ist. Denken Sie bloss an

die mehrfach angeschuldigte 717. Sicherungsdivision in dem Minsker Prozess. Es sind durchaus nicht alle zum Tode verurteilt worden. Und inzwischen hat der russische Militärgeneralstaatsanwalt auf Antrag mehr als 5.000 Urteile aufgehoben. Fast mehr sind nicht zu stellen, denn die Überlebenden und auch die Familien existieren gar nicht mehr. (...)

Jeder anständige ehemalige Soldat werde sich für eine gründliche und wahrhaftige Untersuchung der im Krieg verübten Verbrechen einsetzen, meint Rebentisch. Denn nur so lasse sich eindeutig klären, dass Millionen deutscher Soldaten mit diesen Verbrechen nichts zu tun haben. Er selbst habe schon vor zwei Jahren den damaligen Generalinspekteur der Bundeswehr gebeten, entsprechende Schritte zu unternehmen. Selbst in einem Rechtsstaat hat der Verbrecher das Recht, dass ihm vor der Verurteilung die Tat nachgewiesen werden muss, andernfalls ist er freizusprechen. Solange dies 19 Millionen Soldaten verwehrt wird, die befehlsgetreu und opferbereit ihre Pflicht für das Vaterland getan haben, darf sich niemand wundern, wenn sich die noch Überlebenden gegen Pauschal diffamierungen zur Wehr setzen. Sehr zu bedauern und keinesfalls den alten Soldaten anzulasten ist, dass sich zum Schaden der Sache inzwischen radikale Kräfte in die Auseinandersetzung eingemischt haben. (Zwischenrufe) Wir haben es gestern in München erlebt. Niemand kann und darf sich mit ihnen identifizieren. (...)

In Kenntnis der Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» und des sie begleitenden Buches komme ich zu folgenden Feststellungen: Man könnte über diese Ausstellung kommentarlos hinweggehen, wenn sie nicht unter dem Vorwand der Aufklärung politische Ziele verfolgte, die sich gegen die Wehrfähigkeit und die Wehrbereitschaft Deutschlands richteten. (Gelächter und Zurufe) Ja, ja. Die Ausstellung beabsichtigt wider besseres Wissen eine Pauschal diffamierung aller Soldaten der Wehrmacht, wie es allein schon in ihrem Titel ganz klar zum Ausdruck kommt. Ich wiederhole: «Verbrechen *der* Wehrmacht». Gestützt auf Kreise, die einen anderen Staat wollen, und manche Intellektuelle bedienen sich die Aussteller der seit vielen Jahren von einer Gruppe im MGFA und einigen Historikern gesammelten Fakten und ergänzen sie durch angeblich neue Erkenntnisse aus sowjetischen und serbischen Archiven. Bewusst verschweigen die Veranstalter jedoch, dass und wie hart diese Kriegsverbrechen bereits vor Jahrzehnten von den Siegermächten und zum Teil auch von den deutschen Gerichten geahndet worden sind. Die das Begleitbuch einleitende Behauptung des Herrn Heer, Millionen deutscher Soldaten und österreichischer Soldaten seien nicht erst nachträglich über die Greuelthaten von Himmlers Einsatztruppen informiert worden, ist nicht richtig. Keiner meiner Kameraden in den Kampfgruppen wusste dies. (...)

Gewiss ist das in dieser Ausstellung gezeigte Material aufrüttelnd und erschütternd, aber es dient nicht dem Ziel der objektiven Wahrheitssuche, sondern es will alte Wunden aufreissen und die heutige Generation eindeutig und falsch indoktrinieren.

Die ehemaligen Soldaten wissen, dass im Zweiten Weltkrieg von allen Seiten schreckliche und unentschuld bare Untaten verübt worden sind. Wir wissen, dass wir von Hitler missbraucht worden sind. (...) *Aber was hätten die Fronttruppen denn tun können? fragt Rebentisch. Niemandem wäre damit gedient, deutsche Verbrechen gegen die der Gegner aufzurechnen. Aber es müsse nachdrücklich festgestellt werden, dass nur ein kleiner Prozentsatz der Soldaten der Wehrmacht an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sei. Deshalb könne es auch niemals geduldet werden, dass alle Soldaten pauschal als Täter oder auch nur als Mittäter angeschuldigt werden.* (...)

Jan Philipp Reemtsma: Es hat wenig Sinn, viel Aufwand mit der Widerlegung (...) der Behauptung zu treiben, alle Soldaten würden als Täter bezeichnet, denn diese Aussage ist in keinem Text der Ausstellung, in keinem Band und von keinem der für die Ausstellung Verantwortlichen jemals aufgestellt worden. Also das hätten Sie sich schenken können. (Applaus) Zweitens: Die Unterstellung über die politische Absicht der Ausstellung in der Gegenwart der Bundesrepublik weise ich aufs schärfste zurück und möchte Sie auffordern, dergleichen nicht zu wiederholen.

Wolfgang Benz weist eingangs auf *Bewusstseinslagen* hin, die uns bestimmen und die unsere Väter oder Grossväter bestimmt haben. Und wir kommen nicht an der Tatsache vorbei, dass der Überfall auf die Sowjetunion mit einer Kreuzzugsmentalität geführt wurde, dafür gibt es eine grosse Menge von Beispielen, Feldpostbriefe, und zwar nicht von Offizieren, sondern auch von Unteroffizieren und Gefreiten, die davon Beweis ablegen, wie stark alle infiziert waren von der Ideologie und der Propaganda des nationalsozialistischen Staates und sie sich freuten, dass man endlich dem bolschewistischen Untermenschen ans Leder kann und dass man diese jüdische Bolschewistenbrut jetzt bekämpft. Das ist kein Schuldvorwurf, das ist ein Teil der Stimmung, der Bewusstseinslage, in der der Krieg gegen die Sowjetunion geführt wurde. Nach 1945 bedurfte es wieder der Rechtfertigung für solche Stimmungslagen, und nach 1945 sind dann die Leiden der Feinde, die Leiden der Opfer, vollkommen ausserhalb des Bewusstseins der Deutschen geblieben. Es war nicht die Rede von den Versklavten, von der versklavten Zivilbevölkerung, es war nicht die Rede von den ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen, um zwei Beispiele zu nennen. Es gab dafür Deckerinnerungen. Die Greuel der Roten Armee, an denen auch kein Zweifel herrscht, bei der Besetzung Deutschlands dienten zur nachträglichen Rechtfertigung des Krieges gegen die Sowjetunion. Das sind wie gesagt Feststellungen zur Bewusstseinslage, die ohne Schuldvorwurf erhoben werden.

Zur Erinnerung und zum kollektiven Bewusstsein eines Landes, das für sich in Anspruch nimmt, Kulturation zu sein, gehört das Erinnern an das, was geschehen ist. *Er sehe mit gewisser Besorgnis die Polarisierung anlässlich einer solchen Ausstellung. Von einem Teil des Publikums werde sie als pauschale Diffamierung begriffen, die deshalb der energischen Zurückweisung bedürfe, und vom anderen Teil des Publikums werde sie als moralische Anklage verstanden, wozu sie auch nicht*

berechtigt sei. Ich plädiere dafür, diese dringend notwendige Erinnerungsarbeit mit dem Vehikel von Ausstellungen, Büchern, Femsehdocumentationen, allen möglichen Medien, so zu betreiben, dass wir aus diesem Kreislauf von Schuldzuweisung und Rechtfertigung herauskommen, denn das dient weder der Wahrheitsfindung, noch dient es unserer demokratischen Kultur, die uns allen am Herzen liegt. (...)

Vielleicht ist der Titel der Ausstellung unglücklich – «Verbrechen der Wehrmacht», vielleicht hätte man sagen können oder sollen «Die Wehrmacht im nationalsozialistischen Staat», darum geht es für mich, und wir (...) sind dann auch aus dieser Notwendigkeit der jeweils individuellen Rechtfertigung heraus. Es ist dasselbe wie beim Holocaust. Wenn ich irgendwo einen Vortrag halte über die Vernichtung und Ermordung der Juden, dann erhebt sich ganz gewiss jemand der älteren Generation und schwört Stein und Bein, dass er davon nichts gewusst hat und dass wirklich alle nichts gewusst haben und dass die Sache deshalb anders war, als der Historiker sie vielleicht beurteilt. Es geht um Verstrickungen, und die müssen benannt werden, und das hat nichts mit Schuldzuweisung zu tun. (...)

Es wurde verschiedentlich heute auch schon darauf hingewiesen, dass diese Legende von der sauberen Wehrmacht ein Konstrukt ist. Nein, schon dass man sich immer darauf beruft, ist vielleicht ein Beweis für ihre Existenz. (...) Also diese Legende existiert, und gegen Legenden, das ist der Job des Historikers, dafür hält sich die Öffentlichkeit Historiker, gegen Legenden muss man etwas unternehmen, muss man Aufklärung treiben.

Zweifellos habe die Ausstellung Mängel, das würden möglicherweise auch die Ausstellungsmacher und Verantwortlichen zugeben, sagt Benz. Aber er möchte auf zwei Parallelen hinweisen, nämlich einmal geht es um die Fernsehserie «Holocaust», die 1978 oder '79 ausgestrahlt wurde und eine ungeheure emotionale Bewegung unter den Deutschen ausgelöst hat. Und was machten wir Historiker angesichts dieser Tatsache, dass zum ersten Mal öffentlich darüber nachgedacht wurde? Wir Historiker sagten, ja, aber hier stimmen Uniformstücke nicht und hier ist ein Detail falsch, und hier ist wieder irgendetwas, stimmt etwas, eine Einzelheit mit der historischen Wahrheit nicht überein. Und wir Historiker (...) sagten dann, wir machen doch die seriösen grossen Bücher, sechs Bände in 25 Jahren, die soll das Publikum anschauen; aber die schaut das Publikum ja nicht an, und das Publikum wäre auch überfordert, wenn es jetzt noch weiter Jahrzehnte warten müsste, bis wir Historiker dann alles in dickleibigen Bänden zusammengestellt haben. Den Vorwurf, dass das eine oder andere Detail nicht stimmt, macht man in aller Regel den mit so hohen Einschaltquoten konsumierten historischen Dokumentationen im Fernsehen nicht; und da habe ich auch noch nicht erlebt, dass jetzt eine grössere Bildkritik wahrgenommen worden wäre, wie es jetzt hier gegenüber dieser Ausstellung geschieht. Vielleicht muss ich betonen, dass ich überhaupt nichts mit dieser Ausstellung zu tun habe, dass ich sie aber gesehen habe, als sie in Berlin stand. – Zweites Beispiel. Es gab einen

sehr bewegenden Streit, der begann in den 50er Jahren um die Kriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg, ausgelöst durch Fritz Fischer, durch das Buch «Griff zur Weltmacht». Und was macht Fritz Fischer, eher ein Aussenseiter in der Zunft? Er hat das tabuisierte Thema aufgegriffen. Was machten die zünftigen Historiker? Die sagten, ja, aber da stimmt so vieles nicht. Hier, diese Fussnote ist falsch, jene Beweisführung ist nicht exakt. Zugegeben, das Buch ist auch einigermaßen schlecht und hält von der Methode her, von der Machart, der Kritik nicht unbedingt stand. Aber es hat ein Stück historische Aufklärung und Wahrheit transportiert. (...) Heute ist das ganz selbstverständlich, heute regt sich über die Ergebnisse dieser Forschungen niemand mehr auf, das bitte ich doch zu bedenken.

Eine Ausstellung ist ein Medium ähnlich wie ein Buch, (...) und um einen bestimmten Gegenstand deutlich zu machen, müssen Selektionen vorgeführt werden. Man kann nicht die Geschichte der deutschen Wehrmacht von 1939-1945 mit sämtlichen Differenzierungen in einer Ausstellung darbieten. Man kann immer nur, und man muss das meiner Meinung nach, Defizite im öffentlichen Bewusstsein deutlich machen, sei das jetzt mit einer Ausstellung, sei das mit Büchern, sei das mit Rundfunk- oder Radiosendungen, Festvorträgen. Jedes Medium ist auf seine Weise dazu tauglich. Aber wir dürfen jetzt eine Ausstellung, die uns zum Nachdenken anregen soll und anregen muss, nicht dadurch überfordern, dass wir von ihr alles verlangen, was im Festvortrag, im Buch, im Aufsatz, in der dreiviertelstündigen Rundfunksendung auch nicht geleistet werden kann.

Er habe die Intention der Ausstellung nicht so verstanden, als solle irgendjemand diffamiert werden, als müsse irgendjemand seine individuelle Schuld beweisen, sagt Benz. Ich verstehe diese Ausstellung als einen notwendigen Denkanstoss und würde empfehlen, sie auch so zu benützen.

Wolfgang Eichwede: Ich finde die Überlegung von Herrn Benz, dass diese Ausstellung anregt, einen sehr wichtigen Aspekt. Möglicherweise (...) regt sie gerade deshalb an, weil sie provoziert und weil sie schmerzt.

Arbeitsgruppe 2

Die Armee im demokratischen Rechtsstaat

Thesenpapiere

General a.D. Wolfgang Altenburg

Es wird im Zusammenhang mit der Ausstellung ständig die Fragestellung «Pro oder Contra» gebraucht. Dem scheint man unterschiedliche Bedeutungen zu geben. Es kann sich auf die Ortswahl für die Ausstellung beziehen; es kann nicht damit gemeint sein, ob man «Pro» oder «Contra» zu nachweislich geschehenen Verbrechen steht. Es darf aber in Frage gestellt werden, ob das Material und der historische Beweiswert der Ausstellung dem grauenhaften Geschehen in seiner ganzen Problematik wirklich Rechnung trägt. Im Vordergrund müssen Mitgefühl, Trauer und Scham stehen in Kenntnis des Schicksals der Millionen Opfer. Andererseits stehen Täter und vor allem Mittäter in der Geschichte vor so schlimmen Vorwürfen unmenschlichen Handelns, dass die Recherchen neben den Bildern zweifelsfreie Ergebnisse erbringen müssen. Das ist man letztlich wiederum den Opfern schuldig.

Es wird gefragt, warum in diesem Zusammenhang die Frage nach der Rolle der Armee im demokratischen Rechtsstaat gestellt wird. Die Bundeswehr sieht zu Recht *keine* Notwendigkeit sich in diesem Zusammenhang zu legitimieren. Weder hinsichtlich ihres Auftrages der ersten 35 Jahre ihres Bestehens noch ihres heutigen erweiterten Auftrages. Sie steht hinter dem Primat der Politik und unterliegt parlamentarischer Kontrolle. Wie wichtig es für Erhalt von Frieden und Freiheit für die Menschen der Bundesrepublik Deutschland war, im Rahmen eines Bündnisses Streitkräfte zu unterhalten, steht heute auch für kritische Betrachter ausser Frage. Es ist eher einfacher geworden, den Nachweis dafür zu erbringen. Der Unterhalt von Streitkräften zum Schutz eigener und der Interessen von Partnern ist Ausdruck der Souveränität eines Staates. Natürlich muss Art und Ausmass dem politischen Auftrag entsprechen. Ein Missbrauch der Streitkräfte für verbrecherische Ziele wie gehabt -muss durch die parlamentarische Kontrolle ausgeschlossen sein. Führung, Struktur und das innere Gefüge der Armee müssen diesem politischen Anliegen entsprechen. In den 35 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Bundeswehr habe ich nie erlebt, dass etwas anderes als politische Auftragserfüllung geschehen ist.

Richtig ist, dass die Gründung der Bundeswehr Mitte der fünfziger Jahre ohne Rückgriff auf ehemalige Angehörige der Wehrmacht nicht möglich gewesen wäre.

Die Führung unseres jungen Staates wusste auch zu jener Zeit, vielleicht nicht in Einzelheiten wie heute, dass die Wehrmacht das Instrument eines verbrecherischen Regimes gewesen ist. Es war die Armee Hitlers – und es waren *auch* Wehrmachtsoffiziere, die sich diesem angedient hatten. Es war Blomberg, der 1935 die Vereidigung auf die Person Hitler vorschlug. Es waren viele, die teils im Irrglauben, teils auch, weil es ihrer eigenen Interessenlage entsprach, zum Werkzeug des Regimes geworden sind. Wir dürfen das heute ebensowenig ignorieren, wie unsere Regierung es in den fünfziger Jahren getan hat, wenn wir jenen gerecht werden wollen, die *nicht* gegen die Rechtmässigkeit soldatischen Handelns im Kriege verstossen haben – so grausam dieses Handeln für alle Seiten gewesen sein mag. Krieg an sich ist unvorstellbar grausam – und der Zweite Weltkrieg war es ganz besonders, es war ein Vernichtungskrieg, wie Hitler es nannte!

Für die Auswahl der Führungspersonen für unsere Streitkräfte hielt die Bundesregierung die Einsetzung eines Personalgutachterausschusses für erforderlich; übrigens der einzige Bereich unserer neuen Ordnung, in dem das geschehen ist. Von 83 Generalsbewerbungen wurde bei 61 die Eignung bejaht, bei 9 verneint, 13 zogen ihre Bewerbung zurück, 44 wurden schliesslich übernommen. Die Prüfungsverfahren aller – besonders der kriegsgedienten-Bewerber waren vermutlich sorgfältiger als die in anderen Bereichen unseres öffentlichen Lebens. Menschen waren es allzumal, Prüfer und Geprüfte, und damit nicht vor Fehlentscheidungen gefeit. Es waren auch Korrekturen erforderlich. Es ist erstaunlich und zu würdigen, wie sich die übernommene Kriegsgeneration in das Gefüge der parlamentarischen Demokratie eingefügt hat. Ich habe sie in den ersten Jahren als Vorgesetzte und Ausbilder, später als gleichgestellte Kameraden und als Untergebene erlebt. Ich bekenne mich zu ihnen, nicht nur in unserer Armee erkennt man mit Stolz ihre Leistung an. Gerade *weil* ich auch in höchster Verwendung in unserer Allianz eingesetzt war, ist mir bewusst, dass diese Ansicht in und über die Allianz hinaus auch von ehemaligen Kriegsgegnern in West – und Ost! – geteilt wird.

Anders gesehen wird das offensichtlich von Herrn Heer, wenn er in der Einleitung zum Ausstellungskatalog zwar schreibt, «man wolle kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen», aber genau dieses Urteil dann doch durch die Wucht und das Grauen der Bilder entstehen lässt. Dabei mögen die Bilder echt sein, *ihre Zuordnung* zu den Texten ist sicherlich zweifelhaft, zumal weder sie noch die Quellenhinweise in allen Fällen einen *Beweis liefern*. Daher empfehle ich dringend den Vergleich Bild/Quellentext mit den von den Ausstellern hierzu verfassten Texten. Es geht nicht darum, von unser *aller grundsätzlichen* Schuld oder Mitschuld den Opfern gegenüber abzulenken. Aber Schuld ist nur individuell, nicht pauschal oder generalisierend zuweisbar, wie die Aussteller es machen. Demagogische und polemische Textformulierungen entsprechen nicht dem Grauen, das geschehen ist. Etwa 19 Millionen Menschen haben vermutlich

irgendwann zur Wehrmacht gehört, die Schätzungen der Toten der Wehrmacht liegen zwischen 4-7 Millionen Toten, Tausende haben wegen der in der Ausstellung dargestellten Verbrechen vor Gericht gestanden, viele haben mit dem Leben gebüsst. Bei vielen Mittätern verlangt die Gerechtigkeit auch die *Umstände* zu sehen, die die meist jungen Menschen zu Tätern machten. Heer schreibt einleitend, dass die «Wehrmacht an *allen* Verbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt war», das dürfte wissenschaftlich anfechtbar sein. Der Traditionserlass der Bundeswehr, bestätigt durch den Herrn Bundespräsidenten und durch den Bundesminister der Verteidigung, unterscheidet zwischen der Wehrmacht als dem Instrument eines verbrecherischen Regimes und den Soldaten, so sie ehrenhaft ... gekämpft haben. Herr Heer tut das nicht, er verdammt und verurteilt pauschal, wenn er auf S. 30 seines Begleitbuches davon schreibt, dass sich die Mannschaftsgrade der Wehrmacht von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr von der Mentalität der Himmlertruppe unterschieden. Für den Aussteller waren (Zitat HA2.3.95) die Verbrechen der Wehrmacht eben nicht die Ausnahme. – Und das bei ca. 19 Millionen Menschen, von denen etwa 4-5 Millionen gefallen und Tausende in Verfahren nach dem Kriege abgeurteilt wurden, teilweise für die Taten, die Herr Reemtsma uns jetzt vorführt? Was ist denn die wirkliche Absicht der Ausstellung: die «hidden agenda»?

Der Historiker Manfred Messerschmidt sagt in einem ZEiT-Interview zu der Feststellung, dass die Bundeswehr ein Kind der Wehrmacht war und ob es ihr gelungen sei, diesen Geburtsmakel abzustreifen, es sei ihr nicht gelungen.

Heer nennt das, was an Legendenbildung in der Nachkriegszeit entstand, nur die Fortsetzung dieser Politik. (Versuch der Wehrmacht, die Spuren ihrer Verbrechen zu verwischen.)

So werden denn Interessierte durch das wiederum missbrauchte Eiserne Kreuz der Befreiungskriege in eine bedrückende Umgebung von Eindrücken geführt, die zweifelsfreie Schuld von vielen pauschalisierend zur Schuld auch Unschuldiger macht! Dient das dem Respekt vor Recht und dem Versuch der Wahrheitsfindung?

Oberst Bernhard Gertz

Die Auseinandersetzung mit der Rolle der Wehrmacht und ihrer Soldaten im Zweiten Weltkrieg ist für jeden Soldaten der Bundeswehr notwendig – auch 52 Jahre nach Kriegsende. Wer aus der Geschichte lernen will, muss sie kennen – und nicht nur sektorale und höchst subjektive Vorstellungen davon haben.

Dazu gehört zum Beispiel die Lektion, dass der Primat der Politik nach unserem Grundgesetz für «demokratisch zustandgekommene Politik» gilt, während der Respekt vor dem Primat der Politik in einer menschenverachtenden Diktatur bedeuten kann, dass der Soldat sich zum Erfüllungshelfen von Verbrechern macht.

Deshalb lehne ich Aufrufe zum Boykott der Ausstellung ebenso ab wie Demonstrationen oder holzschnittartige politische Äußerungen.

Die Bundeswehr und ihre Soldaten können nicht so tun, als betreffe sie die Debatte um die Ausstellung nicht. Zwar ist die Bundeswehr anders als die Wehrmacht eine Armee in der Demokratie, die auf einer völlig anderen Werteordnung gründet und deren Traditionsverständnis gerade nicht an der Institution Wehrmacht anknüpft, doch waren es Soldaten der Wehrmacht, die die Bundeswehr aufgebaut und geprägt haben.

Diese Männer, von Personalgutachterausschüssen «handverlesen» ausgewählt, sind das Bindeglied zwischen den beiden Armeen. Prof. Messerschmidt hat dazu einmal bemerkt, die Bundeswehr sei deshalb mit einem «Geburtsmakel» belastet. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Für mich bleiben Männer wie Heusinger, Speidel, v. Kielmannsegg, v. Baudissin, Steinhoff und de Maizière ebenso wie viele unserer hervorragenden Unteroffiziere Vorbilder.

Wer der Gesellschaft den Eindruck vermittelt, dass die Wehrmacht insgesamt eine verbrecherische Institution gewesen sei und – Kurzschluss! – mithin alle ihre Soldaten Verbrecher, belastet damit auch die Bundeswehr.

Niemand kann bezweifeln, dass die oberste Wehrmachtsführung Wachs in den Händen des Verbrechers Hitler gewesen ist, niemand abstreiten, dass es auf allen Führungsebenen Soldaten gegeben hat, die sich verbrecherischen Befehlen nicht nur nicht widersetzt, sondern sie ohne jeden Skrupel ganz im Sinne nationalsozialistischer Zielsetzungen weitergeleitet oder persönlich ausgeführt haben.

Auf der anderen Seite ist historisch gesichert, dass es in der Wehrmacht wiederum auf allen Führungsebenen Männer gegeben hat, die diese Befehle nicht nur als unmenschlich erkannten, sondern auch nach dieser Einsicht handelten – auf der ganzen Bandbreite von der Täuschung über angebliche Befehlsausführung über stillen Ungehorsam bis zur offenen Gehorsamsverweigerung und zu konkreten Widerstandshandlungen. Dies lässt sich zum Beispiel an der Ausführung des «Kommissarbefehls» verifizieren – warum sonst sollte Hitler darüber geschimpft haben, dass die Wehrmacht «zu vornehm» sei, diesen Befehl auszuführen?

Wer die Ausstellung «Militärischer Widerstand gegen Hitler» gesehen hat, wird auch angesichts der vielen Zeugnisse, die Herr Heer für seine Ausstellung zusammengetragen hat, nicht zu Pauschalurteilen neigen. Er wird vielmehr-wie auch ich – an der Überzeugung festhalten, dass es weder einen pauschalen Freispruch noch eine kollektive Verurteilung der deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges geben kann und er darf unbeirrt davon ausgehen, dass für die Masse der Wehrmachtssoldaten weiterhin die Vennutung gilt, einer falschen Sache individuell ehrenhaft gedient zu haben.

Ich hätte mir anstelle dieser Ausstellung eine andere gewünscht; eine, die zwar nichts weglässt von dem, was sie jetzt zeigt, sich aber zusätzlich erkennbar bemüht, ein vollständiges Bild zu vermitteln, um auch die andere Seite der Medaille zu zeigen. Dass sie das bewusst nicht tut, mag hilfreich sein bei dem Bemühen, aufzurütteln, zu provozieren und zu schockieren, trägt ihr aber auch zu Recht den Vorwurf ein, mehr von Sendungsbewusstsein geprägt zu sein als von wissenschaftlichem Verantwortungsbewusstsein für die Folgen eines so einseitigen Bildes. Der Grundsatz «Übertreiben macht anschaulich» gehört in die Politik, nicht in die Wissenschaft.

Wer hingehen will in diese Ausstellung, soll hingehen. Er soll aber mehr tun: Er soll sich aus anderen Quellen umfassend unterrichten, um der Generation unserer Väter und Grossväter gerecht werden zu können. Dazu gehört für mich vor allem, dass er die Perspektive des Richterstuhles vermeidet und sich stattdessen darum bemüht, das Handeln der Menschen unter den für sie in ihrer Zeit geltenden Rahmenbedingungen zu verstehen. Wer sich dieser Mühe unterzieht, wird lernen, wie er die Wiederholung solcher Rahmenbedingungen und solcher Handlungen vermeidet.

Senator a.D. Volker Kröning MdB

Die Tagung zu der Ausstellung ist zu begrüßen, und richtig ist auch, nach der historischen Einordnung des Themas durch Professor Jacobsen die beiden Parallelthemen – sozusagen die entscheidenden moralischen und politischen Themen – zur Diskussion zu stellen: nämlich die Rolle der einzelnen Soldaten der Wehrmacht und die Rolle der Bundeswehr. Denn wenn die Ausstellung einen Sinn hat, dann den: die Bedingungen des Tuns und Unterlassens von Menschen unter einer verfehlten und verbrecherischen Politik aufzuklären und nach den Konsequenzen hier und heute zu fragen.

Meine Thesen zu dem Thema der Arbeitsgruppe 2 «Armee im demokratischen Rechtsstaat» sind im Wesentlichen:

1. Die Bundeswehr steht in einer Spannung von Neuanfang und Kontinuität gegenüber der deutschen Geschichte, mit der sich jede Generation auseinandersetzen muss.
2. Als eine der wenigen Institutionen der neugegründeten Bundesrepublik Deutschland war sie personell, organisatorisch und rechtlich gegenüber ihren Vorgängerinnen – der Wehrmacht und der Reichswehr – abgesetzt worden. Vergleichbares hat man bei anderen Trägern staatlicher Kernaufgaben, z.B. der Justiz, unterlassen.
3. Am markantesten drückte sich der Neuanfang im Aufbau der Friedensverfassung des Grundgesetzes (1949) und der Einordnung der Wehr- und Notstandsverfassung in das Grundgesetz (1954/56, 1968) aus. Diese Regelungen bewährten sich bei der Aufnahme der Bundesrepublik wie der DDR in die UNO und ihrer Mitwirkung an der KSZE und an den Verträgen der 80er Jahre zur atomaren, chemischen und konventionellen Abrüstung, beim Beitritt der DDR zum Staat des Grundgesetzes (1990) und bei dem Streit über den Einsatz der Bundeswehr ausserhalb der Landes- und Bündnisverteidigung, den das Bundesverfassungsgericht zu entscheiden hatte (1994).
4. Von ebenso grosser Bedeutung für die Abkehr der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik von der Tradition des Zweiten und Dritten Reiches waren der völkerrechtliche Verzicht auf die Herstellung und den Gebrauch von Massenvernichtungswaffen schon durch die beiden deutschen Staaten und letztlich durch den 2 + 4-Vertrag – und die Integration der deutschen Streitkräfte in gemeinsame Strukturen der NATO. Auch die Abrede im Zuge der Wiedervereinigung, die Truppen und Waffen der Verbündeten nicht nach Osten zu dislozieren, wirkt in der gegenwärtigen Debatte über die Erweiterung der NATO nach Osten weiter.
5. Die militärische Mitwirkung Deutschlands an der Beendigung des Krieges in Bosnien (IFOR) und an der Absicherung des zivilen Wiederaufbaus des Landes

(SFOR) und anderen out of area-Einsätzen der Bundeswehr und deutscher Soldaten folgen den gleichen Regeln einer nicht-nationalstaatlichen, nicht mehr von Grossmacht-Ambitionen geleiteten Politik. Prägend für diese Politik nach Wiedererlangung der Souveränität sind der Parlamentsvorbehalt und die Unterwerfung unter kollektivrechtliches Mandat (UNO, OSZE). Auch die Vereinbarungen zur Intensivierung der deutsch-französischen Zusammenarbeit verlassen nicht den transatlantischen und zugleich für die mittel- und osteuropäischen Staaten kalkulierbaren Rahmen deutscher Sicherheitspolitik, sondern öffnen ihn für neue Mitglieder, besonders Polen, im Sinne von – mehr – gemeinsamer Sicherheit in Europa. Die Kontinuität dieser Politik währt inzwischen länger, als die beiden davor liegenden Epochen deutscher Sonderwege gedauert haben.

6. Eine Doppelhürde steht der deutschen Militär- und Sicherheitspolitik mit dem Ausbau der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Zuge der Reform der EU (Maastricht II) und mit der Erweiterung und Reform der NATO bevor: Wird der Weg der Integration fortgesetzt, bleibt der Kurs auf Zusammenarbeit mit dem «Sicherheitspartner» – besonders Russland – gerichtet, wie wird darüber hinaus das Umfeld-besonders im Nord- und Südosten und am Mittelmeer – organisiert, und welche neuen Wege zu einem Ausbau der «Europäischen Sicherheitsarchitektur» und zu weiterer Rüstungskontrolle und Abrüstung werden gefunden ? Darüber kann und muss man streiten; das Dokument der OSZE von Lissabon gibt eine Richtschnur.
7. Die Bundeswehr hat längst das 3. Kapitel ihrer Geschichte – einer neuen Tradition deutscher Militärpolitik – begonnen: Als Mittel einer Politik, die durch Verfassungs- und Völkerrecht dem Verbot der Anwendung und Androhung von Gewalt verpflichtet ist, war sie zunächst ein Mittel der Westintegration und der Wiedergewinnung aussenpolitischer Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland und sodann ein Mittel zur Absicherung der Ostpolitik der Bundesrepublik und zur Überwindung der staatlichen Teilung Deutschlands. Inzwischen ist die Bundeswehr ein Mittel einer an nicht-militärischem Konfliktaustrag orientierten, auf eine Entmilitarisierung Europas gerichteten Politik. Sie ist noch, aber auch nur noch ein Mittel in einem Bündel von Konfliktprevention, Interessenausgleich und Krisenmanagement.
8. In dieser Perspektive kommt dem geistigen Grundlagen der Bundeswehr, der Inneren Führung, ihren Bildungseinrichtungen, ihrer Stellung in der Gesellschaft und der Art und Weise, wie die Politik ihrem Primat nach innen und nach aussen ausübt, nach wie vor eine Schlüsselrolle zu: Die Soldaten, ihre Familienangehörigen, die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr und die Beschäftigten der Rüstungsindustrie brauchen keine der schwierigen Diskussionen zu scheuen, die zurzeit geführt werden – von der Wehrpflicht bis zu Umfang und Struktur der Bundeswehr, vom Ethos des Dienens bis zu den Anforderungen des Friedens- und

Kriegsvölkerrechts, von der Traditionspflege bis zum sog. Ehrenschatz, von Recht und Pflicht zum Widerstand bis zu Desertion einst und heute. Entscheidend ist nur, dass die Gesellschaft und ihre Politik reif mit den Trägern des Gewaltmonopols

Dr. Hans-Ulrich Seidt

«Nürnberg jetzt!» – Die Gegenwart des Vernichtungskrieges und die Aufgaben deutscher Politik

I.

Die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» hat in den vergangenen Monaten polarisierende Effekte und unversöhnlich erscheinende Lagen der Konfrontation hervorgerufen. Dabei behandelte die öffentliche Debatte das Thema «Vernichtungskrieg» in erster Linie als Gegenstand einer rückwärtsgewandten Betrachtung, nicht jedoch als unmittelbare Herausforderung an die Politik, genauer: an die Aussen- und Sicherheitspolitik Deutschlands nach dem Ende des Kalten Krieges.

Die historischen und psychologischen Ursachen für einen solchen Verlauf der Diskussion in Deutschland sind nur zu verständlich. Notwendig ist aber gleichwohl, dass die Aufforderung: «Erinnern für die Zukunft!» ergänzt wird durch die Maxime: «Handeln für die Gegenwart!»; denn der Gegenwartsbezug des Themas «Vernichtungskrieg» ist nicht nur angesichts der zeitlichen und räumlichen Nähe des Bosnien-Konfliktes mit Händen zu greifen.

Das Thema der Ausstellung ist daher gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Balkankrieges der Jahre 1991-1995 nicht nur ein Prüfstein für die moralische Kompetenz der deutschen Öffentlichkeit im Umgang mit der eigenen Vergangenheit, sie ist auch ein Test für ihre Fähigkeit zu verantwortungsbewusstem Handeln in einer Zeit, die nach der Zäsur der Jahre 1989/1991 erneut mit der unmittelbaren Gegenwart des Vernichtungskrieges konfrontiert ist.

Wer die Bewältigung dieser Herausforderung als vordringlichste Aufgabe einer dem Menschenbild des Grundgesetzes verpflichteten Politik begreift, dem kann es bei dem Thema «Vernichtungskrieg» nicht vorrangig um eine Apologie oder retrospektiv angelegte Verurteilung des Verhaltens von Grossorganisationen in klar definierten Geschichtsepochen gehen. Vielmehr wird er vor allem versuchen, Antworten auf die Frage nach der sicherheitspolitischen und strategietheoretischen Aktualität historischer und zeitgeschichtlicher Erfahrungen zu finden, um die Wirkungen seiner Einsichten dann in der praktischen Anwendung auf Entwicklungen der Gegenwart zu erproben.

Die Entscheidung des Senats der Freien Hansestadt Bremen, zur Ausstellung: «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» eine Fachtagung mit aktuellem sicherheitspolitischen Bezug zu veranstalten, belegt somit nicht nur die tagespolitische Brisanz eines historischen Themas, sondern beweist auch eine

ausgeprägte Sensibilität des Senats für die aktuellen Kernprobleme deutscher Sicherheitspolitik in einem ungeteilten Europa. Konkret geht es jetzt um die angesichts der jüngeren deutschen Geschichte zwangsläufig umstrittene, heute aber offensichtliche Notwendigkeit und Möglichkeit militärischer Einsätze Deutschlands in einem über die Landesverteidigung im engeren Sinne hinausgehenden, erweiterten Aufgabenspektrum.

II.

«Nürnberg jetzt!» Unter dieser Überschrift erschien am 16. Mai 1991, also noch vor dem Beginn des Krieges im ehemaligen Jugoslawien, in der Belgrader Zeitung «Borba» – damals noch Sprachrohr der Vernunft und der auf Ausgleich bedachten geistigen Kräfte – ein Artikel des auch international hochangesehenen Journalisten Mirko Klarin. Er zitierte die Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 11. Dezember 1946, in der «die Planung, Vorbereitung und der Beginn eines Krieges» zu «Verbrechen gegen den Frieden» erklärt wurden. Er rief in Erinnerung, dass in Nürnberg «Mord, Ausrottung, Deportation, Folter und andere Grausamkeiten» sowie «Verfolgungsmassnahmen aus nationalen, religiösen, rassischen oder politischen Gründen» als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet und bestraft wurden.

Der Artikel schloss mit der Forderung, sofort einen Gerichtshof nach dem Vorbild des Nürnberger Tribunals einzuberufen, um die Planer und Organisatoren des Krieges und der Massenverrichtung, die verdeckt bereits tätig waren, zur Verantwortung zu ziehen und von der beabsichtigten Entfesselung des Vernichtungs- und Vertreibungskrieges abzuschrecken: «Grosse Opfer menschlichen Lebens und materieller Güter blieben uns erspart. Die Urteile würden viel milder ausfallen, als wenn sie – Gott möge es verhüten – nach sechs Monaten oder sechs Jahren Bürgerkrieg ergehen müssten. Jetzt können sich einige noch auf ihre eingeschränkte Verantwortung berufen, aber nach zehntausenden oder hunderttausenden von Toten wäre dies viel schwieriger.»

Sechs Jahre später bleibt für Bosnien und Herzegowina die Bilanz: Von den 4,3 Millionen Menschen, die 1991 noch in dem Land lebten, wurden 1,325 Millionen Menschen aus ihren Heimatorten vertrieben. Über 320.000 Menschen haben Zuflucht in Deutschland gefunden. Über 278.000 Menschen sind tot oder werden vermisst.

Durch die Resolution 827 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen wurde am 25. Mai 1993 der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag eingerichtet. Er ist für die Verfolgung der Kriegsverbrecher zuständig. Gegenwärtig sind 73 Personen angeklagt, gegen neun Angeklagte ergingen internationale Haftbefehle. Aber nur sieben Angeklagte befinden sich im Gewahrsam des Gerichtshofs, und lediglich zwei Angeklagte wurden auf Grund eines Haftbefehls dem Gerichtshof überstellt.

III.

«Nürnberg jetzt!» Der im Jahre 1991 nicht nur in Belgrad ungehört verhallende Aufruf zu präventivem Handeln wurde vor dem Hintergrund der konkreten historischen Erfahrung eines bereits einmal durchlebten Vernichtungskrieges formuliert.

Denn die Jahre 1941-1944 bedeuteten für Millionen von Menschen im ehemaligen Jugoslawien nicht das Erlebnis gemeinsamen Widerstandes gegen einen Aggressor von aussen. Diese Jahre waren für sie vielmehr die Zeit eines «bellum omnium contra omnes», wobei jede Kriegspartei nicht nur auf die militärische und politische Entmachtung des Gegners, sondern auf die physische Vernichtung des Feindes zielte. Dabei begründeten sie ihre Vernichtungsstrategie entweder rassenideologisch bzw. ethnisch wie im Falle der faschistischen Ustascha-Organisation der Kroaten und der serbischen Tschetnik-Bewegung oder klassenideologisch wie die kommunistische Partisanenbewegung Titos.

Während der Zeit des Kalten Krieges wurden die traumatischen Erfahrungen dieser Jahre «eingefroren». Die gut dokumentierte Erkenntnis, dass alle politisch relevanten Kräfte auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens in den Jahren 1941-1944 nicht nur in Denkschriften Vernichtungsziele formuliert, sondern in sorgfältig geplanten Operationen verwirklicht hatten, blieb verdrängt, war aber nicht vergessen: «Die Aktion gegen die Muslims in den Bezirken Pljevlja und Foca ist beendet. In der Nacht zum 7.2. haben wir die Drina erreicht, insgesamt waren damit die Kämpfe beendet. Dann begann die Reinigung des befreiten Gebiets. Alle muslimischen Dörfer wurden niedergebrannt. Während der Operation wurde die vollständige Vernichtung der muslimischen Bevölkerung durchgeführt, ohne Rücksicht auf Geschlecht oder Alter. Wir hatten 22 Tote (davon zwei durch Unfall) und 32 Verletzte. Die Muslims hatten als Verlust ca. 1.200 Kämpfer und gegen 8.000 andere (Frauen, Alte und Kinder).»

(Aus einem Bericht des Generalstabs der Tschetnik-Bewegung für den Bereich Lim und Sandschak [Major Djuric] vom 13. Februar 1943)

IV.

«Nürnberg jetzt!», – aber schon 1991 wurde die präventive Wirkung rein politischen Handelns, etwa durch die Einrichtung eines internationalen Tribunals vor dem eigentlichen Ausbruch des gewaltsamen Konflikts, von Mirko Klarin im Schlusssatz seiner prophetischen Warnung selbst in Frage gestellt. Unter Berufung auf Hans Magnus Enzensberger wies er nämlich daraufhin, dass Prävention, Begrenzung und Kontrolle eines Konflikts dann versagen, wenn ein «Todeswunsch» die Planer des Krieges beseele und sie die «Vernichtung als Schlussakt einer Mission betrachten, zu deren Vollzug sie sich verpflichtet fühlen».

Enzensberger und Klarin ahnten wohl bereits im Frühjahr 1991, dass der künftige Krieg sich von einem Konflikt unterscheiden würde, in dem ausschliesslich reale politische Gegensätze und Stärkeverhältnisse entschieden werden sollten. Die Fra-

ge nach Frieden oder Krieg war nicht mehr nur Ausdruck rationaler Nützlichkeits-erwägungen, eines politischen Kalküls der jeweiligen Interessenlage oder der Machtstrukturen. Sie war vielmehr auch verbunden mit einer politisch nicht mehr zu zügelnden Bereitschaft zur Gewaltanwendung, die ihre Ursprünge und ihren Antrieb im immatriellen Bereich der Religion und nationaler Mythen fand.

Vermutlich dachten Enzensberger und Klarin nicht an bestimmte Personen, als sie auf den denkbaren «Todeswunsch» politischer Akteure und deren missionarische Bereitschaft zur Ausmerzungen des Feindes hinwiesen, obwohl die Biographie einzelner Verantwortlicher bereits 1991 eine solche Disposition nahelegen konnte. Vielleicht aber hatten sie auch ein Gedicht gelesen, das ein Verehrer Baudelaires und der französischen Symbolisten wenige Jahre zuvor veröffentlicht hatte:

«Nun gibt es keinen Zweifel mehr,
denn alle Dinge habe ich endgültig geklärt.
In jedem Ding befindet sich ein Teil meines Körpers,
in meinen Augen zieht sich der Wald hin,
in meinem Blut höre ich das letzte Wehgeschrei
der niedlichen Tierchen.
Just in diesem Augenblick macht meine rechte Hand
aus den stillen Meeren eine Hölle,
während die Schiffe zum endlosen Glück meiner Aasgeier
schaukeln und abermals schaukeln.
In diesem Augenblick spottet mein Mund über jeden und alles
und lacht lauthals an jedem Ort der Welt.
In diesem Augenblick habe ich alle bestehenden Theorien umgestossen,
zuallererst die widerliche Relativitätstheorie.
Alle relativen Dinge habe ich in ein absolutes Nichts verwandelt.»

Der Verfasser dieses Textes, ein Facharzt der Psychiatrie, bewegte sich im Jahre 1988, dem Zeitpunkt der Veröffentlichung des Gedichts, im Grenzbereich von Politik und Pathologie in Sarajewo. Sein Vater war 1945, im Jahr seiner Geburt, wegen der Beteiligung an der bereits erwähnten, im Februar 1943 durchgeführten Vernichtungsaktion gegen die Muslime des mittleren Drina-Tals als Kriegsverbrecher zum Tode verurteilt, später zu 15 Jahren Zuchthaus begnadigt worden. Gegen den dichtenden Sohn, Radovan Karadzic, erhob das Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag am 16. November 1995 Anklage wegen Völkermord.

Die richterliche «Review of Indictment» stellt u.a. fest: «After Srebrenica fell to besieging Serbian forces in July, 1995, a truly terrible massacre of the Muslim population appears to have taken place. The evidence tendered by the Prosecutor describes scenes of unimaginable savagery... The mass executions described in the indictment were evidently systematic, being organised by the military and political hierarchy of the Serbian administration of Pale, apparently with close support from

elements of the army of the Federal Republic of Yugoslavia (Serbia-Montenegro). These executions were committed in the context of a broader policy of ‚ethniccleansing‘ which is directed against the Bosnian Muslim population and which also includes massive deportations... The policy of ‚ethnic cleansing‘ referred to above presents, in its ultimate manifestation, genocidal characteristics.»

V.

«Nürnberg jetzt!» Dieser Aufruf wurde 1991 nicht nur an die demokratischen, auf Ausgleich und Konfliktverhinderung bedachten Kräfte des ehemaligen Jugoslawiens gerichtet. Er war auch an die europäische Öffentlichkeit adressiert. Zusammen mit den skizzierten zeitgeschichtlichen Erfahrungen weist er auf zentrale Herausforderungen deutscher Aussen- und Sicherheitspolitik der Gegenwart hin.

Die Herausforderung besteht in der angemessenen Reaktion auf den Ernstfall einer ideologisch motivierten Vernichtungsstrategie gegen ganze Bevölkerungsgruppen, nicht nur auf dem Balkan, sondern weltweit. Der medialen Allgegenwart dieses Ernstfalls ist auch eine verstärkt pazifistisch orientierte Gesellschaft wie die der Bundesrepublik in zunehmendem Masse ausgesetzt.

Ein Ausweichen durch den Blick zurück oder zur Seite kann allenfalls zeitweilig das hohe Mass internationaler Mitverantwortung und die inhärente Notwendigkeit eigener souveräner Entscheidung vergessen machen. An der Mitverantwortung aussen- und sicherheitspolitischer Entscheidungsträger und der sie tragenden politischen Kräfte für staatliches Tun oder Unterlassen angesichts unübersehbarer Vernichtungsaktionen kann in einem demokratisch verfassten Gemeinwesen kein Zweifel bestehen.

Am 13. Dezember 1996 sprach sich der Deutsche Bundestag mit grosser Mehrheit und den Stimmen der grössten Oppositionspartei für die Stationierung von Einsatzverbänden der Bundeswehr in Bosnien und Herzegowina aus. Diese Grundsatzentscheidung belegte nicht nur, dass es eine die Parteigrenzen überwindende Grundlinie der deutschen Bosnien- und Balkanpolitik gibt. Vielmehr zeigt ein Vergleich mit der verfassungsrechtlich und verfassungspolitisch motivierten Debatte über den Auslandseinsatz deutscher Soldaten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre, welche dramatische Veränderung aussen- und sicherheitspolitischer Grundpositionen sich in den vergangenen Jahren vollzogen hat: Die Entscheidung des Deutschen Bundestages markierte den Abschluss eines äusserst schwierigen, politisch und ethisch aber unumgänglichen Anpassungsprozesses an grundlegend veränderte Rahmenbedingungen der europäischen und internationalen Sicherheitslandschaft, zu deren Erscheinungsformen erneut die Gegenwart des Vernichtungskrieges gehört.

Der Deutsche Bundestag berücksichtigte dabei die Erfahrungen des Balkan-Krieges der Jahre 1991-1995. Er handelte im Bewusstsein, dass die am 21. November 1995 in Dayton paraphierten und am 14. Dezember 1995 unterzeichneten Friedensvereinbarungen nur dann ein erneutes Aufflammen des Vernichtungs- und Ver-

treibungskrieges verhindern und eine dauerhafte Friedensordnung in Europa fördern werden, wenn alle bei der Beilegung des Konflikts beteiligten Staaten den Weg gemeinsamer Verantwortung entschlossen weitergehen. Nach dem mit Grausamkeit und Erbitterung geführten Krieg sind politischer und wirtschaftlicher Wiederaufbau ohne militärische Absicherung von aussen undenkbar.

VI.

Angesichts der weltweiten Ausbreitung ethnischer Konflikte und der ihnen immanenten Tendenz der Eskalation zum Vernichtungskrieg werden auf absehbare Zeit der politische Wille und die Fähigkeit der Völkergemeinschaft zur Eindämmung solcher Konflikte immer wieder auf dem Prüfstand stehen. Man mag dann die Notwendigkeit militärischer Abschreckung und Gewaltanwendung unter Verweis auf Ereignisse der deutschen Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges negieren, militärische Einsätze verbal durch Euphemismen wie «Friedensmissionen» oder «Friedenserzwingung» umschreiben oder versuchen, die politische Entscheidung an anonyme multilaterale Organisationen zu delegieren. Aber an der Tatsache, dass die deutsche Politik und Öffentlichkeit heute und in Zukunft international daran gemessen werden, wie ihr Denken und Handeln die Gegenwart und nicht die Vergangenheit des Vernichtungskrieges bewältigen, wird dies nichts ändern. Die Forderung und Mahnung: «Nürnberg jetzt!» richtet sich nicht zuletzt auch an uns.

Wer ernsthaft versucht, die Lehren aus Zeitgeschichte und Gegenwart zu ziehen, wird deshalb die Chancen erkennen, die das Clausewitzsche Epigramm vom Krieg als Bestandteil des politischen Verkehrs unter Beimischung anderer Mittel zur Bewältigung der Krisen der Gegenwart bietet. Denn nur bei vordergründiger Betrachtung schien die nukleare Dimension strategischen Denkens die Erkenntnisse von Clausewitz unter den singulären Bedingungen des Kalten Krieges ausser Kraft gesetzt zu haben, obwohl gerade die intellektuellen Grundlagen des Abschreckungsgefüges, das Stabilität und Frieden zwischen den Machtblöcken sicherte, massgeblich auf die geistige Wirkung des Clausewitzschen Werkes zurückzuführen sind.

Angesichts der Gegenwart des Vernichtungskrieges haben daher strategische Überlegungen fortdauernde Relevanz, die gerade unter dem Eindruck der Erfahrungen der deutschen Geschichte und der Herausforderung der Gegenwart das Clausewitzsche Epigramm für unsere Zeit formulieren: Der Einsatz von Streitkräften zur Krisenbewältigung bleibt Politik unter Beimischung anderer Mittel. Dabei erweisen sich die Streitkräfte als weiterhin unerlässliches Instrument einer Politik, die auf den Erhalt oder Gewinn von Stabilität und Frieden ausgerichtet ist, – einer Politik, die dazu auf funktionierende Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, auf Prosperität und Achtung der Menschenrechte setzt, und die Streitkräfte als notwendig begreift, um für die Verwirklichung dieser Ziele die Rahmenbedingungen zu schaffen und die Schrecken des Vernichtungskrieges zu bannen.

Prof. Dr. Dieter Senghaas

1. Um auf den konkreten Zusammenhang einzugehen: Mit meiner ersten These plädiere ich dafür, zwischen Bundeswehr und den diversen Vorgeschichten in institutioneller und militärpolitischer Hinsicht, schon gar im Hinblick auf die historische Instrumentalisierung des deutschen Militärs für kriegerische Politik, einen klaren und markanten Schnitt zu machen. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die Zeit 1933-1945. Damals handelte es sich um ein verbrecherisches Regime mit entsprechenden internen und externen Konsequenzen. Das Militär wurde von Anfang an bewusst aggressiven, expansionistischen, rassistischen und hegemonialen Zielsetzungen, wie sie vom Nationalsozialismus offen vertreten wurden, dienstbar gemacht. Von einem solchen politischen Gesamtzusammenhang konnten sich staatliche Institutionen, aber auch die meisten gesellschaftlichen Gruppierungen, je länger, um so weniger, absondern. Der Sachverhalt ist bekannt und in aller Breite wissenschaftlich aufgearbeitet: Er betraf die Universitäten, die Kirchen, die Verbände – und eben auch das Militär. Abweichend-kritisches Verhalten war eher die Ausnahme als die Regel.

Rückbezüge auf diese Zeit sind für Institutionen wie die Bundeswehr weder sinnvoll noch hilfreich.

2. Einen klaren Schnitt zu machen, wird auch durch einen anderen Sachverhalt nahegelegt: Noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts galt die Instrumentalisierung des Militärs für nationale Interessenpolitik und der Krieg als Mittel der Politik als ein mehr oder weniger selbstverständlicher Sachverhalt. Von wenigen Ausnahmen abgesehen waren in dieser Hinsicht die Mentalitäten immer noch diejenigen des 19. Jahrhunderts, allerdings mit der massgeblichen Änderung, dass im 19. Jahrhundert die Mässigung der Politik als Inbegriff der Staatsräson galt, während seit dem Ende des 19. Jahrhunderts der Sozialdarwinismus, geopolitischer Hegemonismus, Imperialismus und Rassismus, also die pointierte Ideologisierung der Politik, vor allem der aussenpolitischen Strategien, in den Mentalitäten der Führungsschichten und oft auch in breiten Bevölkerungskreisen obsiegt. Die Vorstellung, der Krieg, auch der totale Krieg, sei ein Lebenselixier von Gesellschaften und zur Dynamisierung von Bevölkerungen erforderlich, war nicht nur bei extremistischen Spinnern am Rande zu beobachten, sondern von erheblicher Breitenwirkung.

Erst 1945 mit der Charta der Vereinten Nationen kam es zu einem prinzipiellen Gewaltverbot, und erst seit diesem Zeitpunkt kann man im Hinblick auf das Völkerrecht von einem prinzipiellen *Friedensvölkerrecht* sprechen. Militärische Gewalt darf nur noch zur Selbstverteidigung eingesetzt werden, und nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen ist selbst dieses nur möglich, bis das in dieser Charta vorgesehene System kollektiver Sicherheit dem Angegriffenen oder Überfallenen zu Hilfe eilt.

Die deutsche Politik und auch die Bundeswehr operieren deshalb in einem ganz anderen Umfeld, als es dasjenige vor 1945 war. Auch aus diesem Grund, meine zweite These, ist es wichtig, einen klaren Schnitt zwischen heute und der Zeit vor 1945 zu machen.

3. Im Hinblick auf die verfassungsmässige und gesetzliche Einbettung der Bundeswehr in den demokratischen Verfassungsstaat des heutigen Deutschlands sehe ich im Grossen und Ganzen keine Probleme. Ob die demokratische Kontrolle wirklich effektiv erfolgt, hängt nicht vom Militär ab, sondern ist eine Aufgabenstellung der Politik. Deshalb ist der Adressat entsprechender Argumentationen eben diese Politik. Die interessanteren Problemlagen ergeben sich im Hinblick auf die Frage, die in der Überschrift dieser Arbeitsgruppe nicht auftaucht: «In welche internationale Ordnung soll die Bundeswehr eingefügt werden?»

Die Integration der Bundeswehr in übergeordnete institutionelle organisatorische Strukturen wie insbesondere die NATO ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Im Grunde genommen kann eine souveräne Militärpolitik heute deutscherseits nicht betrieben werden – und das ist auch gut so. Die NATO ist jedoch eine Organisation kollektiver Verteidigung (und kann deshalb dem Artikel 51 der UNO-Charta zugeordnet werden). Sie ist keine Organisation der kollektiven Sicherheit im Sinne des Kapitels VII bzw. auf regionaler Ebene des Kapitels VIII der Charta der Vereinten Nationen. Dass dem so ist, zeigen auch die Auseinandersetzungen über die NATO-Osterweiterung, die im Wesentlichen erfolgt, weil eine solche Erweiterung dem Wunsch der potentiellen Beitrittsländer entspricht. Aber eine solche Erweiterung ist nur vertretbar, wenn gleichzeitig – in diesem Falle auf europäischer Ebene – die Institutionen und das Instrumentarium kollektiver Sicherheit ausgebaut werden. Dazu gehören Institutionen und Vorkehrungen für Prävention, für friedliche Streitbeilegung, insbesondere auch für Mediation. In jedem System kollektiver Sicherheit kann es zu Aggression und Gewalt kommen, sonst bräuchte man nicht seine Vorkehrungen. Dann stellen sich viele Aufgaben nicht nur auf diplomatischer Ebene, sondern auch in polizeilich-militärischer Hinsicht.

In diesem Zusammenhang gibt es die unsinnige These von der «Militarisierung der Aussenpolitik» Deutschlands, während es doch darum geht, ganz in Analogie zu innerstaatlichen Grundsätzen und Instrumentarien auch auf regionaler bzw. internationaler Ebene zeitgemässe Vorkehrungen, die im Falle von Aggression und Gewalt ein effektives Handeln ermöglichen, konzeptuell zu durchdenken und in die Praxis zu übersetzen.

Nachdem die Bundeswehr in unserem demokratischen Verfassungsstaat verankert ist, sollte sich deshalb die wissenschaftliche und die öffentliche Diskussion auf die hier umrissene Problematik konzentrieren, auch weil sich aus ihr Konsequenzen für den Apparat der Bundeswehr und nicht zuletzt natürlich für die Allokation von knappen Ressourcen ergeben müssen. So wäre beispielsweise zu fragen, ob es wirk-

lich Sinn macht, einen grossen Apparat vorzuhalten, der auf den ganz unwahrscheinlich Fall der Landesverteidigung ausgerichtet ist, während man offensichtlich in organisatorischer und finanzieller Hinsicht erhebliche Mühe hat, den Erfordernissen kollektiver Sicherheit (UNO, OSZE) angemessen zu entsprechen.

4. Mit anderen Worten: Die Erfordernisse einer vorausdenkenden Diskussion, die konzeptuelle und organisatorische Dimensionen der Bundeswehr in einer sich herausbildenden internationalen Ordnung zu thematisieren hätte, sind von besonderer Wichtigkeit. Man sollte deshalb diese Diskussion mit Priorität voranbringen und die kontroverse Aufarbeitung einer glücklicherweise vergangenen Epoche denen überlassen, die hierfür die volle Kompetenz haben, den Historikern.

Werner von Scheven, GenLt a.D.

Etwa 15 Millionen Deutsche und Ausländer gehörten der Wehrmacht an, während weitere Millionen Deutsche und Ausländer in Wehrmachtssilhouette auftraten, ohne ihr anzugehören. Zu ihnen zählten wahrscheinlich die Väter und Grossväter der hier Anwesenden. Frage: Wieviele Regelverletzungen und Straftaten werden in einer so grossen Population Tag für Tag vorkommen, auch wenn kein Krieg ist – auch wenn kein Kriegsherr, wie Hitler es tat, die hergebrachten Regeln aufhebt?

Die sog. Legende von der sauberen Wehrmacht ist in der alten Bundesrepublik Deutschland bereits in den sechziger, spätestens siebziger Jahren unhaltbar geworden; die Befunde der historischen Wissenschaft über Beteiligungen von Einheiten und Soldaten, über die Verstrickungen und Selbsttäuschungen der höheren Führung, wo es um Vollzug des rasseideologischen Vernichtungskampfes gegen die Sowjetunion in Einzelfällen ging, wurden jedoch von vielen nicht beachtet und verdrängt; sie heute noch einmal in einer Ausstellung zu bringen ist darum legitim; sie in die Form einer Provokation zu kleiden, kann grundsätzlich erkenntnisfördernd sein.

Die Machart der Ausstellung von H. Heer ist jedoch leider nicht erkenntnisfordernd, sondern irritierend und irreführend. Sie trägt auch nicht zum Dialog der Generationen bei, sondern zur Verhärtung unvereinbarer Positionen. Zur Begründung folgende Thesen:

1. Die Beispiele in Bildern und Texten wirken auf Betrachter ohne Kenntnis der wesentlichen Umstände der Zeit und der Handlung abstossend, schockierend und als krimineller Vorwurf an alle Deutschen, die sich an kriegerischen Handlungen gegen die Sowjetunion oder Jugoslawien zu beteiligen hatten. Die Betrachter werden mit der emotionalen Wirkung der Exponate allein gelassen, selbst Hinweise auf Differenzierungsmöglichkeiten fehlen. Die angesprochenen deutschen Kriegsteilnehmer müssen sich auf diese Weise einem Pauschalurteil ausgesetzt sehen und wehren sich entsprechend. Ein Dialog wird so verhindert.
2. Die Wehrmacht war das deutsche Volk in Waffen. Ihre Truppenteile waren nicht selten eine Art Schutzzone vor den Zumutungen des Regimes. Ihre Überlebenden halten oft bis heute mit derselben Treue zusammen, die ihnen an der Front das Leben gerettet hat. Die Wehrmacht brachte auch solche Soldaten hervor, die dem Widerstand gegen Hitler Zuversicht und Tatkraft verliehen. Die Wehrmacht diente freilich Hitler als Instrument zur Führung des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion. Nichts hätte sie jedoch bewirken können, ohne die Transportleistung der Reichsbahn, die Forschung, Entwicklung und Produktion der Industrie, die geistige Ausrichtung durch Presse, Universitäten, Schulen und Kirchen, das Funktionieren der Justiz und der Verwaltung im Unrechtsstaat usw. usf. Diese

Zusammenhänge zu verschweigen heisst, den Ausstellungsbesucher bewusst irrezuführen.

3. Das Wort Täter wird in der Ausstellung undifferenziert verwendet, umschliesst also funktionale, strafrechtliche und moralische Merkmale. Damit wird die Erfahrung einer alltäglichen Mehrdeutigkeit des menschlichen Handelns für den Soldaten im Kriege gegen die Sowjetunion und Jugoslawien in Abrede gestellt; ihm wird damit ein singuläres moralisches Unwerturteil für seinen Teil der Pflichterfüllung gegenüber dem eigenen Staat entgegengeschleudert. Dies müssen die Betroffenen als ausgrenzend und stigmatisierend empfinden.
4. Die existentielle Frage, wie der einzelne Soldat seine Ehre bewahren konnte, wenn sein Handeln im Kriege zwangsläufig Tateinheit von Verteidigung der Heimat und Verteidigung des gewaltsam erweiterten Reiches und Verteidigung des Regimes war, Tateinheit von Schutz der Heimat, ja der eigenen Angehörigen vor einem furchtbaren Feind und Schutz der Fortdauer unsäglicher Verbrechen im Namen der Deutschen war, wird nicht gestellt; die millionenfache «Tragödie des Pflichtbewusstseins» (Helmut Schmidt) wird verschwiegen.
5. Die Bereitschaft zu einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus oder besser die Erwartung eines unausweichlichen Titanenkampfes der Systeme war in jener Zeit in Deutschland (und in Europa) ideologisch verwurzelt, sie mischte sich mit der Angst vor einem harten Gegner und der Grösse seiner Militärmacht und Landmasse. Die Brutalisierung des Krieges im Osten und Südosten hatte jedoch ihre Ursache nicht nur in einer Ideologisierung der deutschen Soldaten.
6. Hitler und Stalin-zwei Grosstyrannen und Todfeinde-hatten sich unter Geheimschutz verabredet, die Landkarte Europas mit Gewalt zu verändern und den Kontinent unter sich aufzuteilen; als der eine der beiden Grosstyrannen im Sommer 1941 den anderen mit aller Gewalt überfiel, kam es zum Weltanschauungskrieg, wie ihn die Menschheit noch nie gesehen hatte. Dieser Weltanschauungskrieg hatte geistige Grundlagen auf allen Seiten. Die langjährige Brutalisierung des sowjetischen Lebens durch Lenins und Stalins Regime hatte im Verlauf des Krieges Folgen nicht nur für die deutschen Aggressoren, sondern auch für die eigenen Menschen.
7. Die Partisanen-Kriegsführung als eine Reaktion auf deutsche Kriegsgreuel zurückzuführen ist unwahr. Die Darstellung ignoriert die – auch auf der eigenen Seite – äusserst brutale Instrumentalisierung dieser Kriegsform durch Stalin und die kriegerischen Traditionen einiger Balkanvölker.
8. Geiselnahme und Erschiessung von Geiseln entsprachen dem damaligen Kriegerecht, wenn Nichtkombattanten in das Kriegshandeln völkerrechtswidrig, d.h. bewaffnet und hinterlistig eingriffen. Diese dem Schutz von Nichtkombattanten zugedachte, wenn auch furchtbare Repressalie wird in der Ausstellung mit Handlungen nationalsozialistischer Ausrottungspolitik in eins gesetzt.

9. Die Ausstellung wird dem Menschen nicht gerecht. Unter den vielen Millionen Deutschen im Kriege gegen die Sowjetunion und Jugoslawien haben sich einzelne und manche Gruppen – nicht nur Wehrmacht – politisch oder kriminell oder metaphysisch schuldig gemacht durch Duldung, Wegsehen oder Beteiligung an Verbrechen. Das ist seit den 60er Jahren auch in der Öffentlichkeit bekannt. Das darf nicht in Abrede gestellt werden. Es gab aber auch ein Normalverhalten der allermeisten mit zahllosen Beispielen sittlicher Bewährung der Soldaten im Kriege, die überliefert zu werden verdienen. So zu unterscheiden hätte der Akzeptanz der Ausstellungsinhalte gut getan.
10. Mit dem tragischen Erbe der Kriegsgenerationen sollte die Nachwelt behutsam umgehen, sorgfältig, wahrheitssuchend, bestimmt aber nicht mit besserwisserischem Blick zurück, vom moralisch hohen Ross der Kindeskinde der Gebrannten oder gar polemisch, wie die Autoren der Ausstellung über die Wehrmacht im Vernichtungskrieg.

Die Diskussion in der Arbeitsgruppe 2

Gleich in seiner Einführung erteilt General a.D. Wolfgang Altenburg allein Denken in Schwarzweiss-Klischees eine Absage, indem er nämlich fragt, was heisst angesichts dieser Ausstellung pro, und was heisst kontra. Solche Positionen könnten sich zum Beispiel auf die Wahl des Ausstellungsortes beziehen, wobei Altenburg gleich hinzufügt, für ihn, der in Bremen aufgewachsen sei, ist es schon schwierig zu akzeptieren, dass diese Ausstellung im Rathaus stattfinden soll, das will ich Ihnen ganz ehrlich sagen. Aber der Ort sei bestenfalls ein Seitenaspekt, so wichtig dieser für den einen oder anderen auch sein möge. Auf keinen Fall dürfe pro beziehungsweise kontra so interpretiert werden, als ob die einen für und die anderen gegen die Verbrechen der Wehrmacht seien: Gegen Verbrechen wird hoffentlich jeder sein, ganz egal, von wem sie begangen werden.

Warum dann aber diese Arbeitsgruppe? Die Bundeswehr sieht zu Recht in meinen Augen keine Notwendigkeit, sich in diesem Zusammenhang zu legitimieren, stellt Altenburg fest, und ich bin auch der Meinung, dass die Bundeswehr gut beraten ist, sich nicht von Stadt zu Stadt zu begeben, um sich bei jeder Ausstellung erneut hinsichtlich ihrer Rolle und ihres Auftrags zu legitimieren – weder hinsichtlich ihres Auftrages für die ersten 35 Jahre ihres Bestehens noch ihres heutigen, erweiterten Auftrags. Denn: Die Bundeswehr steht hinter dem Primat der Politik und unterliegt parlamentarischer Kontrolle. Wie wichtig es für den Erhalt von Frieden und Freiheit für die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland war, im Rahmen eines Bündnisses Streitkräfte zu unterhalten, steht heute eigentlich auch für kritische Betrachter ausser Frage. Es ist heute eher einfacher geworden, den Nachweis dafür zu bringen als noch vor Jahren – nach den Erkenntnissen, die wir auf Grund der Materialsichtung der anderen Seite haben. Der Unterhalt von Streitkräften zum Schutz eigener und der Interessen von Partnern sei Ausdruck der Souveränität eines Staates. Art und Ausmass, Führung, Struktur und inneres Gefüge habe dem politischen Auftrag zu entsprechen. Und ein Missbrauch der Streitkräfte für verbrecherische Ziele müsse durch parlamentarische Kontrolle ausgeschlossen werden. Ich kann Ihnen nur sagen, versichert Altenburg, in den 35 Jahren meiner Zugehörigkeit zur Bundeswehr habe ich nie erlebt, dass etwas anderes als politische Auftrags Erfüllung geschehen ist.

Der ehemalige Generalinspekteur, der seine Karriere 1989 als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel abschloss, wendet sich dann dem Kern der aktuellen Auseinandersetzung zu. Richtig ist, dass die Gründung der Bundeswehr Mitte der 50er Jahre ohne Rückgriff auf ehemalige Angehörige der Wehrmacht nicht möglich gewesen wäre. Die Führung unseres jungen Staates wusste auch zu jener Zeit, vielleicht nicht in Einzelheiten wie heute, dass die Wehrmacht das Instrument

eines verbrecherischen Regimes gewesen ist. Das war O-Ton Bundespräsident Herzog. *Altenburg fügt hinzu:* Es war die Armee Hitlers, und es waren auch Wehrmachts-offiziere, die sich diesem angedient hatten. Es war Blomberg, der die Verteidigung auf die Person Hitlers vorgeschlagen hatte. Es waren viele, die teils im Irrglauben, teils auch, weil es ihren eigenen Interessen entsprach – ich habe dafür Korrespondenzen mit Hitler gelesen, zwischen Generälen und Hitler zum Werkzeug des Regimes geworden sind. Wir dürfen das heute ebensowenig ignorieren, wie unsere Regierung es in den fünfziger Jahren getan hat, wenn wir jenen gerecht werden wollen, die nicht gegen die Rechtmässigkeit soldatischen Handelns im Kriege verstoßen haben, so grausam dieses Handeln für alle Seiten gewesen sein mag; Krieg an sich ist unvorstellbar grausam, und der zweite Weltkrieg war es ganz besonders. Es war ein Vernichtungskrieg, wie Hitler es nannte. (...)

Für die Auswahl des soldatischen Führungspersonals habe man deshalb bei der Gründung der Bundeswehr die Einsetzung eines Personalgutachterausschusses für erforderlich gehalten. Das sei übrigens in keinem anderen staatlichen Bereich geschehen. Altenburg: Von 83 Generalbewerbungen zum Beispiel wurde bei 61 die Eignung bejaht, bei 9 verneint, 13 zogen ihre Bewerbung zurück. Nur 44 wurden schliesslich übernommen. *Die Prüfungsverfahren, insbesondere bei den kriegsgedienten Bewerbern, seien vermutlich sorgfältiger gewesen als in allen anderen Bereichen des öffentlichen Lebens nach dem Krieg. Aber:* Menschen waren es allemal, Prüfer und Geprüfte, und damit nicht vor Fehlentscheidungen gefeit, *gibt der Referent zu bedenken. Deshalb gebe es Korrekturen bis zum heutigen Tag.*

Aber auch das sagt Altenburg, und dies deckt sich partiell mit einer Formulierung, wie sie zur gleichen Zeit von Wolfgang Eichwede in der Arbeitsgruppe 1 gebraucht wird: Es ist erstaunlich und zu würdigen (...), wie sich die dann übernommene Kriegsgeneration in das Gefüge der parlamentarischen Demokratie eingefügt hat. Ich habe sie in den ersten Jahren als Vorgesetzte und Ausbilder erlebt, ich habe sie später als gleichgestellte Kameraden erlebt und dann auch als Untergebene. Und ich bekenne mich zu ihnen. Nicht nur in unserer Armee erkennt man mit Stolz ihre Leistungen an. Und gerade weil ich auch in höchster Verwendung in unserer Allianz eingesetzt war, ist mir bewusst, dass diese Ansicht in und über die Allianz hinaus auch von ehemaligen Kriegsgegnern in West und, wie wir heute wissen, auch in Ost – ich habe das in vielen Diskussionen in Moskau erlebt – geteilt wird.

Anders werde das offenbar von Hannes Heer gesehen, dem Bearbeiter, und von Jan Philipp Reemtsma, dem Initiator der Ausstellung. Altenburg leitet damit zu einer Detailkritik über, die er später im Plenum wiederholt. Zwar heisse es in der Einleitung zum Ausstellungskatalog, in einem kleinen Satz, man wolle kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen, aber genau dieses Urteil lasse man dann doch entstehen durch die Wucht und das Grauen der Bilder. Entscheidend für Altenburgs Verdikt gegen diese Aus-

stellung istfolgendes: Es geht nicht darum, von unserer grundsätzlichen Schuld den Opfern gegenüber, die in dieser ganzen Diskussion sehr oft vergessen werden, die Millionen Opfer, abzulenken, aber Schuld ist nur individuell und nicht pauschal oder generalisierend nachweisbar und zuweisbar. Und das tun die Aussteller. Doch demagogische und polemische Textformulierungen entsprechen weder dem Grauen, das geschehen ist, noch sind sie wissenschaftlich so, wie es die Unzahl der Opfer hier eigentlich erfordert.

Es sei ja nicht so, dass man erst jetzt von diesen Verbrechen erfahre, wie kürzlich in einer Fernsehsendung aus Bremen berichtet worden sei. Wer das behaupte, habe sich vielleicht ein bisschen zu wenig mit der Nachkriegsgeschichte und der Kriegsgeschichte befasst. Tausende hätten wegen dieser Verbrechen vor Gericht gestanden und seien verurteilt und hingerichtet worden – in einem grossem Aufwasch, auch Unschuldige. Diese Fälle würden heute wieder aufgegriffen und korrigiert, ganz besonders in Russland, aber auch in den USA. Das müsse man berücksichtigen; in der Ausstellung sei davon aber nichts zu finden.

Bei vielen Mittätern verlange die Gerechtigkeit, wie man sie heute in einem Rechtsstaat kenne, auch die Umstände zu sehen, die die meist jungen Menschen dazu gemacht hätten, fährt Altenburgfort. Das waren Millionen, sagt der Exgeneral. Sie entsprechen den 19- und 20jährigen, wie wir sie heute auf der Strasse sehen. Heute, in diesem Rechtsstaat, sei es üblich, nach den Umständen zu fragen, wenn jemand angeklagt werde: Was hat ihn dazu gebracht? Und dasselbe müsse man jenen zubilligen, die während des Krieges schuldig geworden seien – nicht, um sie zu entschuldigen, nicht, um das Verbrechen zu entschuldigen, sondern wegen des Rechts, wenn ich ein Rechtsstaat sein will.

Altenburg erinnert an den Traditionserlass der Bundeswehr, der am 17. November 1995 auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr vom Bundespräsidenten und dem Bundesverteidigungsminister bestätigt worden sei. Mit Weisungscharakter ausgedrückt unterscheiden beide zwischen der Wehrmacht als dem Instrument eines verbrecherischen Regimes und den Soldaten, so sie ehrenhaft und ohne sich etwas zu schulden haben kommen lassen, gekämpft haben. Herr Heer tut das nicht. Er verdammt und verurteilt pauschal, wenn er auf Seite 64 seines Begleitbuches davon schreibt, dass grosse Teile der Truppe, das sind die ganz jungen Menschen, zu Millionen, zu Millionen, grosse Teile der Truppe Mordlust, Sadismus und Gefühlskälte mitbrachten. Originalzitat Heer. Oder auf Seite 30, dass sich die Mannschaftsgrade der Wehrmacht von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr von der Mentalität der Himmlertruppe unterschieden. Oder wenn er zum Beispiel sagt in einem Interview mit dem «Abendblatt», in Hamburg am 2.3.1995, die Verbrechen der Wehrmacht waren nicht die Ausnahme. Kann man das sagen bei 19 Millionen Menschen, von denen vier bis fünf Millionen tot sind und Tausende in den Verfahren nach dem Krieg abgeurteilt wurden?

Sodann fragt Altenburg, gibt es ausser dem Anliegen, dass die Aussteller vorgeben, auch eine «hidden agenda», eine versteckte Intention, die in Wirklichkeit dahinter steckt? Er zitiert in diesem Zusammenhang aus einem «Zeit»-Interview mit dem Militärhistoriker Manfred Messerschmidt. Der habe auf die Frage, ob die Bundeswehr ein Kind der Wehrmacht sei und ob es ihr gelungen sei, diesen Makel abzustreifen, geantwortet, es sei ihr nicht gelungen, den Makel des Verbrechens abzustreifen. Heer nenne das, was an Legendenbildung in der Nachkriegszeit entstanden sei, nur die Fortsetzung der Politik, nämlich des Versuchs der Wehrmacht, die Spuren von Verbrechen zu verwischen. – All das müsse man wissen, wenn man sich die Ausstellung anschauere, sich zu ihreifi Eröffnen Fürsprecher mache. Man dürfe nicht nur durch die Reihen gehen und sich die Bilder anschauen. Genau darin bestehe aber die Gefahr. In Wirklichkeit stehe viel, viel mehr dahinter.

Der Exgeneral legt Wert auf die Feststellung, in keiner Sekunde die gewesenen Verbrechen in Abrede gestellt zu haben. Aber die Interessierten würden durch diese Ausstellung in eine bedrückende Umgebung von Eindrücken geführt, die zweifelsfreie Schuld durch Pauschalierungen zur Schuld aller mache, auch zur Schuld Unschuldiger. Und ich glaube nicht, sagt Altenburg, dass das dem Respekt dient vor dem Recht und dem Versuch der Wahrheitsfindung.

Hier schliesst sich für den ehemaligen Soldaten der Kreis. Wie war das mit der Entstehung der Bundeswehr? Altenburg spricht im Plural. Wir sind von Offizieren und Soldaten der Wehrmacht ausgebildet worden. Können wir uns dazu bekennen, was der Ursprung unserer Streitkräfte ist? Und ich möchte sagen: Ja, in Kenntnis des Gesamten; und ich muss Ihnen sagen: Diese Ausstellung liefert mir nicht den Beweis eines Gegenteils. Und wenn die Aussteller sagen, das haben wir auch nicht gesagt, dann muss man die gesamte Literatur, die Begleitliteratur lesen, denn dann tritt es dann doch zutage.

Nachfolgend werden die einführenden Statements von Werner von Scheven und Dieter Senghaas dokumentiert, weil sie von grundlegender Bedeutung für die anschliessende Diskussion sind.

Statement Werner von Scheven

Gibt es eine Traditionslüge? – Die Wehrmacht in Russland und die Tradition der Bundeswehr.

Die Bundeswehr ist die älteste Armee des 20. Jahrhunderts in Deutschland, am 12. November 1995 wurde ihr 40. Geburtstag gefeiert. Sie ist auch die erste Wehrpflichtarmee in einem demokratischen Rechtsstaat in Deutschland. Sie ist als Armee in einem Bündnis westlicher Demokratien verfasst und wird so eingesetzt. Sie ist die erste deutsche Armee, in der die militärische Tradition einerseits und die

Tradition von Demokratie und Freiheit andererseits keine Gegensätze mehr sind. Die Bundeswehr kann damit keine ungebrochenen Traditionsbeziehungen zu früheren deutschen Armeen pflegen. Besonders problematisch ist das Verhältnis zwischen der Bundeswehr und der Wehrmacht, die 1945 unterging.

Das «Dritte Reich» des Führers Adolf Hitler, auf den die Soldaten der Wehrmacht eingeschworen waren, hatte ganz Europa mit Krieg überzogen; aber nicht nur mit Krieg, sondern auch mit anderen Formen von Gewalt und Unterdrückung. Mehr noch, die Hitler-Diktatur hatte einem Teil der Europäer das Recht abgesprochen, zu existieren.

Die Pläne der Ausrottung wurden mit den modernen Mitteln bürokratischer, industriell-technischer Rationalität in vollkommener kalter Unmenschlichkeit ausgeführt. Das hatte vor und gleichzeitig mit ihm – wenngleich mit weniger perfekten Mitteln – nur einer fertiggebracht, Josef Stalin.

Hitler und Stalin-zwei Grosstyranen und Todfeinde-hatten sich unter Geheimschutz verabredet, die Landkarte Europas mit Gewalt zu verändern und den Kontinent unter sich aufzuteilen. Als der eine der beiden Grosstyranen im Sommer 1941 den anderen mit aller Gewalt überfiel, kam es zum Weltanschauungskrieg, wie ihn die Menschheit noch nie gesehen hatte. Es ist heute gesicherte Erkenntnis der Wissenschaft, dass es zwischen preussisch-deutscher Militärtradition und Hitlers Expansionsdrang eine partielle und unheimliche Interessenidentität gegeben hat. Natürlich lagen hier auch die Motive zum militärischen Widerstand in all seinen Facetten. Die Bereitschaft jedoch zu einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus oder besser die Erwartung eines unausweichlichen Titanenkampfes der Systeme war in jener Zeit ideologisch tief verwurzelt. Sie mischte sich mit der Angst vor einem erbarungslosen Gegner und der Grösse seiner Militärmacht und Landmasse.

Vernichtungskrieg, das war etwas Neues – Niedagewesenes – in der Geschichte des zivilisierten Europa. Darauf war selbst in der Epoche europäischer Bruderkriege und im dritten Kriegsjahr kein deutscher Normalbürger vorbereitet. Den meisten Zeitgenossen war es offenbar nicht möglich, dies zu klar zu erkennen. Viele Deutsche ahnten wohl, dass da noch mehr war, als das entsetzliche Leid eines modernen Krieges. Aber das ganze Ausmass der historischen Katastrophe, die Dimensionen von Schuld und Verstrickung konnten erst im Nachhinein erfahren werden. Zur Erfahrung gehörte die Erkenntnis, dass Hitler dem Deutschen Volk nicht nur die Freiheit, sondern auch die Ehre geraubt hatte. Schwerer noch als alle anderen traf diese Erkenntnis die Millionen Soldaten, die Hitler hatten den Treueid schwören müssen und die bis zum bitteren Ende erfüllt hatten, was sie berechtigt als ihre Pflicht vor dem Vaterland verstanden. Ehre ist nichts Kollektives, ist vielmehr etwas Höchstpersönliches. Zwar gibt und gab es Restformen von Standesehre, aber der deutsche Soldat repräsentierte im II. Weltkrieg nicht mehr einen Stand.

15 Millionen Soldaten waren – wie sie es verstanden – der bewaffnete Teil des deutschen Volkes im Existenzkampf; nicht einmal alle waren in der Wehrmacht organisiert.

Frage ist, wie konnte der einzelne Soldat seine **Ehre** bewahren, wenn die Wehrmacht, in der er seinem Vaterland in der Not diente, Hitler wiederum diente bei seiner von Anfang an gewollten und vorbereiteten kriegerischen Ausbreitung und Absicherung der Nazi-Herrschaft in Europa? Und wenn die oberste Führung der Wehrmacht in Ziele und Untaten des Regimes vielfältig verstrickt war? Die Frage hat existenzielle Bedeutung für die Bundeswehr, denn Wehrmachtsoffiziere und -Unteroffiziere und -beamte haben sie aufgebaut. Wurde die Bundeswehr von Männern ohne Ehre aufgebaut? Oder durfte die Bundeswehr ihrer Aufbaugeneration militärischer Führer mit Blick auf deren Teilnahme am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion gamicht die Ehre geben?

Frage war, wie konnte der einzelne Soldat seine Ehre bewahren, wenn sein Handeln im weiteren Verlauf des Krieges zwangsläufig Tateinheit von Verteidigung der Heimat und Verteidigung des gewaltsam erweiterten Reiches und Verteidigung des Regimes war; Tateinheit von Schutz der geliebten Heimat, ja der eigenen Angehörigen vor einem furchtbaren Feind und Schutz der Fortdauer unsäglicher Verbrechen im Namen der Deutschen? Die deutsche Sprache nennt eine solche Situation tragisch. Helmut Schmidt schreibt in einem Geleitwort zum Buch von Johannes Steinhoff «Deutsche im Zweiten Weltkrieg – Zeitzeugen sprechen»: «Man kann als Deutscher den Zweiten Weltkrieg eine **Tragödie unseres Pflichtbewusstseins** nennen».

Tragödie. In der klassischen Tragödie geht der Held unter. Die Soldaten des Russlandkrieges von 1941 bis 1945 gehen in gewaltiger Zahl unter. Aber noch mehr leben weiter, müssen mit der Tragik ihrer bisherigen Lebensleistung weiterleben. Viele erkennen sie erst nach und nach, viele verweigern sich der Erkenntnis. Das ist der Ursprung der Legende von der unbefleckten deutschen Wehrmacht, in zahlreichen Erinnerungs-publikationen festgehalten. In der Bundeswehr wurde diese Legende freilich schon in den sechziger Jahren weitgehend überwunden. Man lese nach in den Publikationen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg und an anderer Stelle.

Im ersten Band der «Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik» können wir Jüngeren nachlesen, wie die aus Krieg und Kriegsgefangenschaft Heimgekehrten, an Leib und Seele Beschädigten für ihre Ehre eintreten mussten. Hier ging es um nichts weniger, als das Hauptstück der eigenen Lebensleistung vor der Entsorgung der eigenen Geschichte zu retten. Es ging den Betroffenen um nichts weniger, als eine erstaunliche, eine unerhörte Lebensleistung – zumeist in jungen Jahren erbracht – im Bewusstsein eigener Unbescholtenheit gegen Verunglimpfung und Abwertung zu behaupten. Da musste es zwangsläufig zu Verhärtungen kommen. In der Verhärtung gegensätzlicher Meinungsstandpunkte entstand oftmals der Eindruck, als

verschlössen sich Teile der Kriegsteilnehmergeneration der Einsicht in den tragischen Charakter ihrer Lebenserfahrung. Dies umso mehr, nachdem alsbald Missionare der «Vergangenheitsbewältigung» im Gewände der Wissenschaftlichkeit auftraten, die den tragischen Charakter der soldatischen Vergangenheit andersherum in Abrede stellten, indem sie nämlich die Unvermeidlichkeit jener Tateinheit infrage stellten und ein generalisierendes und pauschalisierendes Unwerturteil über die Haltung und Leistung des deutschen Soldaten im Kriege postulierten.

So gesehen wurden alle Soldaten des Krieges gegen die Sowjetunion als «Täter» in einem Ausrottungs- und Vernichtungsgeschehen pauschal stigmatisiert.

Man hat bei vielen Auseinandersetzungen der Jüngeren mit den Älteren bis heute den Eindruck, als wenn der trotzige Hochmut der einen, die sich auf das Wissen und Leiden der Dabeigewesenen berufen, nur noch von der Hochfahrenheit der anderen übertroffen wird, die im Besitz des demokratisch geläuterten moralischen Urteils das geballte Wissen von jahrzehntelanger Forschung über das was gleichzeitig – ohne Wissen der allermeisten Teilnehmer – geschah, ausschlachten, um sich moralisch über ihre Altvorderen zu erheben.

Ich komme wieder auf das Bild der Tragödie zurück. Der «Held» dieser Tragödie geht nicht unter. Er packt an. Dabei geht er in die Schule der Demokratie. Und wenn er eine Familie und Kinder hat, wird er zum Erzieher in dieser Schule der Demokratie. Der nimmt aktiv teil an jenem beispiellosen Aufbau unseres Staates im geteilten Deutschland. Er vollbringt eine zweite grosse Lebensleistung – nun als ziviler Bürger, und er kann darauf stolz sein. Die Pauschalisierung meiner Aussage ist mir bewusst.

In der Mitte der Fünfziger Jahre gliedert sich dieses freie Land – fest an der Seite des Westens – in ein System europäischer Kriegsverhinderung und Stabilität ein. Es stellt zu diesem Zweck – und nur zu diesem Zweck – Streitkräfte zur Verteidigung auf. Und es stellt diese Streitkräfte auf die Grundlagen des Grundgesetzes und der Allgemeinen Wehrpflicht. Um noch einmal zu pauschalisieren: Unser Ex-Soldat mit tragischem Kriegserlebnis erkennt die Herausforderung. Er packt noch einmal an und nimmt teil am Aufbau neuer deutscher Streitkräfte in der Demokratie. Er nimmt teil am Erfolg dieses einzigartigen Experimentes und erbringt eine dritte grosse Lebensleistung. Dieses Bild habe ich von vielen meiner ersten Vorgesetzten in den Anfangsjahren, ich wurde am 1. April 1957 mit den ersten Wehrpflichtigen Soldat in der Bundeswehr.

Jetzt sind wir beim **Thema Tradition der Bundeswehr**. Mit den ersten kriegsgedienten Freiwilligen, die 1956 in die Bundeswehr kamen, übernahm die Bundeswehr Tradition. Ganz selbstverständlich, denn Menschen leben mit Traditionen, sind von ihnen gewissermassen umspült in Beruf, Familie und Gesellschaft, ob sie es wissen oder nicht, ob sie es wahrhaben wollen oder nicht.

Wie geht man verantwortlich mit einem menschlich und historisch tragischen Erbe um? Das habe ich mich immer gefragt. Meine Antwort heute: Behutsam, sorgfältig, wahrheitssuchend, bestimmt aber nicht besserwisserisch oder gar polemisch wie die Autoren der Ausstellung über die Wehrmacht in der Sowjetunion.

Täter sollen sie alle sein? Strafrechtlich? Moralisch? Das wird geflissentlich nicht unterschieden.

Ich lebe seit sechs Jahren im Lande Brandenburg. Warum verhärteten sich die ehemaligen DDR-Bürger so schnell in der Begegnung mit Westdeutschen? Es ist der gleiche Vorgang:

DDR gleich Unrechtsstaat. Wer in der DDR gearbeitet hat oder gar dem Staat gedient hat, hat sich der Erhaltung des Unrechtsstaates schuldig gemacht, ist also Mittäter! So empfinden das die betroffenen Menschen, die einer undifferenzierten Semantik und Rhetorik ihrer westdeutschen Landsleute ausgesetzt sind. Dem Menschen ist Intelligenz gegeben, damit er unterscheidet.

In den Jahren von 1978 bis 1988 habe ich im BMVg federführend in den Aufgabengebieten Politische Bildung, Militär- und Kriegsgeschichte sowie Tradition gearbeitet. Kurz vor Herausgabe des gültigen Traditionserlasses von 1982 erhielt ich ein Truppenkommando. Noch während dieses Kommandos bekam ich mit der Absicht des neuen Vtdg Ministers zu tun, den gültigen Traditionserlass abzuändern. Ich wurde einer Arbeitsgruppe des GenlInspBw zugeteilt. Später kam ich ins Ministerium zurück; dort hatte ich wieder drei Jahre lang die Federführung für den Entwurf eines neuen Traditionserlasses. Daraus ist bis heute – wie Sie wissen – nichts geworden. Minister Wömer hat es irgendwann aufgegeben, und schliesslich wurde auch er versetzt.

Meine Erfahrung aus dieser Zeit lässt sich wie folgt zusammenfassen:

Die Bundeswehr ist in der Gesellschaft integriert. In unserer pluralistischen Demokratie gibt es viele Geschichtsbilder, und keines ist ungebrochen. Jeder Versuch, das Selbstverständnis der Bundeswehr auf ein verbindliches Geschichtsbild festzulegen, muss deshalb scheitern. Darum habe ich die Auffassung: **Tradition in der Bundeswehr ist Arbeit**. Sie ist kein selbstverständlicher Besitzstand wie etwa in England oder Frankreich. Sie ist zunächst einmal Arbeit. Darum hat sie mit der Politischen Bildung in unserem Lande und in der Bundeswehr sehr viel zu tun. Und deswegen sind Diskussionen wie die heutige immer wieder wichtig.

Vor der Debatte sollte es möglich sein, uns bei allen Differenzen auf einige Dinge zu verständigen. Ich mache drei Vorschläge:

1. Wir sollten historische Tatsachen annehmen, im Guten wie im Bösen. Dazu gehört der Weltanschauungskrieg mit der Sowjetunion und seine geistigen Grundlagen auf beiden Seiten. Dazu gehört die Rolle, die der Wehrmacht dabei zugewiesen war. Dazu gehören die unerhörten Verstrickungen und Beteiligungen

bei den Wehrmachtseleiten, wie bei anderen Eliten auch, in die verbrecherischen Ziele und Taten des Nationalsozialismus.

Dazu gehört auch die Tatsache, dass etwa 15 Millionen Deutsche und Ausländer der Wehrmacht angehörten, während weitere Millionen Deutsche und Ausländer in Wehrmachtssilhouetten auftraten, ohne ihr anzugehören. Zu ihnen allen zählten wahrscheinlich die Väter und Grossväter der hier Anwesenden.

2. Wir sollten uns vor dem Hochmut der Nachgeborenen in Acht nehmen.

Auch über uns werden kommende Generationen Urteile sprechen, gegen die wir uns wehren, wenn wir noch unter den Lebenden sein sollten. Ich denke an die Akzeptanz der deutschen Teilung, an die törichte Nachrede vom blinden Antikommunismus und das Gesundbeten der DDR, z.B. durch die Friedensbewegung, an die Demos unter den Ikonen, wie HoTsch Minh und Che Guevara. Ich denke an «Kernenergie ja oder nein» und vieles andere mehr.

3. Wir sollten von pauschalen Urteilen Abstand nehmen, weil sie dem Menschen nicht gerecht werden. Menschen in der Wehrmacht haben sich schuldig gemacht durch Duldung, Wegsehen oder Beteiligung an Verbrechen. Das ist seit den 60er Jahren auch in der Öffentlichkeit bekannt. Das darf nicht in Abrede gestellt werden. Es gab aber auch ein Normalverhalten der allermeisten mit zahllosen Beispielen sittlicher Bewährung der Soldaten im Kriege, die überliefert zu werden verdienen.

Ich beginne die Debatte mit einer **These**, die meine Position klar machen soll.

Die Bundeswehr lebt nicht mit einer Traditionslüge. Sie hat ihre Probleme mit der Tradition, und vernachlässigt gelegentlich die damit verbundene Arbeit.

Die Bundeswehr hat zum Beispiel zu lange mit einigen prekären **Kasernennamen** gelebt. Anstatt diese aber zum Gegenstand politisch-historischer Bildung zu machen, lässt sie die Kasernennamen allzuoft bloss Teil der örtlichen Adressenverzeichnisse, bestenfalls der Lokalgeschichte oder Heimatfolklore sein. Ein Ausdruck der Tradition der Bundeswehr sind sie in keinem Fall. Allerdings werden sie von interessierter Seite, meist kritischen Geistern aus anderen Regionen, gern dafür genommen. Der Bundesminister Rühle hat im vergangenen Jahr die am meisten umstrittenen Namen – Dietl und Kübler – aus dem Verkehr gezogen, das hielt ich für richtig. Der Druck wird aber weitergehen, alle Namen aus der Zeit der Wehrmacht zu tilgen, soweit sie nicht an den Widerstand erinnern, zum Beispiel auch Fritsch und Rommel.

Warum duldet die Bundeswehr Kasernennamen, mit denen immer wieder Kritik in der Öffentlichkeit ausgelöst wird? Ein Grund ist deutscher Regionalismus (Bonn muss nicht alles reglementieren, was in Füssen oder Hamburg für richtig gehalten wird). Ein damit zusammenhängender Grund ist das Benennungsverfahren; die meisten Kasernennamen entstammen der Initiative der örtlichen Truppenteile, der

Ortsgemeinde der Kaserne und der Familienangehörigen des Namensgebers. Diese haben auch bei Initiative des Bundesministers ein Mitbestimmungsrecht.

Ein Grund ist der praktische Orientierungswert des Kasemennamens für die Soldaten und Reservisten, die in der Kaserne ihren Wehrdienst geleistet haben.

Schliesslich ist die Toleranzbreite des Grundgesetzes ein gewichtiger Vorbehalt gegen Bilderstürmerei. Es war ein sozialdemokratischer Verteidigungsminister, der auf diese Tatsache hingewiesen hat.

Wer den Kasus von Kasemen-Namensgebern aus der Zeit von 1933 bis 1945 so herausdestilliert und dramatisiert wie Ralph Giordano in seinen öffentlichen Briefen von 1995 an General Naumann, der kennt entweder die Bundeswehr nicht oder er blendet absichtlich eine Realität aus, die sehr viel bedeutender ist.

Die Bw wurde im November 1994 40 Jahre alt. Sie ist älter als Wehrmacht und Reichswehr zusammen. Ihre Soldaten sind unbestritten Staatsbürger wie alle anderen auch, und standfeste Demokraten allemal. Das Durchschnittsalter der Soldaten aller Grade in der Truppe ist 23 Jahre. Im Verhältnis mit allen Vergleichsgruppen sind rechtsextremistische Vorkommnisse in der Bundeswehr unterrepräsentiert. Die Vorgesetzten tun auch eine Menge dafür, dass das so ist und so bleibt. Die Bw hat mehr **Traditionen** von ihren Alliierten in der Nordatlantischen Allianz übernommen, als von früheren deutschen Armeen. Die deutlichsten Konturen ihres Selbstverständnisses hat sie selbst gezeichnet. Der Traditionserlass von 1982 führt das aus.

Die Bundeswehr hat sich nie als Nachfolgerin der Deutschen Wehrmacht verstanden. Vielleicht zeigte sie gerade deshalb ein kleines Profil in der Öffentlichkeit, als des 50. Jahrestages der Befreiung, der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht, der Niederlage, des Kriegsendes, wie immer man will, ein feierliches Gedenken gewidmet wurde.

Die **Konzeption der Inneren Führung** hat sich, auch im Vereinigungsgeschehen, unbestreitbar bewährt. Innere Führung ist die Gesamtkonzeption, mit der die Organisation, Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr so gestaltet werden, dass der Soldat vollwertiger Staatsbürger bleibt und sich militärische Tüchtigkeit unter der Bedingung des gewissenhaften Gehorsams aneignet. Die Einschränkung gesetzlicher Rechte ist nicht mehr in das Belieben der Vorgesetzten gestellt. Die Konzeption hat eine rechtliche und eine pädagogische Gestalt, sie wird parlamentarisch kontrolliert.

Innere Führung ist wider Erwarten seit etwa 15 Jahren ein Modell für viele Streitkräfte neuer Demokratien in Europa und Lateinamerika geworden.

Diese Tatsachen zählen – so meine ich – ungleich mehr als die in Rede stehenden Probleme mit einer Handvoll Kasemennamen.

Dass dies so ist, verdankt die Bundeswehr einer eindrucksvollen **Aufbauleistung der Kriegsteilnehmergeneration**. Diese Generation von Offizieren und Unteroffizieren bezog beim Eintritt in die Bw ihre Motive nicht aus ihren so oft pauschal

verurteilten Taten im Zweiten Weltkriege, sondern aus dem, was sie aus ihrem Kriegserlebnis gelernt hatten und in Verantwortung umsetzen wollten. Natürlich zählte dazu auch eine bittere Erfahrung aus Krieg und Gefangenschaft mit sowjetischer Militärmacht und stalinistischem Herrschaftswillen; aber auch ebenso bittere Erfahrungen mit deutscher Diktatur, missbrauchter Herrschaft und Unrecht. Diese Kriegsteilnehmergeneration war [übrigens auch östlich der Demarkationslinie des Kalten Krieges] zutiefst überzeugt, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen durfte. Für sie vor allem wurde die Schule für Innere Führung in Koblenz eingerichtet. Diese Generation ist heute nicht mehr im aktiven Dienst, sie hat uns Jüngere nicht zu unzuverlässigen Demokraten oder Russenhassem erzogen. Ich muss dies hier mit einem Gefühl persönlicher Dankbarkeit hervorheben. Und wie Sie an mir sehen, sind auch wir ersten Zöglinge der Kriegsteilnehmergeneration dabei, nach und nach aus dem aktiven Dienst ohne die Erfahrung des Blutvergiessens entlassen zu werden. Vielleicht ist es ein Verständnis von Mitmenschlichkeit wie von Kameradschaft, aber ich kann es nicht mitmachen, wenn mit der pauschalen Ausgrenzung des Wehrmachtssoldaten aus dem Traditionsverständnis der Bundeswehr zugleich ungezählte untadelige und bewunderungswürdige Lebensleistungen ganz junger Menschen der Elterngeneration von den Nachgeborenen entsorgt werden soll.

Die Bw hat sich um die beiden **Traditionserlasse von 1965 und 1982** nicht sonderlich geschert, und hat doch ein alles in allem vernünftiges Verhältnis zur Vergangenheit der Aufbaugeneration hergestellt.

Ich räume ein, dass manche Dinge in der Bundeswehr heute nicht mehr toleriert werden, die in den fünfziger und sechziger Jahren noch niemand infragestellte. Aber schliesslich wurde in den fünfziger Jahren auch ein Staatssekretär Globke noch toleriert. Heute könnte ich mir ein Gleiches nicht vorstellen. Auch insofern ist die Bundeswehr ein lernendes System.

Die Wertschätzung des Widerstandes gegen den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht ist am Anfang der Bw-Geschichte nicht ohne Debatte abgegangen. Heute hat er längst einen festen Platz in der Traditionspflege.

Warum hört man dennoch nicht auf, gerade der **Bundeswehr** ein demokratisch unverträgliches Verhältnis zur Vergangenheit zu unterstellen? Nur für die Bundeswehr gab es schliesslich einen Personalgutachterausschuss. Nur für die Bundeswehr gibt es einen Sonder-Revisor des Parlamentes. Nur für die Bundeswehr gab und gibt es eine Schule für Innere Führung. Nur dem Vorgesetzten in der Bundeswehr wird staatsbürgerliche und völkerrechtliche Unterrichtung von Gesetz wegen abverlangt. Die Bundeswehr verzichtete von Anfang an auf ein ideologisches Feindbild. Welche andere Institution unserer Bundesrepublik hat sich einer solchen Reform unterzogen, als ein zweites Mal Demokratie in Deutschland aufgebaut wurde?

Die Wehrmacht war das Deutsche Volk in Waffen. Ihre Truppenteile waren nicht selten eine Art Schutzzone vor den Zumutungen des Regimes. Ihre Überlebenden

halten oft bis heute aus dem Erlebnis der Frontkameradschaft zusammen. Die Wehrmacht brachte auch solche Offiziere hervor, die dem Widerstand gegen Hitler Zuversicht und Tatkraft verliehen. Die Wehrmacht diente freilich Hitler als Instrument zur Führung des Vernichtungskrieges in der Sowjetunion. Nichts hätte sie jedoch bewirken können, ohne die Transportleistung der Reichsbahn, die Forschung, Entwicklung und Produktion der Industrie, die geistige Ausrichtung durch Presse, Universitäten, Schulen und Kirchen, das Funktionieren der Justiz und der Verwaltung im Unrechtsstaat, usw. usf.

Darum frage ich nun zugespitzter: Warum wird so getan, als wenn die **militärischen Eliten im Dritten Reich**, mit ihrem pauschal unterstellten Versagen, allein das ganze Unglück über Volk und Vaterland gebracht hätten? Ist nicht diese einseitige Schuldzuweisung – bewusst oder unbewusst – die Ursache für das bis heute so heillos gestörte Verhältnis der bundesdeutschen Gesellschaft zu ihrer eigenen Verteidigung und zum Soldaten?

Ich halte dafür. Und ich halte dieses gestörte Verhältnis für eine Nachkriegsvariante der *Incertitudes Allemandes*, die unseren Nachbarn eh und je Angst gemacht haben.

Ich sage das nicht, um das Militär gewissermassen aus der Schusslinie zu nehmen.

Aber ich werbe für Fairness, eine ungeteilte Analyse und das rechte Mass in der Auseinandersetzung. Eine feierliche Erklärung der Bundeswehr, nichts mehr verbinde sie mit den Soldaten der Wehrmacht, kann die deutsche Geschichte ebenso wenig entsorgen, wie die Beseitigung aller personengebundenen Kasemennamen vor 1945. Sie wäre ausserdem verlogen. Die Bundeswehr hat ihre Schularbeiten nicht liegengelassen; fertig wird sie niemals werden, aber andere sollten überhaupt erst einmal anfangen.

Um nicht in den Verdacht zu kommen, die Traditionspflege in der Bundeswehr vor jeder Kritik in Schutz nehmen zu wollen, weise ich auf wenigstens einen Schwachpunkt hin, der an einigen Standorten noch auf Arbeit wartet. In der Truppe waren schon früh sogenannte **Traditionsräume** oder Traditionsecken eingerichtet worden. Über die ersten Kommandeure waren Verbindungen mit Kameradschaftsvereinigungen früherer Truppenteile hergestellt worden. Deren Chroniken und Erinnerungsstücke stellten zumeist die ersten Gegenstände in den Traditionsräumen dar. Mit der Zeit baute sich die Chronik des eigenen Truppenteils auf, und bald nahm sie mit eigenen Erinnerungsstücken einen immer breiteren Raum ein. Diese Öertlichkeiten wurden oft liebevoll gestaltet und gepflegt, besonders an Schulen.

Die immer vorhandene Problematik dieser «Ecken» wurde schlaglichtartig an einem Fall in den 70er Jahren deutlich:

Wie fast die ganze Panzertruppe der Bundeswehr pflegte auch ein norddeutsches Panzerbataillon die Erinnerung an den Architekten der deutschen Panzerwaffe, Generaloberst Heinz Guderian. Waffenstolz ist ein altes Zusammengehörigkeits-

motiv der Soldaten, nicht nur in Deutschland. Die einen dünken sich stets wichtiger als die anderen. Daran wäre insofern nichts auszusetzen.

Eines Tages im Jahre 1986 erhielt das Sowjetische Fernsehen auf seinen Wunsch Dreherlaubnis in eben jener norddeutschen Panzerkaseme. Wenige Wochen später wurde die Dreherlaubnis wieder zurückgezogen. Was war geschehen? In der damals laufenden Strategiedebatte spielte die Invasionsfähigkeit der Sowjetischen Militärmacht, insbesondere auf der Grundlage ihrer überlegenen Panzerwaffe, eine grosse Rolle. Das sowjetische Fernsehen wollte zum 45. Jahrestag des Beginns des «Grossen Vaterländischen Krieges» eine Sendung über die Panzerwaffe der Bundeswehr bringen. Es machte Aufnahmen vom Ausbildungsdienst mit dem Kampfpanzer Leopard 2, auch vom scharfen Gefechtsschiessen. Auffällig war aber das Interesse für den Traditionsraum des Bataillons. Die Botschaft des Sowjetischen Fernsehens in der beabsichtigten Sendung wurde bald erkannt:

1. Die Panzerwaffe der Bundeswehr mit dem Leo 2 stellt ein bedrohliches Angriffspotential dar (Bilder vom Gefechtsschiessen).
2. Am 22. Juni 1941 griff das faschistische Deutschland das grosse sozialistische Vaterland an und brachte es in wenigen Monaten an den Rand einer Niederlage (Bilder vom Krieg auf sowjetischer Seite).
3. Die faschistische Wehrmacht verfügte damals über 3600 Kampfpanzer (Bilder vom Krieg auf deutscher Seite).
4. Ihr grosser Panzerführer hiess Heinz Guderian. Die Bundeswehr hält die Erinnerung an ihn in hohen Ehren (Bilder aus dem Traditionsraum des Bataillons).
5. Die Bundeswehr allein verfügt über 3600 Kampfpanzer. Frage, was heisst Invasionsfähigkeit?

Mit diesem Fall ist ein wichtiger Punkt deutlich geworden: In der Bundeswehr besteht Anlass, die Darstellung von **Geschichte und die Traditionspflege voneinander zu unterscheiden**. Geschichte darzustellen, ist eine Aufgabe der Bundeswehr im Rahmen der Politischen Bildung. Hier darf nichts ausgelassen werden, was für die Lernziele der Politischen Bildung wichtig ist. Traditionspflege ist auch ein Teil Politischer Bildung, sie muss jedoch auswählen; muss anzeigen, welche Überlieferung für Auftrag und Selbstverständnis wertvoll ist. Die Panzertruppenschule hat in den letzten Jahren eine solche Sichtung und Klärung vorgenommen. In der Traditionspflege muss gesichtet und gewichtet werden.

Das ist die Aufgabe von verantwortungsbewussten und politisch wie historisch gebildeten Staatsbürgern in Uniform. In den Kasernen der NVA hat die Bundeswehr jetzt übrigens das gleiche Problem.

Ich möchte am Schluss meines Beitrages drei **Thesen** zur Diskussion stellen:

1. Die Wehrmacht des Dritten Reiches ist als Institution nicht traditionswürdig für die Bundeswehr. Viele Traditionslinien der Bundeswehr lassen sich jedoch in die ganze Tiefe der historischen Erfahrung zurückverfolgen. Sie sind durch die wenigen Jahre mit der Wehrmacht, entgegen dem erklärten Willen Hitlers, nicht völlig

abgerissen. Hitler verachtete und hasste die Generalität und ihre Führungsgehilfen, weil sie sich seinen Vorstellungen von Fanatismus, Gefügigkeit und Gläubigkeit nicht anpassen wollte. Ich bin darum gegen den «Schnitt» von 1949, den manche empfehlen, und jenseits dessen sie nur noch den militärischen Widerstand gegen Hitler gelten lassen wollen.

2. Missbrauch, Verstrickung und Verschulden deutscher Soldaten in der Zeit nationalsozialistischer Herrschaft lassen es nicht zu, mit der Traditionspflege der Bw vorbehaltlos an Ereignisse, Personen und Truppenteile jener Zeit anzuknüpfen. Jedoch sind Haltung und Leistung von Soldaten und Truppenteilen, die ihre Ehrenhaftigkeit und Unbescholtenheit widrigen Befehlen und Umständen zum Trotz bewahrt haben, für die Bundeswehr überlieferungswürdig.

3. Zwei Gewaltherrscher hatten sich Europa aufgeteilt, als der Angriff der Wehrmacht im Dienste des einen die Rote Armee im Dienste des anderen traf. Ursachen, Opfer, Leid und Folgen der Gewaltherrschaft müssen – nicht nur in Deutschland – im Bewusstsein gehalten werden.

Mit einer persönlichen **Bemerkung** habe ich begonnen, mit einer anderen will ich abschliessen:

Als die Sowjetische Armee im April 1945 die Katastrophe Deutschlands vollendete, war ich ein ins Umland evakuierter Berliner Junge von 8 Jahren. Die panische Angst und die Wehrlosigkeit der zivilen Erwachsenen um mich herum haben sich mir tief eingepägt. Das Wort von der Befreiung kann ich nicht ohne Vorbehalt und Unterscheidung gebrauchen.

Als die Westgruppe der Russischen Truppen, deren Abzug aus Deutschland zu unterstützen mein Auftrag von 1990 bis 1994 war, Ende August 1994 in Berlin verabschiedet wurde, sah ich sie mit dem Gefühl der freundlichen Verbundenheit und mit der Hoffnung auf eine Zukunft ohne Angst voreinander auf die weite Reise gehen.

Statement Dieter Senghaas

Dieter Senghaas betont eingangs, er habe den Eindruck, hundertprozentig mit dem übereinzustimmen, was Professor Jacobsen in seinem Vortrag gesagt habe. Ich glaube, es war ein sehr ausgewogenes Urteil; ein Urteil, soweit ich das überhaupt beurteilen kann, auch in der wissenschaftlichen Dimension abgewogen und haltbar. Dabei schein ihm wesentlich zu sein, dass man den Gesamtzusammenhang der Zeit von 1933-1945 sehe, was Jacobsen sehr deutlich gemacht habe. Viele Demokraten habe es damals nicht gegeben, in keinem Bereich, auch nicht in der Wissenschaft. Dies müsse man im Auge behalten, um zu verstehen, was der Gesamtimpetus dieser Zeit war und sich in sämtlichen Organisationen wiederfinde. Jacobsen habe nur über die Wehrmacht gesprochen, doch genauso gut hätte er, wie Mitscherlich dies vor mehr als 40 Jahren getan habe, über die Mediziner sprechen können, und ein Staatsrechtler

könnte über die Staatsrechtsdisziplin sprechen. Beispiele gebe es viele. Die Aussenwirtschaftswissenschaft etwa sei damals völlig abgefahren (...) auf die Lebensraumideologie. Senghaas: Man hätte jeden einzelnen Bereich, jedes einzelne Segment herausnehmen können, um zu sehen, dass es nur begreifbar ist aus diesem Zusammenhang. Allerdings gebe es natürlicherweise Schattierungen, nämlich Personen, Gruppen und Organisationen, die voll hinter dieser Bewegung gestanden hätten und andere, die man in der späteren Entnazifizierung als Mitläufer eingestuft habe. Wieder andere seien skeptisch gewesen, andere hätten Widerstand geleistet oder Opposition betrieben, offen oder im Untergrund, oder sie seien zur Emigration gezwungen worden.

Dies habe eine Implikation für uns, fährt Senghaas fort. Und die Folge ist aus seiner Sicht, dass es keinen grossen Sinn macht, in dem demokratischen Rechtsstaat der Bundesrepublik und heute des wiedervereinigten Deutschlands irgendwie besondere Rückbezüge zu finden, sei es der Tradition oder eines anderen Grundes wegen. Ich glaube, das Beste, was man eigentlich machen müsste, ist, diese Zeit als eine historische Zeit zu begreifen, sie dem historischen Urteil zu öffnen, und dann sprechen die Quellen und sprechen die Interpretationen. Die sind immer kontrovers und müssen notwendigerweise kontrovers sein. (...) Senghaas unterstreicht noch einmal, das Beste wäre es, ganz deutlich (...) von der Prämisse auszugehen, dass uns mit dieser Zeit eigentlich nichts verbindet. Es verbindet uns nicht das politische System. Es verbinden uns nicht die Mentalitäten. Jacobsen habe völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass damals Vorstellungen von hegemonialer Ordnung, von Geopolitik, von Lebensraum, von Imperialismus – damals habe man diesen Begriff noch ganz unkritisch benutzt auch von militaristischen Vorstellungen – Vorstellungen von Krieg als Mittel der Politik –, gang und gäbe gewesen seien, übrigens nicht nur in Deutschland. Sie sind ja auch gang und gäbe gewesen in unseren westlichen demokratischen Nachbarstaaten. Senghaas erinnert an das bis heute ungebrochene Verhältnis in Hinblick auf die Kolonialgeschichte in England und Frankreich. Besuchen Sie einmal das War Museum im Tower in London. Es ist eine gloriose Darstellung der Kolonialgeschichte ohne jegliche kritische Rückfrage an das, was das für Afrika oder für Indien usw. bedeutet hat, ohne jegliche historische Selbstkritik.

Es nütze nicht sehr viel, Rückbezüge in der Vergangenheit zu suchen, um irgendwo besondere Ansatzpunkte zu finden – da würde ich mich vielleicht von Herrn von Scheven unterscheiden. Natürlich finde man, wenn zum Beispiel die Staatsrechtsdisziplin der 20er Jahre untersucht werde, ein, zwei, drei Figuren, wo man sagen könnte, das waren überzeugte Demokraten auf Lehrstühlen deutscher Universitäten, die zur Zierde der Bundesrepublik gereichen würden, wenn sie heute noch leben würden. Die meisten waren keine demokratischen Staatsrechtslehrer. Man kann sich natürlich auf diese Einzelnen zurückbeziehen. Das ist in gewisser Hinsicht vielleicht sogar hilfreich, um zu sehen, dass es auch andere Traditionen gegeben hat. Aber besser wäre es, so meint Senghaas, einen klaren Schnitt zu machen.

Warum? *fragt er rhetorisch und meint in Bezug auf die Bundeswehr:* Ich glaube, Bundeswehr und demokratische Ordnung müssen nicht sehr vertieft diskutiert werden, weil die Bundeswehr Teil der demokratischen Ordnung ist. *Primat der Politik heiße heute, Primat demokratisch zustandekommender Politik. Und dabei gehe es um Fragen, welche konkrete Politik gemacht werden solle, um die Implementierung der Politik, um Schwerpunktsetzungen – wieviel Mittel hier, wieviel Mittel dort, welche Ausbildung und so weiter.*

Dies sei der Punkt, weshalb er nachdrücklich Wert lege auf einen klaren Schnitt. Die Zeit bis 1945 ist eine Zeit, wo, z.B. völkerrechtlich gesprochen, Krieg und Frieden denselben Status hatten. Und wo es nicht das gab, was wir heute haben, seit der UNO-Charta, seit 1945, was ein wirklich qualitativer Fortschritt in der Weltgeschichte (...) ist: nämlich ein Friedensvölkerrecht, wo ganz eindeutig das prinzipielle Gewaltverbot festgelegt ist. *Heute sei es nicht mehr so, dass man sich aus staatspolitischen Gründen den Krieg als Instrument zurechtlegen könne, um seine eigenen Interessen durchzusetzen.* Das war bis 1945 völkerrechtlich möglich. Das ist seit 1945 nicht mehr möglich, weil wir ein FHeJensvölkerrecht haben. Und darin ist festgelegt das prinzipielle Gewaltverbot.

Die Einordnung der Bundeswehr in die Demokratie scheint einigermaßen geregelt zu sein, meint Senghaas. Wichtiger erscheine ihm deshalb die Frage: Welchen Stellenwert möchte man eigentlich für die Bundeswehr, für das Militär Deutschlands im Hinblick auf welche internationale Ordnung? *Die UNO-Charta könne dabei Richtlinie, Richtmass sein, weil sie verbindliches Völkerrecht sei, das heute im grossen und ganzen letztendlich von allen akzeptiert werde.*

Und dann beginnen eigentlich die interessanten Fragen, *meint Senghaas. Erdenkt dabei an den deutschen Beitrag zur kollektiven Sicherheit auf europäischer Ebene, auf Weltebene.* Dann beginnt die Frage, was sollen die Prioritäten sein (...) gegenüber der gängigen Landesverteidigung, was sind die Erfordernisse, und was hat das für Implikationen. (...) *Man müsse Aufträge formulieren für die finanzielle Allokation, für Brückenschläge zu den internationalen Organisationen.* Das sind eigentlich die interessanten Fragen, die Fragen der Zukunft der nächsten zwanzig, dreissig Jahre, denn heute entscheidet sich, welche internationale Ordnung sich hier herausbilden wird. Und dass Deutschland im Rahmen dieser Auseinandersetzung einen Part spielen muss, etwas einbringen muss, scheint mir selbstverständlich zu sein. Und ich finde diese Fragen eigentlich auch für die Bundeswehr und für die öffentliche Diskussion interessanter als der Rückbezug, wo ich noch einmal nachdrücklich dafür plädiere, dass wir einen radikalen Schnitt machen, denn: *Rückbezüge führten nur in eine Sackgasse und seien hemmend für die überfällige Diskussion um die Erfordernisse der Zukunft.*

Volker Kröning *eröffnet die Diskussion mit folgender Bemerkung:* Ich habe in der Politik die Erfahrung gemacht, dass, wenn man überhaupt Wahrheit für die Grundlage von Verantwortung hält, sich der Wahrheit nicht stellt ohne Provokation. Und es können noch so viele Belege dafür angeführt werden, dass die Ausstellung historisch und auch im Allgemeinen und auch im Besonderen nichts Neues bietet; sie ist eine, nicht nur unvermeidliche in einer offenen Gesellschaft, sondern ist sogar für die deutsche Politik eine notwendige Provokation. Deshalb füge ich noch etwas hinzu, was das Arrangement angeht, auf das sich hier die Koalitionsparteien nur mit Mühe geeinigt haben – nach dem heutigen Vormittag kann die CDU ja froh sein, dass Senator Scherf über die Entscheidung, die Ausstellung im Rathaus stattfinden zu lassen, auch diese Veranstaltung gesichert hat. Sonst wäre ja das ganze Gebäude aus dem Lot geraten. Aber, was ich für notwendig halte, ist, dass diese Ausstellung in einem Diskussionszusammenhang bleibt. (...) Diese Ausstellung braucht nicht nur vorher, hier und heute, in einem begrenzten, in einem handverlesenen Kreis, sondern auch wenn sie stattfindet, Begleitveranstaltungen. Das hat die Stadt München besser gemacht. Ich habe in der «Süddeutschen Zeitung» eine Veranstaltungsübersicht gelesen. Ich kann nur an alle appellieren, auch an die Bundeswehr, Informations- und Diskussionsangebote auch während der Ausstellung zu machen. (...)

Kröning, Jahrgang 1945, berichtet sodann, er habe sich intensiv mit seinem Vater auseinandergesetzt, der sogar Berufsoffizier gewesen sei, und ebenso mit den Grossvätern, die im Ersten Weltkrieg gedient hätten und dann noch zum Volkssturm eingezogen worden seien. Er selbst sei Bundeswehrsoldat gewesen. Damals habe er die zweite Debatte über die Notwehrverfassung miterlebt, die Diskussion über das Verhältnis von Militär und Recht. Er habe angefangen, sich Gedanken zu machen und sich das Thema zu erarbeiten. Man könne nicht einfach einen Strich unter die Vergangenheit ziehen, legt Kröning nahe. Aber er beharre schon darauf, dass 1945/1949 ein Neuanfang gemacht worden sei und dass das Moment des Neuanfangs das der Kontinuität überwogen hat, und zwar so, dass die richtigen Lehren gezogen worden sind aus der Zeit 1933 bis '45 und sogar aus der Zeit von 1914 bis '45, oder meinetwegen auch 1871 bis 1945. Dieses Moment sei bis heute stark genug gewesen und werde es hoffentlich auch in Zukunft bleiben.

Als seine Leitmotive stellt Kröning vor: Erstens, politisch eine klare Abwendung von einer Politik der Grossmachtambitionen, und zwar auch über die Wiedervereinigung hinaus, gerade über die Wiedervereinigung hinaus. (...) Und auch die klare Bereitschaft, den Weg einer nationalstaatlichen, einer allein nationalstaatlichen Politik zu verlassen. *Heute laute das Motiv Einordnung.* Manche nennen das Integration, manche nennen das Interdependenz, auf jeden Fall heisst das Einordnung, und zwar je näher, desto verbindlicher. (...) Und das zweite ist die rechtliche Einordnung. *Kröning verweist auf das Grundgesetz.* Artikel 24: Einordnung in supranationale und in zwischenstaatliche Institutionen; Artikel 45: Völkerrecht; Artikel 26:

Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges. *Dies sei die Antwort nicht nur auf die zwölf Jahre davor gewesen. Und eine völkerrechtliche Antwort habe es damals auch gegeben* – das waren die Genfer Abkommen. (...) Also, mir kommt es auch darauf an, dass wir in Verbindung mit der Ausstellung nicht so was wie, wie haben Sie das gesagt, «hidden story» zulassen –

Zuruf: Hidden agenda!

Volker Kröning: oder hidden agenda, eine sich selbst produzierende und nicht bewusst gemachte Lektion, von der ich befürchte, sie verschüttet diese Erfahrung, die ich beschrieben habe, ignoriert diese politischen und rechtlichen Antworten, die ich beschrieben habe, und ist darauf gerichtet, sich Militär überhaupt zu verweigern. (...)

Hartmut Perschau spricht von einer tiefen Zäsur in der Mitte dieses Jahrhunderts. *Die erste Hälfte sei geprägt gewesen durch die Übertreibung nationalstaatlichen Denkens, bis hin zur deutsch-französischen Feindschaft, zur gezielten Feindschaft mit den Nachbarn und all den Folgen, die sich daraus ergeben haben. (...) Die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts ist völlig anders geprägt. Sie ist geprägt in erster Linie aus der Erkenntnis, dass man an die Stelle von Feindschaft zum Nachbarn Integration setzen muss. Perschau erinnert an die Integration in die Nato, in das westliche Europa und an die Herausbildung einer Wertegemeinschaft. Inzwischen habe sich die Situation abermals völlig verändert. Mit der Aufhebung der Teilung Europas und damit möglicherweise auch der Teilung der Welt sei der grosse Krieg sicherlich verhindert worden, kleinere Kriege aber würden wieder möglich.* Und wir müssen jetzt überlegen, *fährt Perschau fort*, wie wir denn überhaupt mit der Bundeswehr im demokratischen Rechtsstaat, in einer europäischen Integration, in einer weltpolitisch veränderten Gesamtlage einen Auftrag formulieren, der uns in die Lage versetzt, und zwar gesamt-europäisch zunächst einmal, und in Zusammenarbeit mit den grossen bedeutenden Mächten, den Vereinigten Staaten und Russland, Wege zu finden, wie wir Ordnungssysteme schaffen, um Not und Leid für Menschen irgendwo begleitbar und möglicherweise auch beherrschbar zu machen. Und hier formuliert sich natürlich ein völlig anderer Auftrag für die Bundeswehr; deshalb verändert sich auch natürlich die gesamte Strategie der Nato, verändert sich die Diskussion mit der Frage der Erweiterung der Europäischen Union auch um den Prozess, wie gehen wir in diesen Sicherheitsfragen zum Beispiel mit Russland um, eine der aktuellsten Debatten.

Vor diesem Hintergrund möchte Perschau die Energie stärker auf die Zukunft ausrichten, weil einfach dort auch unsere Aufgaben liegen und weil wir dort auch uns bewähren müssen. Ich glaube, dass die Frage der graduellen Abwägung, wo jemand Opfer oder vielleicht doch schon Mittäter geworden ist, uns allen nicht wirklich gelingen wird. Und ich habe grosse Skepsis, dass wir hier eine Debatte führen über eine Feinschärfe von historischen Motivationen und Meinungen und Stim-

mungen, die wir nicht wirklich präzise belegen können, und wir letztlich eine spalterische Debatte führen, an deren Ende – und das zeigt ein bisschen München – eine Revitalisierung reaktionärer Kräfte stehen kann. *Deshalb sei er über den Vortrag von Professor Jacobsen so froh, weil dieser die Vereinbarkeit von Standpunkten ebenso deutlich gemacht habe wie die Tatsache, dass der Rigorismus in der Bewertung von Geschichte noch nicht zwingend die Gestaltung der Zukunft erleichtert oder den Weg in die Zukunft formuliert.*

Christine Bernbacher *erläutert zunächst, dass die Gewaltfreiheit zu den vier Grundbegriffen grüner Politik gehöre: Ökologisch, basisdemokratisch, solidarisch und eben gewaltfrei wolle man sein. Angesichts dieser Tatsache hätten die Grünen in ihrer Mehrheit keine Notwendigkeit für die Existenz der Bundeswehr gesehen. Um den abrüstungspolitischen Prozess in Europa in Gang zu bringen, ja in der Welt in Gang zu bringen, forderten wir entsprechende Vorleistungen im eigenen Land. Das sei für junge Menschen, die im Nachkriegsdeutschland aufgewachsen seien und sich die Verbrechen des Nazi-Regimes und deren Folgen immer wieder vergegenwärtigt hätten, eine logische Konsequenz gewesen. Hinzugekommen sei ein Misstrauen gegenüber der Bundeswehr, weil der Widerstand von 1944 hin und wieder doch als Verrat bezeichnet worden sei. Auch die Art und Weise, wie man noch immer mit den Deserteuren des Zweiten Weltkriegs umgehe, habe zu einem gespannten Verhältnis beigetragen.*

Nun jedoch, seit dem grausamen Krieg auf dem Balkan, fährt Bernbacherfort, hat in der Grünen Partei ein ganz schmerzhafter Dialog, eine schmerzhaft Diskus-sion begonnen über den Begriff der Gewaltfreiheit. Und dieser bis an die Wurzeln grüner Politik gehende Konflikt zwischen den Verteidigern der absoluten Abrüstungs- und Friedenspolitik und denen, die den Völkermord hier inmitten (...) Europas nicht mehr ertragen konnten und die Untätigkeit als Schuld empfanden, sei bei weitem nicht abgeschlossen. Haben wir nichts aus Auschwitz gelernt? Haben wir nicht einmal geschworen, nicht mehr zuzusehen und abzuwarten? (...) Das war die Frage der einen Seite. Es schallt zurück von der anderen Seite: Nie wieder Waffen, nie wieder Krieg, nie wieder Deutsche unter Waffen!

Inzwischen hätten sich viele Grüne gewandelt, gerade diejenigen, die in den Krisengebieten des Balkans gewesen seien. Nichts sei mehr wie früher. Der Diskussionsprozess werde weitergehen, und viele Grüne hätten erkannt, dass die Bundeswehr einem friedenspolitischen Ziel diene. Sie dient zur Friedenserhaltung, sie ist eingebunden in das Grundgesetz, sie ist abhängig von Entscheidungen eines demokratisch gewählten Parlamentes, meint auch Bernbacher. Und darum verstehe ich auch nicht die Befürchtung vieler Bürger und auch der Bundeswehr, warum diese Ausstellung dazu beitragen sollte, Bundeswehr und Wehrmacht in Verbindung zu bringen. Ich glaube, wir sollten selbstbewusst genug sein, auch die Bundeswehr, dass diese Ausstellung mit den begleiteten Veranstaltungen stattfinden kann, auch hier in

Bremen stattfinden kann im Rathaus (...), denn wie auch Herr Kröning schon gesagt hat, man muss der Wahrheit ins Gesicht sehen. (...) *Die Wehrmacht habe als Teil des deutschen Volkes* – genau wie wir auch als Bevölkerung – *Schuld auf sich geladen*.

Frau Bernbacher fügt noch einige persönliche Bemerkungen hinzu: Ich habe als junges Mädchen den Krieg sehr bitter mitgemacht; ich habe darum als Grüne von Anfang an eine andere Einstellung zu der Bundeswehr gehabt. Ich habe sie von Anfang an in unserer Gesellschaft, in unserer jungen Demokratie akzeptiert, und ich habe als grüne Mutter nicht verhindern können und auch nicht wollen, dass meine Söhne Dienst in der Bundeswehr geleistet haben. Und ich meine, es hat ihnen überhaupt nicht geschadet. Und es hat den Diskussionsprozess in unserer Familie nur sehr belebt. Alle politischen Meinungen werden akzeptiert, und das ist gelebte Demokratie und auch politische Erziehung. Auf Grund meines Alters habe ich natürlich grosses Verständnis für die Gegner dieser Ausstellung, ihre Verletzbarkeiten und meine, dass man diese Verletztheiten und dieses Gefühl, unsere Männer, unsere Söhne, wenn ich jetzt mal den Frauenstandpunkt einnehme, sind gestorben für etwas, was nun ganz schlecht, ganz verbrecherisch sein soll, dass dieser Gedanke auch nach fünfzig Jahren noch unerträglich ist. Und darum meine ich, muss man auch diese Zeit, wie es heute schon von Professor Jacobsen geschehen ist, im Zusammenhang sehen. (...) *Ab 1939, erst recht zwischen 1941 und 1945, sei der Tod der tägliche Begleiter ihres Lebens gewesen*, und man selber war mit dem Überleben so sehr beschäftigt, dass manchmal der Blick für das Unrecht woanders getrübt war. *Man müsse solche Zusammenhänge sehen. Trotzdem begrüsse sie, dass die Ausstellung soviel politische Bewegung wiedergebracht habe, dass man sich wieder mit der Vergangenheit auseinandersetze. Denn es habe die Gefahr bestanden, dass ein Schlussstrich gezogen würde, weil einige meinten, 50 Jahre seien genug*. Und nun ist noch einmal dieses alles aufgekommen. Und nur so können wir, glaube ich, lernen für die Zukunft und ja sagen zu unserer Gesellschaft und auch zu einer Bundeswehr, die sich an demokratische Regeln gebunden fühlt.

Bernhard Gertz: (...) Erstens, die Auseinandersetzungen mit der Rolle der Wehrmacht und ihrer Soldaten im Zweiten Weltkrieg ist für jeden Soldaten der Bundeswehr notwendig, auch 52 Jahre nach Kriegsende. Wer aus der Geschichte lernen will, wer die grundlegenden Wertentscheidungen auch unserer Verfassung verstehen will, die Professor Senghaas vorhin angesprochen hat, der muss die Geschichte kennen und nicht nur höchst sektorale und subjektive Vorstellungen davon haben. Deshalb ist im Prinzip jeder Versuch zu einer möglichst vollständigen Darstellung der historischen Rolle der Wehrmacht und ihrer Soldaten sinnvoll.

Zweitens, die Bundeswehr und ihre Soldaten können allerdings nicht so tun, als betreffe sie die Debatte um die Ausstellung nicht. Zwar ist die Bundeswehr in der Tat eine Armee in einer Demokratie, die auf eine ganz andere Wertordnung gründet als die Wehrmacht. Sie ist auch eine Armee, deren Traditionsverständnis gerade

nicht an die Institution Wehrmacht anknüpft, gar nicht anknüpfen kann, doch es sind Soldaten der Wehrmacht gewesen, die, intensiv begutachtet durch die Personalgutachterausschüsse, die Bundeswehr aufgebaut haben. Und diese Tatsache, dass es Soldaten der Wehrmacht waren, die die Bundeswehr aufgebaut und geprägt haben, ist etwas, was die Soldaten der Wehrmacht, die Rolle der Wehrmacht und die Soldaten der Bundeswehr miteinander verbindet. Wer dann also der Bevölkerung den Eindruck vermitteln würde, ich sage es im Konjunktiv, dass die Wehrmacht eine verbrecherische Institution gewesen sei insgesamt, und den Kurzschluss fordert, dass mithin alle ihre Soldaten Verbrecher gewesen seien, der belastet damit in der Tat auch die Bundeswehr. – Und es gibt noch einen zweiten Grund, das würde ich gerne zu der Frage sagen, die die Frau Abgeordnete eben in den Raum gestellt hat, es gibt in unserer Gesellschaft den schönen Satz «Soldaten sind Mörder». Und der bezieht sich nicht nur auf die historische Situation, in der Kurt Tucholsky ihn geprägt hat, sondern dieser Satz wird 1996 und 1997 auch und gerade gegenüber der Institution Bundeswehr und Soldaten der Bundeswehr gebraucht. Das bedeutet, dass wir auch nach 41 Jahren Verfassungstreue der Bundeswehr und ihrer Soldaten, nach 41 Jahren Respekt vor dem Primat der Politik, auch nach der Debatte um die Notstandsgesetze, die wir gehabt haben, mit all den furchtbaren Folgen, die an die Wand gemalt wurden, die nicht eingetreten sind, immer noch nicht die Frage abschliessend in unserer Gesellschaft beantwortet haben, ob die Anwendung militärischer Gewalt zur Verteidigung ethisch legitimiert ist. Es gibt immer noch Leute, die das bestreiten und das in dieser Form vermitteln. (...)

Gertz hätte sich gewünscht, dass die militärische Führung sich zu der Ausstellung öffentlich geäußert hätte, und zwar so differenziert, wie dies Professor Jacobsen heute Vormittag getan habe. Er fährt fort: (...) Ich bin nicht für holzschnittartige Wertungen, wie sie gelegentlich vorgenommen werden. Ich halte auch den Boykott der Ausstellung, ich halte auch Demonstrationen für Blödsinn; und ich halte für ausgemachten Blödsinn, was in München passiert ist. Das betrifft nicht das Rahmenprogramm, sondern es betrifft das Szenario, was jetzt dort geboten ist. Wenn ich mir vorstelle, dass ich mit meinen Mitgliedern dort an Demonstrationen teilnehme und neben mir stünden die Kohorten der NPD, dann würde ich schleunigst machen, dass ich vom Marienplatz wegkäme. Denn dann in der Tat bestünde die Gefahr, dass die Bundeswehr und ihre Soldaten in eine Ecke gestellt werden, in die sie nicht gehören.

Da es diese Stellungnahme der offiziellen Bundeswehr nicht gibt, bin ich natürlich herausgefordert, wenigstens für meine Mitglieder zu sprechen. Das sind die Soldaten der Bundeswehr. (...) Meine persönliche Meinung ist, dass die Ausstellung in der Tat suggeriert, so wie Professor Messerschmidt das formuliert hat, dass die Bundeswehr mit einem «Geburtsmakel» behaftet ist. Ich behaupte, diesen Geburtsmakel gibt es nicht. Ich würde Sie bitten, sich eine Sekunde lang vorzustellen, was

passiert wäre, welche Bundeswehr wir heute hätten, wenn im Jahre 1945 nach Kriegsende so etwas passiert wäre, Herr General von Scheven, wie bei der Abwicklung der NVA. Am 2.10. trug man noch die Uniform der NVA, am 3.10. die Uniform der Bundeswehr. Oder so etwas geschehen wäre wie in unserer Justiz 1945. Da hat man nur das Hakenkreuz von der Robe genommen, aber die Robe hat man behalten. Wir haben uns Zeit gelassen mit dem Aufbau der Streitkräfte nach 1945. Wir haben die historische Chance genutzt, die Rechtsgrundlagen für die Streitkräfte und das Personal für die Streitkräfte so zu sortieren, dass wir eine andere Armee haben. Deswegen weigere ich mich hinzunehmen, wenn ihr ein Geburtsmakel angehängt wird.

Ich würde mir eine andere Ausstellung erträumen, eine andere als diese hier, und das bedeutet nicht, dass irgend etwas, was in dieser Ausstellung gezeigt wird, weggelassen werden müsste. Es darf alles da bleiben. Und ich geselle mich auch nicht zu denen, die sich in spitzfindige Debatten über angebliche oder tatsächliche Fälschungen einlassen. Die sind mir wurscht. Aber was ich von der Ausstellung verlangen würde, ist, dass sie mit etwas weniger Sendungsbewusstsein gemacht wird und dafür mit etwas mehr wissenschaftlicher Akribie und Disziplin, um auch all das zu zeigen, was Professor Jacobsen heute morgen angesprochen hat, was diese Ausstellung definitiv nicht zeigt. (...)

Rolf Reimers: (...) Ich meine, nicht allein die Tatsache, dass es diese Ausstellung gibt, ist beklagenswert. Ich meine, solch eine Ausstellung muss unsere Demokratie aushalten. Und sie hält es auch aus. Was beklagenswert ist, ist, dass sie diffamiert, pauschalisiert und damit Menschen, die im Zweiten Weltkrieg gemeint haben, für eine gute Sache zu kämpfen, ein Unrechtsbewusstsein beibringt, was meiner Ansicht nach nicht gerechtfertigt ist, denn aus heutiger Sicht können wir es sicher anders betrachten, als es damals betrachtet wurde.

Zweitens: Dass sie im Rathaus stattfindet, gibt der Ausstellung ein Gewicht, das dieser Ausstellung nicht zukommt. Ich behaupte einfach mal, hätte sie im Konsul-Hackfeld-Haus stattgefunden, hätte niemand gross über diese Ausstellung geredet. Dadurch, dass sie hier stattfindet, hat sie natürlich einen Diskussionsprozess in Gang gebracht, der vielleicht sogar wünschenswert wäre, den wir aber in Ruhe und Sachlichkeit abarbeiten können.

Drittens meine ich, dass diese Ausstellung spaltet. Sie führt zu tiefen Rissen von Familien, weil diejenigen, die in diese Ausstellung gehen, mit Bildern alleine gelassen werden und durch diese Bilder sicherlich eine Meinung bekommen vom Vater, vom Grossvater, von Angehörigen, die so nicht erklärt werden können. (...)

Hans-Ulrich Seidt: (...) Wer sich professionell, analytisch, konzeptionell und operativ mit deutscher Sicherheitspolitik der Gegenwart befasst, der wird an dieser Ausstellung einen Bezugspunkt finden, der ihn unmittelbar interessiert. Es ist die Frage «Vernichtungskrieg». Denn wir kommen an der Tatsache nicht vorbei, dass die Gegenwart seit der Zäsur der Jahre '89 bis '91 wieder eine Zeit der Vernich-

tungskriege ist. Und diese Vernichtungskriege sind allgegenwärtig. Wir brauchen nicht in Ausstellungen zu gehen. Es reicht, wenn wir den Fernseher abends anschalten, wenn wir uns die Bilder anschauen etwa aus Zentralafrika. Es genügt, wenn wir uns erinnern an die Bilder über die Massaker von Srebrenica.

Konkret werde es in Zukunft darum gehen, meint der Diplomat, die Aufgaben der Bundeswehr in einem Spektrum zu definieren, das über die Landesverteidigung im engeren Sinn hinausgehe. Wir sollten uns keine Illusionen machen, wir werden eine Ausweitung auf Grund der demographischen Entwicklungen weltweit sehen, eine Ausweitung der Vernichtungskriege, ethnischer Konflikte mit allen inhärenten Problemen, Flüchtlingsbewegungen grossen Ausmasses und furchtbaren Wiederholungen dessen, was wir in den letzten Jahren schon erlebt haben. Wie reagiert man darauf? Welche Schlussfolgerungen zieht man daraus?

Seid erinnert an den Bundestagsbeschluss vom 13. Dezember 1966, mit dem der Einsatz von 3.000 Bundeswehrsoldaten in Bosnien beschlossen worden ist. Dies sei der dramatische Abschluss einer Entwicklung gewesen. Zum Vergleich zieht der stellvertretende Leiter des Sonderstabes Bosnien im Auswärtigen Amt das Jahr 1994 heran, als vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erörtert wurde, ob deutsche Piloten aus einer AWACS-Maschine möglicherweise aussteigen müssten. Denn diese Maschinen könnten ja amerikanische Kampfflugzeuge dazu hinführen, serbische Geschützstellungen auszuschalten, die systematisch die Zivilbevölkerung Sarajewo terrorisiert hätten. Seid: Es gab in Deutschland die Forderung (unter verfassungsrechtlichen und verfassungspolitischen Gesichtspunkten), dass deutsche Offiziere aus der AWACS aussteigen, damit sie bei dieser Hilfeleistung nicht dabei sind (...). Das ist ausgestanden; das ist ein dramatischer Wandel, und deshalb ist dieser Entschluss des Bundestages vom 13. Dezember 1996 so wichtig.

Es komme noch etwas anderes hinzu: Betreibe man die Dinge operativ, müsse das eigene Geschichtsbild der Nachkriegsgeneration in der täglichen Arbeit oft revidiert werden. Für mich gibt es eine Erfahrung etwa in Bosnien mit den drei dort lebenden Bevölkerungsgruppen – Serben, Bosniaken, Kroaten. Für alle drei Bevölkerungsgruppen war der Zweite Weltkrieg, waren die Jahre '41 bis '44 kein Krieg gegen den deutschen Aggressor. Deshalb bestehen auch gegenüber den Bundeswehrsoldaten auf serbischer Seite kaum Vorbehalte. Sondern der Krieg der Jahre '41 bis '44 war für die Menschen in Bosnien ein bellum omnium contra omnes, ein Krieg jeder gegen jeden, wobei jede Bevölkerungsgruppe schon damals klare Vernichtungsabsichten hatte, die umgesetzt hat, und es ist auch dokumentiert. *Was folgt daraus? Man stelle plötzlich fest, so Seid, dass die in der öffentlichen deutschen Diskussion gebrauchten Argumente – z.B. auf Grund der deutschen Geschichte dürften keine Bundeswehrsoldaten nach Bosnien geschickt werden – falsch seien. Richtig sei das Gegenteil, meint Seid.* Alle drei Bevölkerungsgruppen sagen: Jawohl, die Bundeswehr kann sehr wohl Teil der Problemlösung sein. Sie ist nicht Teil des Problems.

Wie kann man präventiv mit Konflikten umgehen? Noch vor Beginn der Kämpfe im ehemaligen Jugoslawien sei die Errichtung eines internationalen Gerichtshofs gefordert worden, um die Leute, die damals dreist die Vernichtungspläne entworfen haben, zur Rechenschaft zu ziehen. Dieser Gerichtshof sei erst 1993 eingerichtet worden, unter anderem auf deutsches Drängen. Aber selbst die Einrichtung eines solchen Gerichtshofes und rein präventiv-politisches Handeln ohne militärischen Einsatz kann Politiker nicht stoppen, die wirklich zur Vernichtung bereit und willens sind, *sagt Seidt*. Das beste Beispiel ist ein Mann wie Radowan Karadzic, der sich irgendwo im Grenzbereich zwischen Pathologie und Politik bewegt, wenn man seine Gedichte liest aus den 70er und 80er Jahren. Der Mann ist entweder nicht normal oder von einem unbändigen Vernichtungswillen beseelt. Aber er wird sich allein durch die Androhung einer Gerichtsstrafe nicht von seinem Handeln abbringen lassen. Er wird sich nur durch Gewalt stoppen lassen. Das ist eine ganz klare Schlussfolgerung, die man operativ aus einer nüchternen Lageanalyse ziehen muss.

(...) Stichwort Grossmachtrolle Deutschlands. Auch hier müssen wir, glaube ich, Abschied nehmen von manchen Vorstellungen der Nachkriegszeit, etwa der Vorstellung, dass es möglich sei, bestimmte sicherheitspolitische Entscheidungen auf die anonymen multilateralen Organisationen zu delegieren. Für mich ist signifikant, dass alle Institutionen – die Europäische Union, die OSZE, die Vereinten Nationen – bei der Bewältigung des Bosnien-Konfliktes gescheitert sind. Wenn Sie sich die Dayton-Dokumente anschauen, die sich in der Praxis auch erst noch bewähren müssen, dann stellen Sie fest, dass diese Dayton-Dokumente nicht von einem Generalsekretär der Vereinten Nationen, nicht vom Generalsekretär der NATO, nicht vom Generalsekretär der OSZE abgezeichnet sind, sondern von fünf, wenn Sie so wollen, Garantmächten, und das sind Grossbritannien, Frankreich, Russland, die USA und Deutschland. *Schaue man zurück ins späte 19. Jahrhundert – Seidt erwähnt den Berliner Kongress von 1878 – stelle man plötzlich fest, dass man wieder beim europäischen Konzert der Mächte angelangt sei. In der täglichen Praxis sei das eben so.* Das wichtigste Steuerungsinstrument für die Krisen- und Konfliktbewältigung sind (heute) gerade nicht mehr (...) die multilateralen Grossorganisationen mit ihren Gremien, sondern es sind informelle Gruppierungen, wo dann aber traditionell dieses Element der wichtigsten Spieler durchschlägt, und das sind eben die Fünf in einem ungeteilten Europa. *Dies heisse nicht, dass er für eine Grossmachtrolle Deutschlands plädiere, betont Seidt.* Im Gegenteil, wir sind in vielerlei Hinsicht darauf gar nicht vorbereitet. Aber faktisch ist die Erwartung der internationalen Öffentlichkeit gerade in Krisenkonflikten, gerade auch bei der Verhinderung von Vernichtungskriegen, daraufhin ausgerichtet, dass Deutschland seiner Rolle gerecht wird.

Clausewitz! Ziehe man strategietheoretisch die Konsequenzen aus der veränderten Lage und den entsprechend veränderten Herausforderungen, könne man aus der deutschen Geistesgeschichte sehr viel schöpfen, ist Seidt überzeugt. Nämlich:

Clausewitz! Man sollte eigentlich das Clausewitzsche Epigramm vom Krieg als Fortsetzung des politischen Verkehrs unter der Beimischung anderer Mittel für unsere Zeit formulieren. Das ist, glaube ich, auch wichtig für die Bundeswehr. Der Einsatz von Streitkräften zur Krisenbewältigung bleibt Politik unter Beimischung anderer Mittel. Dabei erweisen sich die Streitkräfte als weiterhin unerlässliches Instrument einer Politik, die auf den Erhalt oder Gewinn von Stabilität und Frieden ausgerichtet ist. (...)

Ulrich Finckh, *evangelischer Pastor, Vorsitzender der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e. V. (Bremen)*, findet es überraschend, dass auf dem Podium niemand sitze, der wie ich sozusagen die Ausstellung mit veranstalten will. *Alles sei sehr hoch gehängt worden, dabei sollten wir in einer Stadt wie Bremen überall offen und frei miteinander diskutieren können. Und da kommt natürlich die Frage, ob man wirklich sagen kann, die Bundeswehr ist nur eine Einrichtung der Demokratie. Das klang ja auch in den Voten zum Teil durch, dass gefragt wurde, wieviel Last der Vergangenheit schleppt man dann doch mit.*

Ich war noch Soldat im Zweiten Weltkrieg, ich war Luftwaffenhelfer und Soldat und erinnere mich daran, wie damals Gefangene behandelt wurden, wie selbst die ukrainischen Hilfswilligen in der Flakbatterie schiechtestens behandelt wurden, obwohl sie bei uns mitgemacht haben. Also, es gibt da vieles, wo ich mich wundere, wie die Ausstellung etwa angegriffen wird. Ich bin froh, dass anscheinend die erste Vorgabe ist, dass alle sich einig sind: Die Wehrmacht ist als Instrument für einen verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg und Eroberungskrieg missbraucht worden. Das ist immerhin viel, wenn man sich an der Stelle einig ist. Es gibt Leute, die auch das bestreiten.

Er habe während der NS-Zeit mit ein paar Leuten diskutiert, die durchaus gegen die Nazis gewesen seien. Im nachhinein sei er erschrocken, wie selbstverständlich man damals gesagt habe, die Auseinandersetzungen mit Hitler müssten nach dem Krieg kommen. Von seinem Schwager, der Generalstäbler gewesen sei, wisse er, dass auch in manchen Stäben solche Diskussionen geführt worden seien, ob man noch mitmachen dürfe. Aus dem Erschrecken und aus der Auseinandersetzung mit dieser Zeit habe er die Konsequenz gezogen, für Kriegsdienstverweigerung zu sein. Aber er erschrecke über undemokratische Linien, die in der Bundeswehr weitergingen. In Bremen gebe es eine inzwischen von der Bundeswehr geräumte Kaserne, die den Namen des Antidemokraten Lettow-Vorbeck trage. In einigen Einheiten mache sich ein rechtsradikales Klima bemerkbar, was offenbar nicht gemeldet werde, nicht auffalle, selbstverständlich sei. Finckh kritisiert ferner, dass die Deserteure des Zweiten Weltkriegs noch immer nicht rehabilitiert worden seien. Und heute sollten Leute, die vor verbrecherischen Kriegen an anderer Stelle gessoßen seien, aus Deutschland abgeschoben werden. Wer sich den verbrecherischen ethnischen Säuberungen im ehemaligen Jugosla-

wien entzogen habe, werde heute jenen ausgeliefert, die dort inzwischen herrschen. Nachdrücklich plädiert Finckh für eine Regelung der situationsbezogenen Kriegsdienstverweigerung. – Zum Schluss geht er auf eine Bemerkung von Seidt ein. Bei einer Tagung in Bonn habe er gestern von einer Vertreterin des Auswärtiges Amtes sehr lobende Worte für OSEZ-Langzeitmissionen und die Arbeit der internationalen Organisationen vernommen. Nun höre er genau das Gegenteil.

Ein Diskussionsteilnehmer meint, es sei der Eindruck erweckt worden, als sei die Wehrmacht in ein Schicksal gerufen worden und als ob die Beteiligten keine Möglichkeit gehabt hätten, anders zu handeln. Er erinnert an die Deserteure, die sich in mehreren Tausend, ich glaube, es war sogar eine Zahl von 40.000, diesem Wehrdienst entzogen haben, bewusst entzogen haben, und aus welchen Motiven auch immer, wie es so schön heisst, von der Truppe entfernt und dieses unerlaubt gemacht haben. Wir müssen bisher feststellen, dass diese Leute von der Politik bisher nicht rehabilitiert worden sind, sondern immer noch, im Gegensatz zu denen, die ihre Pension auch als aktive Beteiligte des Terrorregimes heute noch beziehen, immer noch (...) als vorbestraft gelten.

Ein anderer Diskussionsteilnehmer übt Kritik an den Ausstellungskritikern: (...) Weswegen wird eigentlich immer bemängelt, dass die Ausstellung nicht vollständig ist? Ich habe noch nie eine Ausstellung, insbesondere in politischen Fragen, gesehen, die vollständig war und alle politischen Meinungen befriedigt hat. Da frage ich mich doch eher: Warum hat die Bundeswehr, die im Moment ja so darauf pocht, nicht beispielsweise mal eine vernünftige Ausstellung dazu gemacht bisher? (...) Überdies stellt der Diskussionsteilnehmer die Frage, ob und wie sich demokratische und militärische Prinzipien miteinander in Einklang bringen lassen. Meines Erachtens ist ein wesentliches militärisches Prinzip, auch wenn es nicht mehr hundertprozentig so angewandt wird, Befehl und Gehorsam. Das hat unter Umständen mit Demokratie relativ wenig zu tun.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer: Ich habe vor zwei Jahren hier im Rathaus die Ausstellung «Aufstand des Gewissens» mit organisiert und drei Wochen lang begleitet, also von morgens 10 bis abends 18 Uhr Gelegenheit gehabt, mich mit Leuten zu unterhalten. Ich bedauere sehr, dass diese Ausstellung nicht ausgewertet worden ist, dass sie in den Ferien gezeigt wurde und dass sie zu kurz war. Denn dort ist der Versuch, nicht nur der Versuch, sondern, wie ich finde, die erfolgreiche Umsetzung gewesen, unsere Geschichte zu erläutern, darzustellen. Und ich möchte sagen, dass für mich eines unverständlich ist, dass, wenn eine Ausstellung, die fast 20.000 Zuschauer hier in Bremen gehabt hat – das ist einmalig bisher in der Geschichte dieser Ausstellung –, dass wir uns heute, zwei Jahre danach, über bestimmte Fragen des Widerstandes, des Verhältnisses zur Wehrmacht etc. unterhalten mit einer Intensität, die für mich nur schwer nachvollziehbar ist. Denn wenn wir die Ausstellung «Aufstand des Gewissens» wirklich begriffen hätten in der Öffentlichkeit,

wenn wir wirklich verstanden hätten, was der Widerstand bedeutet hat, dann müssten manche Diskussion heute hinfällig sein. (...)

Volker Kröning erinnert daran, dass er als junger Bürgerschaftsabgeordneter vorgeschlagen habe, die Bremer Lettow-Vörbeck-Kaserne nach Fritz Erler zu benennen, was wiederum seiner eigenen Partei nicht gepasst habe. Aus dem Forschlag sei nichts geworden, und inzwischen habe sich die Sache erledigt.

Zur Rehabilitierung der Deserteure führt Kröning unter anderem aus, es gehe nicht um die Rehabilitierung der Deserteure, sondern um die Rehabilitierung der Opfer der Wehrmachtsjustiz, die in einem grausamen, unvergleichbaren Masse mit Todesstrafe oder Straflager oder Strafbataillon belegt worden sind. Da aber immer von Deserteuren die Rede sei, werde schnell der Umkehrschluss gezogen, dass Soldaten, die ihre Pssicht erfüllt oder gemeint hätten, ihre Pflicht erfüllen zu müssen, Verbrecher gewesen seien, während die Deserteure für sich beanspruchen könnten, aus Einsicht in das Unrecht des Krieges die moralisch überlegene Konsequenz gezogen zu haben. Kröning ist überzeugt: Das ganze Unterfangen der Auseinandersetzung mit der Wehrmachtsjustiz und den Deserteuren wird scheitern, wenn sich dieser Umkehrschluss durchsetzt. Dieser Umkehrschluss muss ausgeschlossen werden. Auch ein zweiter Schluss müsse vermieden werden: Den nenne ich nicht Umkehrschluss, sondern den nenne ich Analogieschluss. Nämlich dass die Desertion von damals das gleiche sei wie Desertion von heute. Das werde in einem ganz versteckten Zusammenhang angesprochen, wenn nämlich behauptet werde, Kriegsdienstverweigerung sei gegenüber dem Dienst in der Bundeswehr die moralisch überlegene Position. Es muss deutlich gemacht werden, dass wir heute ein in der Verfassung verankertes Recht auf Kriegsdienstverweigerung haben, aber dass selbstverständlich der Straftatbestand Fahnenflucht nach wie vor besteht. Den braucht natürlich jede Armee.

Hartmut Perschau: (...) Ich bin ganz früher (...) bei Herrn Altenburg mal Divisionsjugendoffizier gewesen, Mitte der 60er Jahre. Und die Argumente, die ich hier gehört habe, die kamen mir so ungewöhnlich vertraut vor. *Ungewöhnlich vertraut sage er deshalb, weil man eigentlich erwarten könnte, dass grundsätzliche Zweifel an der Verfassung und der Bundeswehr nach 35 Jahren längst abgebaut sein müssten. Grundsätzlich bestätige die Ausnahme die Regel. Das gelte auch für die Tatsache, dass es immer wieder einmal zu Verfehlungen von Vorgesetzten komme. Frage sei nur, ob man dies verallgemeinern dürfe. Immerhin gebe es Selbstregulierungsmechanismen, die dafür sorgten, dass aus der Ausnahme kein Regelverhalten werde. Die Bundeswehr sei wie jede Armee der Welt auf Befehl und Gehorsam angewiesen. Deshalb bedürfe es einer besonderen demokratischen Legitimation, die auch verfassungsrechtlich abgesichert sei. Schwierig sei in diesem Zusammenhang die Frage der Desertion, wo man den Einzelfall prüfen müsse.*

Zur Problematik der Kriegsdienstverweigerung bemerkt Perschau: Deutschland habe eine der höchsten Verweigerungsquoten in Europa, und dies sei nicht nur das Ergebnis objektiver Sachverhalte. Gelegentlich spielten auch Meinungstrends eine Rolle. Vielfach entscheidend sei die Akzeptanz von gesellschaftlichen Kreisen, die jemand für relevant halte, und von deren Meinungsstrukturen. Ich habe das damals schon gemerkt, als ich Soldat wurde. Da war das unter den Abiturienten gar nicht sehr en vogue, das zu tun, und ich war, glaube ich, der einzige in der Klasse, der damals zur Bundeswehr gegangen ist (...). Das war Anfang der 60er Jahre, und da war die Gesamtdiskussion noch eine andere. Der Senator hält die Landesverteidigung nach wie vor für nötig. Man müsse zum Beispiel darin mitwirken, Vernichtungskriege zu verhindern.

Bernhard Gertz erzählt, dass er in der letzten Woche in mehreren Interviews gegen die Auslieferung der russischen Deserteure eingetreten sei. Das fanden die Medien offensichtlich witzig, dass ein Soldat sich gegen die Auslieferung von Deserteuren wendet. (...) Da habe ich gesagt: «Diese Armee, in der die Kameraden gedient haben, eine Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, das war keine Armee einer Demokratie, das war auch keine Armee, die auf eine Wertordnung gegründet war, die wir als begriffsnotwendig voraussetzen für unseren Dienst in der Bundeswehr. Das war ein Sumpf von Korruption und Kriminalität und Inhumanität im Umgang mit Soldaten aller Ebenen. Und ich kann die Konfliktlagen sehr wohl verstehen, aus denen Männer aller Dienstgrade diese Armee verlassen haben. Und es müssen nicht nur wirtschaftliche Motive gewesen sein. Wenn wir sie dann missbrauchen, indem wir sie nachrichtendienstlich wie die Zitronen ausquetschen und den Strafraumen dramatisch erhöhen, der sie erwartet in Russland und anderen GUS-Staaten, nicht nur eine Verurteilung wegen Fahnenflucht, sondern eine Verurteilung wegen Landesverrats, dann handeln wir in der Tat gegen unseren Anspruch, human zu sein und ein Asylrecht zu praktizieren, das den Namen verdient.» (...)

Zur Frage der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure stellt Gertz fest: (...) Ein Rechtsstaat wie die Bundesrepublik Deutschland sollte in der Tat, auch wenn er Gesetze erlässt, nicht pauschalisieren. Ich bin auch an anderer Stelle gegen Pauschalisierung. Aber ich denke, wir sind so ein akribisches Volk, das so akribisch Akten geführt hat, dass wir noch in jedem Einzelfall nachprüfen können, was losgewesen ist und sehr wohl untersuchen können, ob z.B. eine solche Konfliktlage der Auslöser war, dafür den Dienst der Wehrmacht zu verlassen. Und wenn das nicht mehr nachprüfbar und nicht auflösbar ist, und das habe ich auch dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages geschrieben, dann bin ich in der Tat dafür, im Zweifel zugunsten des Deserteurs zu entscheiden und ihn zu rehabilitieren. Aber jeden, lieber Pastor Finckh und lieber Herr Schuster, jeden, der die Truppe verlassen hat, und da gibt es ganz unterschiedliche Motive, und es gibt auch Leute, die ihre Kameraden anschliessend ums Leben gebracht haben, weil sie sie verraten haben,

weil sie sie gefährdet haben, jeden unterschiedslos und pauschal nachträglich zum Widerstandskämpfer zu adeln, dafür werden Sie mich nicht gewinnen, und es muss auch erlaubt sein, dies laut und deutlich zu sagen.

Noch ein Satz zu den rechtsradikalen Tendenzen, die Sie gelegentlich beobachtet haben. Ich hatte das Vergnügen, ein paar Jahre lang als Leiter eines Rechtsreferats im Verteidigungsministerium der oberste Disziplinarmensch der Bundeswehr zu sein und habe einen sehr guten Überblick nicht nur darüber gehabt, was aufgetreten ist an rechtsradikalen Entgleisungen in den Streitkräften, sondern auch wie die politische Leitung und die militärische Führung damit umgegangen ist. Wir haben das mit einer Rigorosität gemacht (...), die in unserer Gesellschaft ihresgleichen sucht, und ich denke, da braucht sich die Bundeswehr in der Tat nicht zu verstecken. (...)

Werner von Scheven hält es für eine verständliche Überinterpretation, wenn man aus bestimmten Kasernennamen undemokratische Traditionslinien ableite. Viele dieser Kasernen hätten ihre Namen schon vor der Gründung der Bundeswehr gehabt und einfach behalten. Da spiele auch Lokalpatriotismus mit hinein, gerade Lettow-Vorbeck und Dietl sind dafür Beispiele, sogar hin bis zur Folklore. Er halte dies für abgedeckt durch die Toleranzbreite des Grundgesetzes-jedenfalls so lange, wie man andere Totengräber der Demokratie, der Weimarer Demokratie, wie Clara Zetkin und Ernst Thälman usw. in allen Städten und Dörfern der früheren DDR wie selbstverständlich toleriert. (Unverständlicher Zwischenruf aus dem Plenum)

Stehen Befehl und Gehorsam im Widerspruch zur Demokratie? Von Scheven zitiert Theodor Heuss, der dazu einmal bemerkt habe, dass es ein Irrtum sei, die Demokratie als etwas anderes zu sehen als eine Veranstaltung von Befehl und Gehorsam. Theodor Heuss war sicherlich ein Liberaler. Auch in der Demokratie gibt es den Gesetzesanspruch auf Gehorsam und es gibt auch Sanktionen gegen Ungehorsam. Der Gehorsam, der in der Bundeswehr verlangt wird, ist konditioniert. (...) Ich könnte den Paragraphen des Soldatengesetzes hier wörtlich zitieren. Er untersagt dem Soldaten, Befehle auszuführen oder Befehle überhaupt als solche zu akzeptieren, die Zumutungen sind, weil sie gegen Menschenwürde (verstossen) oder ein Verbrechen verlangen. Und stellen Sie sich einmal vor eine Armee, die Ungehorsam zulässt. Das braucht man sich gar nicht vorzustellen. Das Beispiel kann man studieren in Liberia, in Zaire, in Bosnisch-Serbien und wo Sie wollen, wo die einzelnen Soldaten den Befehlen, das Feuer einzustellen, einfach nicht gehorchen, wo die den Befehl, Zivilisten nicht zu beschießen, nicht zu berauben und nicht zu vergewaltigen, nicht befolgen. So etwas ist eine Soldateska. Der demokratische Rechtsstaat hat Anspruch auf Gehorsam seiner Truppe. Der Oberbefehlshaber hat Anspruch drauf, dass auch der letzte Soldat genau so handelt, wie er das in einer bestimmten Situation will und nicht eigenmächtig etwas anderes tut. Ich glaube, dass das nicht im Widerspruch steht zu demokratischen Traditionslinien.

Schon fast ärgerlich nennt der Ex-General Bemerkungen über eine angebliche Militarisierung der Politik. Ich sage Ihnen auch weshalb. Es betrifft mich persönlich. So wie Sie heute haben in den 70ern und 80ern unendlich viele Gesprächsgegner in Diskussionen mit der Friedensbewegung mir und anderen die Militarisierung der Gesellschaft durch die Bundeswehr vorgehalten. Ich habe damals noch Verständnis gehabt (...). Und dann habe ich die DDR kennengelernt in der Auflösung der NVA. Und ich habe gesehen, wie weit die NVA in der Gesellschaft der DDR vorgedrungen war, wie stark die DDR militarisiert war. Das war ein hochmilitarisiertes Staatswesen. (...) Und wir haben uns fast das Kreuz gebrochen, die Folgen dieser Militarisierung aller Bereiche aufzulösen, allmählich aufzuheben. Es ist uns immer noch nicht gelungen, in den Köpfen der Menschen. Auch die Köpfe der Menschen in der DDR sind von Kindergärten an militarisiert worden. Sie sind unfähig, eine Diskussion zu führen so wie wir hier. Sie denken in Schwarz-Weiss-Kategorien, in Freund-Feind-Kategorien, in Klassenkampf-Kategorien. Auch das halte ich für eine Folge der Militarisierung. Und wenn da heute noch Mitbürger aus Westdeutschland herkommen und von Militarisierung sprechen, da geht mir die Wut hoch, kann ich nur sagen. Ja, in der Aussenpolitik genauso. Das ist für mich abenteuerlich. Ich möchte wissen, welcher Staat in der Welt noch verantwortlicher mit seiner Macht umgegangen ist als die Bundesrepublik Deutschland.

Ein Diskussionssteilnehmer erwidert darauf, *seit dem Golfkrieg habe man durchaus eine Zäsur feststellen können. Und es sei eine legitime politische Feststellung, dass militärpolitische Fragen in der Bewertung aussenpolitischer Prozesse eine ganz neue Rolle spielen.* Auch die neue Rolle der Bundesrepublik wird ja nicht darüber definiert, ob es jetzt besonders sinnvoll sei, dass wir noch mehr Entwicklungshilfe geben oder sonst irgend etwas machen, sondern es wird immer diskutiert: Ist es sinnvoll, dass dort und dort Blauhelmeinsätze, Kampfeinsätze, streitbare Blauhelme oder sonst irgend etwas sind. *Das sei ein Trend. Die Rolle des Militärs in der Aussenpolitik werde neu definiert. Und die NA TO bestreite diese Umdefinition auch gar nicht. Der Diskussionssteilnehmerfragt sodann, ob die Politik wirklich alles votgebe.* Das kann man vielleicht in irgendwelchem Schulunterricht noch erzählen, wenn man abstrakt ein System darstellt. Aber real ist es so, dass natürlich Führungsspitzen der Bundeswehr auch die neue Militärstrategie führend mit ausarbeiten. Das ist ja nicht der Bundestag, der sich da mal zusammensetzt und überlegt, wie macht man das.

Ulrich Seidt *widmet sich noch einmal der Frage, wie die Elemente einer demokratischen Militärdoktrin beschaffen sein könnten.* Da fehlt es nämlich. Es fehlt auch daran, glaube ich, dass die Gedanken der deutschen Öffentlichkeit strukturiert werden. Eine Struktur müsste sein das Verhältnis zwischen Regel und Ausnahmefall. Der Regelfall ist das, was die Kollegin gestern Ihnen, Herr Pastor Finckh, dort im Auswärtigen Amt gesagt hat. Der Regelfall ist nämlich, dass das internationale System durch die internationalen Organisationen stabil ist. Es gibt aber den Aus-

nahmefall, und der Ausnahmefall hat in den vergangenen sechs bis sieben Jahren immer mehr zugenommen. (...) Dieser Ausnahmefall sieht nun vor, dass das klassische Spektrum, die Einsatzmöglichkeiten, die der Politik zu Verfügung stehen, auf einer Seite erweitert werden muss. Es ist aber auch kein Fall der Militarisierung der Aussenpolitik. Das ist nicht absichtlich, sondern das ist ein Reflex darauf, dass sich die Sachverhalte geändert haben, denen wir uns seit 1990/91 gegenüber sehen. Das ist also keine Frage der Aktion, sondern eine Frage der Reaktion.

Seid erwähnt in diesem Zusammenhang ein Nachbarland: Die Niederlande stehen heute vor einem ganz anderen moralischen Problem als wir mit der Frage der Wehrmacht. (...) Die Niederländer bewegt heute eine Frage: Was haben eigentlich unsere Soldaten 1995 am 7. Juli in Srebrenica gemacht, als sie nicht gekämpft haben als Blauhelme? Wenn sie sich etwa die Protokolle des Verteidigungsausschusses des niederländischen Parlaments anschauen —dort bewegt sich in der Zwischenzeit die Diskussion auf einem ganz anderen Niveau in jeder Hinsicht. Dort stellt sich nämlich die moralische Frage: Was ist eigentlich mit unserer Armee los und mit unserer Einsatzdoktrin etwa auch im internationalen Rahmen, Blauhelmission, wenn es dazu führt, dass in einer existentiellen Situation unsere Soldaten nicht kämpfen und anschliessend acht- bis neuntausend Menschen systematisch umgebracht wurden? Und diese ethischen Fragen sind die Fragen, denen sich hoffentlich niemals die Bundeswehr gegenübersehen muss. Das sind die Fragen in der Zukunft.

Plenardiskussion

Eingangs werden die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen dargestellt.

Wolfgang Eichwede: Durch die gesamte Diskussion zog sich immer wieder die Frage, ob es eine Legende der sauberen Wehrmacht gegeben habe und in welchem Umfang. Hier kam in der Arbeitsgruppe 1 keine umfassende Einigung zustande, *trägt Wolfgang Eichwede vor.*

Einen Dissens gab es auch in einem zweiten grundsätzlichen Punkt, der Frage nämlich, inwieweit die Wehrmacht in das nationalsozialistische System integriert war. Dass sie ein gutes Stück weit integriert war, wurde auf dem Podium nicht in Frage gestellt. Eichwede schildert die beiden Positionen. Die eine Seite sagt: Sie war ein Teil des Systems, das dennoch im Rahmen dieses Systems versuchte, eine gewisse Autonomie oder Eigenständigkeit zu bewahren. Die andere Seite sagt: Die Wehrmacht, und deshalb schmerzt auch die Diskussion um sie so sehr, ist gerade die Schnittstelle zwischen Volk und System gewesen und betrifft von daher jedes Landes oder jede Familie dieses Landes. (...) Obwohl diese Frage unterschiedlich akzentuiert war, gab es keinen Zweifel daran, wenn ich es richtig realisiert habe – von keinem in der Diskussion hier geäußert –, dass die Wehrmacht massgeblich und zentral an der Planung des Vernichtungskrieges im Osten Europas beteiligt war. Sie habe nicht widersprochen, wo sie vielleicht hätte widersprechen können, und damit habe sie politisch versagt.

Erkennbar harte und unüberbrückbare Differenzen, 50 *Eichwede*, gab es dann in der Frage der Umsetzung des Krieges, in der Frage, die hier als eine der Abläufe bezeichnet worden ist. *Beispielhaft deutlich geworden sei dies in der Frage der Partisanenbekämpfung.* Hier standen und stehen sich die Positionen auf dem Podium unversöhnlich gegenüber. Oft ist es so, *meint der Hochschullehrer*, dass hier Erinnerungen – Erinnerungen nicht nur von einem selbst, sondern auch von den anderen Soldaten oder von Kriegskameraden – gegen die Aktenlage stehen. *Dies verweise auf ein Problem, das ebenfalls thematisiert worden sei:* Was wurde alles wahrgenommen, oder was wurde vielleicht deshalb nicht wahrgenommen, weil es nicht wahrgenommen werden wollte oder weil – nach einer Formulierung von Herrn Benz – doch nicht nur die Wehrmacht, sondern grosse Teile der Deutschen damals so infiziert waren. *Damals hätten sie womöglich nicht als unrechtmässig erkannt, was sie heute als unrechtmässig ansehen würden.*

Differierende Positionen habe es ebenso in der Frage von Schuld und Schuldbekennntnis gegeben. Es gab Zweifel daran, ob die Formulierung eines Schuldbekennntnisses in der folgenden oder überfolgenden Generation einen Sinn macht oder nicht. Es gab in diesem Zusammenhang auch die Frage, welchen Erkenntniswert historische Erinnerungen haben. *Seinem subjektiven Eindruck nach seien die Posi-*

tionen mitunter einander stärker entgegengestellt worden, als wenn man die Positionen für sich betrachtet hätte. Und nochmals einschränkendfügt Eichwede hinzu, möglicherweise hätten sehr zurückhaltende Teilnehmer die Möglichkeit einer Schuld oder Schuldverstrickung angedeutet oder angesprochen.

Ein anderes Thema, das eine ausserordentlich grosse Rolle gespielt habe, sei die Ausstellung selbst gewesen, die Didaktik und Konzeption. Der Ausstellung werde vorgeworfen, eine Reihe von Fehlern begangen zu haben. Dies beziehe sich auf einzelne Formulierungen und auf Gradbezeichnungen. Eine zweite, sehr viel grössere Gruppe habe thematisiert, ob Bilder, die auf Jahr und Tag und Situation oft nicht exakt zugeordnet werden könnten, einen Aussagewert haben. Ich habe nicht vernommen den Vorwurf einer Fälschung! betont Eichwede mehrfach.

Über diese Kritik hinaus habe es zwei inhaltliche Stränge gegeben. Die eine Seite habe behauptet, dass diese Ausstellung eben doch eine allgemeine Verurteilung nahelege, die Ausstellungsmacher hätten erklärt, eine Pauschalisierung sei so nicht gewollt. Aber hier steht der Eindruck gegen die Intention, sagt Eichwede. Kritisiert worden sei ferner, dass diese Ausstellung zwar Ereignisse dokumentiere, diese Ereignisse aber nicht zureichend erkläre und einordne. Von hier aus gesehen wohne der Ausstellung ein begrenzter Erkenntniswert inne, ohne dass der Erkenntniswert, den die Ausstellung transportiere, bestritten werde. Dies seien Ratschläge an die Ausstellungsmachergewesen, die vor die Frage stellten, wie diese Ausstellung, wenn sie im Frühsommer nach Bremen komme, begleitet und vertieft werden könne.

Für ihn stelle sich am Schluss der Veranstaltung die Frage, fährt Eichwede fort, ob man noch einen Schritt weitergehen könne, nachdem die Diskussion bislang sehr ruhig und von beiden Seiten auch sicher mit Geduld geführt worden sei: Ob es denkbar ist, dass nicht nur die Ausstellungsmacher von einer solchen Diskussion lernen, sondern dass auch diejenigen, die diese Ausstellung kritisiert haben, anerkennen können, dass sie von dieser Ausstellung gelernt haben oder lernen. Wenn das ein solcher Lernprozess wäre, dann wären wir hier in Bremen einen sehr, sehr grossen Schritt weiter. (...)

Wolfgang Altenburg *erläutert den Verlauf und die Resultate der Diskussion in der Arbeitsgruppe 2. Er schickt einen Dank an Hans-Adolf Jacobsen vorweg, dessen Vortrag eine hervorragende Grundlage gelegt habe. Unstrittig seien in der Arbeitsgruppe die Stellungnahmen des Bundespräsidenten und des Bundesverteidigungsministers vom 17.11.1995 gewesen, die praktisch mit Weisungscharakter an die Truppe gegeben worden seien. Darin werde unterschieden zwischen der Wehrmacht als Instrument eines verbrecherischen Regimes und den Soldaten, so sie ehrenhaft und tapfer gekämpft und sich nichts zuschulden hätten kommen lassen. Durch diese Differenzierung sei es möglich, jene Unschuldigen in Schutz zu nehmen, die in den Geruch geraten sein könnten, schuldig geworden zu sein.*

Gleich zu Beginn der Diskussion sei die Frage aufgetaucht, weshalb man das Thema Bundeswehr in diesem Zusammenhang erörtere. Nun, ich bin der Meinung, dass es schon richtig war, dieses Thema zu behandeln, meint Altenburg, denn die Bundeswehr ist ja zweifellos entstanden aus Offizieren und Soldaten der Wehrmacht, die bei der Entstehung der Bundeswehr praktisch der Kader und der Grundstock dieser Armee gewesen sind. Und als Nachkriegssoldat, der als Rekrut in der Bundeswehr angefangen hat und dann bis zu höheren Rängen aufgestiegen ist, kann ich nur sagen, ich bin schon interessiert, was für ein Nest ich da habe, in dem ich mich bewege und in dem ich mein Leben zubringe. Und das hängt natürlich dann auch entscheidend zusammen mit der Art, wie in der Öffentlichkeit diese Bundeswehr und die Wehrmacht, aus der sie entstanden ist, angesehen wird. Und auch das sagt Altenburg: Ich bekenne mich zu den Leuten, die mich einmal ausgebildet haben als Rekruten und die meine Vorgesetzten gewesen sind; nachher bin ich ihrer teilweise gewesen. Keine andere staatliche Einrichtung habe wie die Bundeswehr mit einem Personalgutachterausschuss bei ihrer Entstehung dafür gesorgt, dass die richtigen Leute in die Armee gekommen seien. Mit Ausnahmen habe man hier sehr sorgfältig gearbeitet. Es wäre schön gewesen, wenn es in anderen Bereichen auch so gewesen wäre. (...)

Wir sind einig gewesen, die Wehrmacht ist nicht traditionswürdig für die Bundeswehr, und zwar als Institution, wohl sind es die Soldaten, wie ich es eben bezeichnet habe, unterstreicht Altenburg nochmals. Die Bundeswehr lebe nicht in einer Traditionslüge. Sie habe sich gerade auch auf Grund der teilweisen personellen Kontinuität ausführlich mit der Problematik befasst, und dies sei auch weiterhin notwendig. Die Bundeswehr habe auch bewiesen, dass sie ein lernendes System sei. Dies zeige sich in der gewandelten Einstellung zum 20. Juli 1944 ebenso wie etwa bei der Umbenennung von zwei Kasernen durch den derzeitigen Bundesverteidigungsminister.

Für die heutige Frage nach der Armee in einem demokratischen Rechtsstaat stehe allerdings nicht die Traditionsproblematik im Vordergrund, sondern die nach 1945 eingetretenen Veränderungen und die Herausforderungen der Gegenwart. Das heisst also, wie ein (...) Podiumsteilnehmer sagte, wir sollten einen radikalen Schnitt machen, sollten unseren Blick nach vorne werfen, nach vorne gehen und der Überzeugung sein, dass die Bundeswehr von den Genen her und von der Art und Struktur her geeignet ist, eine akzeptierte Armee in einer parlamentarischen Demokratie zu sein. Und das sollte im Mittelpunkt stehen für die Armee, ohne dass sie verleugnet, wo sie herkommt, oder ohne dass sie verkleistert, wo sie herkommt. Sie sollte es sehen, sie sollte es wissen, aber sie sollte den Blick nach vorne lenken; es gibt genug Herausforderungen, die sie beschäftigen werden.

Diskutiert worden sei ferner, welchen Beitrag die Bundeswehr im Rahmen kollektiver Sicherheit für die internationale Friedensordnung leisten solle: Was ist legitim, was ist notwendig, was muss sein? Das Problem «Vernichtungskrieg» stelle

sich heute angesichts der Ereignisse in Ex-Jugoslawien und in Zentralafrika mit neuer Dringlichkeit. Und erneut stelle sich die Frage, wie so etwas zu verhindern sei, durch welche Möglichkeiten und Mittel, wobei die Armee natürlich die ultima ratio sei. Wie stelle sich Deutschland und die Bundeswehr zu den heutigen Vernichtungskriegen? Dabei sei nicht so sehr die Frage, ob sie eine Rolle spielen wolle – auf Grund ihrer internationalen Verpflichtungen werde dies von ihr verlangt –, sondern eher, wie sie dies tut und vor allem, mit welchem Rückhalt in der Bevölkerung und in der Politik sie das tut. Auch deshalb könne es nicht gleichgültig sein, welches Bild sich die Öffentlichkeit von der Rolle bewaffneter Streitkräfte in einem Staat mache.

Die Defizite in der Diskussion über die Bundeswehr und die öffentliche Meinung liegen weniger in ihrer Einstellung zur Vergangenheit, *fasst der ehemalige General zusammen*, – die Aussagen dazu sind eigentlich klar – *sondern sie betreffen in erster Linie Fragen der Zukunft, zum Beispiel den weltweiten Schutz der Menschenrechte, denen wir uns verpflichtet fühlen*. Das ist das, was wir als Hauptaufgabe sehen. Wir sind deshalb der Meinung gewesen, ich glaube in grosser Mehrheit, dass die Diskussion über die Rolle der Bundeswehr jetzt aus dem Denken in Nachkriegskategorien heraustreten sollte und sie mit den Perspektiven der Zukunft verlassen sollte. (...)

Armin Halle: Wenn ich es richtig sehe, bleiben uns runde 86 Minuten für die Diskussion, zu der Sie selbst alle herzlich eingeladen sind. Ich würde sagen, es ist ein Gebot der Fairness dem anderen Teilnehmer gegenüber, nicht ein Referat zu halten, sondern, wenn es geht, eine Wortmeldung auf drei Minuten zu beschränken. Ich habe lange Jahre Helmut Schmidt zuarbeiten dürfen, und der sagte immer: «Ein Problem, das sich auf einer Seite DIN A4 nicht darstellen lässt, ist kein Problem.» Ich übertrage das: Wer in drei Minuten nichts Vernünftiges zum Thema aussagen kann, hat sein Recht auf Wortmeldung verwirkt. Ich habe drei Wortmeldungen, und möchte zuerst den Kollegen Rüdiger Proske bitten. Wir haben uns als Journalistenkollegen beide zur radikalen Mitte bekannt, in Anlehnung an Werner Fink. Ich würde Sie bitten aus dieser Position, Herr Proske, Stellung zu nehmen.(...)

Rüdiger Proske: Ich bin tatsächlich total unvorbereitet, stelle ich fest.

Armin Halle: Darauf hatte ich gehofft. (Gelächter)

Rüdiger Proske: Also ich würde die Zusammenfassung der ersten Gruppe ein bisschen akzentuieren auf die Seite der Soldaten. Sie waren ja ein bisschen zu dicht an der Ausstellung dran. Wir wollen uns doch darüber im Klaren sein, dass (...) das Hauptproblem der Ausstellung darin besteht, dass sie etwas klären will, was in unserer Gesellschaft bisher offensichtlich oder vielleicht wenigstens nicht hinreichend geklärt worden ist. Und dieser Versuch ist auch ohne Frage richtig. Das wird nicht bezweifelt, von mir zumindest schon mal gar nicht. Nur, dazu bedarf es der richtigen Mittel. Und wenn ich etwas klären will in der Weise, dass ich der Wahrheit näherkommen will, wenn ich also irgendwo etwas sagen, aussagen will, was Be-

stand haben kann, dann muss das wissenschaftlich betrieben werden. Und das, was diese Ausstellung macht, ist nicht wissenschaftlich. Das ist einfach das Problem. Jemand hat mir jetzt in der Pause gesagt, «eigentlich hätten wir so eine Ausstellung gebraucht, bloss nicht die und nicht von den Leuten». Die kann man, glaube ich, machen – die Ausstellung, die Sie vorgehabt haben; nur Sie können sie nicht machen. Sie sind viel zu einseitig, Sie sind viel zu voreingenommen, Sie sind viel zu sehr von Ihrer ganzen Vita her in einer Weise vorbestimmt, dass Sie diesem Versuch, der Wahrheit näherzukommen, nicht dienen können.

Und ich bin auch der Ansicht, dass es nicht hinreicht, wenn wir uns auf den Standpunkt stellen, wenn wir Gemütsbewegungen in Gang setzen, dann sei das wichtig und richtig, weil damit wenigstens eine Bewegung zustandekommt in einer Frage, die erörtert werden muss. Ich glaube nicht, dass durch diese Emotionalisierung, die hier gemacht worden ist durch die Art und Weise, wie Sie diese Ausstellung machen, wirklich etwas Gutes bewirkt worden ist. Wir haben nichts erreicht in bezug auf die Klärung der Fragen, die anstehen, sondern wir haben jetzt Streit überall. Diejenigen, die nach Klarheit und Wahrheit suchen, kriegen natürlich auch die falschen Streitgenossen. Da kommen die Rechtsradikalen, die nun plötzlich Krach machen in München. Die wollen wir doch alle nicht; wir suchen ja alle nach der Wahrheit. Aber Sie haben doch die Emotionalisierung in das Geschäft hineingebracht, nicht wir.

Die Frage, ob es tatsächlich notwendig ist, eine Idee der guten Wehrmacht aufzulösen, wage ich auch schon zu bezweifeln. So klar war diese (...) Idee, die Wehrmacht wäre immer nur fabelhaft gewesen, ja wahrscheinlich auch nicht. (...) Es hat Phasen gegeben, wo die Wehrmacht tatsächlich der Rettungsanker für alle war, die mit den Nazis nichts zu tun haben wollten, mit den Braunen, und das hat eine ganze Weile hingedauert. Das hat (sich) im Laufe des Krieges von '39 bis '45 natürlich (...) auch gewandelt, auch im Zusammenhang mit der Problematik, dass es eine Volksarmee war und dass also die Wehrmacht gleichzeitig auch das Volk war. (...) Aber so zu tun, als ob es das alles nicht gegeben hätte in unserer Erinnerung, in unserer Erfahrung, das ist falsch. Und wenn man das jetzt auf emotionale Art und Weise an die Wand fahren will, wie Sie es tun, dann ist das auch falsch. Und ich glaube, dass Sie das, was Sie vielleicht richtig sogar wollten, nicht erreichen, weil Sie nicht der Wissenschaft in ihrer Präzision folgen, sondern den Emotionen, und das tut mir leid. Und weil Sie sich diesen Emotionen so verschrieben haben, bin ich auch der Ansicht, dass eine solche Ausstellung, wo immer auch sie gezeigt werden soll oder kann, eigentlich nicht in ein Rathaus gehört.

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum äussert sich unter anderem zum Thema Partisanenkrieg und meint, sich direkt an Günther Gillissen und Gottfried Greiner wendend: Ich finde unter moralischen Gesichtspunkten (...) einfach gruselig, was Sie da gesagt haben. Aber ich weiss, dass es andererseits gar nichts Ungewöhnliches

ist. Es ist der offizielle Standpunkt der Bundesregierung, an dem auch alle Entschädigungsansprüche abgeprallt sind bisher. (...) - Zum Schluss gestatten Sie mir noch eine Bemerkung zum Ablauf der Veranstaltung. Ich finde, dass es sehr unstrukturiert war, und ich glaube, dass es daran liegt, dass es eine reine Männerveranstaltung war. Ich weiss nicht, was die Veranstalter sich dabei gedacht haben, wahrscheinlich (Applaus), wahrscheinlich, dass die Männer für den Krieg zuständig sind und die Frauen für den Frieden. Und hier, meine Herren, das ist das, was Sie quer durch alle politischen Anschauungen verbindet, dass Sie in dieser Beziehung alle wissenschaftlich nicht auf der Höhe sind. (Gelächter und Applaus)

Armin Halle: Zur Ehrenrettung der Arbeitsgruppe 2 muss ich sagen, dass ich beeindruckt war von dem Beitrag von Frau Christine Bernbacher. Ich habe ihr das persönlich auch ausgedrückt. (...)

Hannes Heer: Herr Proske, ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, nachdem Sie seit zwei Jahren zur Ausstellung inhaltlich überhaupt nichts gesagt haben, sondern nur ad personam argumentiert haben, ad personam der Kollegen Messerschmidt, Wette usw., ad personam Herr Reemtsma und ad meiner, zu meiner Person – ich werde Ihnen nicht den Gefallen tun, auf meine Vita hier einzugehen. Es lässt sich an den Ergebnissen der Ausstellung (...) ablesen, was dabei herausgekommen ist. *Sodann zitiert Heer aus einem Bericht der «Badischen Zeitung» über eine Vortragsreihe mit 16 deutschen und internationalen Spezialisten der Zeitgeschichte in Freiburg:* «Dass die vom NS-Staat betriebene Massenverrichtung Teil der deutschen Besatzungspolitik im Osten war, daran besteht nach den Ergebnissen der in Freiburg referierten Studien kein Zweifel. Von hier aus fällt ein düsteres Licht auf die Rolle der Armee, das den Befund der nach wie vor heftigst umstrittenen Hamburger Wanderausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht im Grossen und Ganzen bestätigt. Danach haben Militär, SS und Zivilverwaltung bei der Ingangsetzung der Ermordung von Zivilisten und Juden gut, und das heisst wirkungsvoll, kooperiert.» *Ob eine Ausstellung zur wissenschaftlichen Wahrheit beitrage, entscheide nicht ein solcher Zeitungsartikel, meint Heer.* Aber eins ist schon heute klar, Herr Proske, dass Sie den Mantel der Wissenschaftlichkeit, den Sie sich hier angelegt haben als Kritiker, unberechtigterweise anziehen, denn, ich zitiere aus einer Entgegnung des MGFA, Amtschef, Potsdam 3.1., zu Ihrer sogenannten Streitschrift: «Aus der gesamten Streitschrift wird nicht erkennbar, dass sich der Autor überhaupt inhaltlich mit den vom MGFA veröffentlichten Forschungsergebnissen auseinandergesetzt hat. Es entsteht der Eindruck, dass Herr Proske keines der von ihm kritisierten Werke gelesen hat. Alle Detailinformationen über das MGFA, seine Arbeit und seine Mitarbeiter sind einseitig ausgewählt und zusammengestellt.» Und, als letztes: «Die Streitschrift von Herrn Proske erfüllt noch nicht einmal ansatzweise die Kriterien einer wissenschaftlichen Streitschrift.» Bei uns steht noch aus, ob wir wissenschaftlich gut gearbeitet haben, bei Ihnen ist das jetzt schon festgestellt. Danke schön. (Applaus)

Armin Halle: Ich darf an dieser Stelle zitieren, was ich von meinem Wissenschaftler zur Linken, von Ihnen aus rechts, gesehen, gehört habe: Jetzt steht es 1:1. (...)

Helmut Donat: Ich darf mich kurz vorstellen. (...) Ich bin Verleger, freier Autor und Historiker hier in Bremen und darf Herrn Proske ganz kurz mit auf den Weg geben: Wir werden uns durch Statements, wie Sie sie abgegeben haben zum Schluss und hier auch schon mehrfach in Bremen abgegeben haben, nicht die Handlungs- und Meinungsfreiheit in dieser Stadt nehmen lassen. Damit das klar ist, damit das deutlich ist. (...)

Ein Diskussionsteilnehmer: (...) Ich bin im Gegensatz zu der früheren Rednerin der Meinung, dass diese Veranstaltung hier in Bremen sehr gut ist und vor allem die Möglichkeit gibt, von beiden Seiten etwas zu sagen. (...) Und damit bin ich bei einem Punkt, in dem man vielleicht einig sein könnte. Denn ich habe nicht gehört, dass die Verbrechen der Wehrmacht irgendwie bestritten worden wären. Ich glaube, um diese Frage geht es gar nicht mehr. Es ist ganz klar, dass Verbrechen da sind und dass das alles auch zu belegen ist im Einzelnen. Worum es hier geht, das ist die Darstellung dieser Geschichte und dieser Verbrechen. Das ist der Punkt, und um den soll man sich kümmern.

(...) Ich habe in zig Zitaten von Herrn Reemtsma gelesen (...), dass es Ihnen darum geht, mit der Ausstellung das Gesicht des Krieges zu zeigen, das heisst Verbrechen als System; nicht Ausnahmen hätte es gegeben, nicht Übertreibungen, es war so, also pauschal, das will ich damit sagen. Das heisst also, hier ist immer noch ein bisschen umstritten, und so klang es auch vorhin, ob nicht vielleicht in der Ausstellung wirklich nur Einzelfälle gezeigt werden. (...) *Der Redner zitiert in diesem Zusammenhang aus einer Rede, die Jan Philipp Reemtsma in Linz gehalten hat:* «Die Ausstellung zeigt den Zustand der Gesellschaft im Krieg, keine Grenze zwischen Normalität und Verbrechen, freudige und freiwillige Beteiligung am Massenmord. Kriegsverbrechen waren in diesem Krieg nicht Grenzüberschreitungen, die aufklärungsbedürftig sind, sondern das Gesicht dieses Krieges selbst» usw. usw. Sie können sich ja hier am besten äussern, denn das ist ja der eigentliche Streitpunkt. Die Verbrechen bestreitet man nicht, aber heisst das, dass alle 19 Millionen unter Umständen als Schuldige hingestellt werden oder nicht? Das ist die Frage, dazu habe ich von Ihnen heute hier nichts gehört. (...)

Jan Philipp Reemtsma: (...) Nur ganz kurz, noch einmal zum Mitschreiben: Die These der Ausstellung ist selbstverständlich, da hat mein Vorredner recht, nicht, dass hier und dort Kriegsverbrechen vorgekommen seien, sondern dass der Krieg auf dem Balkan, gegen die Sowjetunion ein anderer Krieg gewesen ist als derjenige, den die Wehrmacht im Westen geführt hat, dass hier von vornherein systematisch das, was Gewalteinschränkung war, ausser Kraft gesetzt worden ist, und dass die Wehrmacht als Organisation, als Institution, Verbrechen begangen hat. Deshalb der

Titel «Verbrechen der Wehrmacht». Das impliziert nicht die Aussage, dass an jedem Ort, jede Einheit-Verbrechen in der Wehrmacht ist Kameradendiebstahl, das sind Verbrechen *in* der Wehrmacht; auf die Sprache achten! – das impliziert nicht die Behauptung, dass jeder Wehrmichtsangehörige Verbrechen begangen habe, nicht einmal, dass jeder Wehrmichtsangehörige Zeuge von Verbrechen gewesen ist. (...)

Hannes Heer: (...) Ich kann nur sagen, was Herr Benz heute gesagt hat: Eine Ausstellung ist eine Ausstellung und ist nicht zugleich ein Vortrag und ist nicht zugleich ein zwölfbändiges Werk über den Zweiten Weltkrieg, was das Militärgeschichtliche Forschungsamt dankenswerterweise gemacht hat. Wir befinden uns in einem Kontext von auch schon existierenden Forschungsergebnissen, auf die wir uns beziehen. Und man muss nicht alles von einer Ausstellung verlangen, dass sie alles dies nun auf Schautafeln zu Verfügung stellt. Sie müssen halt dann auch bitte zur Kenntnis nehmen, welche Materialien im Zusammenhang mit der Ausstellung publiziert werden. Bei uns sind es mittlerweile drei Bücher. Also, bitteschön, stellen Sie keine Ansprüche an die Ausstellung, die Sie auch an keine andere Ausstellung stellen würden.

Gottfried Greiner *führt angesichts der von ihm konstatierten Tendenz der Pauschalisierung ein Hirtenwort des als «Löwe von Münster» bekannten Clemens August Graf von Galen an.* Dazu ist zu sagen, dass Bischof von Galen dem Nationalsozialismus mannhaft widerstanden hat und zu der Zeit mehr wusste als so manche hier Zusammensitzende oder manche damals in der Zeit, auch über die Verbrechen. *Am 5. Juni 1945 habe der spätere Kardinal geschrieben:* «Wir wollen auch innig danken unseren christlichen Soldaten. Jenen, die in gutem Glauben, das Rechte zu tun, ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel, einschliesslich Partisanen, Herz und Hand rein bewahrt haben von Hass, Plünderung und ungerechter Gewalt.» Soweit das Zitat. Mir scheint es unvermeidlich, dass dieser Gedanke der Versöhnung, wie er anklang, mit in dieser Ausstellung berücksichtigt wird, wenn sie das leisten will, was sie vorhat, nämlich zur Wahrheitsfindung beizutragen. Ich setze dazu ein Fragezeichen. – *In einer weiteren Bemerkung bezieht sich Greiner auf die Begrüssungsrede von Bürgermeister Henning Scherf* Blick in die Zukunft, aus den Erfahrungen, so habe ich es in Erinnerung, haben wir zu lernen. Das ist das Konkrete. Ich bin im Volksbund Kriegsgräberfürsorge tätig. Und ich verweise auf die Tätigkeit, die wirklich mit Blick in die Zukunft notwendig ist, forderlich ist und Zukunft verspricht. Das ist das Einrichten von Kriegerfriedhöfen, wo sich deutsche Soldaten und russische Soldaten, wo sich Veteranen treffen und auf dieser Basis, dem Reichen von Händen über Gräber hinweg, über die Gräber der Opfer hinweg, der einen wie der anderen Seite, Zukunft gestaltet werden kann. (...)

Ein Diskussionsteilnehmer: (...) Ich denke mal, dass sich ein Grossteil der hier Anwesenden einig ist über die Verurteilung des Nationalsozialismus, d.h., dass wir im Grunde den Widerstand, den die Partisanen geleistet haben, ganz anders beurteilen müssen, als aus rein militärischen Gesichtspunkten. Für mich ist der Widerstand

der Partisanen der verschiedenen Länder im Grunde der einzig relevante Widerstand gewesen, ein Widerstand, den es in Deutschland so nicht gegeben hat, ein Widerstand, der in Deutschland zwar existierte, der jedoch keine Bedrohung für die Machthaber darstellte. Das war bei den Partisanen anders. Ich weigere mich dagegen, die Partisanen als ganzes so zu verurteilen.

Ganz kurz noch zu Herrn Proske. Er ist sehr scheinheilig, wenn er sich von Rechtsradikalen abgrenzt. Seine Streitschrift «Wider den Missbrauch der deutschen Soldaten zu politischen Zwecken» wird nämlich sehr gerne von Rechtsradikalen wie den Nationaldemokraten als wichtige Zitierquelle genannt.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer, Jahrgang 1945, ist Offizier der Bundeswehr Im Sommer 1994 hat er die Ausstellung «Aufstand des Gewissens» betreut, die damals in der Unteren Halle des Bremer Rathauses gezeigt wurde und 20.000 Besucher zählte. Erfrage sich, so sagt er, wie wir eigentlich mit den Opfern des Widerstands umgehen und wie ernst wir diese Opfer nehmen. Ich frage mich deshalb, weil hier mehrfach Dinge in den Raum gestellt worden sind, die aus meiner Sicht zumindest nicht auf die Reihe gebracht werden können. Der Redner erinnert an Generaloberst Ludwig Beck, den die Verschwörer nach dem Sturz Hitlers als Staatsoberhaupt einsetzen wollten. In dem Entwurf eines Aufrufs habe Beck zur Begründung des Widerstands die während der NS-Zeit bis dahin verübten Verbrechen angeführt. Aus meiner Sicht ist das im Zusammenhang mit dem, was hier bis heute diskutiert worden ist, viel zu kurz gekommen, sagt er. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen.

Ein Datum. Herr Jacobsen hat mehrere Daten heute morgen genannt, ich möchte eins hinzufügen, und zwar den 17. Oktober 1939. In der Reichskanzlei findet eine Besprechung statt mit dem Hintergrund: Was geschieht in Polen? Wer wird die vollziehende Gewalt übernehmen? Ich kann das nicht alles zitieren, (es ist) bei Krausnick 1981 erschienen. Es findet also diese Besprechung statt, und dann heisst es im Protokoll, von Keitel gefertigt: «Harter Volkstumskampf», so wörtlich, «gestattet keine gesetzlichen Bindungen, deshalb keine Abhängigkeit des Generalgouvereurs von Berlin und des Oberbefehlshaber des Heeres!!» Und hier setzte Keitel selbst zwei Ausrufungszeichen. Und um über die Form dieses Kampfes auch den letzten Zweifel auszuschliessen, fuhr Hitler nach Keitels braver Nachschrift fort, «die Methoden werden mit unseren Prinzipien unvereinbar sein.» D.h. dieser Vernichtungskrieg hat nicht erst 1941 begonnen, sondern bereits 1939. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und die entscheidende Frage für mich lautet: Was erzähle ich eigentlich meinen Kindern? Die sind 20 und zwölf. Was hat der Opa da gemacht fünf Jahre lang, in Russland und anderswo? Und welches Geschichtsbild wollen wir in Zukunft unseren Kindern und ich jetzt auch noch unseren nachwachsenden Generationen in der Bundeswehr vermitteln? Und diese Frage ist aus meiner Sicht hier auch zu kurz gekommen.

Der Redner schliesst mit der Feststellung: Ich bin für diese Ausstellung, und ich bin auch für diese Ausstellung hier in diesem Rathaus. (...)

Christine Bernbacher stellt sich dem Plenum als Mitglied eines Beirats für die vergessenen Opfer des Naziregimes vor. In jeder Sitzung werde der Beirat dieses Bremer Hilfsfonds mit dem Schicksal von jetzt alten Menschen konfrontiert, die nicht nur auf eine Anerkennung der ihnen zugefügten Leiden warteten, sondern die oft auch in bitterster Not lebten. In Form von finanzieller Unterstützung könne man ihnen wenigstens etwas Balsam auf die Wunden geben. Wenn diese Ausstellung dazu beitrage, auf die noch lebenden Opfer hinzuweisen, meint Bernbacher, wäre damit (...) schon ein grosser Effekt erzielt.

Ein weiterer Diskussionsteilnehmer, Jahrgang 1949, erzählt aus seiner Familiengeschichte. Mein Vater ist Jahrgang 1911 gewesen, mein Patenonkel Jahrgang 1913. Beide haben sich sicher nicht als Verbrecher gefühlt, aber sie haben mir vermittelt, dass sie damals gezwungen waren, an verbrecherischen Aktionen mitzumachen. Deswegen habe ich 1970 den Kriegsdienst mit der Waffe aus Gewissensgründen verweigert. (...) Ich finde es ausgesprochen verdienstvoll, dass eine solche Ausstellung gemacht wird, um eine ehrliche Diskussion, die meinem Vater und meinem Patenonkel nur im engeren Familienkreise möglich war, zu eröffnen über das, was im Zusammenhang mit Krieg und militärischer Macht stattfindet. *Ausdrücklich dankt der Diskussionsteilnehmer seinem Vorredner in Uniform, der sich für das Rathaus als Ausstellungsort eingesetzt habe. Auch dessen Hinweis auf den Widerstand sei sehr angebracht gewesen. Er selbst stelle nämlich fest, dass diese Ausstellung auch dazu beitrage*, den Skandal öffentlich zu machen oder öffentlich wachzuhalten, dass bis heute diejenigen, die als Kriegsdienstverweigerer, Deserteure oder sogenannte Wehrkraftzersetzer verurteilt wurden, immer noch nicht durch die Bundesrepublik Deutschland bzw. durch den Deutschen Bundestag rehabilitiert worden sind. Schon allein deswegen verdient diese Ausstellung sehr weite Verbreitung und viel Besuch.

Allerdings befasse sich die Ausstellung ja nur mit einem kleinen Teil der Verbrechen der Wehrmacht. Meine Frage wäre, wo bleibt die Ausstellung, entweder vom Hamburger Institut für Sozialforschung gesponsert oder vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Herr Roth, die Ausstellung, die die Verbrechen der Wehrmacht in Nordeuropa, in Westeuropa, in Südeuropa und in Afrika behandelt und aufzeigt?

Wolfgang Altenburg: Herr Reemtsma, Sie haben vorhin gesagt «zum Mitschreiben» und haben die Absicht Ihrer Ausstellung erläutert. Wenn das so ist, wie Sie es gesagt haben, dann möchte ich Ihnen doch empfehlen, dass die Literatur für Ihre Ausstellung – z.B. der Katalog, dann ein Buch von Hannes Heer, Seite 30 z.B. – korrigiert wird. Diese Äusserungen (...) entsprechen nicht Ihrer Aussage, sondern sie pauschalisieren, wenn zum Beispiel gesagt wird, die ganze Wehrmacht war tief an allen Verbrechen als Gesamtorganisation... (**Reemtsma:** Als Organisation!) Und

auch das halte ich historisch zumindest für anfechtbar, dass sie an allen Verbrechen beteiligt war.

Hannes Heer: Herr Altenburg, ein Satz. Auf der Eingangstafel zur Ausstellung steht: Es gibt drei grosse Verbrechengruppen, mit denen sich die Ausstellung beschäftigt. Das ist der Holocaust, das ist das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen, und das ist das Schicksal unbewaffneter Zivilisten. Und es steht da, und darauf kommt es an: An allen diesen drei Verbrechengruppen war die Wehrmacht als Organisation beteiligt. *Wenn man z.B. über die katholische Kirche redet und sie kritisiert, sei völlig klar, dass man damit die Amtskirche und nicht die vielen Millionen Katholiken meint. Weshalb sollte das anders sein, wenn man über die Wehrmacht spricht?* Seit zwei Jahren versuchen wir es immer wieder deutlich zu machen: Wir reden über die Institution, über die Organisation Wehrmacht, die durch Hierarchie, Befehlsweg, Sanktionen definiert ist. *Man redet nicht über einzelne Soldaten*, schon gar nicht über 20 Millionen Wehrmacht Angehörige. Wir haben ja nur drei Schauplätze. (...) Es geht um die Organisation. Und nur wenn es um Mentalitäten geht, beschäftigen wir uns mit den einzelnen Individuen.

Wolfgang Altenburg: Dann ziehe ich es doch vor, wie der Bundespräsident es getan hat und wie der Traditionserlass es tut und wie es der Verteidigungsminister tut, zwischen der Gesamtorganisation und den Soldaten zu unterscheiden. (**Reemtsma:** Das ist unsere Intention.) Ich möchte Sie dann weiter zitieren, wo Sie z.B. allen Mannschaftsteilen Sadismus, Mordlust und Gefühlskälte unterstellen. «Sexuelle Perversion konnte man nicht befehlen, sie brachten grösste Teile der Truppe bereits mit.»

Hannes Heer: Herr Altenburg, auch dazu: Es geht um einen Text, dort werden Aussagen aus einem grossen Hamburger Gerichtsprozess zitiert. Es geht um eine bestimmte Einheit. Es ist das 727. Infanterieregiment. *Die Zitate bezögen sich auf die Angeklagten und auf Aussagen, in denen beschrieben wird, wie die Gehirnschalen, das sagen diese Soldaten selber, die Gehirnschalen weggespritzt, die Babys in die Luft geworfen werden und dann drauf geschossen wird wie auf Tontauben.* Das sind nicht unsere Erfindungen. Und dann kommt ein Satz: «Gefühlskälte, Perversion brachten die ebengenannten mit.» Aber das reichte nicht aus, es bedurfte der Befehle. Und dann werden die Befehle dieser Einheit genannt, die sagen, die Juden müssen mit Stumpf und Stiel vernichtet werden. Man muss dann schon, entschuldigen Sie mal, wenn ich das als Historiker sagen muss, auch genau lesen, was dort steht, Herr General.

Wolfgang Altenburg: Das habe ich ganz genau getan. Ich habe z.B. die Quellen, die Sie angeben, verglichen mit dem, was Sie als Text daraus machen. Und ich bin der Meinung, Sie sollten etwas sorgfältiger verfahren. Denn das führt doch zu den Irritationen.

Zwischenruf aus dem Publikum: Da sind furchtbare Verbrechen geschehen, und da müssen sich jetzt alle Offiziere und Veteranenvertreter zu Wort melden, immer unter dem einen Gesichtspunkt: Aber nicht alle. Das glauben wir hier gemeinsam, dass das nicht alle waren. (...)

Armin Halle: (...) In einem Punkte gebe ich an dieser Stelle Herrn Proske nachträglich recht, wenn er sagte, wir sollten nicht unnötig Gemütsbewegungen in Gang setzen. Sie führen zu nichts. Diese Diskussion soll aber zu was führen und sei es nur zu mehr Einsicht auf allen Seiten. Deswegen bitte ich um Mässigung und deshalb hat jetzt der Historiker und Politologe Herr Jacobsen das Wort. Der ist heute schon mal gelobt worden, und vielleicht ist das, was er sagt, ganz vernünftig.

Hans-Adolf Jacobsen stellt konkrete Fragen an die für die Ausstellung Verantwortlichen: Generell drängt sich mir der Eindruck auf, dass es sinnvoll ist, in dieser Weise eine solche Ausstellung vorzubereiten, um nicht Zustände zu schaffen, wie sie uns in München sichtbar geworden sind. *Aber wie solle man ab Ende Mai verfahren, wenn die Ausstellung in Bremen gezeigt werde?* Und das ist jetzt meine ganz konkrete Frage an die beiden Verantwortlichen, die hier sitzen: Sehen Sie eine Möglichkeit, die immer wieder hier deutlich gewordenen Missverständnisse, Irrtümer und auch Fehler – ich habe in meinen Thesen von Korrekturmotwendigkeiten gesprochen – so auszuräumen, dass wir hier eine verbesserte Auflage (bekommen), um es mal vorsichtig zu formulieren, in der der Wahrheit mehr entsprochen wird als bisher, denn das ist meine Hauptkritik an dieser Ausstellung, jetzt mal unabhängig von der letzten Wortmeldung. Ich glaube, wir alle müssen bescheidener sein und in unseren Aussagen bekennen: Auch wir haben nur einen Teil der Wahrheit. In der Ausstellung ist auch nur ein Teil der Wahrheit. Die ganze Wahrheit können wir kaum darstellen in der Kompliziertheit und in diesem Prozess. Aber noch einmal zurück. (...) Die Frage: Sehen Sie hier eine Möglichkeit-wir könnten helfen, wir könnten Anregungen geben schriftlicher Art-, etwa durch Zusätze, durch weiteres Material, diese Schwierigkeiten, die immer wieder in der Diskussion auftauchen, auszuräumen?

Jacobsen erwähnt noch einen weiteren Aspekt. Er habe in den vergangenen 30 Jahren immer wieder die Möglichkeit gehabt, als einer der ganz wenigen deutschen Wissenschaftler in der Sowjetunion beziehungsweise Russland Vorträge zu halten über den Krieg, über Deutschland und Russland usw. Und dabei habe er immer wieder gespürt, wie sehr er akzeptiert worden sei, wenn er sich als Wissenschaftler und zugleich als ehemaliger Angehöriger der Wehrmacht zu allen Höhen und Tiefen unserer Geschichte bekannt habe, ohne Wenn und Aber. Als ich '65 zum ersten Mal in Moskau einen Vortrag hielt, hatte man meine Bücher rezensiert. Dann stand drunter in einer Anmerkung: «Ehemaliger faschistischer Leutnant, an Verbrechen persönlich nicht beteiligt.» Da war ich schon beeindruckt. Ich habe das bestätigt: «Dem ist so.» Er wolle damit nur andeuten, sagt Jacobsen, dass wir eine grosse Chance

(haben), mit der anderen Seite in eine Kommunikation zu treten, bei der deutlich wird, wo auch unsere Verantwortung liegt – und hier hat die Ausstellung sicherlich Verdienste. *Aber auch gemeinsam könnten Russen und Deutsche unter Berücksichtigung der Opfer zur Aussöhnung beitragen. Am Schluss wiederholt er seine Eingangsfrage: Sehen Sie eine Möglichkeit in Form einer Ergänzung, so dass wir hier sagen können: Also, man bietet dem Bremer Rathaus eine korrigierte, auch etwas verbesserte Ausführung im Sinne der Annäherung an die historische Wahrheit? (...)*

Hannes Heer: Herr Jacobsen, ich bin zur der Zeit, als ich Student in Bonn war, gern in Ihren Hauptseminaren gesessen. Ich habe heute morgen festgestellt, auch nach 30 Jahren haben Sie nichts von Ihrer Präzision und Brillanz verloren, ich konnte Ihrem Vortrag über weite Strecken zustimmen. Ich habe Sie anschliessend gefragt, ob Sie bereit wären, irgendwann einmal eine Ausstellung zu eröffnen, gerade auch wegen Ihrer kritischen Differenzierungen. Aber ich muss folgendes klarstellen, wir sind hier-wir heisst Herr Reemtsma, Herr Manoschek und ich-, weil in der Einladung steht, diese Tagung solle den Zweck haben, die Ausstellung in den historischen Kontext einzuordnen und die Kontroverse deutlich zu machen. Hätte die Absicht dieser Fachtagung gelautet, wir sollten über eine veränderte, verbesserte Ausstellung diskutieren, wären wir nicht hierher gekommen, denn wir haben einen Vertrag. Insofern ist von uns eine verbesserte, wie Sie es nennen, erweiterte, mit Zusätzen, Ausblicken usw. versehene Ausstellung nicht zu erwarten. *Hannes Heer macht eine Einschränkung. Jeder, der nachweisen und dies auch plausibel machen könne, dass ein Foto falsch oder ein Text falsch zitiert worden sei, könne mit Korrekturen rechnen.* Mehr gibt es von uns nicht. Wir haben im Übrigen, und wir leben ja in einem bürgerlichen, durch Verträge definierten Rechtsstaat, wir haben im Übrigen einen Vertrag.

Jan Philipp Reemtsma *schliesst eine ergänzende Bemerkung an:* Man muss sehen, dass ein grosser Teil der Kritik an dieser Ausstellung – nicht alle Kritik, es gibt viele Thesen, über die man streiten kann und streiten muss, um weiterzukommen in der Wissenschaft – aber die meiste Kritik an dieser Ausstellung, im freien Assoziieren der Kritiker darüber besteht, was diese Ausstellung angeblich sage. Dieses freie Assoziieren ist nicht durch Ergänzungen oder Abrundungen zu unterbinden. Dieses freie Assoziieren ist menschlich; aber nicht auf alles, was menschlich ist, kann man im Rahmen einer Ausstellung eingehen.

Zweitens: Niemand käme auf die Idee, die Ausstellung «Aufstand des Gewissens» darum für unvollkommen zu halten, weil sie die Verbrechen der Wehrmacht nicht thematisiert und nicht zeigt, was für ein kleiner Ausschnitt hier gewählt worden ist. Niemand käme auf die Idee, das zu tun. Die Schlussfolgerung überlasse ich Ihnen.

Armin Halle: Doch, ich kann mich erinnern, dass ich als Soldat erlebt habe, dass eine Ausstellung zum 20. Juli dahingehend bemängelt wurde, dass man die Rolle der

Angehörigen der «Roten Kapelle» einfach vergessen und unterschlagen hat. Also, da ist eine Korrektur erfolgt. Die war wichtig und richtig.

Hartmut Perschau: Ja, ich habe eigentlich nur Anschlussfragen an die Fragen, die Herr Dr. Jacobsen gestellt hat. – Ich habe mit Interesse gehört, dass Sie noch einmal sehr dezidiert herausgearbeitet haben, dass Sie wie in dem Vergleich mit der Amtskirche den Vorwurf gegen die Wehrmacht als Institution richten und eigentlich nicht im Kollektiv die Summe der einzelnen Soldaten meinen. Wenn Sie dieses so sagen, dann könnte ich Ihnen in vielen Punkten zustimmen, wenn auch sicherlich mit Einschränkungen. (...)

Bedenken indes hat Perschau, wenn man sich in der Ausstellung selbst durch die ganze bildhafte Darstellung – und da wird ja sehr viel von der Wucht der Bilder geredet – von der sprachlich artikulierten These total absetzt und wenn man bildlich nichts anderes darstelle als die Verbrechen einzelner Soldaten. Vor allem würde er sich wohl daran stossen, wenn unter der Wucht dieser Bilder nur der Schluss gezogen werden könne, dass dieses sozusagen pars pro toto für die Summe der einzelnen Soldaten steht. Und das ist der eigentliche Punkt. Gewaltige Bedenken gegen eine Ausstellung im Rathaus habe er bei hart tendenziösen bildhaften Aussagen und angesichts der Totalität der Bilder. Die Diskrepanz zwischen nicht dargestellter Sprache und der Totalität der Bilder müsse auf gehoben werden, um nicht jene vor die Tore zu holen, die sich entweder verletzt fühlten oder die Ausstellung für ihre reaktionären Absichten nutzten, um eine Reaktivierung ganz besonderer und bestimmter Gruppen zu erreichen. Wenn wir dieses vor unserem eigenen Rathaus vorsätzlich organisieren, dann kriege ich allerdings allgerösste Bedenken. (...)

Reemtsma: Das war es, was ich mit freiem Assoziieren meinte.

Hannes Heer: Herr Perschau, ich gehe davon aus, dass Sie die Ausstellung nicht gesehen haben, das ist kein Vorwurf jetzt. Aber schauen Sie, das haben wir schon in einem kurzen Disput mit dem Kollegen Thamer versucht herauszuarbeiten. *Der Katalog bilde Texte und Fotos zwar 1:1 ab, gebe aber die Grösse der Fotos in der Ausstellung nicht wieder.* «Die Wucht der Bilder» ist eine Erfindung von Herrn Proske. Uns wird vorgeworfen in der Öffentlichkeit, dass die Bilder zu klein sind. Wir haben die Bilder als Dokumente benutzt. (...) Erstens: Es gibt nicht die Wucht der Bilder. Wir haben nicht auf die Suggestion der Bilder, die Emotionalisierung gesetzt. Zweitens: Sie werden in der Ausstellung nur Fotofolgen in der Weise sehen: Unten Exekution Shitomir, oben sehen Sie die Lkws der in Shitomir stationierten Einheit. Das Foto ist in Shitomir am Tag der Exekution aufgenommen worden. Orscha: Judenghetto und Liquidierung. Es ist oben der Plan abgebildet des Offiziers der Ortskommandantur, der ihn gezeichnet hat. Krasnoje: Feldzeugpark. Es sind die Juden in Krasnoje fotografiert und unten sind ihre Reste, ihre Leichen. So ist die Abfolge von Fotos und Dokumenten. (...)

Wolfgang Eichwede hält die heutige Diskussion in vieler Hinsicht, wie er sagt, für einzigartig. Man habe tatsächlich über diese Ausstellung gestritten in Respekt vor anderen Personen. Und dies sei erreicht worden, auch weil die Ausstellung so ist, wie sie ist. Ich kann mir vorstellen, vielleicht das eine oder andere anders gemacht zu haben, ich hätte Ratschläge vielleicht auch aufgenommen. Das ist aber für mich im Augenblick nicht das Problem. Die Ausstellung provoziert. (...) Es ist richtig, die Wucht der Bilder, wenn ich die Formulierung aufnehme, tut weh, und die Wucht der Bilder mag und muss vielleicht auch Soldaten treffen. Aber die Wucht der Bilder ist eine Kleinigkeit gegenüber der Wucht der Kugeln. (Unverständliche Zwischenbemerkung aus dem Publikum) Nein, das ist nicht Polemik. Oder der Wucht der Stricke. Herr Perschau, wir sind da ganz bestimmt einer Ansicht in der Verurteilung dessen. (...) Aber wenn ich dieses Mädchen sehe, das hier aufgehängt ist, ist das ein Stück vom Denkmal, das ihm gesetzt wird, 50 Jahre danach. Und das können wir gemeinsam tragen. Und da glaube ich, noch mal mit der Formulierung, die ich heute morgen probiert habe, der Respekt oder die Ehre unserer Soldaten vor 50 Jahren kann in nichts anderem bestehen als in der Würde und Würdigung der Opfer. Das ist unsere, Herr Perschau, das ist unsere, wirklich unsere Chance. Ich sage das wirklich nicht als Polemik gegen Sie, sondern ich sage das, weil wir hier in der Kontroverse um diese Ausstellung, auch wenn ich Differenzen zu meinen Kollegen hier zur Rechten habe, (...) tatsächlich Brücken schlagen können. Nicht nur zwischen uns, sondern Brücken zurück in unsere Geschichte und Brücken zu den Völkern. Ich bin oft in diesen Ländern und werde oft angesprochen. (...) Und die Tatsache, dass diese Ausstellung in diesem Lande ausgehalten wird, weh tut, das ist auch ein Stück an Verständigung, die wir hier bauen, ein Weg, den Sie gehen wollen und den ich gehen will und die Kollegen von Reemtsma gehen wollen. Und das sind die übergeordneten Gesichtspunkte, die uns hier bestimmen können. (...) Ich sage das mal so: Ich finde das eine grosse Sache von der Grossen Koalition, hier diese Chance gegeben zu haben. Und das soll sie aushalten.

Inge Marssolek bezieht sich auf Jan Philipp Reemtsmas Wort, dass es einen Vertrag des Schweigens gegeben habe in der frühen Bundesrepublik. Und ich glaube, das, was jetzt passiert, ist das Aufbrechen dieses Vertrags des Schweigens. Wir sehen sehr deutlich, und das ist das Eigentliche, was mich irritiert, wie schmerzhaft es ist, wenn über so viele Jahre etwas verdrängt worden ist, verdrängt auch in den Lebenserinnerungen derjenigen, die an der Ostfront gekämpft haben. Was mich irritiert und was auch die Studenten und Studentinnen in meinem Seminar, wo wir diese Diskussion auch mit Älteren geführt haben, irritiert hat, ist, dass von den Älteren sehr selten und wirklich nur in der Minderheit mal etwas kommt wie ein Ausdruck von Scham, von Verantwortung, die sie übernehmen. Nicht in dem Sinne von Schuld. Also, Schuld muss jeder individuell mit sich abmachen. Aber dieses Gefühl von Scham, dieses (...) Mitgefühl für die Opfer, (...) für diejenigen, die tatsächlich

ermordet worden sind. Ich glaube, es würde der Diskussion sehr gut tun, wenn man gerade diese Emotionen noch mal hochkommen lassen könnte. Ich finde es schade, dass auf dem Podium die Vertreter der Veteranen überhaupt nicht in der Lage waren, eben dieses Gefühl zu thematisieren. Ich weiss, dass es sehr viele andere gibt, und es wäre sehr schön gewesen, wenn auch die zu Wort gekommen wären.

Jugendliche Diskussionsteilnehmerin: Erstens möchte ich sagen, das, was Herr Reemtsma gesagt hat, hat mir sehr gut gefallen. Wenn es nicht darum geht, die Wehrmatsangehörigen zu pauschalisieren, dann könnten sich eigentlich auch nur die angegriffen fühlen, die einen Grund dazu haben. Zweitens: Ich bin Sprecherin des Jugendarbeitskreises des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Bremen. Und ich betrachte es als meine Aufgabe, ein Grab von einem Menschen zu pflegen zur Mahnung des Friedens und nicht die Helden und Soldaten zu glorifizieren, worunter bestimmt auch Mörder gewesen sind. Drittens fühle ich mich von Leuten wie Herrn Proske einfach meiner Mündigkeit beraubt, eine Ausstellung in einem öffentlichen Raum im Rathaus anzugucken und meine Meinung bilden zu dürfen über diese Ausstellung. Ich glaube, dass ich das kann als mündiger Bürger, ich habe schliesslich auch Wahlrecht.

Werner von Scheven: Ich finde diese Diskussion gut, und sie macht mir Mut, Sie auf ein Problem aufmerksam zu machen, das ich empfinde. *Er lebe seit dem 3. Oktober 1990 im Land Brandenburg. Und dort stelle er fest, dass seine Mitbürger lebhaft Signale ihrer westdeutschen Landsleute empfangen, die sie verletzten. Im Laufe dieser mehr als sechs Jahre habe sich eine Verhärtung herausgebildet, die zurzeit fast unerträglich sei. Man verschliesse Augen und Ohren, wenn nur ein Westdeutscher in der Nähe sei.* Und ich frage mich, wie kommt das? Ich sehe eine Analogie zu unserem Thema hier. *Kritik an der DDR und am Regime sowie das Bedürfnis, DDR-Geschichte zu entsorgen aus der Geschichte Deutschlands werde von den Bürgern, die dort hätten leben müssen, als Aufforderung empfunden, ihre Biographie gleich mitzuentsorgen. Dies habe eine Verhärtung zur Folge.* Und in der Verhärtung hört man nicht mehr zu, schaut man auch nicht mehr hin. Dann will man einfach nichts mehr hören, man schliesst sich zusammen, schliesst sich dann sogar einer Milieupartei an. (Unverständliche Zwischenrufe) Gut, machen Sie erstmal mehr Erfahrungen.

Herr Reemtsma, Herr Heer, Sie wollen ja mit der Ausstellung nicht nur aufklären und informieren, sondern auch provozieren. Nun habe ich in dem Podium der Arbeitsgruppe 2, dem ich angehörte, gehört, was mir durchaus einleuchtete: Manchmal braucht man zur Wahrheitsfindung die Provokation. Das ist mir um so verständlicher, als die Tatsachen, die Sie verwenden in der Ausstellung, mir schon seit den 60er Jahren, zum Teil seit Anfang der 70er bekannt waren. Die Ausstellung bringt mir im Faktischen überhaupt nichts Neues. Aber es ist offenbar nicht vernommen worden. Es hat sich in der Öffentlichkeit nicht herumgesprochen, und auch die Kriegsteilnehmergeneration hat sich zum Teil diesen Informationen verschlossen.

Ich sehe, dass sich unser Publikum in zwei Gruppen teilen lässt, die in einer Kontroverse stehen. Die einen sind dafür, zu differenzieren, stärker zu differenzieren, als Sie das in Ihrer Ausstellung vermocht haben. Die anderen, die nicht differenzieren wollen, weil sie sagen, das Thema ist so grauenhaft, das Unrecht, das dort geschehen ist, ist so riesig, dass Differenzierung unangemessen ist. Ich will sagen, wo ich stehe. Ich halte nichts von moralischem Rigorismus, wo das Ross dann manchmal so hoch ist, dass man gar nicht mehr gehört wird, sondern ich bin für Differenzierung. (...) *Wenn man einseitig auswähle und vieles andere weglasse, komme es unter Umständen zur falschen Botschaft.* Seit 30 Jahren erlebe ich eine Verhärtung zwischen der Generation der Kriegsteilnehmer, jedenfalls der grossen Mehrheit, und denen, die auf das Verbrechen der Organisation Wehrmacht und die Verbrechen in der Wehrmacht beharrlich hinweisen, weil es Befunde der Forschung sind. Ich halte dafür, dass Ihre Ausstellung in der Art, wie sie gemacht ist, durch pädagogisch-didaktische Mängel, wie sie hier vielfach zur Sprache gekommen sind und die ich nicht wiederholen möchte, diese Verhärtung eher befördert, als dass Sie versuchen, Brücken zu schlagen. Es wird der Eindruck erweckt und verstärkt, Geschichte zu entsorgen um den Teil des Dritten Reichs, um den Teil der Wehrmacht. Damit haben die Betroffenen, die teilnehmen mussten an diesem entsetzlichen Geschehen und glaubten, einen Dienst an ihrem Vaterland zu erfüllen, das Gefühl, dass ihre Biographien mit entsorgt werden sollen. Der Ausdruck vom Täter ist ja immer wieder zu hören, in offenen oder auch nicht offenen Wortmeldungen hier um mich herum. Und einer, der subjektiv das Empfinden hat, sich nichts hat zuschulden kommen zu lassen im strafrechtlichen Sinne, tut sich eben schwer, anders als in einem moralisch-philosophischen Sinne sich als Täter zu sehen.

Thomas Mitscherlich ist Filmregisseur. Seine These lautet, dass wir über diese Verbrechen nicht so vehement diskutieren würden, wenn es keine Bilder gäbe. Ein Regisseur, der solchen Bildern nachzugehen versuche, stosse immer wieder auf das Problem, dass Historiker Bilder nicht als Quelle akzeptierten, weil diese Quelle nicht verifizierbar sei. Anders verfähre man mit Akten. Eine Akte hat eine Geschichte. Da gibt es eine Tradition, wie man eine Akte anlegt und wie man mit ihr umgeht. *Wie man mit Bildern umzugehen habe, sei hingegen unklar.*

Armin Halle: (...) Bremen ist nicht München. Wir haben diskutiert, nachgedacht. Wir haben nicht auf irgendwelche Wählerpotentiale geschielt und versucht sie dort abzuholen, wo sie sind und hoffentlich bleiben. Und wir sind der Forderung des Artikel 1 des Grundgesetzes («Die Würde des Menschen ist unantastbar») gerecht geworden, denke ich. (...) Ich möchte zum Schluss erinnern an ein Wort, das der Bürgermeister Scherf heute morgen gesagt hat, dass er nämlich dies hier zur Agora erhoben hat. Ich glaube, es war eine. (...) Wir haben den Sinn erfüllt, so dass wir nachdenklich und nachdenkend und um manche Einsicht bereichert nach Hause gehen können. Jedenfalls gilt das für mich, und ich hoffe, ich bin damit nicht allein. Vielen Dank und auf Wiedersehen im Mai.

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

163. Sitzung vom 13. März 1997

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer

Dann rufe ich die Zusatzpunkte 8 bis 11 auf:

ZP8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gerald Häfner, Annelie Buntenbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Ausstellung **«Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»**-
Drucksache 13/7120 –

ZP9 Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

Ausstellung **«Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»**-
Drucksache 13/7162 –

ZP10 Beratung des Antrags der Abgeordneten Otto Schily, Günter Verheugen, Walter Kolbow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

Ausstellung **«Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»**-
Drucksache 13/7175 –

ZP11 Beratung des Antrags der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Ausstellung **«Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944»** –
Drucksache 13/7188 –

(Unruhe)

– Bevor wir in der Beratung fortfahren können, muss ich erst einmal um Ruhe bitten. Ich weise darauf hin, dass wir im Anschluss an die Aussprache über die drei Anträge der Fraktionen jeweils wiederum namentlich abstimmen werden. Die Gruppe der PDS hat beantragt, dass auch über ihren Antrag namentlich abgestimmt wird. Nach unserer Geschäftsordnung kann eine namentliche Abstimmung nur von einer Fraktion oder von mindestens 34 Abgeordneten verlangt werden. Ob der Antrag der PDS das erforderliche Quorum erreicht, werde ich vor der Abstimmung feststellen. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache, die jetzt folgt, eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Gerald Häfner.

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der heutigen Debatte geht es um unsere Haltung zu der schlimmsten und entscheidenden Phase unserer eigenen

deutschen Geschichte, und es geht darum, wie wir heute dazu beitragen können, dass sich die planmäßige Vernichtung von Menschen, von ganzen Völkern lediglich auf Grund ihrer Rasse oder ihrer Überzeugungen nie wiederholt. Es gab in diesem Hause und in dieser Republik lange Zeit einen Konsens zwischen den demokratischen Parteien, dass man die Rechtsextremen, die Ultrarechten, die Neonazis keinen Fuss mehr auf den Boden dieser Republik stellen oder in die Tür dieser Republik stemmen lässt. Dieser Konsens ist in den letzten Wochen aufgekündigt worden, und zwar von einer Partei, die in diesem Hause sitzt und diese Bundesregierung mitträgt: von der CSU. Ich meine, dass ein klares Wort der Verantwortlichen in der Christlich-Sozialen Union und ein klares Wort dieser Bundesregierung dazu nötig ist.

Wie ist es dazu gekommen? Die Ursache ist eine Ausstellung, die bereits in 15 deutschen Städten gezeigt worden ist-sie ist gegenwärtig in München zu sehen eine Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944. Diese Ausstellung ist keine Pauschal Verurteilung aller Wehrmachtsangehörigen. Sie wissen, dass, wenn man die gesamte Zeit des Zweiten Weltkrieges betrachtet, 18 Millionen Deutsche in der Wehrmacht gedient haben. Darunter sind viele, die dies aus Überzeugung taten, sicher aber auch viele, die ihren Wehrdienst wider eigenen Willen erfüllt haben und die Taten mitgemacht oder sich verweigert haben, wenn sie diese selbst nicht billigen konnten und nicht richtig fanden.

Es geht also nicht um eine pauschale Verurteilung. Vielmehr geht es darum, mit der Lüge aufzuhören, dass für alle schlimmen Taten nur die SS verantwortlich gewesen sei und dass die Wehrmacht im Osten einen sauberen, einen ehren, einen tapferen Feldzug geführt habe, der nichts mit den brutalen, nichts mit den rassistischen Ideen Hitlers und nichts mit den Greuelthaten dieses Krieges zu tun hatte. Die Wahrheit ist, dass die Wehrmacht gerade im Osten einen Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt hat und dass in diesem Krieg unter der Verantwortung der Wehrmacht Millionen von Zivilisten, Frauen und Kinder, grundlos hingemordet worden sind. Wer zu dieser Wahrheit schweigt, wer sie verdrängen will, wer unsere eigene Geschichte verfälscht, der trägt dazu bei, dass die Geschichtsklitterung in diesem Land um sich greift, der trägt dazu bei, dass rechte Mythenbildung wieder fröhliche Urständ feiert. Genau das passiert gegenwärtig in München.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Attacken auf den Initiator dieser Ausstellung, Jan Philipp Reemtsma, der Versuch, die Toten durch Zigarettenrauch mehr zu dramatisieren als die Toten im Zweiten Weltkrieg, der Versuch, Reemtsma sogar damit zu diskreditieren, dass er im letzten Jahr Opfer einer Entführung geworden ist, der Versuch, die Nürnberger Prozesse – während wir alle uns gegenwärtig um einen internationalen Strafgerichtshof für das frühere Jugoslawien und Ruanda einsetzen, damit

Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen das Völkerrecht, gegen das Menschenrecht in Zukunft endlich abgeurteilt werden können als «Siegerjustiz» und die Ausstellung als Teil eines «moralischen Vernichtungsfeldzuges gegen das deutsche Volk» zu bezeichnen, wie das der «Bayemkurier» auf seiner Titelseite gemacht hat, das alles ist schlimmer als die schlimmste Propaganda von rechts, die wir in diesem Lande bisher erdulden mussten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb war es nur folgerichtig, dass die NPD Peter Gauweiler aufgefordert hat, die Hauptrede bei dem gespenstischen Aufmarsch der Ultrarechten in München zu halten, und ihn darüber hinaus zur Mitgliedschaft in der NPD eingeladen hat.
Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Albert Schmidt?

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Bitte schön.

Albert Schmidt (Hitzhofen) (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Herr Kollege Häfner, sehen Sie den CSU-Vorsitzenden und Abgeordneten Dr. Theo Waigel im Saal? Falls nicht, welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Also, der gehört nun wirklich hier hin! – Dr. Guido Westerwelle [F.D.P.]: Das war eine starke Zwischenfrage! – Zurufe von der CDU/CSU)

Gerald Häfner (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Lieber Kollege Schmidt, ich glaube, dass der eigentliche Skandal – so schrieb es z.B. «La Repubblica» in Italien, und so schreiben es viele andere internationale Zeitungen – gar nicht die Äusserungen von Gauweiler sind, sondern der eigentliche Skandal ist das Schweigen der CSU und der Bundesregierung zu diesen Vorgängen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Was mich, lieber Kollege Schmidt, empört, ist, dass Theo Waigel, der Vorsitzende der CSU, der übrigens einmal Aussenminister in diesem Land werden wollte – dabei hat kaum ein Politiker in den letzten Jahren diesem Land so schweren aussenpolitischen Schaden zugefügt wie Gauweiler und seine politischen Freunde –, nicht nur dazu schweigt, sondern offensichtlich auch noch vor der Auseinandersetzung in diesem Hause flieht.

(Dr. Guido Westerwelle [F.D.P.]: Er ist doch da!)

— Da kommt er ja doch noch. Ich hoffe, lieber Kollege Waigel, dass Sie Gelegenheit ergreifen werden, heute zurechtzurücken, was Ihre Partei gegenwärtig in Bayern aufführt. Wenn die Pressemeldungen, die ich gelesen habe, stimmen, dann haben Sie das, was Gauweiler und der «Bayemkurier» gesagt haben, als im Spektrum der CSU und «im Spektrum einer legitimen Kritik liegend» bezeichnet. Ihr Sprecher, der Sprecher des CSU-Landesvorstandes, Herr Schöberl, hat gesagt, Gauweilers Äusserungen lägen voll und ganz «auf der Linie der Bayerischen Staatsregierung und der CSU.» Ich lese Ihnen ein kurzes Zitat vor:

«Rechtsextremistische Positionen ergeben sich weniger aus dem Parteiprogramm denn aus Begründungen und Verhaltensweisen von Funktionären, Gremien und Mitgliedern sowie aus den Publikationsorganen.»

Was ist das für ein Zitat? Es ist die Einleitung zum Kapitel «Die Republikaner» im Bundesverfassungsschutzbericht aus dem vergangenen Jahr. Es folgt eine Reihe von Zitaten, in denen die Republikaner zum Beispiel die Nürnberger Prozesse als Siegerjustiz bezeichnen – genau wie der «Bayemkurier» das vor wenigen Wochen getan hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese «Braune-Socken-Politik» der CSU, dieses Taktieren mit dem ultrarechten Sumpf unserer Republik, dieser Versuch, die Opfer von Folter und Vernichtung zu verdrängen und kein Mitleid für sie aufzubringen, dafür aber um so mehr diejenigen anzuprangern, die heute die Wahrheit über die historische Vergangenheit feststellen wollen, und ihnen vorzuwerfen, sie führten einen «moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk», das ist etwas, was diese Republik nicht ertragen will, was sie nicht dulden kann und was sie zurückweisen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Deshalb haben wir dem Deutschen Bundestag einen Antrag vorgelegt, von dem ich hoffe, dass er in diesem Hause die Spreu vom Weizen scheiden wird. Denn ich habe immer noch die Hoffnung, dass auch in der Union, in der CDU und in der CSU, genügend Menschen – ich habe in den letzten Tagen mit vielen gesprochen – von dieser Politik und von diesen Äusserungen angewidert sind – übrigens nicht nur von Gauweiler und der CSU in München, sondern auch von den Äusserungen von Frau Steinbach in Frankfurt und von vielen anderen, die sich in diese rechte Dreckwerferei einreihen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Ich habe also immer noch die Hoffnung, dass es in Ihren Reihen noch genügend Menschen gibt, die bereit sind, sich davon zu distanzieren und die Worte zu finden, die jetzt notwendig sind. Ich bin insbesondere gespannt darauf, wie sich der Bundesminister der Finanzen und Vorsitzende der CSU, Theo Waigel und der Bundeskanzler zu dieser Frage äussern werden. Denn ich bin der Meinung: Nach all dem, was in diesem Land an Schaden angerichtet worden ist, wäre Schweigen zu diesem Thema nicht länger hinnehmbar. Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Dr. Alfred Dregger.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Dr. Alfred Dregger (CDU/CSU) (von Abgeordneten der CDU/CSU mit Beifall begrüsst): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst einige Bemerkungen zur Ausstellung und dann einige Gedanken zum

historischen und politischen Teil des Problems. Zuvor, Herr Kollege Häfner: Ihre Rede hat zum Konsens in diesem Hause nicht beigetragen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [F.D.P])

Es waren undifferenzierte Vorwürfe; sie waren niederträchtig und zum grossen Teil gemein. Ich weise sie zurück.

(Beifall bei der CDU/CSU – Lachen und Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, zu der Wanderausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» ist zunächst festzustellen, dass sie eine Privatveranstaltung ist. Es sind zwei Männer, die mit Hilfe dieser Ausstellung ihre Ansichten in Deutschland und Österreich propagieren wollen. Dagegen ist nichts zu sagen. Friedrich Karl Fromme merkt in der «FAZ» an, dass diese Ausstellung inhaltlich nichts Neues bringe, dass sie nicht einmal der kleinen Minderheit der absolut Uneinsichtigen einen aufklärerischen Beitrag leiste. Das führt zu der Frage, was diese Ausstellung soll, was sie leistet, was sie nicht leistet. Dazu gehört auch die Frage, ob die Aussteller Heer und Reemtsma wissenschaftlich und moralisch legitimiert sind,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Das ist ja unglaublich! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Millionen von Menschen, die sie nicht kennen, ihrem Urteil zu unterwerfen und sie in dieser Weise zu verletzen, ohne einen auf die Person bezogenen Wahrheitsbeweis führen zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Anhaltende Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Nun einige Gedanken zu dem historischen und politischen Teil des Problems: Auf den Beginn des Krieges und die Art der Kriegsführung hatten die über 18 Millionen Soldaten der Wehrmacht nicht den geringsten Einfluss, was übrigens in gleicher Weise für die Soldaten der ehemaligen Kriegsgegner gilt. Soldaten waren immer die Opfer des Krieges.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Auch die Generalität?)

Bedeutende Entscheidungen wurden nicht von den Soldaten, sondern von den grossen Kriegsherren getroffen, die allein die politische Macht und die Befehlsgewalt hatten. Die meisten der deutschen Soldaten, die Leib und Leben für ihr Land riskierten und unendliches Elend ertragen mussten, können zu Recht daraufhinweisen, dass sie selbst an Hitlers Kriegsverbrechen nicht beteiligt gewesen seien und sich auch nicht sonstiger Kriegsverbrechen schuldig gemacht hätten. – »Die meisten«, sage ich; das gilt nicht für jeden. Fest steht, dass das deutsche Volk diesen Krieg ebenso wenig wie das russische Volk und andere Völker gewollt hat, die in ihn hineingezogen worden sind.

(Hans Büttner [Ingolstadt] [SPD]: Unglaublich!)

Anlässlich der Verabschiedung der letzten russischen Soldaten aus Deutschland am 31. August 1994 erklärte der russische Präsident Jelzin in Berlin, das deutsche Volk sei an diesem Krieg nicht schuld gewesen, man habe in Moskau immer zwischen dem grossen deutschen Volk und der verbrecherischen Clique, die sich seiner bemächtigt habe, zu unterscheiden gewusst. Diese noble Feststellung ist richtig. Auch wir Deutsche unterscheiden selbstverständlich zwischen dem grossen russischen Volk, dem wir in vielfacher Weise verbunden sind, und seiner verbrecherischen Führung unter Stalin. Es ist interessant, dass der Generalstaatsanwalt Russlands zurzeit Zehntausende von ehemaligen deutschen Kriegsgefangenen, die damals von sowjetischen Militärtribunalen zu Unrecht verurteilt wurden, rehabilitieren lässt, womit er eine Absprache zwischen Präsident Jelzin und Bundeskanzler Helmut Kohl realisiert.

(Zuruf von der PDS: Was hat das mit der Sache zu tun?)

Meine Damen und Herren, es geht dabei nicht nur um Einzelne, sondern um uns alle. Wie ein Volk nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht, das sagt viel aus über seine moralische Substanz, über seine Würde und seine innere Stärke – oder Schwäche.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf von der SPD: Furchtbar ist das! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Ich kann jeden Deutschen – auch die Abgeordneten dieses Hauses – nur bitten, sein Verhalten an diesen Massstäben auszurichten.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja furchtbar!)

Wie man Vergangenheit fruchtbar aufarbeiten kann, hat uns der frühere französische Staatspräsident Mitterrand am 8. Mai 1995 in Berlin in beeindruckender Weise gezeigt. Er hat damals aus Anlass des 50jährigen Endes des Zweiten Weltkrieges gesagt – ich zitiere

«Ich bin nicht gekommen, um den Sieg zu feiern, über den ich mich 1945 für mein Land gefreut habe. Ich bin nicht gekommen, um die Niederlage der Deutschen zu unterstreichen, weil ich die Kraft, die im deutschen Volk ruht, kenne, seine Tugenden, seinen Mut. Und wenig bedeuten mir in diesem Zusammenhang die Uniformen und selbst die Ideen, die in den Köpfen der Soldaten damals gewohnt haben, die in so grosser Zahl gestorben sind. Sie waren mutig. Sie nahmen den Verlust ihres Lebens hin für eine schlechte Sache. Aber ihre Haltung hatte damit nichts zu tun. Sie liebten ihr Vaterland. Es ist notwendig, dass uns das klar wird. Europa, das bauen wir. Aber unsere Vaterländer lieben wir. Bleiben wir uns selbst treu!»

(Gerald Häfner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nie schien diese Ausstellung nötiger als bei Ihrer Rede!)

– Ich zitiere jetzt den französischen Staatspräsidenten. Das sollten auch Sie sich anhören. Da können Sie viel lernen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

«Verbinden wir die Vergangenheit mit der Zukunft, und wir werden in Frieden den Geist dieses Zeugnisses an jene weitergeben können, die uns nachfolgen.»

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lippelt?

Dr. Alfred Dregger (CDU/CSU): Nein, Frau Präsidentin.

Mitterrand war ein französischer Patriot – Gott sei Dank. Aber er hat mehr Einfühlungsvermögen und eine grössere Bereitschaft, sich in die Lage des deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg zu versetzen, bewiesen, als es in Deutschland die grosse Mehrheit der sogenannten politischen Klasse zu tun bereit ist.

(Zuruf von der SPD: Mordoffiziere waren das!)

Meine Damen und Herren, wir haben uns nicht nur mit einem verlorenen Krieg auseinanderzusetzen, sondern auch mit deutscher Schuld und mit Verbrechen, die von Deutschen verübt wurden. Niemand ausser ein paar verwirrten Idioten leugnet das. Dennoch sage ich in aller Klarheit: Diejenigen, die versuchen, die deutsche Wehrmacht pauschal als verbrecherische Organisation darzustellen,

(Gerald Häfner [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Wer tut denn das?)

sagen nicht die Wahrheit. Sie hetzen und verleumdern. Dem müssen wir entgegentreten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Kritiker der Wehrmacht sollten bedenken, dass nicht einmal das Nürnberger Siegergericht die Wehrmacht verurteilt hat und dass unsere ehemaligen Kriegsgegner ihr zum Teil hervorragende Zeugnisse ausgestellt haben. Ich nenne General de Gaulle, General Eisenhower, Marschall Schukow und den bedeutenden britischen Militärschriftsteller Liddel Hart.

(Widerspruch bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Als nach dem Krieg die Lage für den Westen angesichts der beginnenden Auseinandersetzung mit der Sowjetunion schwieriger wurde, hat sich der Westen bei Bundeskanzler Adenauer um die Neuaufstellung deutscher Streitkräfte bemüht. Diese Neuaufstellung wurde zu einer grundlegenden Militärreform genutzt. So entstand im Auftrage Konrad Adenauers und seiner Koalition, von erfahrenen Wehrmachtsoffizieren herangebildet, unsere Bundeswehr, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auf eine weitere Tatsache muss hingewiesen werden: Bei den Soldaten des Zweiten Weltkrieges und ihren Angehörigen geht es nicht um eine kleine, abgrenzbare Gruppe unseres Volkes, sondern um die gesamte Bevölkerung der damaligen Zeit. Fast alle Männer waren eingezogen. Natürlich waren auch die Mütter, die Schwestern, die Töchter, die Freundinnen und Ehefrauen der Soldaten mitbetroffen. Es geht in dieser Frage also um unser Verhältnis zu einer ganzen Generation unseres Volkes. Wer versucht – diese Versuche gibt es –, die gesamte

Kriegsgeneration pauschal als Angehörige und Helfershelfer einer Verbrecherbande abzustempeln,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

der will Deutschland ins Mark treffen. Dagegen wehren wir uns.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Das ist ja unglaublich!)

Das können wir nicht dulden; denn aus solchem Selbsthass kann nichts Gutes entstehen: kein rationales, berechenbares Verhalten in der Politik und keine wirkliche Versöhnung. Dieser Selbsthass führt weg von dem, was eigentlich das Wichtigste ist und im Zentrum stehen sollte: von der wirklich tief empfundenen Trauer um die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft; von der Einsicht in das menschliche Leid, das damals grundgelegt wurde und bis heute nachwirkt, *(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Hitler fiel doch nicht vom Himmel!)*

und – um ein Beispiel heranzuziehen – von dem unendlichen Verlust, den die Nazis durch die Vernichtung der deutschen Juden vor allem auch Deutschland zugefügt haben. Die Vernichtung der deutschen Juden war ein Verlust für Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Zuruf von der PDS: Unglaublich!)

Wer weiss, was die deutschen Juden in der deutschen Wissenschaft, in der deutschen Wirtschaft und in der deutschen Kultur geleistet haben, der wird mir vielleicht zustimmen. Noch eines sollten wir nicht vergessen: Die Vertriebenen- und die Soldatenverbände haben als erste – zunächst mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern im Westen, dann auch mit unseren ehemaligen Kriegsgegnern im Osten – zur Versöhnung aktiv beigetragen. Das alles gehört zu den Friedenswerken, die Europa braucht, um den Frieden tief in den Herzen der Menschen zu verankern. Wenn die Ausstellung wenigstens ein Stückchen eines Beitrages dazu geleistet hätte, hätte sie noch einen Sinn haben können.

(Hans Büttner [Ingolstadt] [SPD]: Haben Sie sie denn gesehen? Haben Sie sie sich denn angeschaut?)

Aber das ist nach meinem Eindruck nicht der Fall. Im Gegenteil: Die Ausstellung versöhnt nicht, sie spaltet. Sie empört durch die Art ihrer Darstellung die Generation der Grossväter und Väter und verwirrt die Generation der Söhne und Enkel.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Nein, nein, wir sind überhaupt nicht verwirrt! Wenn wir Sie hören, sind wir so klar wie nur was! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und von der SPD)

Wer auf diese Weise einen Keil zwischen die Generationen – Halten Sie doch einmal die Klappe, Herr Fischer! Dass Sie laut schreien können, wissen wir auch so.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Herr Kollege Dregger, ich muss Sie jetzt darauf hinweisen, dass die angemeldete Redezeit weit überschritten ist.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Herr Dregger, wir sind völlig klar im Kopf! Ein unsäglicher Dreck, den Sie hier absondern! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Dr. Alfred Dregger (CDU/CSU): Frau Präsidentin, ich habe meine Rede gehalten, ohne auf das schlechte Benehmen einiger Kollegen hinzuweisen.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Schlechtes Benehmen? Das ist unglaublich, was Sie hier vortragen! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und von der SPD)

Herr Fischer, so wie Sie sich heute hier verhalten haben, verhält sich kein Parlamentarier. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Gerald Häfner [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Gab es Verbrechen der Wehrmacht oder nicht, Herr Dregger?)

Vizepräsidentin Dr. Antje Vollmer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir wussten alle, als dieses Thema aufgerufen wurde, dass es eine sehr schwierige Debatte werden würde. Ich denke, wir sollten das berücksichtigen.

Zu einer Kurzintervention erhält zunächst der Abgeordnete Volker Beck das Wort.

(Joseph Fischer [Frankfurt] [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Frau Präsidentin, Kollege Schäuble fordert einen Ordnungsruf und will eine Sondersitzung des Ältestenrates machen!)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Herr Kollege Dregger, ich fand die Rede, die Sie hier gehalten haben, wirklich bestürzend. Sie haben in Ihrer Rede die Verantwortung der Deutschen für die grauenhaften Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und im Dritten Reich zurückgewiesen. Sie haben die Propagandalüge von der Pauschalverurteilung der Wehrmachtsdeserteure wiederholt. Mit dieser These versucht man Raum zu schaffen für die Äusserungen von Gauweiler, von Frau Steinbach und ihren Freunden in den rechtsextremistischen Parteien.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auf der ersten Tafel am Eingang der Ausstellung – wenn Sie sie denn einmal ansehen würden –, wird ausdrücklich erwähnt, dass ihr Ziel keine Pauschalverurteilung aller Wehrmachtssoldaten ist. Diese Ausstellung bricht allerdings unwiderruflich mit der Mär, der Legende – die in diesem Volk, in dieser Republik lange en vogue war – von der sauberen Wehrmacht, von dem sauberen Krieg an der Ostfront. Sie zeigt, dass der Befehlsebene klar war – das belegen Anweisungen an die Militärgerichtsbarkeit im Rahmen des Barbarossa-Feldzuges und der Kommissarbefehl –, dass systematisch internationales Kriegsrecht gebrochen werden sollte.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans-Ulrich Klose)

Die Deutschen haben Hitler an die Macht verholfen. Die Nazis kamen nicht wie braune Marsmenschen vom Himmel. Wir haben hier als Volk Verantwortung und Schuld auf uns geladen, zu der man sich auch bekennen muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und bei der PDS – Zurufe von der CDU/CSU)
– Ich setze mich hier nicht, solange ich das Wort habe.

Sie können auch nicht leugnen, dass die deutsche Wehrmacht einen verbrecherischen Angriffs- und Vernichtungskrieg im Osten geführt hat und dass objektiv der deutsche Wehrmachtssoldat auf der falschen Seite gekämpft hat. Ich finde es eine Schande, dass diejenigen, die die Waffen weggeworfen haben, die desertiert sind und diesen schmutzigen Krieg nicht mehr mitgeführt haben, rechtlich immer noch als Kriminelle behandelt werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Damit muss endlich Schluss sein. Sie wehren sich auch dabei mit dem absurden Argument, eine eindeutige Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure käme einer Pauschalverurteilung aller Wehrmachtssoldaten gleich. Man kann nicht leugnen, dass Einheiten der Wehrmacht auf obersten Befehl an massenhaften Verbrechen im Osten beteiligt waren. Millionen von Menschen mussten ausserhalb von kriegerischen Handlungen sterben, weil die Wehrmacht Zivilbevölkerung erschossen, sich selbst am Judenmord beteiligt hat, Kriegsgefangene verhungern liess und feige ermordet hat.

Zu all diesen Verbrechen haben Sie in Ihrer Rede geschwiegen und die Verantwortung und die Schuld in dieser historischen Epoche kleingeredet. Deshalb finde ich diese Rede eine Schande für dieses Parlament.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich frage zunächst ganz formell: Wird Gegenrede gewünscht, Herr Kollege Dregger?

Dr. Alfred Dregger (CDU/CSU): Nein.

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich habe jetzt, verehrte Kolleginnen und Kollegen, noch zwei weitere Anmeldungen für Kurzinterventionen. Ich werde sie aber erst am Ende der ersten Runde zulassen, weil ich finde, es ist angemessener, wenn zunächst einmal alle Fraktionen zu Wort kommen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P)

Das betrifft jetzt den Kollegen Duve und die Kollegin Christa Nickels. Ich bitte um Verständnis, dass Sie erst am Ende der ersten Runde sprechen können.

Das Wort hat jetzt der Kollege Otto Schily, SPD.

Otto Schily (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kollegen! Das Thema, das wir heute diskutieren, eignet sich nicht für Polemik. Aus diesem Grund

de werde ich mich zu Herrn Gauweiler nicht mehr äussern. Heiner Geissler hat dazu alles Notwendige in seinem Artikel in der «Bild am Sonntag» gesagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Notwendig ist unsere heutige Aussprache als Teil einer Vergegenwärtigung unserer Geschichte, die noch Jahrzehnte andauern wird. Es geht um den Unwillen und die Unfähigkeit vieler Menschen, sich auf die historische Wahrheit, was die Untaten der Schreckenszeit der Naziherrschaft angeht, einzulassen. Es ist das hochanzuerkennende Verdienst des von Jan Philipp Reemtsma gegründeten Instituts für Sozialforschung und der von ihm erarbeiteten Wehrmachtsausstellung, dass sie sich mit der Rolle der Wehrmacht im Gefüge der Naziherrschaft auseinandersetzen. Ganz am Anfang des Katalogs zu dieser Ausstellung findet sich eine einleitende Bemerkung, die Volker Beck schon zitiert hat, die die Zielrichtung der Ausstellung deutlich werden lässt. Ich zitiere:

«Die Ausstellung will kein verspätetes und pauschales Urteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten fällen. Sie will eine Debatte eröffnen über das – neben Auschwitz – barbarischste Kapitel der deutschen und österreichischen Geschichte, den Vernichtungskrieg der Wehrmacht 1941 bis 1944.» Den beschämenden Versuchen rechtsradikaler Kreise in der CSU und anderer Gruppierungen,

(Zuruf von der CDU/CSU: Was soll das?)

die Ausstellung zu diffamieren, müssen alle mit Entschiedenheit entgegentreten.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Es ist beunruhigend, nein, es ist empörend, mit welcher Dreistigkeit die übelsten nazistischen Parolen in Umlauf gesetzt werden in dem Bestreben, die Wahrheit über die Schrecken der Naziherrschaft und die Rolle der Wehrmacht aus dem historischen Bewusstsein zu verdrängen. Fast schlimmer ist die Tatsache, dass der bayerische Ministerpräsident und der CSU-Parteivorsitzende sich in Schweigen hüllen, anstatt sich an die Seite der Kritiker in ihren eigenen Reihen, an die Seite der beiden CSU-Stadträte in München zu stellen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

Kann es die deutsche Öffentlichkeit hinnehmen, dass gegen eine Wehrmachtsausstellung, zu der der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, dankenswerterweise eine Eröffnungsrede am 13. April halten wird, zu der der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Andrzej Szczypiorski, eine Eröffnungsrede gehalten hat, von Angehörigen einer traditionsreichen demokratischen Partei die dumpfsten neonazistischen Ressentiments mobilisiert werden?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Wer diesem Treiben nicht entschlossen entgegentritt, handelt verantwortungslos. Er setzt das Ansehen Deutschlands aufs Spiel und gefährdet den demokratischen Grundkonsens unserer Bundesrepublik.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich rechne es Heiner Geissler und Volker Rühle hoch an, dass sie in dieser Richtung nie Undeutlichkeiten haben aufkommen lassen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Die Debatte über die Rolle der Wehrmacht ist schwierig und schmerzhaft, gewiss. Aber sie ist unausweichlich. Die Grammatik der politischen Sprache bevorzugt leider häufig in der historischen Retrospektive die Passivform: es wurde, es passierte, es ereignete sich, es fand statt. Hinter diesen Wortgeweben verschwinden das Subjekt, das Individuum, die Schuld und die Verantwortung. Die Debatte kann uns aber auch in die Versuchung bringen – wer wollte das nicht eingestehen-, sie im Stil einer selbstgefälligen Moral zu führen. Davor ist niemand gefeit; davor sollten wir uns alle hüten. Wenn wir ehrlich mit uns umgehen, wird jeder Einzelne von uns sich fragen müssen, wie er selbst in einer Extremsituation gehandelt hätte. Wer von uns könnte ohne Weiteres behaupten, dass er zum Beispiel den Mut eines deutschen Soldaten aufgebracht hätte, der sich der Exekution von wehrlosen Zivilisten verweigerte und sich schweigend in ihre Reihe stellte, um den Tod mit ihnen zu teilen?

(Der Redner hält inne)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle einige persönliche Bemerkungen. Mein Onkel Fritz Schily, ein Mann von lauterem Charakter, war Oberst der Luftwaffe.

(Der Redner hält erneut inne)

– Entschuldigung. – Zum Ende des Krieges war er Kommandeur eines Fliegerhorstes in der Nähe von Ulm. Er suchte in Verzweiflung über die Verbrechen des Hitler-Regimes bei einem Tieffliegerbeschuss den Tod. Mein ältester Bruder Peter Schily verweigerte sich der Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend und versuchte zunächst ins Ausland zu fliehen. Da ihm das nicht gelang, meldete er sich freiwillig an die Front. Er wurde nach kurzer Ausbildung als Pionier im Russlandfeldzug eingesetzt, erlitt schwere Verwundungen und verlor ein Auge sowie die Bewegungsfähigkeit eines Armes. Mein Vater, eine herausragende Unternehmerpersönlichkeit, dem ich unendlich viel für mein Leben verdanke, war ein erklärter Gegner des Nazi-Regimes, empfand es aber als Reserveoffizier des Ersten Weltkrieges als tiefe Demütigung, dass er auf Grund seiner Mitgliedschaft in der von den Nazis verbotenen anthroposophischen Gesellschaft nicht zum Wehrdienst eingezogen wurde. Erst später hat er die Verrücktheit – ich verwende seine eigenen Worte – seiner damaligen Einstellung erkannt. Der Vater meiner

Frau, Jindrich Chajmovic, ein ungewöhnlich mutiger und opferbereiter Mensch, hat als jüdischer Partisan in Russland gegen die deutsche Wehrmacht gekämpft. Nun sage ich einen Satz, der in seiner Härte und Klarheit von mir und uns allen angenommen werden muss: Der einzige von allen vier genannten Personen – der einzige! –, der für eine gerechte Sache sein Leben eingesetzt hat, war Jindrich Chajmovic. Denn er kämpfte gegen eine Armee, in deren Rücken sich die Gaskammern befanden, in denen seine Eltern und seine gesamte Familie ermordet wurden. Er kämpfte gegen eine Armee, die einen Ausrottungs- und Vernichtungskrieg führte, die die Massenmorde der berüchtigten Einsatztruppen unterstützte oder diese jedenfalls gewähren liess. Er kämpfte, damit nicht weiter Tausende von Frauen, Kindern und Greisen auf brutalste Weise umgebracht wurden. Er kämpfte gegen eine deutsche Wehrmacht, die sich zum Vollstrecker des Rassenwahns, der Unmenschlichkeit des Hitler-Regimes erniedrigt und damit ihre Ehre verloren hatte.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Was glauben Sie, wie auf einen, der als Partisan für eine gerechte Sache gekämpft hat, folgender Kommentar in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom 26. Februar 1997 zu der Wehrmachtausstellung wirken würde? Ich zitiere:

«Gewiss wirkt erschreckend, wenn zu sehen ist, wie ein nach der Uniform unverkennbarer Wehrmachtssoldat jemandem den Strick um den Hals legt. Aber es verschwindet unter der scheinbar dokumentarischen Suggestivkraft des Bildes, ob es sich um eine Hinrichtung von Partisanen handelt-bis heute gerechtfertigt vom Kriegsvölkerrecht, das das Recht zum Töten den «Kombattanten» vorbehält, also den von ihrem Staat in die Pflicht des Tötens genommenen Soldaten. Selbst der NS-Staat hat, als er Ende 1944 das letzte Aufgebot, den «Volkssturm», aus halben Kindern und gebrechlichen älteren Männern aufstellte, darauf Bedacht genommen, die Reste der Uniform Vorräte zusammenzukratzen, damit die Volkssturm-Männer als Kombattanten anerkannt würden.»

Verstehen Sie, was in dieser eiskalten, trüben Logik zum Ausdruck kommt? Gerechtfertigt war es, einen Menschen, der für eine gerechte Sache kämpfte, zu erhängen. Es war ganz selbstverständlich, dass die Soldaten vom NS-Staat zum Töten in die Pflicht genommen wurden. Der NS-Staat findet eine Huldigung, weil er in seiner verbrecherischen Energie immer noch so penibel ordnungsliebend blieb, dass er die Kinder und Greise, die er am Schluss des Krieges in das Granatfeuer geschickt hat, mit Uniformen ausstattete. Meine Damen und Herren, das ist eine erbärmliche Logik, die in der starren Welt formalistischer Begriffe nicht mehr die Wirklichkeit zu erreichen vermag.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Wer sich aus dieser Starrheit nicht befreien kann, macht sich blind dafür, was in jenen Schreckensjahren wirklich vor sich gegangen ist. Zu den Starrsinnigen gehören – ich kann Ihnen das nicht ersparen, Herr Kollege Dr. Dregger – leider immer noch Sie. Ich sage Ihnen, Herr Dr. Dregger: Wir haben hier im Hause festgestellt, dass Sie im Laufe der Jahre zu einigen sehr beachtlichen Einsichten gelangt sind, für die Sie den Beifall des ganzen Hauses erhalten haben. Aber wenn Sie, Herr Dr. Dregger, äussern, die Wehrmachtsausstellung verdiene – ich zitiere Sie wörtlich – «nur Verachtung, besser noch Nichtbeachtung»,

(Zustimmung bei Abgeordneten der CDU/CSU)

schmähen Sie damit nicht auch Ignatz Bubis, Andrzej Szczypiorski, Jutta Limbach, die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts, und viele andere bedeutende Persönlichkeiten, die Eröffnungsreden für diese Wehrmachtsausstellung gehalten haben?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Schlimmer aber ist, dass Sie – Sie haben das heute wieder getan – immer noch an Ihrer These vom verlorenen Zweiten Weltkrieg festhalten. Sie sollten sich endlich zu der Einsicht durchringen, dass Deutschland nur dadurch zur Demokratie geworden ist, dass Nazi-Deutschland den Krieg verloren hat. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der F.D.P.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es sind noch viele Aufräumungsarbeiten im Bewusstsein unseres Volkes zu leisten. Wir dürfen unsere Augen nicht von den Bildern des Schreckens abwenden, weil wir nicht nur die Vergangenheit, sondern auch Gegenwart und Zukunft zu verantworten haben.

Die Wehrmachtsausstellung ist ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung. Sie verleiht den Opfern eine Stimme und hoffentlich auch unserem Gewissen. Dann können wir auch die Mahnung von Jan Philipp Reemtsma annehmen, die er in folgende Worte gefasst hat, mit denen ich schliessen möchte:

«Auch wenn wir am Ende dieses Jahrhunderts, angesichts seiner Destruktivität, seiner Schrecken innerwerden und mit nichts in der Hand dastehen als einer Buchführung über Verbrechen, Fehler, Versagen und skeptische Vorschläge zur Ergänzung internationaler Abmachungen, ist es doch nicht statthaft, alles untergehen zu lassen in einem summarischen «Jahrhundert der Barbarei». Ein Verbrechen hat Ort, Zeit, Täter, Opfer, – und man sollte sich nicht einem Sprachgebrauch, der die forensische Präzision der Wörter «Täter» und «Opfer» zu rhetorischen Passepartouts verkommen lässt, überlassen. Der Hinweis auf Rechtsnonnen ist so wenig schal, wie das Ethos der Sozialwissenschaften: die Welt zur Kenntnis zu nehmen.

(Langanhaltender Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS – Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. sowie des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU])

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Dr. Graf Lambsdorff, F.D.P.

Dr. Otto Graf Lambsdorff (F.D.P): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Meine Fraktion hat mich darum gebeten, in dieser Debatte zu sprechen, weil ich vom Mai 1944 bis Kriegsende Angehöriger der deutschen Wehrmacht war. Ihr Hinweis, Herr Schily, Selbstgerechtigkeit zu vermeiden, ist nur zu berechtigt. Ich habe mich in den vergangenen Jahren oft genug gefragt: Wie hättest du wohl als 18jähriger reagiert, wenn dir ein solcher Befehl erteilt worden wäre? Eine Antwort auf diese Frage habe ich nie gewagt. Ich war allerdings zu jung, um noch am Kriege in Russland teilzunehmen. Deshalb geht es mir ähnlich, wie es Andrzej Szczypiorski in seiner Eröffnungsrede zur Münchner Ausstellung gesagt hat:

«Ich kann nur meine persönliche Auffassung zu diesem Thema äussern. Diese Auffassung wird aber subjektiv sein und auf keinen konkreten Fakten beruhen.» Kann man überhaupt anders als subjektiv und sehr persönlich zu den hier angesprochenen Problemen Stellung nehmen? Kann es hier etwa Partei- oder Fraktionsmeinungen geben? Sicherlich nicht für einen Liberalen, eine liberale Partei, eine liberale Fraktion. Aus solchen Gründen erscheint mir das amtliche Verdikt des bayerischen Kultusministers, die Ausstellung sei «nicht empfehlenswert», falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P. und des Abg. Dr. Friedbert Pflüger [CDU/CSU] sowie bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS)

Es wird offensichtlich nicht befolgt. Der Andrang in München ist gross. Als ich gestern da war, war die Zusammensetzung der Besucher auffallend: sehr viele junge Menschen, viele ältere Besucher – offensichtlich Kriegsteilnehmer wenige, die vom Alter her dazwischen sind. Die Ausstellungsleitung bestätigte mir, dass dies gestern keine Momentaufnahme gewesen ist. Es hat mich beeindruckt, mit welchem Ernst, mit welcher Stille sich die Besucher verhielten. Die Stimmung erinnerte mich ein wenig an die Gedenkstätten des Holocaust in Jerusalem oder in Washington. Trotzdem stellt sich die Frage, ob diese Ausstellung gut ist. Sie ist es nicht. Sie ist nicht differenziert genug. Sie vermeidet nicht den Eindruck des Pauschalurteils über alle Angehörigen der Wehrmacht, trotz ‘ des schriftlichen Hinweises zu Beginn des Kataloges, Herr Schily; das ist zu wenig. Sie hat inhaltliche und historische Defizite. «Sie lügt nicht, und sie lügt doch», schreibt Renate Schostack in der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung».

Trotz berechtigter Kritik sage ich aber: Die Ausstellung ist notwendig. Es ist richtig, dass es sie gibt.

(Beifall bei der F.D.P., der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die schmerzliche Vergangenheit der jüngsten deutschen Geschichte wird uns immer wieder einholen. Es gehört zur Wahrheit dieser Vergangenheit, dass auch Teile der Wehrmacht, ganze Einheiten, einzelne Offiziere und Soldaten Kriegsverbrechen begangen haben. Noch einmal Andrzej Szczypiorski:

«Dieser Krieg konnte nicht ehrlich geführt werden, selbst wenn man es wollte. Denn dieser Krieg war auf die Vernichtung von ganzen Völkern und auf die Umwandlung von anderen Völkern in Sklaven des tausendjährigen Reiches ausgerichtet und kalkuliert.»

Ebenso wahr ist aber auch, dass sich der grösste Teil der deutschen Soldaten nicht schuldig gemacht hat. Sie haben ihre Pflicht getan. Viele haben in dem Konflikt gelebt, ihrer Eidespflicht genügen zu wollen oder zu müssen, obwohl sie die Natur der verbrecherischen Staatsführung erkannten oder ahnten. Diesen Konflikt macht die Ausstellung nicht sichtbar. Dadurch erweckt sie den Eindruck von Einseitigkeit. Das beginnt mit ihrem Titel «Verbrechen der Wehrmacht». Die Ausstellung lässt zuviel aus. Ich denke da weniger an das Thema «Verbrechen der Roten Armee»; auch das ist diskutiert worden. Das muss nicht Gegenstand dieser Dokumentation sein. Aber ich denke an die Rolle des militärischen Widerstandes gegen Adolf Hitler. Es ist zumindest ein erheblicher Mangel, dass die Ausstellung nirgendwo sagt, was sie auslöst, was sie aus dem Geschehen der Jahre 1941 bis 1944 nicht zeigt – kein einziger Hinweis im Ausstellungsraum, nichts im Katalog. Das verstärkt den Eindruck der Einseitigkeit. Ich frage die Ausstellungsleitung: Diese Kritik hat es schon Anfang 1996 gegeben. Warum wurde bisher nichts verbessert?

Zu den methodischen Mängeln. Die schrecklichen Bilder sprechen eine gänzlich unmissverständliche Sprache. Der aufmerksame Beobachter aber muss sich fragen: Wie viele davon sind authentisch? Er muss sich fragen, wie sie im tatsächlichen Zusammenhang mit den beschriebenen Ereignissen stehen. Ich fand es gestern bemerkenswert, wie intensiv die Besucher die vielen Texte studierten. Sie vermitteln nämlich einen stärkeren Eindruck als die Fotografien – auch in unserer Zeit, die wohl mehr in Bildern als in Buchstaben sieht und denkt.

Man könne bei einer komplizierten Materie nicht differenzieren, sonst bringe man sie um ihre Wirkung, meint Rudolf Augstein im «Spiegel». Das Gegenteil ist richtig: Differenzierung, bessere historische Zuordnung würde die Ausstellung nur überzeugender machen. Die Fakten sind leider so eindrucksvoll, dass eine sorgfältige Aufbereitung sie wahrlich nicht beeinträchtigen könnte. In einer Fernsehdiskussion hat Heribert Prantl vor einer unnützen Kragenspiegel-Diskussion gewarnt. Wie wichtig diese aber ist, zeigt das Titelbild des «Spiegel» in dieser Woche. Rudolf Augstein schreibt dazu, es handele sich um zwei Offiziere des Regiments Gross-Deutschland. Das ist offensichtlich falsch. Es handelt sich um einen schießenden Wehrmachtsoffizier und einen hohen Offizier der Waffen-SS.

Es ist keine Haarspalterei, dass ich das hier sage. Es zeigt, worauf uns Eugen Kogon kurz nach dem Kriege in seinem Buch «Der SS-Staat» aufmerksam gemacht hat: die vom NS-Regime gezielt herbeigeführte Verstrickung der verschiedensten Organisationen. Dieser Verstrickung haben sich viele Befehlshaber der Wehrmacht nicht entzogen.

Der militärische Widerstand wird nicht erwähnt. Schlimmer noch: Im sogenannten Forschungsband zur Ausstellung wird der führende Kopf des letzten auf das Attentat gerichteten Zeitabschnitts, Henning von Tresckow, in die Nähe der Mittäter der Kriegsverbrechen gerückt, weil er Lageberichte aus dem rückständigen Heeresgebiet abzeichnet, also gekannt habe. Das ist böseartig; es ist verwerflich. Es waren gerade die Verbrechen des Krieges in Russland, die die Attentäter zu ihrem Entschluss brachten, den schlimmsten aller Verbrecher zu töten. Wer das verschweigt oder gar verneint-das tut die Ausstellung leider-, entlässt die jugendlichen Besucher ohne Hoffnung.

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der letzte Versuch der Offiziere um Stauffenberg, der Versuch von Leber, Leuschner, Goerdeler und vielen anderen aber war es, der für Deutschland und seine Geschichte so wichtig ist. Er entschuldigt keine einzige Greueltat, aber er lässt Hoffnung für unsere Zukunft. Ich sage es noch einmal mit den Worten Szczypiorskis in München:

«Der ritterliche Glanz der Wehrmacht ist eine Legende, die Widerstandsbewegung in Deutschland ist aber keine. Sie war nicht stark, nicht zahlreich, nicht wirksam. Aber es gab sie.

Diese Menschen soll man nie vergessen. Denn sie waren Vertreter und Befürworter des wahren Deutschland, das Achtung und Sympathie der Welt verdiente.» Oder mit den Worten von Tresckows, als er am Abend des 20. oder 21. Juli in den gesuchten Tod in den vorderen Linien ging:

«Wenn einst Gott Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird.»

(Beifall bei der F.D.P. und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat der Kollege Gerhard Zwerenz, PDS.

Gerhard Zwerenz (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lambsdorff, es scheint Ihrer Aufmerksamkeit entgangen zu sein, dass es eine Widerstandsausstellung und ein Widerstandsmuseum gibt. Es ist nichts dagegen zu sagen, diese Ausstellungen zusammenzubringen und weiterhin zu vervollständigen. Aber so zu tun, als müsse nun diese Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht, die es ein halbes Jahrhundert eben nicht gegeben hat, alle

anderen Ausstellungen in sich aufnehmen, hiesse, diese beiden Ausstellungen zu überfordern.

(Beifall bei der PDS, der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Ich darf Sie, Herr Kollege Lambsdorff, noch auf den folgenden Punkt hinweisen: Man kann natürlich darüber streiten, wie das Kapitel in dem Buch zur Ausstellung über die Blutschuld der späteren Widerständler und Attentäter zu bewerten ist. Aber Sie können doch wohl nicht abstreiten, dass ein grosser Teil dieser Attentäter mit eigenem Blut die Blutschuld, deren sie vorher schuldig geworden sind, abwaschen wollte. Ich muss Ihnen sagen: Der Widerstand ist sehr spät gekommen. Wenn wir nur ganz bestimmte Generäle nehmen, zum Beispiel den durchaus couragierten Pariser Stadtkommandanten General Stülpnagel, und andererseits sehen, was er für eine ungeheure Blutschuld auf sich geladen hat, bevor er Widerständler geworden ist, dann können wir doch jetzt nicht so tun, als wäre das alles nicht wahr.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Aber darüber wollte ich gar nicht sprechen.

Was mich aufrichtig erzürnt, ist, dass es zwei gestanzte Formeln gibt, nämlich erstens von der Wehrmacht, die in Kriegsverbrechen verstrickt gewesen sei, und zweitens, dass die Wehrmachtsausstellung eine pauschale Verurteilung aller 18 Millionen deutscher Soldaten sei. Das redet einer dem anderen nach. Denkt vielleicht wenigstens einer daran, was gewesen wäre, wenn diese 18 Millionen Soldaten ausgerufen hätten: «Wir sind das Volk! Nie wieder Krieg! Mit uns nicht!»? Wenn diese Soldaten dann nach Hause gegangen wären, wäre der Krieg aus gewesen. Ohne diese Wehrmacht hätte es keinen Holocaust, keinen Genozid, keinen Zweiten Weltkrieg und nicht seine 50 Millionen Toten gegeben. Darüber sollte man einmal nachdenken. Das ist doch eine Alternative gewesen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

So haben einige Soldaten gehandelt. Sie sind allerdings mit dem Tode bestraft worden. Es hat ausserdem Widerständler der ersten Stunde gegeben, die schon 1933 gesagt haben: Hitler, das ist der Krieg. Aber das waren in der Hauptsache Kommunisten und nur ganz wenige Pazifisten und Katholiken. Deswegen spricht man nicht so gern darüber. Man spricht erst über die Widerständler vom 20. Juli 1944. Auch das ist noch zu bewerten. Ich muss fragen: Wie ist es dazu gekommen, dass wir-jetzt spreche auch ich als Frontsoldat, als Infanterist-nach dem 20. Juli 1944 in eine ganz tiefe Verzweiflung gestürzt worden sind? Das waren sehr viele; da gebe ich Ihnen recht, Herr Dr. Dregger. Da war uns klar, wie dieser Krieg enden würde.

Wir müssen uns auch daran erinnern, dass in diesem letzten Kriegsjahr mehr Menschen zu Tode gekommen sind als in den gesamten Kriegsjahren zuvor.

Man muss also sagen: Diejenigen, die diesen Krieg beenden wollten – eingeschlossen die Deserteure, aber nicht nur sie –, haben doch wohl das Richtige getan. Sie können sich aber nicht einmal jetzt dazu durchringen, das zuzugeben.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Der Antrag von CDU/CSU und F.D.P. beginnt mit grossen Worten im Wagnerschen Opernton. Ich zitiere:

«Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer.»

Das ist bezeichnend, meine Damen und Herren. Bevor Sie auch nur ein einziges jüdisches, polnisches, russisches Opfer des deutschen Vernichtungskrieges genannt haben, denken Sie sofort an die deutschen Opfer. Täter gibt es in Deutschland offensichtlich nicht. Dabei handelt es sich wohl nur um ganz wenige; sie werden nicht mehr beim Namen genannt.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Das ist eine winzige Minderheit. Reden wir also nicht von «Verstrickung»; reden wir vom geplanten Genozid. Er ist eben nicht nur von Hitler und von den Leuten, die um ihn herum waren, geplant worden. In den ersten sieben Monaten des Russlandkrieges sind 3,9 Millionen russische Gefangene gemacht worden. Davon sind 2 Millionen verhungert – sie hat man verhungern lassen –, und 600.000 russische Gefangene hat man erschossen. Dies ist geschehen, obwohl Sie von der CDU/CSU doch fortwährend herbeten, dass so viele Generäle und Armeekommandeure den Kommissarbefehl nicht an die Truppe weitergeben haben. Ja, wer hat denn dann die 600.000 Russen erschossen? Das war doch nicht ausschliesslich die SS; so viele SS-Leute gab es doch gar nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Dass man versucht, sich um diese furchtbaren Wahrheiten herumzuschwindeln, das ist der eigentliche Skandal unserer Zeit. Ich sehe, dass ich am Ende meiner Redezeit von fünf Minuten angekommen bin. Ich möchte schliessen. Ich möchte Sie bitten: Bedenken Sie, dass selbst ein Mann, der eine solch stählerne Feder führt wie Friedrich Karl Fromme, in der «FAZ» am 26. Februar 1997 vom «jüdischen Bolschewismus» geschrieben hat, in dem die beiden Hauptfeindbilder der Nazis, das jüdische und das bolschewistische, zusammengeflossen seien. Das Resultat dessen, dass diese beiden Feindbilder in eins zusammengefallen sind, zeigt diese Wehrmachtausstellung. Sie bringt deswegen etwas Neues, weil sie bewirkt, dass dieses ungeheuerliche, beschämende Gefühl von Schuld unausweichlich jeden trifft, ob er nun selbst subjektiv schuldig ist oder nicht. Dem muss man sich stellen, und das kann man nicht mit solchen Floskeln tun, wie sie jetzt fortwährend fallen.

Wenn diese Ausstellung schon nicht, wie mein Freund Graf von Einsiedel und ich angeregt haben – es war nicht die PDS –, im Foyer des Deutschen Bundestages gezeigt werden darf, dann sind wir wenigstens dafür, dass die Präsidentin des Deutschen Bundestages diese Ausstellung, wenn sie in Bonn gezeigt werden wird, als Schirmherrin eröffnet. Dann hat der Bundestag dieser Ausstellung wenigstens noch seine Reverenz erwiesen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich werde an dieser Stelle der Debatte drei angemeldete Kurzinterventionen zum Zuge kommen lassen. Danach gehen wir in die zweite Runde. Zu einer Kurzintervention haben sich gemeldet: die Kollegin Nickels, die Kollegin Steinbach und der Kollege Duve. Ich werde die Reihenfolge etwas durchmischen, indem ich zuerst dem Kollegen Duve, dann der Kollegin Steinbach und danach der Kollegin Nickels das Wort gebe.

Herr Kollege Duve, bitte.

Freimut Duve (SPD): Herr Dr. Dregger, ich habe mich während Ihrer Rede gemeldet. Dieser Krieg lässt uns alle nicht los-diejenigen nicht, die ihn als Soldaten oder als Kinder erlebt haben, und diejenigen nicht, die nach seiner Beendigung geboren wurden. Ich habe mich gemeldet, als Sie die Formulierung «die Militärreform, die dann in der Bundesrepublik Deutschland gemacht wurde» gebraucht haben. Dagegen sage ich: Es hat keine Militärreform gegeben. Vielmehr hat es die Neugründung einer demokratisch legitimierten Armee gegeben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der PDS)

Herr Dr. Dregger, hieran kann man doch das dramatische Missverständnis der Kritiker der Ausstellung und auch derjenigen, die diese Ausstellung für ihre Zwecke instrumentalisieren wollen, festmachen. Jeder Soldat der Wehrmacht war auf einen Verbrecher vereidigt. Jeder Soldat musste im Laufe des Krieges merken – das wissen wir aus den Briefen der inhaftierten Leute des 20. Juli –, dass der persönliche Eid ein Eid auf einen Verbrecher war. Das war auch die Tragödie vieler Soldaten. Nach dem Krieg hat es keine Reform gegeben – weder war das Amt Blank eine Reform, noch war es die neue Bundeswehr. Vielmehr gab es zum erstenmal in der Geschichte ein deutsches Militär, das auf eine demokratische Verfassung vereidigt war. Das ist ein wesentlicher, ein qualitativer und grundsätzlicher Unterschied. Deshalb kritisieren wir auch all diejenigen, die Emotionen in der Bundeswehr schüren wollen, indem sie sagen: Ihr müsst euch jetzt beleidigt fühlen. Das zeigt, dass die Zäsur und dieser Bruch von denen, die so etwas sagen und entsprechend handeln – nicht alle –, nicht gesehen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Das, Herr Dr. Dregger, wäre Ihre grosse Aufgabe gewesen als ein Soldat der Hitler-Armee, der Wehrmacht, der hier – manchmal sehr ergreifend – berichtet hat, was er erlebt hat und was er empfinden musste, als er mit den Flüchtlingen zurückgetrieben wurde und versuchte, Flüchtlinge zu schützen. Ich habe sehr wohl im Ohr, was Sie dazu gesagt haben. Aber diesen Unterschied zwischen Soldaten, die auf ein solches System und auf einen solchen Mann vereidigt waren, und einer demokratischen Bundeswehr, der eine Verfassung den Rahmen und das Recht gibt, dürfen wir keine Sekunde vergessen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Lassen Sie mich, Graf Lambsdorff, noch eine zweite Sache ansprechen. Wir haben Kollegen hier im Bundestag – in unserer Fraktion und auch in anderen Fraktionen – gehabt, die als 17jährige, als 18jährige in die Waffen-SS gezogen wurden. Ich spreche von konkreten Kollegen. Sie haben ihr Leben lang darunter gelitten, dass selbst sie, die 1944 dorthin gezogen wurden, immer zu der Gruppe gehörten, von der pauschal alle sagen: Ihr wart ja SS; wir waren ja die Soldaten. Auch aus diesem Grunde ist diese Ausstellung von besonderer Bedeutung. Die Pauschalierung ist weg. Auch diese Ausstellung pauschaliert Schuld nicht, sondern sie weist auf etwas hin.

Eine dritte Bemerkung zu Otto Schily. Ich war letzte Woche in der merkwürdigen Situation, dass ich das Haus in Osijek fand, in dem meine jüdische Grossmutter abgeholt wurde. Nie hätte ich gedacht-diese 60 Jahre, die ich lebe-, dass ich eine Frau sprechen würde, die das gesehen hat. Wir dachten nicht, dass noch irgend jemand lebt. Ich habe mit dieser Frau gesprochen. Sie hat mir genau beschrieben, wie das passiert ist: unter dem Schutz auch deutscher Soldaten. Aber es waren kroatische Ustaschas, die die alte Frau, die beinbehindert war, auf einen Lastwagen geschmissen haben. Wir wissen nicht, ob sie in Auschwitz oder in einem anderen Lager umgekommen ist.

Aber ich habe auch zwei Brüder meiner Mutter, die in der Wehrmacht, die in Russland waren. Beide Soldaten hat dieser Krieg bis zu ihrem Tod nicht verlassen. Ich glaube, Herr Dr. Dregger, Herr Dr. Lambsdorff und viele von uns, uns alle wird dieser Krieg bis zu unserem Tod nicht verlassen. Deshalb sollten wir sehr behutsam und sehr sorgsam mit ihm umgehen – so, wie es der Kollege Schily gemacht hat. Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich unterstelle, dass Gegenrede nicht gewünscht wird. Deshalb jetzt die Kollegin Steinbach, bitte.

Erika Steinbach (CDU/CSU): Herr Kollege Schily, Sie haben sehr eindrucksvoll und eindringlich die Geschehnisse in Ihrer eigenen Familie dargestellt. Wir können

sicherlich gemeinsam feststellen, dass fast jeder in seiner Familie bedrückende Schicksale hat.

Ich möchte nur daran erinnern: Mein eigener Grossvater sass im KZ und ist an den Folgen dieses Aufenthaltes verstorben. Mein Grossonkel ist der Euthanasie zum Opfer gefallen. Vor diesem Hintergrund gibt es sicherlich die grosse gemeinsame Auffassung, dass wir unsere zwölf Jahre bitterer Geschichte sehr sorgfältig zu durchleuchten haben. Das ist in unser aller Interesse, auch im Interesse der Opfer aus unseren Familien und auch im Interesse derer, die sich nicht mehr zur Wehr setzen können.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass die Ausstellung, über die wir heute reden – ob sie hier im Deutschen Bundestag, ob sie, wie ich das bei mir in Frankfurt sehe, in der Frankfurter Paulskirche gezeigt werden soll eine Scheuklappenausstellung ist. Sie ist einseitig; und sie verletzt diejenigen, die sich nicht zur Wehr setzen können. Überlegen Sie: Ein junger Soldat, der 1944 im Alter von 18 Jahren gefallen ist, war zurzeit der Machtergreifung Hitlers sieben Jahre alt. Er hat diesem Regime nicht auf die Beine geholfen. Er war schlicht Opfer dieses Regimes. Überlegen Sie: Ein junger Hauptmann, der 1944 im Alter von 25 Jahren gefallen ist, war 1933 noch nicht einmal wahlberechtigt und hat diesem Regime nicht auf die Beine geholfen. Auch dieser Soldat war zunächst einmal Opfer und kein Täter.

All das wird in dieser Ausstellung nicht behandelt. Diese Ausstellung hat etwas Infames an sich. Sie will diskreditieren; davon bin ich fest überzeugt. Eines möchte ich hinzufügen: Die Töne, die die Redner aus der Sozialdemokratischen Partei angeschlagen haben, waren sehr differenziert und abgewogen, aber zu dem, was aus der Ecke der Grünen kam, kann ich nur eines sagen: Mich ekelt die Überheblichkeit an, mit der Sie über Ihre eigenen Väter und Vorväter sprechen. Das ist unserer Geschichte insgesamt nicht angemessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Kollege Dregger, ich schlage vor, wir hören die Kollegin Nickels an, und dann frage ich generell.

Die Kollegin Nickels, bitte.

Christa Nickels (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Kurzintervention schliesst sich richtig an Ihre Kurzintervention, Frau Kollegin, an. Ich möchte sagen, dass mein Vater nicht jung war, als er in den Krieg ging. Er wurde 1908 geboren und ist 1991 gestorben. Er war nicht Parteimitglied. Er wurde zurückgestellt, weil er Bauer war. Später wurde er einbezogen. Meine Mutter hat mir erzählt, dass mein Vater in den 50er Jahren – er war ein gestandener Mann, der sein ganzes Leben lang schwer gearbeitet hat – keine Nacht bei offenem Fenster geschlafen und jede Nacht im Schlaf furchtbar von Feuer und Kindern geschrien hat. Sie sagte, dass es einfach grauenhaft war.

Ich habe meinen Vater natürlich sehr geliebt. Er hat nie erzählt, wie es war, wenn man zum erstenmal auf einen Menschen schießt. Heute wundert mich das. Allenfalls haben die Männer, wenn sie auf einer Familienfeier betrunken waren, die Geschichte erzählt, dass sie zur damaligen Zeit ins Ausland kamen, aber niemand hat gesagt, wie es war, wenn man zum erstenmal auf jemanden schießen musste. Darüber hat keiner gesprochen. In den letzten Jahren habe ich manchmal Menschen, die mir sehr nahe stehen und das erlebt haben, danach gefragt. Sie können immer noch nicht darüber reden.

Vor einigen Jahren reichten sich unser Bundeskanzler und Präsident Reagan auf einem Friedhof in Bitburg die Hand. Dabei ist mir zum erstenmal aufgefallen, dass mein Vater auf dem einzigen Foto, das es aus dieser Zeit von ihm gibt, eine Uniform trägt, die schwarz ist und auf der Totenköpfe sind. Damals war ich schon für die Grünen im Bundestag und habe es nicht gewagt, meinen Vater zu fragen; denn es fiel mir unendlich schwer. Ich habe es nicht übers Herz gebracht, ich konnte das nicht. 1989 bin ich mit unserer bündnisgrünen Bundestagsfraktion nach Warschau gefahren. 50 Jahre nach dem Überfall auf Polen sind wir in Majdanek gewesen. Ich weiss nur, dass Papa im Krieg in Frankreich, in Russland und in Polen gewesen ist. Ich weiss, dass er in Lemberg in Gefangenschaft geraten ist.

Ich war im KZ in Majdanek und sage Ihnen: Eines Nachts bin ich regelrecht zusammengebrochen, weil ich furchtbar über das erschüttert war, was in Majdanek passiert war, aber genauso über das, was man mit den Männern, zu denen auch mein Vater gehört hat, gemacht hat. Es waren überwiegend Männer, die das Leben und Kinder liebten. Es ist furchtbar, zu was man diese Männer in diesem verbrecherischen Krieg gemacht hat. Die meisten von ihnen hatten nicht die Kraft, sich dem zu entziehen. Sie alle haben unendliche entsetzliche Schuld auf sich geladen. Die Männer, Frauen und Kinder – ich bin die Tochter eines solchen Soldaten – sind bis heute davon geprägt.

Herr Dregger, es stimmt doch nicht, dass man dann, wenn man die Wunden ungeschminkt zeigt und anfängt, darüber zu reden, die Betroffenen mit Schmutz überschüttet oder in eine Ecke stellt. Im Gegenteil, ich glaube, das Beste, das uns passieren könnte, wäre, wenn wir ein Klima in Deutschland bekämen, in dem die Väter und Mütter und ihre Kinder – ich bin ein Nachkriegskind und mittlerweile 45 Jahre alt – endlich einmal in aller Ruhe miteinander darüber reden könnten, was mit ihnen passiert ist und warum das so gekommen ist.

Ich bin Mutter, ich habe Kinder. Ich sage Ihnen eines: Für mich steht ausser Frage, dass ich, wenn ich jemals einem Deserteur helfen kann, weil er sich weigert, einen anderen Menschen zu erschiessen, das tun werde. Ich glaube, wenn es wirklich etwas zu verteidigen gibt, was das eigene Leben wert ist, dass man es freiwillig tut, dann wird das ein Mensch in schwerster Not vielleicht auch tun. Aber man sollte Menschen nicht dazu abkommandieren. Ich glaube nicht, dass

man ein Land lieben kann, wenn man nicht zuallererst gelernt hat, das Leben der anderen Menschen und auch sein eigenes zu lieben. Das ist mir wichtig zu sagen.

Die Debatte beeindruckt mich. Ich habe mir sehr überlegt, ob ich das alles sagen soll, weil vielleicht jemand fragen könnte: Wie kannst du denn so etwas machen? Er ist doch dein Vater gewesen. – Aber ich empfinde das, was ich gesagt habe, nicht als Nestbeschmutzung, weil jeder, der mich kennt, weiss, wie sehr ich meine Eltern – auch meinen Vater – liebe und geliebt habe.

Wenn diese Debatte vielleicht stilbildend war, dann dadurch, dass man ansatzweise die politische Reflexion und die eigene Geschichte ehrlich, ungeschminkt, in einfachen, wenn auch schrecklichen Bildern dargestellt hat. Das würde ich mir wünschen. Ich glaube, dass diese Wehrmachtsausstellung genau das in Gang setzen kann, wenn man nicht anfängt, die Wunden zuzukleistem, billigen Trost zu geben, der im Prinzip nicht Brot, sondern Steine ist, indem man denjenigen, die darin verwoben waren, im nachhinein sagt: Es soll dich nicht mehr schmerzen, weil du gezwungen worden bist. – Das hilft überhaupt nicht weiter. Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der F.D.P. und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Herr Dr. Dregger, bitte.

Dr. Alfred Dregger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen und bekunden, dass die Kritik, die an mir geübt worden ist, von mir geprüft werden wird, dass ich sie nicht schlangweg zurückweisen werde.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich freue mich, dass auf den ersten Teil der Debatte der zweite gefolgt ist. Im ersten Teil musste ich sprechen. Ich spreche nicht gerne laut. Aber ich habe etwas lauter gesprochen, als ich es gerne tue, um überhaupt durchzudringen. Das hat mich etwas verzweifelt gemacht: Ist denn das deutscher Parlamentarismus heute? Ist es denn in diesem Hause nicht möglich, dass jeder seine Meinung sagt und dass er angehört wird, aber nicht so, dass er das Gefühl haben muss, er wird als ein leibhaftiger Teufel betrachtet, gegen den man vorgehen muss?

Ich will hinzufügen, Herr Duve, dass ich Ihnen sehr dankbar dafür bin, dass Sie eine Überleitung vom ersten zum zweiten Teil unserer Debatte gefunden haben und dass Sie sich in einer Weise mit mir auseinandergesetzt haben, die durchaus tiefgehend war, aber auch nicht in einem einzigen Moment beleidigend oder den Kollegen ausschliessend. Ich glaube, das ist ein Beispiel für Parlamentarismus.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Ich will einen weiteren Punkt aufnehmen, den Sie genannt haben und der in der Sache wichtig ist. Mir liegt es fern, zwischen der Bundeswehr und der nationalsozialistischen Wehrmacht, wie Sie sagen, eine ungebremste Verbindung herzu-

stellen. Aber jetzt lassen Sie mich etwas hinzufügen: Ich selbst war Soldat, bin viermal verwundet worden und bin zurückgekommen, weil ich Glück hatte, nicht, weil ich besser wäre als andere. Ich kenne viele Landser, die neben mir gefallen sind. Mich schmerzt es, wenn man alle diese Landser als Vertreter der Nazi-Wehrmacht anklagt. Ich behaupte nicht, dass Sie das tun; aber das geschieht doch. Das dürfen wir nicht tun.

Ich spreche inzwischen von den «grossen Kriegsherren». Der Unterschied war nicht zwischen Generälen und Gefreiten, sondern zwischen den grossen Kriegsherren, die die politische Macht und ausserdem die Befehlsgewalt hatten und die im Grunde alles entschieden haben, und den Soldaten, die nichts entschieden haben; sie hatten nur zu gehorchen. Ich möchte nicht gerne, dass diese Kameraden, die dieses schreckliche Schicksal erlitten hatten und zum Teil noch leben, das Gefühl haben, sie würden von uns allen missachtet, ausgegrenzt und ausgestossen.

Meine Damen und Herren, wir sollten irgendwann einmal – vielleicht könnte Herr Duve die Anregung geben – ein Gespräch führen, mit dem Ziel, Missverständnisse – soweit es Missverständnisse sind – auszuräumen. Ich würde es sehr gut finden, wenn unser Parlamentarismus so liefe, dass wir offen und anständig miteinander reden können, wie es jetzt in diesem Teil der Debatte war. Allen denjenigen, die dazu beigetragen haben, möchte ich herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Das Wort hat jetzt Herr Bundesminister Volker Rühle.
Volker Rühle, Bundesminister der Verteidigung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch 52 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es nicht einfach, über die Rolle der Wehrmacht zu sprechen. Es ist aber, glaube ich, für uns alle sehr bewegend, wie der Deutsche Bundestag darüber spricht.

Name und Handeln der Wehrmacht sind mit einer einzigartigen politischen und moralischen Katastrophe verbunden: mit der Diktatur des Nationalsozialismus, der Ungeheuerlichkeit seiner Verbrechen, mit millionenfachem Leiden und Sterben, mit dem Zusammenbruch Deutschlands und allen seinen Folgen. Aber ebenso ist der Name der Wehrmacht mit dem Widerstand gegen Hitler und mit dem Attentat auf den Tyrannen verbunden, mit dem Einsatz des Lebens für Freiheit, Recht und Würde. – Mich hat sehr bewegt, was Graf Lambsdorff gesagt hat. Denn mir als jungem Mann hat das Studium des Widerstands sehr viel Hoffnung gegeben. Deswegen ist es richtig, was Sie gesagt haben, dass der jungen Generation dieses Stück Hoffnung verweigert wird, indem das nicht angesprochen wird. Insgesamt 18 Millionen Deutsche haben als Soldaten in der Wehrmacht gedient. Viele von ihnen haben Unvorstellbares erleben müssen, Schreckliches erlitten oder sind eines grausamen Todes gestorben. Viele sind in der Gefangenschaft

umgekommen. Die Überlebenden – und das ist das Verdienst von Dr. Dregger und anderen – haben an massgeblicher Stelle geholfen, dieses Land wieder aufzubauen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Die Erfahrungen der Wehrmachtssoldaten sind die Erfahrungen der Generation unserer Väter. – Ich darf sagen: Mich hat auch sehr bewegt, wie die Frau Kollegin Nickels über ihren Vater gesprochen hat. Das erfordert schon viel Kraft und Ehrlichkeit sich selbst gegenüber. – Diese Erfahrungen wirken in vielen Familien bis heute nach. Unsere Verantwortung verlangt, dass wir uns kritisch mit unserer Vergangenheit auseinandersetzen, um die richtigen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Heroisierung und unkritische Rechtfertigung verbieten sich ebenso wie eine pauschale Verurteilung. Das Gebot heisst Aufrichtigkeit, Nachdenklichkeit und Differenzierung. Alles andere ist nicht nur unhistorisch, sondern auch unmenschlich und unredlich.

Wenn es um die Wehrmacht geht, haben wir nur die Möglichkeit, der ganzen Wahrheit ins Auge zu sehen. Der Glaube, die Wehrmacht sei der weitgehend unbefleckte Hort von Anstand und Ehre inmitten der nationalsozialistischen Barbarei gewesen, diese These ist durch die historische Forschung der letzten Jahre widerlegt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

Ich habe auf der Kommandeurstagung der Bundeswehr 1995 in München über das Verhältnis Wehrmacht-Bundeswehr folgendes gesagt-jedes Wort gilt bis heute –: Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.

Ich sagte dann weiter: Nicht die Wehrmacht, aber einzelne Soldaten können traditionsbildend sein, wie die Offiziere des 20. Juli, aber auch wie viele Soldaten im Einsatz an der Front. Wir können diejenigen, die tapfer, aufopferungsvoll und persönlich ehrenhaft gehandelt haben, aus heutiger Sicht nicht pauschal verurteilen. Aber wir dürfen uns nicht auf rein militärische Haltungen und Leistungen beschränken. Entscheidend sind Gesamtpersönlichkeit und Gesamtverhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU, der F.D.P. und der SPD)

Die Wehrmacht war die Armee einer Diktatur. Objektiv war sie das Instrument Hitlers zur Führung eines verbrecherischen Angriffskrieges. Ihre militärischen Erfolge waren – vor allem im Osten – die Voraussetzung für Unrecht und Vernichtung. Die Wehrmacht hat grosses Leid gebracht; ihre Soldaten selbst haben grosses Leid erlitten. Es greift aber zu kurz, nur von «der» Wehrmacht zu sprechen – auch Graf Lamsdorff hat das angesprochen –, so als ob sie ein verantwortlicher Akteur gewesen sei. Diese Redeweise führt zu falschen Schuldzu-

weisungen. Schuld ist aber immer persönlich. Kollektivurteile über das Handeln der Wehrmacht sind genauso haltlos wie die Rede von der Kollektivschuld der Deutschen. Historische und moralische Wahrhaftigkeit fängt mit einer genauen Betrachtung und präziser Sprache an. Die Wehrmacht bestand im Laufe der Jahre aus Millionen von einzelnen Deutschen – jeder mit eigenen, unverwechselbaren Erfahrungen, eigenen Hoffnungen und Idealen, eigenen Wünschen und Ängsten, jeder mit eigener Würde.

Wahr ist auch, was der Widerstandskämpfer Axel von dem Bussche gesagt hat: «Ein Grossteil der Treue gegenüber dem obersten Kriegsherrn ist bona fide geleistet worden» – in gutem Glauben, nach bestem Wissen und Gewissen. Dass der subjektiv ehrenhafte und tapfere Dienst objektiv mit dem Einsatz für ein verbrecherisches System einherging, das macht die Tragik soldatischen Pflichtbewusstseins im Zweiten Weltkrieg aus.

Zur Wahrheit über die Wehrmacht gehört aber auch der militärische Widerstand gegen Hitler. Die Frauen und Männer und die handelnden Offiziere im Widerstand folgten ihrem Gewissen. Sie stellten die Würde des Menschen über den bedingungslosen Gehorsam, die Treue zu ihrem Land über die Gefolgschaft zu einem Diktator; sie traten dafür mit ihrem Leben ein. Mancher fand erst spät zum Widerstand. Aber wer von uns hätte heute das Recht, darüber zu richten?

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie des Abg. Peter Zumkley [SPD])

Der Versuch, die Nazidiktatur zu beseitigen, scheiterte tragisch. Aber das Opfer war nicht umsonst. Es hat Deutschland die Ehre und Würde wiedergegeben, die die Naziverbrecher unserem Land geraubt hatten. Alle aus meiner Generation, die die Chance hatten, in dieser Demokratie gross zu werden, schulden diesen Männern unendlich viel. Wir hätten es viel schwerer gehabt, wieder in die Gemeinschaft der gesitteten Nationen aufgenommen zu werden, wenn es nicht diesen Versuch gegeben hätte, die Ehre Deutschlands wiederherzustellen. Unendlich viel verdanken wir ihnen!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Werte, für die die Frauen und Männer des Widerstands litten und starben, gehören heute zu den ideellen Grundlagen unserer Nation und zum moralischen Fundament der Bundeswehr. Es ist kein Zufall, dass der Bundesverteidigungsminister seinen Dienstsitz im Bendlerblock in Berlin genommen hat.

Viele ehemalige Wehrmachtssoldaten haben die Bundeswehr mit aufgebaut. General de Maizire, der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, hat sehr eindrucksvoll berichtet, welch lange innere Prüfung seiner Entscheidung vorausging, 1955 wieder Soldat zu werden. Besonders kostbar sind ihm – das darf ich, auch nach dem, was Freimut Duve gesagt hat, noch einmal sagen – die zentralen Elemente unserer Wehrverfassung: der Primat der Politik, die parlamentarische Kontrolle, die institutionelle, rechtliche, geistige und soziale Ver-

ankerung der Streitkräfte in Staat und Gesellschaft und die Bindung von Befehl und Gehorsam an Recht und Gesetz. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur, mit dem Zweiten Weltkrieg und mit der Wehrmacht ist ein unerlässlicher Bestandteil staatsbürgerlicher Bildung. Die gegenwärtige Diskussion zeigt, dass noch viel sachliche und differenzierte Aufklärung not tut. Zahlreiche ausgewiesene Fachhistoriker haben teilweise erhebliche Kritik an der Zielsetzung, an der inhaltlichen Ausgestaltung und am wissenschafts-methodischen Ansatz der Ausstellung, über die wir reden, geübt.

Die Behauptung, dass erst mit der Ausstellung die Diskussion über die Rolle der Wehrmacht begonnen habe, ist schlicht falsch. Die historische Wissenschaft ist längst viel weiter. Besonders das Militärgeschichtliche Forschungsamt der Bundeswehr hat sich bei der Aufarbeitung der Geschichte des Deutschen Reiches verdient gemacht und in der internationalen Wissenschaft grosse Anerkennung erworben. Die Bundeswehr hat sich von Anfang an der ganzen deutschen Geschichte gestellt, mit ihren Höhen und Tiefen. Tradition – das muss auch noch einmal festgehalten werden – ist aber nicht gleich Geschichte. Tradition ist die bewusste Auswahl von Ereignissen und Menschen, von Haltungen und Taten, die beispielgebend sind. Die Werteordnung des Grundgesetzes ist dafür Orientierungsrahmen. Ein solches Verständnis lässt Raum, vorbildliche soldatische Haltung und hervorragende militärische Leistungen aus allen Epochen der deutschen Militärgeschichte in die Tradition der Bundeswehr zu übernehmen. Die Bundeswehr stützt sich auf die freiheitlichen Werte der deutschen Militärgeschichte. Im Übrigen hat sie inzwischen auch eine eigene, wie ich finde, sehr eindrucksvolle Tradition entwickelt:

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)
als erste Wehrpflichtarmee in der Demokratie, geprägt vom Leitbild des Staatsbürgers in Uniform, integriert und geachtet in der Nordatlantischen Allianz, als Vorreiter der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn im Osten, bewährt beim Aufbau der Armee der Einheit und vor allem im internationalen Einsatz für den Frieden und für Menschen in Not. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ehe ich dem nächsten Redner das Wort gebe, begrüße ich auf der Besuchertribüne den Präsidenten der Nationalversammlung der Islamischen Republik Mauretanien mit einer grösseren Delegation.

(Beifall)

Wir freuen uns, Herr Präsident, über Ihren Besuch auch hier im Plenum und hoffen, dass er dazu beiträgt, die traditionell guten Beziehungen zwischen unseren Ländern weiter zu vertiefen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Kollege Walter Kolbow, SPD.

Walter Kolbow (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Unser früherer Kollege und Oberbürgermeister von München, Hans-Jochen Vogel, hat recht: Der Streit über die sogenannte Wehrmachtsausstellung hat Formen angenommen, die den demokratischen Grundkonsens in München – und nicht nur dort – in Frage gestellt haben. Ich hatte gehofft – sicherlich mit vielen hier im Saale –, dass die heutige Debatte dazu beiträgt, den Grundkonsens in der Bewältigung des nationalsozialistischen Verbrechensregimes zu bewahren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion war in der Vorbereitung auf diese Debatte – bei Zustimmung zum Antrag der Grünen-Fraktion – der Meinung, sich beim Antrag der Regierungskoalition wegen der letzten Passage enthalten zu sollen. Die Rede des Herrn Kollegen Dregger allerdings – ich muss das objektiv hier vortragen – hat viele Kolleginnen und Kollegen in meiner Fraktion in dieser Haltung wanken lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie werden sicherlich ihren Schluss auch aus dem Fortlauf der Debatte ziehen. Im Übrigen ist durch den zweiten Beitrag von Ihnen, Herr Kollege Dregger, Ihre erste Einlassung relativiert worden; ich will das konstatieren. Ich bin aber beklommen – ich sage dies auch sehr persönlich –, mich hier gar zum Zensor oder zum Beurteilenden des Kollegen Dregger oder anderer aufschwingen zu wollen, weil die Abarbeitung unserer Vergangenheit nach der Weise «Ignorieren oder Aufarbeiten» immer wieder von uns allen mit all den Unzulänglichkeiten versucht wird, die in uns selbst stecken.

Wenn erst jetzt über den Heydrich-Stellvertreter Werner Best eine vorzügliche Biographie erschienen ist, die aufarbeitet, welche Verbrechen die Angehörigen des Reichssicherheitshauptamtes begangen haben, dann weist das darauf hin, auf welchem Weg wir uns noch immer befinden. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Wehrmacht.

(Beifall bei der SPD)

Im Resümee dessen, was viele meiner Vorrednerinnen und Vorredner gerade aus meiner Fraktion – Kollege Schily und Kollege Duve, aber auch andere – beeindruckend geschildert haben, müssen wir sagen, dass Joachim Fest recht hat, wenn er in seinem Buch «Staatsstreich» über das Verhalten der Wehrmachtsführung im Russlandfeldzug feststellt: «Jetzt war es Hitler im ersten Anlauf gelungen, die selbst in Polen noch gewährte Trennung zwischen der herkömmlichen Kriegsführung und dem Mordgeschäft der Einsatzgruppen aufzugeben und das eine mit dem anderen zum Gesamtbild eines einzigen, alle Waffenträger kriminalisierenden Vernichtungskrieges zu verklammern. Von jener ‚Verstrickung‘ wider Willen und Wissen», – so schreibt er – «die in den Apologien der Beteiligten so oft beschworen worden ist, konnte seither keine Rede mehr sein.»

Dies stellt unter Einräumung von Unzulänglichkeiten, die das Ergebnis nicht in Frage stellen, auch diese in Rede stehende sogenannte Wehrmachtsausstellung fest, zwar selektiv, aber objektiv an drei Beispielen aus dem Zweiten Weltkrieg: am Partisanenkrieg, den Geschehnissen in Serbien und am Vorgehen der 6. Armee in Weissrussland.

(Unruhe)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Entschuldigung, Herr Kollege Kolbow. Ich muss Sie einen Augenblick unterbrechen.

Wir haben bisher eine sehr gute und sehr ruhige Debatte geführt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich finde es angemessen, dass wir den Rednern, die jetzt noch zu sprechen haben, die gleiche Aufmerksamkeit schenken wie bisher. Ich möchte ganz generell sagen: Ich mag es nicht, wenn in den ersten Reihen den Rednern der Rücken zugewendet wird. Ich finde das nicht in Ordnung.

Walter Kolbow (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident.

Diese Ausstellung bietet uns, die wir – ich bin 1944 geboren – im Krieg oder später geboren wurden, keinen Anlass zu moralischer Überheblichkeit. Ich wünsche mir, dass ich zu den Mutigen – auch Sie, Herr Kollege Lambsdorff, haben davon gesprochen; Sie sind auf Grund Ihres Lebensalters und Ihres Lebensschicksals viel betroffener, als ich es sein kann-gehört hätte. Ich sage aber ganz offen: Ich bin mir nicht sicher, ob ich den Mut zum Beispiel der Geschwister Scholl oder den eines Soldaten gehabt hätte, der sich schützend vor Juden gestellt hat. Diese Ausstellung ist also nicht das, wozu sie ihre Gegner machen wollen. Sie ist eben keine Verurteilung, sondern Anlass, sich an erster Stelle mit sich selber und unserer Geschichte auseinanderzusetzen.

(Beifall bei der SPD und der PDS)

Diese Ausstellung zeigt nicht den Widerstand, den es auch gab. Sie zeigt lediglich in einem Fall die menschliche Grösse eines deutschen Offiziers, wie er versuchte, jüdische Kinder vor ihrem Schicksal zu bewahren. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes hat in diesem Zusammenhang den interessanten Vorschlag gemacht, die in Rede stehende Wehrmachtsausstellung mit der Ausstellung «Hitler und der Widerstand: Aufstand des Gewissens» zu kombinieren. Unabhängig davon muss es möglich sein – Kollege Hirsch hat mit dieser Initiative recht; viele werden sich anschliessen können –, diese Ausstellung auch in Bonn zu zeigen, und zwar im Haus der Geschichte.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

In der sehr öffentlich geführten Diskussion fragen sich und uns hier im Parlament und in den Wahlkreisen-in Leserbriefen, in Anrufen und auch in Rededuellen mit uns – nicht wenige: Muss diese Ausstellung überhaupt sein: Bilder des

Grauens, die Alpträume oder Schuldgefühle wachrütteln, über ein halbes Jahrhundert danach? Fragen und Einsichten, die quälend sind und überdies die Erinnerungen überschatten können, auch an Tote und Menschen, die wir gekannt, gemocht, geliebt haben, die lediglich ihrer Wehrpflicht gefolgt sind. Ich sage den Menschen, wenn sie mich fragen: Ja, diese Ausstellung muss sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

Deshalb hat auch der zivilcouragierte Oberbürgermeister von München recht, wenn er die Frage, ob die Ausstellung auch in München zu sehen sein soll, folgendermassen beantwortet: Sie soll sein. Er hat auch gesagt – auch das bitte ich einzubeziehen –: Eine Zensur findet nicht statt, und hier schon gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

Dadurch sind vor Ort und auch in anderen Teilen unseres Landes Sturm und Böen entstanden. Dabei denken wir nicht so sehr an die Böen rechtsextremistischer Splitterparteien und unverbesserlicher Neonazis. Sie sind ärgerlich genug. Sie werden am besten mit der richtigen Mischung behandelt – wie Hans-Jochen Vogel es formuliert hat – aus still schweigender Verachtung, deutlichem Widerspruch und klugem Einsatz rechtsstaatlicher Mittel.

(Beifall bei der SPD)

Aber in München drohte eine Gefahr für den Grundkonsens. Auch das kann man nicht ersparen: Herr Gauweiler, der «Bayemkurier» und die NPD säten Sturm. Es ging nicht mehr um die Wehrmachtsausstellung, sondern darum, den politischen Gegner zu verteufeln und auf Grund von Missbrauch nationaler Empfindungen zumindest Unfrieden gegen diejenigen zu säen, die auch dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte nicht ausweichen, sondern den Verbrechen während der NS-Gewaltherrschaft und den Ursachen, die zur Katastrophe geführt haben, auf den Grund gehen wollen. Es ging ab sofort um den Missbrauch der Wehrmachtsausstellung zu parteipolitischen Zwecken, um sich im rechtsten Lager besser zu positionieren. In diesem Zusammenhang ist das bei der Aufarbeitung unserer Geschichte nicht nur unredlich, sondern undemokratisch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

Ja, wir wollen differenzieren – das sage ich dem Kollegen Lambsdorff und anderen, die dies einfordern –, weil es für den Erhalt des Grundkonsenses wichtig ist. Ich hoffe, dabei auch einen persönlichen Beitrag zu leisten. Aber diese Einsicht herrscht nicht überall vor. Wenn ich einen Leserbrief aus dem «General-Anzeiger», der am 11. März 1997 erschienen ist, zitieren darf, dann wegen der Bedeutung des Amtes, das der Verfasser ausgeübt hat. Ein gewisser Heinz Trettner schrieb:

«Es dürfte heute erwiesen sein, dass der Krieg gegen die Sowjetunion – anders als die Umerziehungspropaganda behauptet – in erster Linie ein nur schweren Herzens begonnener, aufgezwungener Präventivkrieg war.» Dieser Herr Trettner ist nicht irgendjemand, sondern ein Vier-Steme-General der Bundeswehr ausser Dienst, der von 1964 bis 1966 Generalinspekteur der Bundeswehr war.

Ein völlig anderes Beispiel für die Aufarbeitung von Geschichte bietet dagegen der erst vor kurzem 85 Jahre alt gewordene ehemalige Generalinspekteur, General de Maizière, dessen Erkenntnis «Auch Unterlassen kann schuldig machen» eine tiefe Wahrheit in griffige Worte fasst. Wahr ist aber auch, dass beide Offiziere der Bundeswehr gedient und diese mit aufgebaut haben, wie im Übrigen auch viele Offiziere aus der Wehrmacht, ohne deren Bereitschaft, wieder als Soldat zur Verfügung zu stehen, die Aufstellung der Bundeswehr gar nicht möglich gewesen wäre.

Das moralische Dilemma wird deutlich in den persönlichen Schicksalen. Es wird auch deutlich in dem, was Kollege Dregger hier zuerst gesagt hat. Ich will abschliessend feststellen, dass es den Ausstellungsgegner nicht gelingen kann, Angehörigen der Bundeswehr das Gefühl zu geben, diese Ausstellung kränke auch sie. Zum einen ist die Bundeswehr selbstbewusst genug, diese Ausstellung zu besuchen. Hohe Offiziere mit Soldaten aller Dienstgradgruppen haben dies getan. Dies verdient Anerkennung, obwohl es normal sein muss.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Zum anderen besteht der schwerwiegende Unterschied zum Dritten Reich aus den gezogenen Konsequenzen für Eid bzw. feierliches Gelöbnis. Ich darf unterstreichen, was der Kollege Duve hierzu gesagt hat. Aber auch hier, Kolleginnen und Kollegen, ist die Schlussfolgerung im Soldatengesetz für die Bundeswehr gezogen worden; denn die Bundeswehr jedenfalls schränkt Befehl und Gehorsam auf gesetzlicher Grundlage ein und misst den Befehl an Recht und Gewissen. Wenn dies im Dritten Reich möglich gewesen wäre – da stimme ich dem Kollegen Zwerenz zu –, dann hätten wir vieles vermeiden können.

Weder der bayrische Ministerpräsident noch der CSU-Vorsitzende haben sich von den Äusserungen von Herrn Gauweiler distanziert. Der Reporter der «Süddeutschen Zeitung», Herr Stiller, hat in dieser Woche bedauert, dass Sie mit der CSU-Landesvorstandssitzung, Herr Kollege Waigel, die letzte Gelegenheit versäumt hätten, die Sache Gauweiler und den «Bayemkurier» in Ordnung zu bringen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS)

Ich bitte Sie, ja ich fordere Sie auf: Tun Sie dies heute im Interesse des Freistaates Bayern, im Interesse auch unseres Landes, aber auch der politischen Kultur in unserem Lande! Heute besteht diese Gelegenheit.

Mir geht bei den hasserfüllten Tiraden in München der Satz von Adorno durch den Kopf, dass das Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie po-

tentiell bedrohlicher ist als das Nachleben faschistischer Tendenzen gegen die Demokratie. Herr Waigel, tun Sie als Demokrat Ihre Pflicht!

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Auf der Tribüne hat ebenfalls der Präsident der Abgeordnetenversammlung des Grossherzogtums Luxemburg mit einer Delegation Platz genommen.

(Beifall)

Herr Präsident, es ist, vermute ich, eher ein Zufall, dass Sie dem Plenum des Deutschen Bundestages während dieser Debatte einen Besuch abstatten. Aber vielleicht trägt dieser Zufall dazu bei, dass Sie die demokratischen Abgeordneten des demokratischen Parlaments der Bundesrepublik Deutschland ein bisschen besser verstehen als vorher. Das würde zur Vertiefung unserer Beziehungen wesentlich beitragen. Ich freue mich sehr, dass Sie da sind.

(Beifall)

Das Wort hat jetzt der Kollege Heiner Geissler, CDU/CSU.

Dr. Heiner Geissler (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der überwiegende Teil der Diskussion heute Nachmittag hat gezeigt, dass wir uns mit Grund und mit Ernsthaftigkeit in diesem Parlament nicht über eine Äusserung, die jemand getan hat, oder über die Ausstellung und ihre Mängel oder auch Vorzüge auseinandersetzen. Das ist nicht der eigentliche Grund. Vielmehr habe ich aus einigen Reden die drängende Frage herausgespielt, die auch Frau Nickels aufgeworfen hat: Warum konnte das eigentlich geschehen? Ich finde, diese Frage ist deswegen von so grosser Bedeutung, weil unsere Väter und Grossväter das miterlebt haben. Mein Vater war noch Leutnant im Ersten Weltkrieg. Auf dieser «voie sacrée» von Bar le Duc nach Verdun – Bar le Duc war der letzte Bahnhof, auf dem die französischen Soldaten ausgeladen worden waren – fuhr man 40 Kilometer. Bei jedem Kilometer wurde der Lärm der Kanonen stärker und stärker, und die Soldaten wussten, dass sie alle in ein unglaubliches Verhängnis hineingingen. Das Ergebnis waren 600.000 tote junge Franzosen und Deutsche – vergast, erstickt, erstochen, verbrannt, erschossen. Heute stellt sich jedermann die Frage: Warum konnte so etwas passieren? Wir verstehen das gar nicht mehr. Dann waren die Menschen mehr oder weniger froh, als dieser Erste Weltkrieg vorbei war, und hatten gedacht, so etwas passiert nie mehr wieder. Und dann wurde all dieses Entsetzliche noch einmal hundertfach und tausendfach übertroffen durch eine tödliche Kriegsmaschinerie, geleitet von einer verbrecherischen Staatsführung. Dann dachten wir doch: Jetzt hat die Menschheit wirklich erkannt, dass so etwas nicht mehr stattfinden kann. Und jetzt sehen wir: Es geht weiter, während wir hier sind. In den letzten Jahren geschahen wieder Kriegsverbrechen wie Mord und Totschlag und Vergewaltigung und Abschlachten.

Jetzt muss man sich doch einmal die Frage stellen: Wo liegen denn die Gründe dafür? Das scheint mir schon sehr wichtig zu sein. Ich habe es auf einem Parteitag meiner Partei schon einmal gesagt; bitte nehmen Sie mir das Zitat nicht übel. Karl Marx hat in einer seiner frühen Schriften sinnngemäss gesagt: Der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch, sondern er muss das richtige gesellschaftliche Bewusstsein haben und der richtigen Klasse angehören. Die Nazis haben gesagt: Er muss der richtigen Rasse angehören. Die Nationalisten sagen: Er muss dem richtigen Volk angehören. Heute sagen die Fundamentalisten: Er muss der richtigen Religion angehören.

Überlegen Sie einmal, was da eigentlich los war: Die falschen Menschenbilder waren die Ursache für die schlimmsten Verbrechen in diesem Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zuruf von der SPD: Jetzt geht das schon wieder los!)

– Ich darf meine Meinung sagen. – Je nachdem, ob die Menschen der falschen Klasse oder der falschen Rasse oder dem falschen Volk oder der falschen Religion angehörten, wurden sie deportiert, vergast, in die Luft gesprengt, aufgehängt und erschossen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Die Kriegsverbrechen der Wehrmacht, die Herr Schily und viele andere geschildert haben, haben sich vor allem konzentriert auf Russland, auf Osteuropa und waren im Grunde genommen Bestandteile auch der Vernichtung des jüdischen Volkes. Daran haben sich Teile der Wehrmacht beteiligt. Die Deutschen waren aber keine Rassisten, die deutschen Soldaten auch nicht. Aber sie waren Nationalisten als Folge des Versailler Vertrages und von vielem, was in der Weimarer Republik auf die Menschen hereingebrochen war. Sie waren nicht die einzigen Nationalisten, aber Hitler hat die Deutschen mit dem Nationalismus verführt, insbesondere auch die Führung der deutschen Wehrmacht. Da kam plötzlich eine Teilidentität zusammen. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns über diese Ursachen, nämlich die falschen Menschenbilder, unterhalten. Dazu gehört eigentlich, dass wir uns alle miteinander – das sage ich jedem, der diese Ausstellung kritisiert, und jedem, der sie für richtig hält – auf das richtige Menschenbild besinnen, *(Zuruf von der SPD: Und das wäre?)*

dass nämlich der Mensch so, wie er ist, der eigentliche Mensch ist, in seiner Würde unteilbar. Das gilt für heute, und das gilt für morgen, unabhängig davon, ob er jung oder alt, Mann oder Frau ist, aber eben auch – das sage ich überall, das sage ich zu meiner Partei, und das sage ich zu jedermann – unabhängig davon, ob jemand Deutscher oder Ausländer, Schwarzer oder Weisser, Christ, Jude oder Muslim ist.

Das Erinnern an die Verbrechen, an die Kriegsverbrechen auch in unserem eigenen Land, an die Kriegsverbrechen, an denen Teile der Wehrmacht beteiligt

waren – so steht es in unserem Antragat doch den Sinn, dass wir die Zukunft richtig gestalten. Deswegen ist diese Auseinandersetzung wichtig.

Kriegsverbrechen sind Kriegsverbrechen, egal von wem sie begangen werden, ob von deutschen Soldaten, von der SS oder von anderen. Das ist im Moment unser Thema. Nur, das eine muss man auch sagen: Der Vorwurf der persönlichen Beteiligung und der Verstrickung gilt sicher für weite Teile der Generalität, gilt aber nicht für die überwiegende Mehrheit der deutschen Soldaten. Das haben wir auch übereinstimmend festgestellt, und das scheint mir wichtig zu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Viele, längst nicht die meisten, sind dieser Verführung zum Opfer gefallen, von der ich gerade geredet habe. Wie sollten sie es angesichts der Erziehung, die sie gehabt haben, und angesichts der Bildungseinrichtungen und der Universitäten auch anders wissen? Man denke an das, was deutsche Professoren zum Thema Nationalismus über lange Jahre gesagt haben. Diese Menschen fielen auch der Repression des Machtapparates zum Opfer und wurden so selber Täter. Aber die überwiegende Anzahl waren eben nicht Verbrecher, auch mein Bruder nicht, der im November 1944 gefallen ist, und ebenso mein Vater nicht. Die Trauer um diese beiden und viele andere Soldaten galt keinen Verbrechern, sondern den Opfern einer von Politgangstem angezettelten Weltkriegsorgie, die – das muss man jetzt wieder hinzufügen – auch mittels der Wehrmacht ein apokalyptisches Ende nahm: 55 Millionen Tote, darunter auch 4 Millionen deutsche Soldaten, aber 20 Millionen sowjetische Bürgerinnen und Bürger, 5 Millionen in den Arbeitslagern verhungerte und totgeschlagene Polen sowie 6 Millionen vergaste Juden – das war das Ergebnis dieser verbrecherischen Kriegsführung. Angesichts dieser Tatsachen verbietet sich jede Mystifikation eines angeblich sauberen Krieges.

(Beifall im ganzen Hause)

Es gibt aber auch kein jüngstes Gericht für Kollektive – das auch nicht!

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

sondern es gibt wie überall die persönliche Verantwortung. Bewältigen können wir die Vergangenheit ohnehin nicht. Dazu hat Richard von Weizsäcker in seiner grossen Rede am 8. Mai 1985 gesagt: Wir können sie nicht ungeschehen machen, aber wer vor der Vergangenheit die Augen verschliesst und sich an die Unmenschlichkeit nicht mehr erinnern will, der – so sagte er sinngemäss – wird blind für die Gegenwart und auch für die Zukunft.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Zukunft und Gegenwart sind beklemmend genug; ich habe es gerade geschildert. Jeder hat da seine eigene Meinung. Ich stimme nach dem, was ich gehört und in Bildern gesehen habe, weitgehend dem zu, was Graf Lambsdorff gesagt

hat. Man kann die Frage stellen, ob es richtig ist, die Kritik an dieser Ausstellung mit Demonstrationen, hin und her, zu begleiten, mit der ungewollten Folge – es ist ja wahr; das muss man auch einmal sagen –, dass sich auch Links- und Rechtsradikale beteiligen.

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Linksradikale? – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der PDS)

— Ich sage meine Meinung. Ich finde, wir haben in den Phasen der Debatte gut diskutiert, wo wir die parteipolitische Polemik herausgelassen haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P. – Zurufe von der SPD)

Lassen Sie doch mich diesen Gedanken in aller Ruhe ausführen. Warum bin ich dieser Meinung? Weil diese Leute durch das Aufputzen von Emotionen

(Zuruf von der PDS: Gauweiler!)

die mehr oder weniger berechtigte Kritik missbrauchen. Daran beteilige ich mich in diesem Parlament eben nicht, weil wir über etwas anderes reden. Wir sprechen über die Gegenwart und die Zukunft im Erinnern an die Vergangenheit. Deswegen plädiere ich dafür, eine solche Ausstellung, Bücher über die Vergangenheit, über die Verbrechen, die auch die Wehrmacht begangen hat, einfach hinzunehmen, ich würde sagen: demütig hinzunehmen,

(Angelika Beer [BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN]: Was haben Sie für ein Verständnis von Vergangenheitsbewältigung?)

im Sinne des Wortes von Ignatius, der gesagt hat: Wahrhaftigkeit gegen uns selber, das ist Demut.

(Beifall des Abg. Otto Schily [SPD])

Wir sollten das wahrhaftig gegen uns selber hinnehmen, in Erinnerung an diese 55 Millionen Toten, an die Frauen, an die Mütter, an die Soldaten, die Zivilisten vor allem, alle diejenigen, die ich aufgezählt habe, die Opfer dieser nationalsozialistischen Aggression. Wir sollten daran erinnern, damit unsere jungen Leute sehen können, wozu der Mensch fähig ist, wozu falsche Menschenbilder die Menschen verführen können, damit unsere Kinder fähig werden und bereit sind, in der Zukunft Vorurteile, Feindschaften und Hass zwischen den Völkern zu überwinden.

(Abg. Angelika Beer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Wir müssen uns versöhnen, auch mit unserer eigenen Vergangenheit. Wir müssen unser Volk versöhnen. Wir müssen unsere Nachbarn mit uns versöhnen. Dies erreicht man nicht durch Vergessen und durch Verdrängen. Vielmehr gilt das grosse jüdische Sprichwort: Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heisst Erinnerung. Daran sollten wir uns alle halten und dies als eine gemeinsame Basis für die Diskussion unserer Vergangenheit nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der SPD)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Es tut mir leid, Frau Kollegin Beer. Es ist manchmal schwierig, in einer solchen Debatte den Redner zu unterbrechen, wenn er gerade dabei ist, einen ganzen Gedanken vorzutragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie hatten nach der Geschäftsordnung das Recht, dass ich dazwischengehe; aber es ist mir einfach schwergefallen. Ich bitte um Nachsicht dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P.)

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Waigel, CDU/CSU.

Dr. Theodor Waigel (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich bei der Debatte nur zuhören. Doch diese Debatte und die Wortmeldungen auf beiden Seiten haben mich tief berührt und natürlich auch aufgewühlt.

Es ist die Freiheit, die diesem Staat, dieser Demokratie zu eigen ist, eine solche Ausstellung durchzuführen. Das ist völlig unbestritten. Es gibt auch die Freiheit, diese Ausstellung zu kritisieren. Ich bin kein Zensor dieser Kritik. Ich vertrete hier meine Auffassung und bin zutiefst überzeugt, dass es auch die Auffassung meiner Partei ist, obwohl ich diese Rede nicht konzipiert und vorbereitet habe, sondern nur aus ein paar Stichworten heraus gestalten will.

Ich stamme aus Ursberg. Die, die es kennen, wissen, dass es dort eines der grössten Behindertenzentren in Deutschland gibt. Dort wurden mehrere hundert Behinderte umgebracht. Darüber hat man uns nach dem Krieg nichts oder fast nichts gesagt. Ich habe das als schlimm empfunden und immer wieder danach gefragt. Es gab nur wenige, die auch damals den Mut hatten – mutige Klosterfrauen, mutige Priester –, dagegen zu protestieren. Der Superior Huber war einer von denen, die immer wieder gefordert haben, dagegen müsse öffentlich etwas getan werden. Die damaligen Proteste von Kardinal Galen haben zu einem Stillstand geführt, aber nicht verhindern können, was zuvor passiert war. 1944 war in diesem Ursberg, wo noch viele Hunderte Behinderte lebten, zufällig der General der Wehrmacht Oskar Blümm. Seine Frau war ausgebombt und dorthin verschlagen worden. Dann kam die Nachricht, die SS wolle Ursberg besetzen. Was das für Ursberg und für seine Behinderten bedeutet hätte, kann sich jeder ausmalen. Dieser General der Reichswehr hatte den Mut, Ursberg für die Wehrmacht zu beschlagnahmen und die SS hinauszuerwerfen. Ich kenne das vorherige Leben des Mannes nicht. Für mich ist er aber ein Held, weil er in dieser Sekunde als Vertreter der Wehrmacht mutig, ungeschützt, unter Gefahr für sein Leben Hunderte von Menschen, vor allen Dingen Behinderte, gerettet hat.

Mein Vater, 1895 geboren, hat den ganzen Ersten Weltkrieg mitgemacht. Im Zweiten Weltkrieg wurde er wieder eingezogen. Als er 1939 von meinem damals 13jährigen Bruder zum Bahnhof gebracht wurde – mein Vater hat mir das später oft erzählt –, hoffte er, dass dieser Bub nicht auch noch eingezogen würde.

Mit 17 Jahren wurde er eingezogen, mit 18 Jahren fiel er in Lothringen. Vor drei Jahren fand ich – es war verwechselt worden – sein Grab in Niederbronn im Elsass – er war in Lothringen gefallen-auf einem Friedhof mit 35.000 anderen deutschen Soldaten. Als ich dort das erste Mal war, wollte es der Zufall oder das Schicksal, dass der Minister für Veteranenangelegenheiten der Französischen Republik, Mestre, dort war und die Einweihung einer deutsch-französischen Jugendbegegnungsstätte vornahm. Er lud mich ein, an dieser Zeremonie teilzunehmen. Dann sagte dort der Mann, der natürlich auch gegen Deutschland gekämpft hatte, in seiner Rede: Ich verneige mich vor den deutschen Soldaten, die ihr Vaterland verteidigen mussten. – Auch das gehört zur Geschichte. Ein Franzose kann ein solches Wort vielleicht leichter aussprechen als wir.

Es gehört zu den grossen kulturellen Leistungen der Zivilisation, dass ein Volk mit seinen Toten versöhnt ist. Zu diesen Toten gehören auch die deutschen Soldaten. Mir fehlt da die Differenzierung; mir fehlt das geschichtliche Gesamtbild – Graf Lambsdorff, Sie haben das auch erwähnt –; mir fehlt die Gerechtigkeit und die Barmherzigkeit gegenüber Millionen, gegenüber den Opfern, aber auch gegenüber den Millionen von Soldaten. Viele konnten nur in der Wehrmacht überleben. Aus dem kleinen Dorf, aus dem ich stamme, stammte der Reichstagsabgeordnete Fridolin Rothermel, der an der letzten freien Sitzung des Reichstages teilnahm. Wäre er im Juli 1944 nicht bei der Wehrmacht gewesen – ich weiss das noch von seiner Tochter-, dann wäre er wahrscheinlich abgeholt und umgebracht worden.

Die Partei, deren Vorsitzender ich bin, wurde 1945/46 von Widerstandskämpfern gebildet und konstituiert, von Josef Müller, Alois Hundhammer und vielen anderen, aber auch von den heimgekehrten Soldaten und Offizieren, von untadeligen Männern und natürlich auch von Frauen. Ich denke an heimgekehrte Soldaten und Offiziere und nenne nur Franz Josef Strauss, Franz Heubl, Fritz Zimmermann, Richard Jaeger, Männer, die gerade auch beim Aufbau der Bundeswehr nach dem Krieg eine wichtige Rolle spielten.

Der künftige Sitz des Bundesfinanzministeriums in Berlin wird das Gebäude sein, das früher das Reichsluftfahrtministerium beherbergte. Als ich dieses Gebäude einmal besuchte, fand ich in einer Ecke eine Ausstellung über einen Mann, den ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht kannte, Harro Schulze-Boysen. Er wurde hingerichtet. In den Mauern des Kerkers hat er ein Gedicht versteckt, das erst nach seinem Tode gefunden wurde. Es lautet:

«Die letzten Erdendinge
sind Strang und Fallbeil nicht,
und unsre heutgen Richter
noch nicht das Weltgericht.»

Er war Offizier, er war Widerstandskämpfer, mit der Roten Kapelle in Zusammenarbeit, und er war Christ. Sonst hätte er diese Sätze wohl so nicht formulieren können.

Oberst Stauffenbergs letzte Sätze waren:

«Wir haben uns vor Gott und dem Gewissen geprüft. Es muss sein.»

Das, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ist die deutsche Geschichte in ihrer Gesamtheit, auf die wir auch stolz sein können. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der F.D.P. – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Und Gauweiler?)

Vizepräsident Hans-Ulrich Klose: Ich schliesse die Aussprache.

Interfraktionell ist inzwischen vereinbart worden, über die Anträge der Fraktionen der CDU/CSU und der F.D.P., der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen sowie der Gruppe der PDS nicht abzustimmen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der PDS) sondern sie federführend an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuss zu überweisen. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch zu diesen Überweisungsvorschlägen. Dann ist das so beschlossen.

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

172. Sitzung vom 24. April 1997

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe den Zusatzpunkt 6 auf: Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Innenausschusses (4. Ausschuss)

— zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

— zu dem Antrag der Abgeordneten Otto Schily, Günter Verheugen, Walter Kolbow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD

— zu dem Antrag der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gerald Häfner, Annelie Buntenbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

— zu dem Antrag der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 Druck-sachen 13/7162, 13/7175, 13/7120, 13/7188, 13/7506 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Erika Steinbach

Freimut Duve

Volker Beck (Köln)

Cornelia Schmalz-Jacobsen

Ulla Jelpke

Ich weise darauf hin, dass wir im Anschluss an die Aussprache über die vier Anträge jeweils namentlich abstimmen werden.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen, wobei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Gruppe der PDS je fünf Minuten erhalten werden. – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und gebe das Wort dem Abgeordneten Professor Dr. Rupert Scholz.

Dr. Rupert Scholz (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Nach der für uns alle bewegenden, ausserordentlich eindrucksvollen Debatte am 13. März in diesem Hohen Hause bedaure ich es ausdrücklich, dass wir uns mit dieser Thematik heute unter Abstimmungsaspekten erneut auseinandersetzen müssen. Die Ge-

schichte der Wehrmacht im Dritten Reich ist unendlich vielschichtig. Sie ist von unendlich vielen ebenso rechtlichen wie persönlichen, ebenso objektiven wie subjektiven Gesetzlichkeiten und Betroffenheiten geprägt, so dass eine Beurteilung mit dem Anspruch absoluter Wahrheit und absoluter Richtigkeit ausgeschlossen ist. Gerade dies hat die Debatte vom 13. März in eindrucksvoller Weise gelehrt, und gerade dies hat auf die Debatte in unserem Lande um die strittige Ausstellung in wahrhaft stilbildender Weise Einfluss genommen.

Wir waren am 13. März gut beraten, dass wir nach dieser so wichtigen und, ich wiederhole es, für mich stilbildenden Debatte nicht zur Abstimmung, also nicht auf die zwangsläufig gegensätzlichen Mechanismen der Abstimmung über kontroverse Anträge, übergegangen sind. Leider stehen wir aber heute nun doch vor der Notwendigkeit, über die damals eingebrachten kontroversen Anträge kontrovers abzustimmen. Leider ist dies der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorzuhalten, die unter den Fraktionen dieses Hauses als einzige nicht bereit war, auf entsprechende Abstimmungen zu verzichten. Die Union, die F.D.P. und auch die SPD haben sich in vorangegangenen Gesprächen intensiv darum bemüht, die Debatte vom 13. März nicht durch solche Abstimmungen mit all ihren Gegensätzlichkeiten nachträglich zu verwässern.

(Dr. Dagmar Enkelmann [PDS]: Dann hätte man gemeinsame Anträge stellen müssen!)

Dieses Hohe Haus wäre wahrhaftig gut beraten, wenn es die Debatte vom 13. März buchstäblich für sich selbst stehen liesse, mit all ihren vielfältigen Facetten, ihren vielfältig zum Ausdruck gebrachten persönlichen Betroffenheiten und persönlichen Schicksalen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Jeder von uns hat, sei es persönlich, sei es in der Familie, sei es unter Freunden, Opfer des Zweiten Weltkriegs zu beklagen. Jeder von uns ist durch die schreckliche Tragödie des Zweiten Weltkriegs mit getroffen oder zumindest mit betroffen. Auch mein Vater ist in Stalingrad gefallen. Ich habe versucht, diese Debatte und die Gesamtproblematik auch mit den Augen meines Vaters, den ich als Kind allerdings kaum noch habe kennenlernen können, zu sehen. So betrifft auch mich das Ganze, wie die meisten hier im Haus, ganz, ganz persönlich. Gerade deshalb bin ich für die Debatte vom 13. März dankbar. Sie hat nicht nur jene schreckliche Tragödie, die unser ganzes Volk getroffen hat, so eindrucksvoll nachgezeichnet. Sie hat darüber hinaus auch in ihrem Gesamtbild jene vielschichtigen, vielfältigen und naturgemäss auch vielfältig unterschiedlichen Facetten verdeutlicht.

Dies alles, meine Damen und Herren, lässt sich aber nicht in mehr oder weniger abstrakte Entschliessungsanträge fassen. Deshalb bedaure ich noch einmal, dass es uns nicht gelungen ist, bei der Debatte vom 13. März zu verbleiben, in der

gebotenen Achtung vor dem anderen und dem gemeinsamen Wissen um jene schreckliche Tragödie gemeinsam innezuhalten, gemeinsam zu verharren und dies auch gemeinsam zu bewahren. Obwohl auch wir bereit gewesen wären, wie ich bereits gesagt habe, auf unseren Antrag, den Antrag der Koalitionsfraktionen, zu verzichten, spreche ich nunmehr – leider ist die Situation so – für unseren Antrag.

Meine Damen und Herren, der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Millionen auch deutscher Soldaten, deutscher Zivilisten sind ihm zum Opfer gefallen. Verantwortlich für diese Tragödie ist das Verbrecherregime des Nationalsozialismus. Unzählige deutsche Soldaten sind dieser Tragödie zum Opfer gefallen. Unzählige deutsche Soldaten haben in diesem Krieg aus Pflichtbewusstsein und Treue zu ihrem Vaterland gehandelt. Ihnen gebührt unser Respekt. Unser Respekt gebührt ihnen vor allem deshalb, weil es hier auch um uns selbst geht, über alle Generationen hinweg. Keine Generation ist berechtigt, über die eigenen Väter, die eigenen Grossväter einseitig den Stab zu brechen, ist berechtigt, eine solche Tragödie in pauschale Schuld- oder Unschuldzuweisungen aufzulösen. Denn auch hierin liegt eine grosse historische Tragödie für unser Volk: Dies ist buchstäblich nicht möglich. Dies wäre nicht gerecht und hiesse im Grunde auch, statt zu versöhnen zu spalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, verwahren wir uns mit Entschiedenheit gegen jede einseitige oder pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht. Andererseits begrüssen wir jeden Versuch zur historisch wahrhaftigen und gerechten Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkriegs und damit auch der Geschichte der Wehrmacht. Dies alles ist schon vielfältig geschehen, und dies alles wird uns noch lange in unserer neueren Geschichte wie Gegenwart und sicherlich auch Zukunft begleiten. In diesem Kontext ist natürlich auch jene strittige Wehrmachtsausstellung zu sehen.

Ich mache kein Hehl aus meiner persönlichen Auffassung, dass ich diese Wehrmachtsausstellung in vielem für nicht gerecht, nicht wahrhaftig halte. Aber ich habe mir diese Ausstellung angesehen. Ich habe versucht, sie vor allem mit den Augen meines Vaters zu sehen, und bin gerade auf der Grundlage dessen – das will ich hier sehr offen sagen – in manchen schweren Zweifel, aber auch in manchen Zorn über gegebene Einseitigkeiten verfallen.

Dies ändert indessen nichts daran, dass auch diese Ausstellung Ausdruck der Meinungsfreiheit ist, dass auch diese Ausstellung den Anspruch auf Toleranz besitzt; denn jedermann ist aufgerufen, sich sein persönliches Urteil zu bilden. Ein solch persönliches Urteil kann aber nicht durch eine Abstimmung im Deutschen Bundestag ersetzt werden. Der Deutsche Bundestag hat individuelle Meinungsfreiheit zu achten und zur öffentlichen Toleranz aufzurufen. Private Initiativen wie jene

Ausstellung stehen aber gerade in einem liberalen, in einem pluralistischen Rechtsstaat nicht zur Zensur an, weder im positiven noch im negativen Sinne.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der F.D.P. und der Abg. Dr. Dagmar Enkelmann [PDS])

Erst recht ist jede Form der links- oder rechtsextremistischen Agitation im Zusammenhang mit solchen Ausstellungen mit Nachdruck zu verurteilen. Der Deutsche Bundestag ist buchstäblich nicht zur Parteinahme in solchen Fragen historischer Auseinandersetzungen berechtigt.

(Dr. Wolfgang Gerhardt [F.D.P.]: Richtig!)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es richtig, dass unser Präsidium entschieden hat, die genannte Ausstellung nicht in den Deutschen Bundestag aufzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Seien wir uns darüber im Klaren – seien wir ehrlich in dieser Frage –: Letztendlich geht es hier um buchstäblich Unabstimmbares.

(Widerspruch bei der SPD)

Gerade dies bringt auch unser Antrag zum Ausdruck, und gerade deshalb werbe ich für die Annahme des Antrags der Koalitionsfraktionen. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Freimut Duve das Wort.

Freimut Duve (SPD): Herr Präsident! Es geht um Aufklärung. Keine der grossen kulturellen und intellektuellen Traditionen hat den Gedanken der parlamentarischen Demokratie stärker bestimmt als die Aufklärung. Mit unserer Vergangenheit muss auch das Parlament in diesem Geiste der Aufklärung umgehen. Aufklärung aber braucht Erinnerung und Erfahrung.

Deshalb haben gerade die von subjektiven Erfahrungen geprägten Reden bei der Debatte vom 13. März so sehr zu einem Stil und Klima im Geiste der Aufklärung beitragen können. Dieser Stil und dann auch der gegenseitige Respekt bei unseren Berichterstattergesprächen heben sich – ich muss das sagen – auf gute Weise ab von den oft persönlichen Verunglimpfungen, denen in der Öffentlichkeit der Gründer des Hamburger Instituts für Sozialforschung, dem wir diese Ausstellung zu verdanken haben, ausgesetzt war.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie des Abg. Dr. Max Stadler [F.D.P.])

Jan Philipp Reemtsma hat am 13. April in der Frankfurter Paulskirche eine angemessene und souveräne Form gefunden, damit umzugehen. Er hat still gesprochen von – Zitat – «Gesprächen, Briefen, Beschimpfungen, Dank, Morddrohungen, Bekenntnissen» und nüchtern dann hinzugefügt, all dies sei auch Material, das der Analyse des zeitdiagnostischen Bemühens harrt.

Nicht allzuoft begegnen wir Bürgern unseres Landes, die, vielleicht auch wegen ihrer persönlichen Lebensgeschichte, so engagiert ihr ganzes Leben und, wie in diesem Fall, auch ihr Erbe in den Dienst eben jener Aufklärung gestellt haben, der sich wichtige Teile des Bürgertums der Weimarer Republik verweigert hatten. Jan Philipp Reemtsma fühlt sich dieser grossen Tradition der Aufklärung verpflichtet – der Aufklärung im Denken, aber auch der Aufklärung über deutsches Handeln in unserem Jahrhundert. Dafür sollten wir, unabhängig von unserer Beurteilung über die von ihm ausgestellten Inhalte, danken und danken können.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, der F.D.P. und der PDS)

Denn zu verteidigen gegen die oft unsäglich peinlichen persönlichen Schmähungsversuche, auch des Namens seiner Familie, brauchen wir ihn nicht.

(Beifall bei der SPD und der PDS sowie bei Abgeordneten der F.D.P)

Unsere Bemühung hier im Parlament muss darauf gerichtet sein, das Klima des Respekts, das wir in der Debatte und bei den Berichterstattergesprächen erreicht haben, zu erhalten. Die Debatte am 13. März hatte eine eigene Dynamik entwickelt, mit sehr viel persönlichen und ernsthaften Redebeiträgen. Deshalb hatten wir uns zu dem Versuch entschieden, die vorgelegten Anträge durch eine gemeinsame Entschliessung zu ersetzen. Das ist nicht zustande gekommen. Aber Konsens bestand über die Absicht, dem am 13. März erlebten Klima auch durch unsere Entschliessung eine angemessene Form zu verleihen. Das aber bedeutet, dass die inhaltliche Aussage zur Ausstellung, die ja im Bundestag ganz unterschiedlich beurteilt wurde, begrenzt wird auf die Frage des Umgangs mit Ausstellungen, wissenschaftlichen Arbeiten und Literatur.

Ich war – das will ich hier hervorheben – sehr positiv überrascht davon, dass eine Kollegin der Union in diesen Gesprächen den Vorschlag gemacht hat, einen wichtigen Teil des Antrags der Grünen, nämlich jenen Teil, der die Verbrechen konkret benennt, in den gemeinsamen Antrag zu übernehmen. Für diesen Schritt möchte ich Frau Steinbach aus Frankfurt, die in der Sache eine ganz andere Meinung hat, sehr herzlich danken. Das ist ein wichtiger Schritt, der zwar in den Berichterstattergesprächen getan wurde, aber auch hier im Plenum beachtet und gewürdigt werden sollte. Aber die Entschliessung ist nicht zustande gekommen. Wie gehen wir mit unserer Geschichte und ihren unterschiedlichen Darstellungen um? Vielleicht sind wir während der Beratung bei dieser Frage an eine Grenze gestossen, die wir vorher so nicht empfunden hatten. Vielleicht war eine Klärung dann doch nicht möglich. Wesentlich bleibt, dass wir uns unter den Fraktionen über Elemente des Stils beim Umgang mit unserer Geschichte einig waren und, wie ich hoffe, einig bleiben, wobei vor allem zwei Punkte wichtig sind: Erstens. Es kommt weder-dies ist von den Organisatoren der Ausstellung auch nicht unternommen worden – zu einer pauschalen Schuldzuweisung noch zu einer pauschalen Schuldbefreiung. Zweitens. Eine solche Vergangenheit, unse-

re deutsche Vergangenheit, darf eine Generation später nicht zu parteipolitischen Instrumentalisierungen genutzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten im ganzen Hause)

Das Leid von Millionen von Menschen darf kein Stoff sein, aus dem wir Heutigen und die künftigen Nichtbetroffenen ihre Waffen schmieden. Das wäre ein weiterer Missbrauch des Leids der Opfer.

Die würdige Form der Ausstellungseröffnung in der Frankfurter Paulskirche – ich bedaure, dass die CDU-Politiker Frankfurts nicht die Möglichkeit sahen, die eindrucksvolle Rede von Herrn Bubis und die Rede von Herrn Reemtsma anzuhören – hat bewiesen: Nach dem 13. März dieses Jahres können und sollten wir die Ausstellung auch in Bonn, am Sitz des Parlaments,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

unserem vornehmsten Institut der Aufklärung, zeigen. Dazu sollten wir gemeinsam in angemessener Form bereit sein. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS sowie des Abg. Dr. Otto Graf Lambsdorff [F.D.P])

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe dem Abgeordneten Volker Beck das Wort.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Auseinandersetzung um die Ausstellung und die Rolle der Wehrmacht ist sachlicher und differenzierter geworden. Die Bundestagsdebatte vor Ostern hat ihre Wirkung auf die Öffentlichkeit und die Diskussion hier im Parlament nicht verfehlt. Sie war bestimmt von Nachdenklichkeit und einer sehr persönlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Es wurde miteinander gesprochen. Das allein ist ja schon bemerkenswert.

Leider hat diese Nachdenklichkeit aber zu keinen konkreten Ergebnissen in der Sache geführt. Am 11. April dieses Jahres hat der Ehrenvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Herr Alfred Dregger, die Wehrmachtausstellung im Pressedienst der Unionsfraktion erneut in unfassbarer Weise beschimpft: Die Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche sei «Blasphemie», «eine Entwürdigung der Weihestätte der deutschen Demokratie». Auch der Versuch einer gemeinsamen Entschliessung zur Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich ist gescheitert. Das ist für viele gerade aus meiner Generation unverständlich. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, woran eine Einigung scheiterte.

Über zwei Thesen war eine Verständigung nicht möglich: Erstens. Im vorgeschlagenen Text wurde als verantwortlich für die Millionen Opfer von Krieg und Völkermord allein die Führung des NS-Regimes benannt, wozu dann auch Teile der Wehrmachtsführung zu zählen sind. Zweitens. Gleichzeitig war man nicht bereit, anzuerkennen, dass die Wehrmacht als Organisation an den Verbrechen beteiligt war.

Meine Damen und Herren, gerade wenn wir aus der Vergangenheit Lehren für die Zukunft ziehen wollen, müssen wir uns dem ganzen Ausmass dieses moralischen Debakels unserer jüngsten Geschichte stellen. Verantwortung kann nicht einfach abgeschoben werden nach dem Motto: Hitler war an allem schuld. Verantwortung ist mehr als Schuld im strafrechtlichen Sinne. Haben nicht auch Hitlers antisemitische Wählerinnen und Wähler Verantwortung für den Mord an europäischen Juden zu übernehmen? Sind die bürgerlichen Parteien frei von Verantwortung? Schliesslich haben sie sich Hitler nicht gerade mit allen Mitteln in den Weg gestellt. Hat nicht das Schweigen der Mehrheit der Deutschen zur Entrechtung der Juden, zu den Nürnberger Gesetzen oder zur Reichspogromnacht den Weg zum Holocaust für die Nazis freigemacht? Das sind Fragen, denen man sich stellen muss. Wir von der jungen Generation müssen uns freilich vor Selbstgerechtigkeit hüten.

(Dr. Rupert Scholz [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Wir waren nicht dabei. Wir wissen nicht, wie wir uns verhalten hätten. Aber wir haben das Recht, diese Fragen zu stellen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Verantwortung lässt sich nicht einfach auf die NS-Führung reduzieren und abschieben. Die Wehrmacht war an den Naziverbrechen aktiv und als Gesamtorganisation beteiligt. Dies auszusprechen bedeutet aber keineswegs ein nachträgliches Pauschalurteil über eine ganze Generation ehemaliger Soldaten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN sowie bei A bgeordneten der SPD und der PDS)

Diese beiden zentralen Ausgangspunkte der Ausstellung hat Ignatz Bubis in seiner Eröffnungsrede in der Frankfurter Paulskirche zu Recht betont.

Die Legende von der sauberen Wehrmacht ist unhaltbar. Die Ausstellung selbst illustriert mit Filmplakaten, Landserheften und Buchtiteln, wie dieser Mythos in der frühen Bundesrepublik entstanden ist. Die historischen Befunde sind dagegen eindeutig: Mit dem Kommissarbefehl, mit der «Partisanenbekämpfung», mit der Verordnung des Obersten Kommandos der Wehrmacht zur Behandlung von Kriegsgefangenen wurde die systematische und massenhafte Ermordung von Kriegsgefangenen, Zivilisten und vor allem der Juden in Osteuropa eingeleitet und legitimiert. Alle Grundsätze internationalen Kriegsrechts wurden mit dem Überfall auf die Sowjetunion ausser Kraft gesetzt.

Der Zweite Weltkrieg war ein verbrecherischer Angriffs- und Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht war nicht eine x-beliebige Armee. Sie war eine der Säulen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems. Bei der Wehrmacht als Organisation gibt es keine Ehre zu retten. Es gilt vielmehr, ihre Beteiligung am Völkermord an den Juden, Sinti und Roma, an der Erschiessung von Gefangenen und an Massakern in den besetzten Gebieten beim Namen zu nennen. Diese Wahrhaftigkeit sind wir den Opfern schuldig.

Meine Fraktion beantragt, unseren geänderten Antrag in der Ausschussfassung um folgende Ziffer V – die Berücksichtigung dieser Ziffer ist uns im Laufe des Verfahrens entgangen – zu ergänzen: Der Deutsche Bundestag begrüsst, dass die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geführt hat. Ich meine, diesem Antrag muss man auf jeden Fall zustimmen. Auch die gute Debatte im Deutschen Bundestag wurde durch diese Ausstellung ausgelöst. Ohne sie hätte es diese Diskussion nicht gegeben. Ich bedaure, dass wir noch nicht zu einer gemeinsamen Haltung in dieser Frage gekommen sind. Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, bei der SPD und der PDS)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Dr. Max Stadler.

Dr. Max Stadler (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor sechs Wochen hat sich das Plenum des Deutschen Bundestages schon einmal mit der Thematik befasst. Mittlerweile ist die Wehrmachtsausstellung in München geschlossen und in Frankfurt eröffnet worden. 80.000 Besucher wurden in München gezählt; eine eindrucksvolle Bilanz.

Der Erfolg einer solchen Ausstellung kann freilich nicht alleine an Zahlen gemessen werden. Aber es war zu beobachten, dass sehr viele junge Menschen unter den Besuchern waren. Sicherlich sind viele von ihnen durch die Ausstellung dazu angeregt worden, sich erstmals mit der Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg kritisch auseinanderzusetzen. Viele haben wahrscheinlich den Impuls erhalten, sich grundsätzlich mit dem Dritten Reich und der Nazidiktatur zu befassen. Daher bleibt es bei dem, was Otto Graf Lambsdorff trotz mancher kritischer Einwände, die er ebenfalls formuliert hat, in der Plenumsdebatte vom 13. März 1997 festgestellt hat-ich zitiere wörtlich-: «Die Ausstellung ist notwendig. Es ist richtig, dass es sie gibt.» Mehr ist nicht nachzutragen.

Es ist am 13. März alles gesagt worden, was zu sagen war. Und dies ist in eindrucksvoller Form in einer Debatte geschehen, die in Stil und Inhalt nicht wiederholbar ist. Aus diesem Grund war die F.D.P. der Auffassung, dass ein zweiter Durchgang kein Gewinn für das Parlament ist. Selbstverständlich wollten und wollen wir uns nicht der Auseinandersetzung über das Thema entziehen. Aber wir hatten die Vorstellung, dass eine Wiederaufnahme die Wirkung der ersten Debatte abschwächen könnte.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieser Vorschlag hat bei den anderen Fraktionen zwar breite Resonanz, aber keine einhellige Zustimmung gefunden. Auch sind alle Bemühungen, zu einem gemeinsamen Antrag zu kommen, gescheitert. Es ist müssig, nachträglich die Verantwortlichkeiten dafür zu diskutieren. Wir bedauern jedenfalls, dass eine

mit Würde und Stil geführte Debatte um die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg nun beendet wird mit einer streitigen Abstimmung über vier unterschiedliche Anträge, wie sie bei einem x-beliebigen Gegenstand der Tagesordnung üblich und richtig sein mag.

(Beifall bei der F.D.P. sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wenn dem aber so ist, wird die F.D.P. dem gemeinsamen ursprünglichen Antrag der Koalition zustimmen. Selbstverständlich – Herr Duve, hinsichtlich unserer Anträge waren wir ja ganz nahe beieinander-enthalten auch die anderen Anträge zutreffende und bedenkenswerte Gedankengänge. Ich verzichte aber bewusst darauf, zu jeder unterschiedlichen Nuance Stellung zu nehmen. Wir meinen, dass der Koalitionsantrag alles Wesentliche zur Thematik aussagt. Er nennt die Verantwortlichkeit des Nationalsozialismus für den Zweiten Weltkrieg und für die zahllosen und schweren Kriegsverbrechen. Er benennt die Beteiligung der Wehrmacht, verwahrt sich aber zu Recht gegen eine pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht. Er begrüßt jeden Versuch zur historisch wahrhaftigen und gerechten Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges.

Was sonst noch zu sagen war, ist, wie schon erwähnt, von Rednern aller Fraktionen und Gruppen des Hohen Hauses am 13. März gesagt worden. Ich möchte dem daher nur einen persönlichen Wunsch anfügen, von dem ich weiss, dass er von vielen Mitgliedern des Bundestags geteilt wird. Es wäre gut, wenn die Wanderausstellung im Haus der Geschichte in Bonn gezeigt würde,

(Beifall bei der F.D.P., der SPD und dem BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

und es wäre gut, wenn sie auch hier in Bonn, so wie in München und Frankfurt, viele junge Menschen zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte anregen würde. Vielen Dank.

(Beifall bei der F.D.P. und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich gebe das Wort dem Abgeordneten Heinrich Graf von Einsiedel.

Heinrich Graf von Einsiedel (PDS): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ignatz Bubis nannte in der Frankfurter Paulskirche die sich jetzt seit Monaten hinziehende Debatte um die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht gespenstisch. Wie recht hat er! Es geht eben nicht um persönliche Betroffenheit, wie hier eben behauptet wurde, und schon gar nicht um pauschale Urteile. Das ist eine infame Unterstellung, die nichts anderes bezweckt, als Emotionen zu wecken. Hier stehen nicht die 18 Millionen Deutschen zur Debatte, die die Uniform der Wehrmacht trugen. Zur Debatte steht die Wehrmacht als Machtapparat, als Institution, als eine der beiden tragenden Säulen des verbrecherischen Dritten Reiches, als die sie sich stets selbstgefällig bezeichnet hat.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Die Wehrmacht wurde im Verlauf des Krieges, den sie selbst schon vorbereitet hatte, lange ehe Hitler an die Macht kam, zu dem einzigen entscheidenden Machtfaktor des Nazireiches, der den ganzen Laden noch drei Jahre lang um den Preis unermesslicher Opfer auf allen Seiten zusammenhielt. Die Wehrmacht hat sich nach dem Tode Hindenburgs in vorauseilendem Gehorsam freiwillig selbst auf Hitler vereidigt und dann Millionen Deutschen diesen perversen Eid auf einen Verbrecher abverlangt.

Die Wehrmacht hat als Institution alle internationalen Rechtsbrüche Hitlers begeistert begrüsst und blitzartig durchgeführt: von der Remilitarisierung des Rheinlandes über die Entsendung einer Art Krisenreaktionskraft in den spanischen Bürgerkrieg, die Annexion Österreichs, den Bruch des Münchener Abkommens, die Überfälle auf acht europäische Nachbarn bis hin zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, mit dem endgültig alle bis dahin gültigen Regeln des Krieges, jedes Mass von Menschlichkeit, Völkerrecht und Soldatenehre schon Wochen vor Beginn des Überfalls ausser Kraft gesetzt wurden.

Alle Kriegsverbrechen in diesen überfallenen Ländern geschahen im Gefolge der Wehrmacht. Sie war es, die den SS-Mördern den Weg durch ganz Europa freigeschossen hat. Wenn sie denn nichts anderes getan hätte als dies, schon dann wäre sie auch für die Morde in ihrem Rücken, in ihrem Hinterland verantwortlich.

Die Wehrmachtausstellung zeigt nur einen kleinen Ausschnitt von Verbrechen, an denen die Wehrmacht beteiligt war, durch Duldung oder auch aktiv als Täter. Nicht alle Täter waren willige Vollstrecker. Sie wurden zu Tätern unter einem echten oder vermeintlichen Befehlsnotstand. Aber wer gab denn die Befehle? Eben die Wehrmacht, und eine unbarmherzige Justiz sorgte mit Zehntausenden von Todesurteilen dafür, dass fast jeder Befehl ausgeführt wurde. Wie können die kaltherzigen Kriegsherren, die Marschälle, Generäle und sonstigen höheren Offiziere sich auf die Unschuld der Soldaten berufen, die sie oft gegen besseres militärisches Wissen und Gewissen in so fürchterlich blutige, von vornherein verlorene Schlachten in den Tod getrieben haben?

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Die Ehre der unschuldig Gefallenen verteidigt gerade der, der den Hauptschuldigen, den willigsten Vollstrecker Hitlers – und genau das war die Wehrmacht – anklagt.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ebenso dreist ist es, sich bei der Verteidigung der Ehre der Wehrmacht, die sie schon verloren hatte, ehe der Krieg begann, auf die wenigen Militärs zu beru-

fen, denen endlich im Sommer 1944 das Gewissen geschlagen hat und die versucht haben, dem blutigen Gemetzel ein Ende zu setzen. Sie sind im Kampf gegen Hitler gefallen, nicht für ihn. Das ehrt sie. Aber sie eignen sich nun wirklich nicht als Ehrenschild für die Wehrmacht als solche. Im Gegenteil: Sie haben der Welt offenbart, welch ungeheure Verantwortung die Wehrmacht für alles trug.

Am 11. September 1943, wenige Stunden vor seinem Tode, schrieb der 18jährige Offiziersanwärter Wolfgang Heinz aus Nürnberg, der zwei Tage zuvor auf Befehl im Rahmen der Taktik der verbrannten Erde zum Brandstifter in einem ukrainischen Dorf geworden war:

«Wir draussen wollen bestimmt ein baldiges Ende des ganzen Saustalles. Wozu für ein Regime die Knochen erhalten, das es gar nicht wert ist, denn es hat ja seine Lebensunfähigkeit durch diesen Krieg bewiesen. Sie sollen Schluss machen mit diesem Hinmorden der jungen Leute, jetzt, wo es vielleicht noch Zeit ist. Aber die Herren haben ja kein Gewissen. Sie scheuen sich, für ihre Taten einzustehen.»

Ja, die Herren der Wehrmacht hatten kein Gewissen. Sie scheuten sich damals, für ihre Taten einzustehen, und ihre selbsternannten Verteidiger scheuen es heute noch, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Dieser 18jährige Jüngling, der unschuldig mitschuldig geworden war und sein junges Leben hingeben musste, war in seiner Einsicht vielen im heutigen Deutschland um über 50 Jahre voraus.

(Beifall bei der PDS)

Ich hoffe, die grosse Mehrheit in diesem Hause gehört nicht zu diesen Deutschen und stellt sich entschlossen hinter diese Ausstellung, die hilft, eine Legende zu entlarven: die Legende von der sauberen Wehrmacht.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90 / DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Burkhard Hirsch: Ich schliesse die Aussprache.

Ich gebe das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bekannt, Drucksache 13/7162. Abgegebene Stimmen: 585. Mit Ja haben gestimmt: 301, mit Nein 283 bei einer Enthaltung. Damit ist der Antrag angenommen worden.

Die Entschliessungsanträge

Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/7188
12. 03. 97

Antrag

der Abgeordneten Gerhard Zwerenz, Heinrich Graf von Einsiedel, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS

Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944»

Der Bundestag wolle beschliessen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag verurteilt, dass Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» zum Anlass für bundesweite Mobilisierung zu rechtsextremistischer, insbesondere nationalistischer Propaganda nehmen können.
2. Der Deutsche Bundestag mahnt alle Kritiker der Ausstellung, die unter Nummer 1 beschriebenen Folgen künftig mit zu bedenken.
3. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die deutsche Wehrmacht an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit während des zweiten Weltkrieges beteiligt war. Eine solche Feststellung pauschaliert nicht, sie sagt nichts über die individuelle Schuld oder Nichtschuld des einzelnen Soldaten aus.
4. Der Deutsche Bundestag begrüsst, dass die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944», die zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg beigetragen hat, von zahlreichen Städten, darunter auch von Bonn, eingeladen wurde.
5. Der Deutsche Bundestag bedauert, dass das Präsidium des Deutschen Bundestages eine Einladung der Ausstellung in die Räume des Deutschen Bundestages abgelehnt hat. Der Deutsche Bundestag würde begrüssen, wenn die Präsidentin des Deutschen Bundestages die Schirmherrschaft über die Ausstellung in Bonn übernehme.

Begründung

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Wanderausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht von 1941-1944» in München machen eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages unausweichlich. Das Erfordernis wird durch die beginnende Debatte in Frankfurt am Main und Bremen noch bekräftigt. Der Deutsche Bundestag muss dadurch Partei ergreifen, dass er alle Versuche der Leugnung oder Bagatellisierung der durch die deutsche Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen zurückweist.

Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/7175
12. 03.97

Antrag

der Abgeordneten Otto Schily, Günter Verheugen, Walter Kolbow, Fritz Rudolf Körper, Gernot Erler, Günter Graf (Friesoythe), Dieter Heistermann, Gerd Höfer, Erwin Horn, Hans-Peter Kemper, Thomas Krüger, Robert Leidinger, Dorle Marx, Gerhard Neumann (Gotha), Manfred Opel, Kurt Palis, Dr. Willfried Penner, Bernd Reuter, Gisela Schröter, Brigitte Schulte (Hameln), Ilse Schumann, Johannes Singer, Dr. Peter Struck, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, Siegfried Vergin, Ute Vogt (Pforzheim), Jochen Welt, Dieter Wiefelspütz, Verena Wohlleben, Uta Zapf, Peter Zumkley, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944»

Der Bundestag wolle beschliessen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag stimmt der folgenden Äusserung des Bundesministers der Verteidigung.

Dr. Volker Rühle, am 17. November 1995 vor der 35. Kommandeurstagung der Bundeswehr in München zu:

«Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches, in ihrer Spitze, mit Truppenteilen und mit Soldaten in Verbrechen des Nationalsozialismus verstrickt. Als Institution kann sie deshalb keine Tradition begründen.»

Begründung

«Die deutschen Soldaten in ihrer grossen Mehrheit müssen in Schutz genommen werden vor Peter Gauweiler, der sie offenbar nicht unterscheiden will von Kriegsverbrechern. Millionen tote deutsche Soldaten haben es nicht verdient, an ihrem symbolischen Grabmal für die Inszenierung eines Mannes missbraucht zu werden, der eine Ausstellung über die Folgen des Tabakkonsums für wichtiger hält als eine Dokumentation über Schuld und Verstrickung in den finstersten Jahren deutscher Geschichte» (Dr. Heiner Geissler, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bild am Sonntag, 2. März 1997).

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P

Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944»

Der Bundestag wolle beschliessen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Zweite Weltkrieg gehört zu den furchtbarsten Tragödien der deutschen und europäischen Geschichte. Ihr fielen Millionen auch deutscher Soldaten und Zivilisten zum Opfer. Verantwortlich für diese Tragödie ist das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus, das – auch über die Führung eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges – viele Angehörige der Wehrmacht in tiefe Gewissensnöte brachte – konfrontiert mit der Frage, ob sie einem totalitären Unrechtssystem dienen durften oder ob sie nicht zunächst ihrem Vaterland, ihren Familien, ihren Freunden zu dienen hatten. Dass der subjektiv ehrenhafte und tapfere Dienst objektiv in Tateinheit mit dem Einsatz für ein verbrecherisches Regime geschah, kennzeichnet die Tragik vieler Soldaten.

Das nationalsozialistische Regime hat zahllose und schwerste Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges zu verantworten. An solchen Kriegsverbrechen waren auch Teile der Wehrmacht beteiligt. Für die meisten Soldaten der Wehrmacht sind solche Vorwürfe jedoch nicht begründet. Diese Feststellung ist das Gebot historischer Wahrheit wie Gerechtigkeit – verbunden mit dem Respekt und dem Mitgefühl für die zahllosen Opfer des Zweiten Weltkrieges und ihrer Angehörigen sowie der Würdigung des Widerstandes innerhalb der Wehrmacht gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime.

Der Deutsche Bundestag verwahrt sich mit Entschiedenheit gegen jede einseitige oder pauschale Verurteilung der Angehörigen der Wehrmacht. Er begrüsst jeden Versuch zur historisch wahrhaftigen und gerechten Aufarbeitung der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, wie das schon früher wiederholt geschehen ist. Dazu können auch Ausstellungen und sonstige Initiativen von privater Seite gehören. Den Grundsätzen von individueller Meinungsfreiheit und öffentlicher Toleranz gemäss ist es aber nicht Aufgabe des Deutschen Bundestages, private Initiativen inhaltlich zu beurteilen oder zu bewerten. Dies gilt auch für die Wanderausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944.» Aus diesem Grunde unterstützt der Deutsche Bundestag die Entscheidung seines Präsidiums, die genannte Wanderausstellung nicht im Deutschen Bundestag aufzunehmen.

2. Der Deutsche Bundestag verurteilt jede Form links- oder rechtsextremistischer Ausschreitungen im Zusammenhang mit der vorgenannten Wanderausstellung.

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Deutscher Bundestag

13. Wahlperiode

Drucksache 13/7120
28. 02. 97

Antrag

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Gerald Häfner, Annelie Buntenbach, Winfried Nachtwei, Elisabeth Altmann (Pommelsbrunn), Marieluise Beck (Bremen), Angelika Beer, Matthias Berninger, Amke Dietert-Scheuer, Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Uschi Eid, Andrea Fischer (Berlin), Rita Griesshaber, Antje Hermenau, Kristin Heyne, Dr. Angelika Köster-Lossack, Dr. Helmut Lippelt, Oswald Metzger, Kerstin Müller (Köln), Christa Nickels, Cem Özdemir, Gerd Poppe, Simone Probst, Halo Saibold, Christine Scheel, Rezzo Schlauch, Wolfgang Schmitt (Langenfeld), Ursula Schönberger, Waltraud Schoppe, Werner Schulz (Berlin), Marina Steindor, Manfred Such, Dr. Antje Vollmer, Ludger Volmer, Helmut Wilhelm (Amberg), Margareta Wolf (Frankfurt) und der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944»

Der Bundestag wolle beschliessen:

- I. Der Deutsche Bundestag nimmt mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Rechtsextremisten die Auseinandersetzung um die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» zum Anlass für bundesweite Mobilisierung zu Demonstrationen und rechtsextreme Propaganda nehmen.
- II. Der Deutsche Bundestag stellt fest, die historische Rolle der Deutschen Wehrmacht bedarf einer differenzierten Betrachtungsweise:
 1. Die meisten Soldaten glaubten, die Pflicht zu erfüllen, die sie ihrem Vaterland schuldeten, oder sie sahen keine Möglichkeit, sich dem Kriegsdienst zu entziehen. Was ein Soldat tut, ist nicht zu lösen von Zielsetzung und Moral seiner Führung.
 2. Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen
 3. Es geht nicht darum, die deutsche Wehrmacht pauschal zu verurteilen. Einzelne Verbände haben jedoch auch, teils im Vollzug von Weisungen höchster Wehrmachtsstellen, mit der Erschiessung von Gefangenen, bei Massakern in besetzten Gebieten und durch Beteiligung am Judenmord schwerstes Unrecht begangen.
- III. Der Deutsche Bundestag begrüsst, dass die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» zu einer öffentlichen Diskussion über die Rolle der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg geführt hat.
- IV. Der Deutsche Bundestag begrüsst, dass die Ausstellung im Oktober 1998 in Bonn am gegenwärtigen Sitz von Parlament und Regierung gezeigt werden wird.

Begründung

Die aktuelle Debatte in München um die Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944» macht eine Stellungnahme des Deutschen Bundestages notwendig. Die Evangelische Kirche in Deutschland hat sich auf ihrer achten Synode mit der Rolle der Wehrmacht, der moralischen und ethischen Bewertung des Handelns deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg beschäftigt. Die in dem Beschluss der Synode zum Ausdruck kommende Sichtweise macht sich der Antrag zu eigen.

Die Referenten der Bremer Fachtagung

- Altenburg**, Wolfgang, General a. D., ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr und ehemaliger Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel, Bremen
- Benz**, Prof. Dr. Dr. Wolfgang, Technische Universität Berlin, Direktor des Zentrums für Antisemitismusforschung
- Bernbacher**, Christine, MdBB (Bündnis 90 / Die Grünen), Bremen
- Eichwede**, Prof. Dr. Wolfgang, Universität Bremen, Direktor der Forschungsstelle Osteuropa
- Gertz**, Bernhard, Oberst, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Bonn
- Gillessen**, Dr. Dr. phil. Günther, em. Prof., der Universität Mainz; Journalist für Außenpolitik der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
- Greiner**, Dr. Gottfried, Generalmajor a. D., Neckargemünd
- Halle**, Armin, freiberuflich tätig, Videoproduktion / Medientraining, Hamburg (Moderator)
- Heer**, Hannes, Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung; Leiter des Ausstellungsprojekts «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» und verantwortlich für die Ausstellungsräume «Weissrussland» und «Vernichtung der Erinnerung»
- Jacobsen**, Dr. phil. Dr. h. c. Hans-Adolf, em. o. Prof., für Politische Wissenschaften der Universität Bonn
- Krönig**, Volker, Senator a. D., MdB (SPD), Bremen
- Manoschek**, Dr. Walter, Univ.-Assistent am Institut für Staats- und Politikwissenschaft der Universität Wien; wissenschaftlicher Mitgestalter der Ausstellung «Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944» und Ausstellungsorganisator in Österreich
- Perschau**, Hartmut, Senator (CDU), Bremen
- Rebentisch**, Prof. Dr. med. Ernst, Generaloberstabsarzt a. D., Deisenhofen
- Reemtsma**, Prof. Dr. Jan Philipp, Vorstand des Hamburger Instituts für Sozialforschung
- Reimers**, Rolf, MdBB (AfB), Bremen
- Roth**, Dr. Günter, Brigadegeneral a. D., ehern. Leiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr, Burggen
- Scheven**, Werner von, Generalleutnant a. D., Geltow
- Seidt**, Dr. phil. Hans-Ulrich, Bonn
- Senghaas**, Prof. Dr. Dieter, Universität Bremen, Institut für interkulturelle und internationale Studien
- Thamer**, Prof. Dr. Hans-Ulrich, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Historische Seminar
- Thiele**, Hans-Günther, Politikchef des Weser-Kurier in Bremen (Herausgeber)